

Inhaltsverzeichnis

Antragsbereiche	Anträge	Seite
R Regierungsprogramm	R 1 bis 94	3- 161
A&S Arbeit und Soziales	A&S 1 bis 9	162-183
B Bildungspolitik	B 1 bis 3	184-191
G Gleichstellungspolitik	G 1 bis 7	192-193
I&W Innenpolitik und Wahlrecht	I&W 1 bis 2	194-203
S&F Steuern und Finanzen	S&F 1 bis 2	204-209
U&V Umwelt- und Verkehrspolitik	U&V 1 bis 2	210-213
P&O Partei und Organisation	P&O 1 bis 5	214-219

Hinweis: Die Anträge enthalten Verweise auf ältere Fassungen des Arbeitsentwurfs des Regierungsprogrammes und treffen deshalb auf die abgedruckte Fassung nicht zu!

Regierungsprogramm

Antragsbereich R

Antrag 1

(Kennnummer: 1)

Landesverband Baden-Württemberg

Regierungsprogramm SPD BW 2011-2016

Empfehlung

5 **I. Ein neuer Anfang für Baden-Württemberg - Die**
Zeit des Wechsels ist gekommen

1. Unser Programm - Von den Menschen für die
Menschen

10 Wir meinen es ernst. Unser Land braucht neue
politische Inhalte, vor allem braucht es jedoch einen
neuen politischen Stil. Die Zeit, in der die
Landesregierung politische Entscheidungen über die
15 Köpfe der Menschen hinweg getroffen hat, endet am
27.März 2011. Wie modernes Regieren für das
modernste Land aussehen kann, haben wir bei der
Erarbeitung dieses Programms gezeigt.

20 Die SPD Baden-Württemberg hat ihr
Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2011 im
echten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern,
Organisationen, Firmen und Verbänden im Land
gestaltet. Es ging uns auf der 100-Dialoge-Tour darum,
25 ins Gespräch zu kommen und unsere Vorstellungen
darzustellen. Vor allem aber wollten wir zuhören. Auf
über 100 Veranstaltungen im ganzen Land haben die
Menschen eindrucksvoll bewiesen: Unser Land ist viel
weiter als Ministerpräsident Mappus und seine
30 Regierung denken. Sie wollen eine Regierung, die
unsere Gesellschaft wieder zusammen führt. Sie
wünschen sich einen Ministerpräsidenten, der sie ernst
nimmt und ihnen zuhört. Ihre Wünsche, ihre Sorgen
und ihre Ideen sind eine wichtige Quelle, aus der sich
35 unser Regierungsprogramm für die kommenden fünf
Jahre speist. Mit ihnen gemeinsam wollen wir es mit
Nils Schmid als neuem Ministerpräsidenten
verwirklichen.

40 **2. Die Eckpunkte einer neuen Politik für Baden-**
Württemberg

45 **Wir wollen mehr Demokratie machen:** Die Menschen
in Baden-Württemberg wollen sich unmittelbar und
konkret politisch äußern und betätigen. Wir haben
Vertrauen zu den Menschen und werden mehr
demokratische Beteiligung ermöglichen, um unsere
repräsentative Demokratie zu bereichern. Deshalb
werden wir die Hürden für Volksbegehren und
50 Volksabstimmungen senken. Die heutigen Regelungen
ersticken jedes Engagement und jede Lust auf

Annahme in folgender Fassung:

I. Ein neuer Anfang für Baden-Württemberg - Die
Zeit des Wechsels ist gekommen

1. Unser Programm - Von den Menschen für die
Menschen

Wir meinen es ernst. Unser Land braucht neue
politische Inhalte, vor allem braucht es jedoch einen
neuen politischen Stil. Die Zeit, in der die
Landesregierung politische Entscheidungen über die
Köpfe der Menschen hinweg getroffen hat, endet am
27.März 2011. Wie modernes Regieren für das
modernste Land aussehen kann, haben wir bei der
Erarbeitung dieses Programms gezeigt.

Die SPD Baden-Württemberg hat ihr
Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2011 im
echten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern,
Organisationen, Firmen und Verbänden im Land
gestaltet. Es ging uns auf der 100-Dialoge-Tour darum,
ins Gespräch zu kommen und unsere Vorstellungen
darzustellen. Vor allem aber wollten wir zuhören. Auf
über 100 Veranstaltungen im ganzen Land haben die
Menschen eindrucksvoll bewiesen: Unser Land ist viel
weiter als Ministerpräsident Mappus und seine
Regierung denken. Sie wollen eine Regierung, die
unsere Gesellschaft wieder zusammen führt. Sie
wünschen sich einen Ministerpräsidenten, der sie ernst
nimmt und ihnen zuhört. Ihre Wünsche, ihre Sorgen
und ihre Ideen sind eine wichtige Quelle, aus der sich unser
Regierungsprogramm für die kommenden fünf Jahre
speist. Mit ihnen gemeinsam wollen wir es mit Nils
Schmid als neuem Ministerpräsidenten verwirklichen.

2. Die Eckpunkte einer neuen Politik für Baden-
Württemberg

Wir wollen mehr Demokratie machen: Die Menschen
in Baden-Württemberg wollen sich unmittelbar und
konkret politisch äußern und betätigen. Wir haben
Vertrauen zu den Menschen und werden mehr
demokratische Beteiligung ermöglichen, um unsere
repräsentative Demokratie zu bereichern. Deshalb
werden wir die Hürden für Volksbegehren und
Volksabstimmungen senken. Die heutigen Regelungen
ersticken jedes Engagement und jede Lust auf

politisches Mitgestalten. Wir treten dafür ein, dass Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen in Zukunft ganz selbstverständlich zur demokratischen Kultur in Baden-Württemberg gehören.

Wir wollen Gemeinsamkeit in Vielfalt verwirklichen:

Ein Viertel der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger haben einen Migrationshintergrund. Sie bereichern unser Land. Fremdenfeindlichkeit zerstört diese Vielfalt. Wir verstehen die Vielfalt als Chance und wollen sie gemeinsam nutzen. Mit Sprachförderung bei Kindern und Eltern wollen wir Integration erleichtern. Voraussetzung hierfür ist, dass jedes Kind den Kindergarten besucht. Wir brauchen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens mehr Menschen mit Migrationshintergrund, in unseren Vereinen und Verbänden, im öffentlichen Dienst und in unseren Parlamenten. Daran werden wir arbeiten.

Wir wollen die beste Bildung für alle: Kein Kind darf zurück bleiben. Wir werden den skandalösen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen in Baden-Württemberg aufbrechen und das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule für alle Menschen verwirklichen. Aufstieg durch Bildung wird in unserem Land wieder möglich werden.

Wir wollen ein soziales Baden-Württemberg: Die Familien brauchen Unterstützung. Denn die Kinder sind unsere Zukunft. Wir wollen die sozialen Fliehkräfte in unserer Gesellschaft stoppen, die Gleichstellung von Mann und Frau verwirklichen und den sozialen Zusammenhalt in Baden-Württemberg auf eine neue Grundlage stellen.

Wir wollen ein solidarisches Gesundheitswesen: Bestmögliche medizinische Versorgung ist für alle da. Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik schafft die Solidarität ab und macht den Zugang zu Gesundheitsversorgung abhängig vom Geldbeutel. Am 27. März 2011 stehen auch Kopfpauschale, Vorkasse und Zuzahlungen zur Abwahl an.

Wir wollen Gute Arbeit schaffen: Gute Arbeit für alle - sichere Arbeitsplätze, von denen die Menschen auch gut leben, sind unser Ziel. Die Mitbestimmung in der Arbeitswelt ist dabei eine der Grundlagen unseres wirtschaftlichen Erfolges. Innovative Unternehmen und

politisches Mitgestalten. Wir treten dafür ein, dass Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen in Zukunft ganz selbstverständlich zur demokratischen Kultur in Baden-Württemberg gehören.

Wir wollen Gemeinsamkeit in Vielfalt verwirklichen:

Ein Viertel der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger haben einen Migrationshintergrund. Sie bereichern unser Land. Fremdenfeindlichkeit zerstört diese Vielfalt. Wir verstehen die Vielfalt als Chance und wollen sie gemeinsam nutzen. Mit Sprachförderung bei Kindern und Eltern wollen wir Integration erleichtern. Voraussetzung hierfür ist, dass jedes Kind den Kindergarten besucht. Wir wollen die ~~brauchen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens mehr~~ Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen des öffentlichen Lebens besser integrieren, in unseren Vereinen und Verbänden, im öffentlichen Dienst und in unseren Parlamenten. Daran werden wir arbeiten.

Wir wollen die beste Bildung für alle: Kein Kind darf zurück bleiben. Wir werden den skandalösen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen in Baden-Württemberg aufbrechen und das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule für alle Menschen verwirklichen. Aufstieg durch Bildung wird in unserem Land wieder möglich werden.

Wir wollen ein soziales Baden-Württemberg: Die Familien brauchen Unterstützung. Denn die Kinder sind unsere Zukunft. Wir wollen die sozialen Fliehkräfte in unserer Gesellschaft stoppen, die Gleichstellung von Mann und Frau verwirklichen und den sozialen Zusammenhalt in Baden-Württemberg auf eine neue Grundlage stellen.

Wir wollen ein solidarisches Gesundheitswesen: Bestmögliche medizinische Versorgung ist für alle da. Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik schafft die Solidarität ab und macht den Zugang zu Gesundheitsversorgung abhängig vom Geldbeutel. Am 27. März 2011 stehen auch Kopfpauschale, Vorkasse und Zuzahlungen zur Abwahl an.

Wir wollen Gute Arbeit schaffen: Gute Arbeit für alle - sichere Arbeitsplätze, von denen die Menschen auch gut leben, sind unser Ziel. Die Mitbestimmung in der Arbeitswelt ist dabei eine der Grundlagen unseres wirtschaftlichen Erfolges. Innovative Unternehmen und

ihre qualifizierten und motivierten Belegschaften sind die größte Stärke unserer Wirtschaft. Sie wollen wir im globalen Wettbewerb stärken und schützen.

Wir wollen eine nachhaltige Wirtschaft: Unser Ziel ist ein Neustart der sozialen Marktwirtschaft in Baden-Württemberg. Mit ökonomischer Vernunft, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Deshalb wollen wir die Atomkraft stoppen und setzen auf die erneuerbaren Energien. Das „Autoland“ Baden-Württemberg werden wir zum „Mobilitätsland“ weiterentwickeln.

Wir wollen Sicherheit und Freiheit schützen: Die Menschen in Baden-Württemberg können ihre Freiheit nur nutzen, wenn sie sich sicher fühlen. Wir werden mit den Mitteln des Rechtsstaates für Sicherheit in Baden-Württemberg sorgen. Den Personalabbau bei der Polizei werden wir stoppen und die Polizeipräsenz in der Fläche durch eine Streife mehr pro Revier verbessern.

Wir wollen einen handlungsfähigen Staat: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Wir werden die Gestaltung unseres Landes nicht dem Markt überlassen. Um seiner Verantwortung gegenüber den Bürgern gerecht zu werden, braucht der Staat ausreichende Mittel. Dabei müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir sind uns mit den Menschen im Land einig, dass es keinen Spielraum für Steuersenkungen, Steuergeschenke für Reiche und Klientelpolitik gibt. Für die zukünftigen Generationen werden wir die Verschuldung der öffentlichen Haushalte senken und zugleich mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren.

Wir wollen Gleichstellung verwirklichen: Chancengleichheit bedeutet gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Gesellschaft, Familie und Beruf. Durch den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsbetreuung, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und Arbeitsmarktprogramme für Widereinsteigerinnen schaffen wir die Voraussetzungen dafür.

Wir wollen kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen: Die Menschen wollen keine Regierung mehr, die staatlich vorschreiben will, was Kultur zu sein hat. Wir werden Kunst und Kultur fördern und ihnen mehr Freiheiten geben. Kunst und Kultur dürfen kein Luxus für wenige sein, sie sind für alle da.

ihre qualifizierten und motivierten Belegschaften sind die größte Stärke unserer Wirtschaft. Sie wollen wir im globalen Wettbewerb stärken und schützen.

Wir wollen eine nachhaltige Wirtschaft: Unser Ziel ist ein Neustart der sozialen Marktwirtschaft in Baden-Württemberg. Mit ökonomischer Vernunft, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Deshalb wollen wir die Atomkraft stoppen und setzen auf die erneuerbaren Energien. Das „Autoland“ Baden-Württemberg werden wir zum „Mobilitätsland“ weiterentwickeln.

Wir wollen Sicherheit und Freiheit schützen: Die Menschen in Baden-Württemberg können ihre Freiheit nur nutzen, wenn sie sich sicher fühlen. Wir werden mit den Mitteln des Rechtsstaates für Sicherheit in Baden-Württemberg sorgen. Den Personalabbau bei der Polizei werden wir stoppen und die Polizeipräsenz in der Fläche ~~durch eine Streife mehr pro Revier~~ verbessern.

Wir wollen einen handlungsfähigen Staat: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Wir werden die Gestaltung unseres Landes nicht dem Markt überlassen. Um seiner Verantwortung gegenüber den Bürgern gerecht zu werden, braucht der Staat ausreichende Mittel. Dabei müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir sind uns mit den Menschen im Land einig, dass es keinen Spielraum für Steuersenkungen, Steuergeschenke für Reiche und Klientelpolitik gibt. Für die zukünftigen Generationen werden wir die Verschuldung der öffentlichen Haushalte senken und zugleich mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren.

Wir wollen Gleichstellung verwirklichen: Chancengleichheit bedeutet gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Gesellschaft, Familie und Beruf. Durch den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsbetreuung, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und Arbeitsmarktprogramme für Widereinsteigerinnen schaffen wir die Voraussetzungen dafür.

Wir wollen kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen: Die Menschen wollen keine Regierung mehr, die staatlich vorschreiben will, was Kultur zu sein hat. Wir werden Kunst und Kultur fördern und ihnen mehr Freiheiten geben. Kunst und Kultur dürfen kein Luxus für wenige sein, sie sind für alle da.

II. Für ein kluges Baden-Württemberg - Beste Bildung für alle

Im Bildungssystem liegt der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit in unserem Land. Die Qualität der Bildung entscheidet maßgeblich über die Zukunft jedes Einzelnen, sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Wir werden deshalb den skandalösen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen in Baden-Württemberg aufbrechen und das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule für alle Menschen verwirklichen. Aufstieg durch Bildung muss für jeden möglich sein, denn über die Chancen eines Kindes darf nicht der Geldbeutel der Eltern entscheiden. Heute beginnt die soziale Spaltung in unserem Land bereits im Kindesalter. Das werden wir ändern.

1. Auf den Anfang kommt es an

Bildung entscheidet immer stärker über Lebens- und Berufschancen. Das gilt auch für die kulturelle Bildung, die Schlüsselqualifikationen für ein selbstbestimmtes Leben vermittelt. Deswegen müssen alle die gleichen Chancen haben, an Bildung teilzuhaben - von Anfang an und unabhängig von der sozialen Herkunft. Daher werden wir die Kommunen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr unterstützen und die Betreuungs- und Bildungsangebote für Null- bis Dreijährige bedarfsgerecht ausbauen. Wir werden Schritt für Schritt die beitragsfreien Kindergärten einführen. Die dadurch entstehenden Ausfälle werden wir den Kommunen erstatten. Zugleich wollen wir das letzte

II. Für ein kluges Baden-Württemberg - Beste Bildung für alle

~~Im Bildungssystem liegt der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit in unserem Land. Die Qualität der Bildung entscheidet maßgeblich über die Zukunft jedes Einzelnen, sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Bildung ist der Schlüssel zu einer freien, selbst verantworteten Lebensgestaltung, zur Sicherung der materiellen Existenz aus eigener Kraft und zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wir werden deshalb den skandalösen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen in Baden-Württemberg aufbrechen und das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule für alle Menschen verwirklichen. Aufstieg durch Bildung muss für jeden möglich sein, denn über die Chancen eines Kindes darf nicht der Geldbeutel der Eltern entscheiden. Heute beginnt die soziale Spaltung in unserem Land bereits im Kindesalter. Das werden wir ändern.~~

Aufstieg durch Bildung und Leistung – das ist unser Versprechen . Dieses Versprechen werden wir erneuern und halten, denn über die Chancen eines Kindes darf nicht der Geldbeutel der Eltern entscheiden. Zu lange schon beginnt die soziale Spaltung in unserem Land bereits im Kindesalter. Das wollen wir aufbrechen und das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule verwirklichen.

1. Auf den Anfang kommt es an

Bildung entscheidet immer stärker über Lebens- und Berufschancen. Das gilt auch für die kulturelle Bildung, die Schlüsselqualifikationen für ein selbstbestimmtes Leben vermittelt. Deswegen müssen alle die gleichen Chancen haben, an Bildung teilzuhaben - von Anfang an und unabhängig von der sozialen Herkunft. Daher werden wir die Kommunen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr unterstützen und die Betreuungs- und Bildungsangebote für Null- bis Dreijährige bedarfsgerecht ausbauen. Dabei werden wir die Kommunen nach dem Konnexitätsprinzip (Wer bestellt, bezahlt) unterstützen. Wir werden Schritt für Schritt die beitragsfreien Kindergärten einführen. Die dadurch

Kindergartenjahr verbindlich machen.

Wir werden den Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen verbindlich machen. Bislang hängt die Qualität der Bildung im Kindergarten weiterhin davon ab, was sich Träger und Eltern leisten können. Damit ist immer noch nicht sichergestellt, dass alle Kinder im Land dieselbe Chance auf einen guten Einstieg in das Bildungssystem haben. Wir werden deshalb eine breit angelegte Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen starten und auch die Sprachförderung von Beginn an verwirklichen. Das Ziel muss sein, die Personalausstattung mit Fachkräften zu verbessern und diese höher zu qualifizieren. In einem Stufenplan soll die Fachkraft-Kind-Relation bei den 3-6-Jährigen auf einen Mindeststandard von 1:12 angehoben werden. Dabei werden wir die Kommunen nach dem Konnexitätsprinzip unterstützen.

Nur wer Kinder- und familienpolitische Infrastruktur ganzheitlich versteht, kann Kinder und Familien erfolgreich fördern und beraten. Wir werden die Hochschulen im Land für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern öffnen. So werden wir die Kindertagesstätten schrittweise zu pädagogischen Zentren für frühkindliche Förderung und Beratung, Eltern- und Familienbildung weiterentwickeln.

Wir wollen eine stärkere Verzahnung zwischen dem Kindergarten und der Grundschulzeit. Der Übergang soll für die Kinder fließender gestaltet werden. Somit entsteht die Möglichkeit pädagogische Konzepte langfristig anzusetzen und Kinder durch Bildungspläne Individuell zu fördern. Für uns ist es selbstverständlich, dass auch Kinder mit Beeinträchtigung an frühkindlicher Betreuung teilhaben. Inklusive Kinderbetreuungseinrichtungen müssen daher zur Regel werden und dürfen nicht Ausnahme sein.

2. Länger gemeinsam Lernen

Der Zusammenhang von gegliedertem Schulsystem und sozialer Ungerechtigkeit lange ist bekannt und durch internationale Studien bestätigt. Wir stehen für eine Politik, die fördert und integriert und allen Kindern und Jugendlichen besseren Bildungschancen bietet.

Es ist mittlerweile internationaler Konsens: Je länger Kinder in einer Klasse gemeinsam lernen, desto mehr nutzt das allen, den Schwächeren wie den

entstehenden Ausfälle werden wir den Kommunen erstatten. Zugleich wollen wir das letzte Kindergartenjahr verbindlich machen.

Wir werden den Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen verbindlich machen. Bislang hängt die Qualität der Bildung im Kindergarten weiterhin davon ab, was sich Träger und Eltern leisten können. Damit ist immer noch nicht sichergestellt, dass alle Kinder im Land dieselbe Chance auf einen guten Einstieg in das Bildungssystem haben. Wir werden deshalb eine breit angelegte Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen starten und auch die Sprachförderung von Beginn an verwirklichen. Das Ziel ~~muss sein~~ ist, die Personalausstattung mit Fachkräften zu verbessern und diese höher zu qualifizieren. In einem Stufenplan soll die Fachkraft-Kind-Relation bei den 3-6-Jährigen auf einen Mindeststandard von 1:12 angehoben werden. Auch ~~Da~~ dabei werden wir die Kommunen nach dem Konnexitätsprinzip unterstützen.

Nur wer Kinder- und familienpolitische Infrastruktur ganzheitlich versteht, kann Kinder und Familien erfolgreich fördern und beraten. Wir werden die Hochschulen im Land für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern öffnen. So werden wir die Kindertagesstätten schrittweise zu pädagogischen Zentren für frühkindliche Förderung und Beratung, Eltern- und Familienbildung weiterentwickeln.

Wir wollen eine stärkere Verzahnung zwischen dem Kindergarten und der Grundschulzeit. Der Übergang soll für die Kinder fließender gestaltet werden. Somit entsteht die Möglichkeit pädagogische Konzepte langfristig anzusetzen und Kinder durch Bildungspläne Individuell zu fördern. Für uns ist es selbstverständlich, dass auch Kinder mit Beeinträchtigung an frühkindlicher Betreuung teilhaben. Inklusive Kinderbetreuungseinrichtungen müssen daher zur Regel werden und dürfen nicht Ausnahme sein.

2. Länger gemeinsam Lernen

Der Zusammenhang von gegliedertem Schulsystem und sozialer Ungerechtigkeit ~~lange~~ ist lange bekannt und durch internationale Studien bestätigt. Wir stehen für eine Politik, die fördert und integriert und allen Kindern und Jugendlichen besseren Bildungschancen bietet.

Es ist mittlerweile internationaler Konsens: Je länger Kinder in einer Klasse gemeinsam lernen, desto mehr

260 Leistungsstärkeren.

Wir werden die 10jährige Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg schrittweise einführen. Dort werden alle Schülerinnen und Schüler bis Klasse 10 gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert. Daran schließt sich eine gymnasiale Oberstufe an, die zum Abitur führt.

265

Den Weg zur 10-jährigen Schule wollen wir im Dialog mit allen Beteiligten vor Ort gemeinsam gehen. Denn wir haben den Menschen im Land zugehört. Sie wissen genau, dass bessere Schulen vor allem durch mehr Eigenständigkeit entstehen. Schulstrukturreformen sind kein Selbstzweck, sie haben eine der Pädagogik dienende Funktion. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, innovative Schulkonzepte umzusetzen, die zur Situation vor Ort passen. Beispielsweise die Option, an Hauptschulstandorten auch den Realschulabschluss anzubieten. So wollen wir erreichen, dass bis 2016 an jeder Hauptschule auch der Realschulabschluss angeboten wird.

270

275

280

285

Wir sind uns mit den Menschen im Land einig: Die Grundschulempfehlung ist unzeitgemäß und soll abgeschafft werden. Die Eltern sollen nach ausführlicher pädagogischer Beratung selbst entscheiden dürfen, welche weiterführende Schule ihr Kind besuchen wird.

290

Das krampfhaftes Festhalten der Landesregierung am 3-gliedrigen Schulsystem führt auch zum Aus für Hunderte von Schulstandorten, insbesondere im ländlichen Raum. Diese Entwicklung wird durch die Umwandlung der Hauptschulen in mindestens 2-zügige Werkrealschulen sogar noch beschleunigt. Das Ergebnis ist bitter: CDU und FDP lassen den ländlichen Raum veröden. Wir garantieren hingegen, dass in jeder Gemeinde oder jedem Gemeindeverband über 5000 Einwohnern eine weiterführende Schule erhalten bleibt. Damit lassen wir die Schule "im Dorf" und sichern ein hochwertiges, wohnortnahes Bildungsangebot im ganzen Land. Für bessere Bildungschancen für alle.

295

300

305

3. Schule zum sozialen Lernort machen

Ganztagsschulen sind Lern- und Lebensorte, ohne starren 45-Minuten-Takt, dafür mit vielfältigen ergänzenden Bildungs- und Freizeitangeboten. Wir

310

nutzt das allen, den Schwächeren wie den Leistungsstärkeren.

Wir werden die 10jährige Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg schrittweise einführen. Dort werden alle Schülerinnen und Schüler bis Klasse 10 gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert. Daran schließt sich eine gymnasiale Oberstufe an, die zum Abitur führt.

Den Weg zur 10-jährigen Schule wollen wir im Dialog mit allen Beteiligten vor Ort gemeinsam gehen. Denn wir haben den Menschen im Land zugehört. Sie wissen genau, dass bessere Schulen vor allem durch mehr Eigenständigkeit entstehen. Schulstrukturreformen sind kein Selbstzweck, sie haben eine der Entwicklung der Kinder Pädagogik dienende Funktion. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, innovative Schulkonzepte umzusetzen, die zur Situation vor Ort passen. Beispielsweise die Option, an Hauptschulstandorten auch den Realschulabschluss anzubieten. So wollen wir erreichen, dass bis 2016 an jeder Hauptschule auch der Realschulabschluss angeboten wird.

Wir sind uns mit den Menschen im Land einig: Die Grundschulempfehlung ist unzeitgemäß und soll abgeschafft werden. Die Eltern sollen nach ausführlicher pädagogischer Beratung selbst entscheiden dürfen, welche weiterführende Schule ihr Kind besuchen wird.

Das krampfhaftes Festhalten der Landesregierung am 3-gliedrigen Schulsystem führt auch zum Aus für Hunderte von Schulstandorten, insbesondere im ländlichen Raum. Diese Entwicklung wird durch die Umwandlung der Hauptschulen in mindestens 2-zügige Werkrealschulen sogar noch beschleunigt. Das Ergebnis ist bitter: CDU und FDP lassen den ländlichen Raum veröden. Wir garantieren hingegen, dass in jeder Gemeinde oder jedem Gemeindeverband über 5000 Einwohnern eine weiterführende Schule erhalten bleibt. Damit lassen wir die Schule "im Dorf" und sichern ein hochwertiges, wohnortnahes Bildungsangebot im ganzen Land. Für bessere Bildungschancen für alle.

3. Schule zum sozialen Lernort machen

Ganztagsschulen sind Lern- und Lebensorte, ohne starren 45-Minuten-Takt, dafür mit vielfältigen ergänzenden Bildungs- und Freizeitangeboten. Wir

werden deshalb die Ganztagschule als Schulform gesetzlich verankern, flächendeckend anbieten und die notwendigen pädagogischen Fachkräfte zur Verfügung stellen. Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen damit Schulen individuelle Modelle passgenau für den Standort entwickeln können. Die Organisation des Unterrichts sollte dem Leistungsstandard der Klasse angepasst werden. Für uns wird die Beratung und Unterstützung der Schüler durch ausgebildete SozialarbeiterInnen an allen Schultypen fester Bestandteil schulischen Lebens sein. Wir begreifen Schulsozialarbeit als Landesaufgabe und werden sie anteilig finanzieren.

Wir werden den drastischen Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg nicht länger hinnehmen. Im Schuljahr 2009/10 fielen über 1,6 Mio. Unterrichtsstunden in den allgemein bildenden Schulen aus. Auch an den beruflichen Schulen fallen bis zu 12 Prozent des Unterrichts aus. Das werden wir ändern. Wir werden zusätzliche Lehrkräfte einzustellen, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Die Zahl der KrankheitsstellvertreterInnen soll um ein Drittel erhöht und diese Lehrkräfte unbefristet eingestellt werden.

Die Art und Weise, wie das Turboabitur organisiert wurde, belastet Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in unverantwortlicher Weise. Das achtjährige Gymnasium funktioniert nur als Ganztagschule mit zusätzlichen Ressourcen. Wir werden innerhalb des achtjährigen Gymnasiums (G8) den Schulen die Möglichkeit geben, einen parallelen G9-Zug einzurichten. Mit Wahlfreiheit für die Eltern, welche Variante für ihr Kind die beste ist. Die Bildungsinhalte im G8 in der Unter- und Mittelstufe sollen wieder so entzerrt und verteilt werden, dass das Niveau der mittleren Reife, wie in anderen Bundesländern mit G8 auch, erst am Ende der 10.Klasse erreicht wird. Zeitdruck und Fächerstress werden dadurch gesenkt und die Durchlässigkeit von der Realschule wird fast vollständig wieder hergestellt.

werden deshalb die Ganztagschule als Schulform gesetzlich verankern, flächendeckend anbieten und die notwendigen pädagogischen Fachkräfte zur Verfügung stellen. Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen damit Schulen individuelle Modelle passgenau für den Standort entwickeln können. Die Organisation des Unterrichts sollte dem Leistungsstandard der Klasse angepasst werden. Wir werden das Lehrkraft Schüler-/innen Verhältnis so verbessern, dass individuelle Förderung möglich ist.

Für uns wird die Beratung und Unterstützung der Schüler durch ausgebildete SozialarbeiterInnen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an allen Schultypen fester Bestandteil schulischen Lebens sein. Wir begreifen Schulsozialarbeit als Landesaufgabe und werden sie anteilig finanzieren.

Die Bildung von Kindern und Jugendlichen an „sozialen Brennpunktschulen“ erfordert unsere besondere Anstrengung. Es bedarf individueller Bildungskonzepte mit überdurchschnittlichem Ressourcenaufwand. Hierfür werden wir ein Landesprogramm auflegen.

Wir werden den drastischen Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg nicht länger hinnehmen. Im Schuljahr 2009/10 fielen über 1,6 Mio. Unterrichtsstunden in den allgemein bildenden Schulen aus. Auch an den beruflichen Schulen fallen bis zu 12 Prozent des Unterrichts aus. Das werden wir ändern. Wir werden zusätzliche Lehrkräfte einzustellen, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Die Zahl der KrankheitsstellvertreterInnen soll um ein Drittel erhöht und diese Lehrkräfte unbefristet eingestellt werden.

Die Art und Weise, wie das Turboabitur organisiert wurde, belastet Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in unverantwortlicher Weise. Das achtjährige Gymnasium funktioniert nur als Ganztagschule mit zusätzlichen Ressourcen. Wir werden innerhalb des achtjährigen Gymnasiums (G8) den Schulen die Möglichkeit geben, einen parallelen G9-Zug einzurichten. Mit Wahlfreiheit für die Eltern, welche Variante für ihr Kind die beste ist. Die Bildungsinhalte im G8 in der Unter- und Mittelstufe sollen wieder so entzerrt und verteilt werden, dass das Niveau der mittleren Reife, wie in anderen Bundesländern mit G8 auch, erst am Ende der 10.Klasse erreicht wird. Zeitdruck und Fächerstress werden dadurch gesenkt und die Durchlässigkeit von der Realschule wird fast vollständig wieder hergestellt.

365 Eltern im ganzen Land ächzen unter der finanziellen
Belastung, die ihnen aus dem Schulbesuch ihrer Kinder
entstehen. Wir wollen sie entlasten und verteidigen
entschieden den Verfassungsauftrag der
370 Lernmittelfreiheit (Art. 4 Abs. 2 der Landesverfassung).
Sie ist ein wichtiges Element der Chancengleichheit im
Bildungswesen.

Eltern im ganzen Land ächzen unter der finanziellen
Belastung, die ihnen aus dem Schulbesuch ihrer Kinder
entstehen. Wir wollen sie entlasten und verteidigen
entschieden den Verfassungsauftrag der
Lernmittelfreiheit (Art. 4 Abs. 2 der Landesverfassung).
Sie ist ein wichtiges Element der Chancengleichheit im
Bildungswesen.

Wir sind uns über die wahre Belastung der Elternhäuser
im Klaren: Pro Jahr geben Eltern in Deutschland 1,5
Milliarden Euro für Nachhilfe aus, Baden-Württemberg
steht mit 131 Euro pro Elternhaus und Jahr an der
Spitze. Wir sind der Überzeugung, dass eine
Ganztagesschule mit viel individueller Förderung und
mit rhythmisierten Phasen der Übung und Vertiefung
allen Schülerinnen und Schülern unabhängig vom
Geldbeutel und Bildungshintergrund ihrer Eltern die
besten Chancen bietet.

385 Unsere Schulen sollen auch für Kinder mit
Behinderungen offen sein. Wir wollen das Recht der
Kinder auf ein inklusives Bildungssystem im
Schulgesetz regeln. Eltern von Kindern mit
Behinderungen haben dann ein echtes Wahlrecht
390 haben und können entscheiden, auf welche Schule ihr
Kind gehen soll.

Unsere Schulen sollen auch für Kinder mit
Behinderungen offen sein. Wir wollen das Recht der
Kinder auf ~~ihn~~ ein inklusives Bildungssystem im
Schulgesetz regeln. Eltern von Kindern mit
Behinderungen haben dann ein echtes Wahlrecht
haben und können entscheiden, auf welche Schule ihr
Kind gehen soll.

Regelschullehrkräfte müssen für den Unterricht in
heterogenen Gruppen und mit Menschen mit
Behinderungen weitergebildet werden. Die Ausstattung
der Schulen mit Lehrkräften, Sonderpädagogen,
Sozialarbeitern und Schulpsychologen erfolgt in
Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Schulen im
Sinne der örtlichen Schulkonzepte.
Wir werden diese umfassenden Schulreformen mit den
Lehrkräften gemeinsam meistern. Steigende
Heterogenität, die Umsetzung der UN-Konvention zur
Inklusion und neue Lehr- und Lernformen erfordern eine
regelmäßige begleitende Fortbildung, die auf die
Bedürfnisse der Lehrkräfte abgestimmt ist.

405 Kinder mit Migrationshintergrund müssen sich mit ihrer
Kultur im Schulalltag wiederfinden können.
Mehrsprachigkeit sehen wir als Stärke. Dies bedeutet,
dass wir das Erlernen der deutschen Sprache fördern
410 und Sprachen von Migrantinnen und Migranten als
ordentliches Lehrfach anbieten werden.

Kinder mit Migrationshintergrund müssen sich mit ihrer
Kultur im Schulalltag wiederfinden können.
Mehrsprachigkeit sehen wir als Stärke. Dies bedeutet,
dass wir das Erlernen der deutschen Sprache fördern
und Sprachen von Migrantinnen und Migranten als
ordentliches Lehrfach anbieten werden.

Ethikunterricht soll ab Klassenstufe 1 in den Lehrplan
aufgenommen worden. Islamischer Religionsunterricht
415 soll an deutschen Schulen von an deutschen

Ethikunterricht soll ab Klassenstufe 1 in den Lehrplan
aufgenommen worden. Islamischer Religionsunterricht
soll an deutschen Schulen von an deutschen

Hochschulen ausgebildeten Religionslehrern durchgeführt werden.

420 Zu lange wurde über die Köpfe der Menschen hinweg Bildungspolitik gemacht - diesen Politikstil schicken wir in die Opposition.

4. Berufliche Basisqualifikation für alle

425 Wir streben die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung an. Konkret bedeutet das: gleiche Ressourcenausstattung durch zusätzliche Lehrkräfte sowie die Möglichkeit für berufliche Schulen, Ganztagsangebote anzubieten. Gleichzeitig wollen wir
430 die beruflichen Schulen eigenständiger machen, damit sie sich auf Wunsch zu regionalen Berufsbildungszentren für die Aus-, Fort- und Weiterbildung weiterentwickeln können. Das verbessert die berufliche Bildung in der Region und trägt dazu bei,
435 den Standort nachhaltig zu sichern.

Wir wollen das Duale System erhalten, stärken und weiter entwickeln. Für all diejenigen, die keinen Ausbildungsplatz im dualen System finden, obwohl sie
440 keine zusätzliche Unterstützung benötigen, muss das Land In Zukunft alternative Ausbildungsmöglichkeiten bereitstellen. Wir setzen uns sowohl für den Ausbau von Modellen einer assistierten Ausbildung im dualen System ein als auch für die Gleichwertigkeit von
445 vollzeitschulischen Ausbildungen in Ergänzung zum dualen System. Die Absolventen sollen in Zukunft zur Kammerprüfung zugelassen werden.

450 Alle Jugendlichen haben ein Recht auf eine gute Berufsausbildung. Diesem Anspruch wird Baden-Württemberg heute nicht gerecht. Noch immer finden jedes Jahr tausende Jugendliche keine Ausbildungsstelle im dualen System und sind auf berufsvorbereitende Maßnahmen angewiesen. In einer
455 späteren Ausbildung werden die dort erbrachten Leistungen jedoch so gut wie nie anerkannt - für die jungen Menschen sind sie nur Warteschleifen. Wir werden die Übergangssysteme (BVJ, VAB, BEJ) grundlegend reformieren.

460 Der direkte Einstieg insbesondere der Hauptschüler, Werkreal- und Realschüler in eine duale Ausbildung muss wieder zum Regelfall werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deutlich mehr tun, um neue
465 Ausbildungsplätze zu schaffen und die Wirtschaft dazu zu bringen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Hochschulen ausgebildeten Religionslehrern durchgeführt werden.

Zu lange wurde über die Köpfe der Menschen hinweg Bildungspolitik gemacht - diesen Politikstil schicken wir in die Opposition.

4. Berufliche Basisqualifikation für alle

Wir streben die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung an. Konkret bedeutet das: gleiche Ressourcenausstattung durch zusätzliche Lehrkräfte sowie die Möglichkeit für berufliche Schulen, Ganztagsangebote anzubieten. Gleichzeitig wollen wir
die beruflichen Schulen eigenständiger machen, damit sie sich auf Wunsch zu regionalen Berufsbildungszentren für die Aus-, Fort- und Weiterbildung weiterentwickeln können. Das verbessert die berufliche Bildung in der Region und trägt dazu bei,
den Standort nachhaltig zu sichern.

Wir wollen das Duale System erhalten, stärken und weiter entwickeln. Für all diejenigen, die keinen Ausbildungsplatz im dualen System finden, obwohl sie
keine zusätzliche Unterstützung benötigen, muss ~~das~~ unser Land In Zukunft alternative Ausbildungsmöglichkeiten bereitstellen. Wir setzen uns sowohl für den Ausbau von Modellen einer assistierten Ausbildung im dualen System ein als auch für die Gleichwertigkeit von
vollzeitschulischen Ausbildungen in Ergänzung zum dualen System. Die Absolventen sollen in Zukunft zur Kammerprüfung zugelassen werden.

Alle Jugendlichen haben ein Recht auf eine gute Berufsausbildung. Diesem Anspruch wird Baden-Württemberg heute nicht gerecht. Noch immer finden jedes Jahr tausende Jugendliche keine Ausbildungsstelle im dualen System und sind auf berufsvorbereitende Maßnahmen angewiesen. In einer
späteren Ausbildung werden die dort erbrachten Leistungen jedoch so gut wie nie anerkannt - für die jungen Menschen sind sie nur Warteschleifen. Wir werden die Übergangssysteme (BVJ, VAB, BEJ) grundlegend reformieren.

Der direkte Einstieg insbesondere der Hauptschüler, Werkreal- und Realschüler in eine duale Ausbildung muss wieder zum Regelfall werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deutlich mehr tun, um neue
Ausbildungsplätze zu schaffen und die Wirtschaft dazu zu bringen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Wir wollen die duale Ausbildung grundsätzlich attraktiver machen. Hierfür gilt es Karrierewege nach der Erstausbildung aufzeigen, beispielsweise durch die Systematisierung von Zusatzqualifikationen und die Möglichkeit, neben der Ausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben.

Die Landesregierung hat jahrelang die hohe Zahl der Bewerber für die beruflichen Schularten ignoriert, insbesondere an den beruflichen Gymnasien. Sie hat die Zahl der Eingangsklassen begrenzt und so tausenden von zugangsberechtigten Realschülern den Weg zur Hochschulreife versperrt. Auch für das laufende Schuljahr wurde jedem dritten Bewerber aus einer Realschule der Übergang an ein berufliches Gymnasium verweigert, obwohl alle formalen Zugangsvoraussetzungen erfüllt waren. Dadurch nimmt Schwarz-Gelb jungen Menschen Lebenschancen und verschärft den drohenden Fachkräftemangel, der allein in Baden-Württemberg auf 500.000 Personen bis 2030 beziffert wird. Das werden wir ändern. Eine SPD-geführte Landesregierung wird einen Rechtsanspruch auf Zugang zu einem beruflichen Gymnasium für alle Schülerinnen und Schüler schaffen, die die notwendigen Voraussetzungen erfüllen.

5. Studiengebühren abschaffen - Hochschulen demokratisieren

In unserer Landesverfassung steht der edle Satz: "Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung." Die Realität in Baden-Württemberg sieht anders aus. Wir werden diesen Verfassungsauftrag mit Leben füllen und Aufstieg durch Bildung für alle ermöglichen.

Das von Schwarz-Gelb eingeführte System der Studiengebühren ist sozial ungerecht und schreckt zu viele kluge Köpfe ohne dickes Portemonnaie vom Studium ab. Wir werden die Studiengebühren ab dem Wintersemester 2010/2011 abschaffen. Den finanziellen Ausfall an den Hochschulen werden wir aus dem Landeshaushalt gegen finanzieren. Wir stellen sicher, dass es zu keiner Einschränkung der Lehre kommt.

Wir wollen die duale Ausbildung grundsätzlich attraktiver machen. Hierfür gilt es Karrierewege nach der Erstausbildung aufzeigen, beispielsweise durch die Systematisierung von Zusatzqualifikationen und die Möglichkeit, neben der Ausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben.

Die Landesregierung hat jahrelang die hohe Zahl der Bewerber für die beruflichen Schularten ignoriert, insbesondere an den beruflichen Gymnasien. Sie hat die Zahl der Eingangsklassen begrenzt und so tausenden von zugangsberechtigten Realschülern den Weg zur Hochschulreife versperrt. Auch für das laufende Schuljahr wurde jedem dritten Bewerber aus einer Realschule der Übergang an ein berufliches Gymnasium verweigert, obwohl alle formalen Zugangsvoraussetzungen erfüllt waren. Dadurch nimmt Schwarz-Gelb jungen Menschen Lebenschancen und verschärft den drohenden Fachkräftemangel, der allein in Baden-Württemberg auf 500.000 Personen bis 2030 beziffert wird. Das werden wir ändern. Eine SPD-geführte Landesregierung wird einen Rechtsanspruch auf Zugang zu einem beruflichen Gymnasium für alle Schülerinnen und Schüler schaffen, die die notwendigen Voraussetzungen erfüllen.

5. Studiengebühren abschaffen - Hochschulen demokratisieren

In unserer Landesverfassung steht der edle Satz: "Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung." Die Realität in Baden-Württemberg sieht anders aus. Wir werden diesen Verfassungsauftrag mit Leben füllen und Aufstieg durch Bildung für alle ermöglichen.

Das von Schwarz-Gelb eingeführte System der Studiengebühren ist sozial ungerecht und schreckt zu viele kluge Köpfe ohne ~~dickes~~ Portemonnaie Geldbeutel vom Studium ab. Wir werden die Studiengebühren und Verwaltungs-kostenbeiträge ab dem Wintersemester ~~2010/2011~~ 2011/2012 abschaffen. Den finanziellen Ausfall an den Hochschulen werden wir aus dem Landeshaushalt gegen finanzieren. Wir stellen sicher, dass es zu keiner Einschränkung der Lehre kommt.

Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass berufliche Bildung faktisch als gleichwertiger Zugang zum Hochschulstudium anerkannt wird. Zusätzliche Hürden für Absolvent/innen beruflicher Bildungsgänge.

520

525

530

535

540

545

550

555

560

565

570

Wir wollen die Hochschulen im Land demokratischer machen. 1977 entzog die CDU unter Ministerpräsident Filbinger mit der gesetzlichen Auflösung der Verfassten Studierendenschaft den Studentinnen und Studenten die rechtliche und materielle Grundlage ihres Engagements. Wir werden die Entmündigung der Studierenden in Baden-Württemberg beenden. Wir wollen eine Studierendenvertretung, die ihre Interessen in den Hochschulen unabhängig und autonom formulieren und sich in die Entscheidungsprozesse einbringen kann. Institutionell unabhängig von den Hochschulleitungen, mit eigenständigem Budget und der Möglichkeit, ihre Studien- und Lebensbedingungen in einem allgemeinpolitischen Kontext zu thematisieren.

Der Bologna-Prozess muss reformiert werden. Die Studierenden in den Bachelor- und Masterstudiengängen brauchen endlich eine zuverlässige Perspektive. Seine abstrakten Ziele bleiben richtig, doch in der Umsetzung durch die Landesregierung haben sich zahlreiche Probleme ergeben, unter denen die Studierenden in unserem Land Tag für Tag leiden: erschwerte Auslandssemester, Mehrkosten ohne Erstattung an die Hochschulhaushalte, kleinteiliges Stakkato-Lernen, das Durcheinander bei den Abschlüssen Diplom/Bachelor/Master und häufig unüberwindbare Zugangshindernisse für erfolgreiche Bachelor-AbsolventInnen in die Master-Studiengänge-bei all diesen Problemen lässt die Regierung Mappus unsere Hochschulen und Studierenden allein. Wir werden ihnen beistehen. Mit einer Finanzierung der Hochschulen, die den erhöhten Kosten angemessen ist und sie nicht auf Umwegen aus Studiengebühren bestreitet. Und mit einem Anspruch auf Zulassung in die Master-Studiengänge.

z.B. in Form von Eignungstests lehnen wir ab. Stattdessen werden wir Verfahren zur Anerkennung beruflich erworbener Kompetenzen, die Durchlässigkeit in beruflich nicht affine Fächer, den Ausbau von individueller Beratung und die Flexibilisierung der Studienorganisation (z.B. durch Teilzeitstudiengänge) fördern, um eine Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte zu realisieren.

Wir werden ~~wollen~~ die Hochschulen im Land demokratischer machen. 1977 entzog die CDU unter Ministerpräsident Filbinger mit der gesetzlichen Auflösung der Verfassten Studierendenschaft den Studentinnen und Studenten die rechtliche und materielle Grundlage ihres Engagements. Wir werden die Entmündigung der Studierenden in Baden-Württemberg beenden und die Verfasste Studierendenschaft wieder einführen. Wir wollen eine Studierendenvertretung, die ihre Interessen in den Hochschulen unabhängig und autonom formulieren und sich in die Entscheidungsprozesse einbringen kann. Institutionell unabhängig von den Hochschulleitungen, mit eigenständigem Budget und der Möglichkeit, ihre Studien- und Lebensbedingungen in einem allgemeinpolitischen Kontext zu thematisieren.

Der Bologna-Prozess muss reformiert werden. Die Studierenden in den Bachelor- und Masterstudiengängen brauchen endlich eine zuverlässige Perspektive. Seine abstrakten Ziele bleiben überwiegend richtig, doch in der Umsetzung durch die Landesregierung haben sich zahlreiche Probleme ergeben, unter denen die Studierenden in unserem Land Tag für Tag leiden: erschwerte Auslandssemester, Mehrkosten ohne Erstattung an die Hochschulhaushalte, kleinteiliges Stakkato-Lernen, das Durcheinander bei den Abschlüssen Diplom/Bachelor/Master und häufig unüberwindbare Zugangshindernisse für erfolgreiche Bachelor-AbsolventInnen und Absolventen in die Master-Studiengänge. Bei all diesen Problemen lässt die Regierung Mappus unsere Hochschulen und Studierenden allein. Wir werden ihnen ~~beistehen~~ mit einer Finanzierung der Hochschulen beistehen, die den erhöhten Kosten angemessen ist und sie nicht auf Umwegen aus Studiengebühren bestreitet. Alle Bachelor-Absolventinnen und Absolventen haben Anspruch auf Zulassung in einen Masterstudiengang ~~Und mit einem Anspruch auf Zulassung in die Master-Studiengänge.~~

Der Grundgedanke der Bolognareform war die

575

580

585

590

595

600

605

610

615

620

Bereits bei der Einführung des G 8 war klar, dass es ein Jahr geben wird, in dem die doppelte Zahl an Abiturienten an die Hochschulen drängt und dass es dafür entsprechend vorbereitende Maßnahmen an den Hochschulen geben muss. Dennoch wurde bewusst darauf verzichtet, die soziale Infrastruktur entsprechend auszubauen - etwa mit zusätzlichen Wohnheimplätzen. Das Dilemma des Jahres 2012 ist unter diesen Voraussetzungen absehbar. Es wurde von der Landesregierung vorsätzlich riskiert und herbeigeführt. Wir werden mit einem „AdHocProgramm 2012“dafür sorgen, dass die Studienanfänger des Jahres 2012 tatsächlich qualitativ und quantitativ ungeschmälerete Studienbedingungen haben.

Zu lange hat Schwarz-Gelb auch unsere Hochschulbauten vernachlässigt. Undichte Dächer, Rost und gravierende Sicherheitsmängel bezeugen dieses Versagen. Der Landesrechnungshof beziffert das Defizit auf 5 Milliarden Euro, für deren Abarbeitung die Landesregierung jährlich 200 Millionen bereitstellen will - das würde 25 Jahre bedeuten, den gleichzeitig fortschreitende zusätzliche Sanierungsbedarf noch nicht einmal eingerechnet. Wir werden die Hochschulen und ihre Bauten mit einem umfassenden und solide finanzierten Sanierungsprogramm für die Hochschulen

Schaffung eines vergleichbaren europäischen Hochschulraums. Dies wird durch eine fehlende Anerkennungspraxis von Studienabschlüssen an anderen Hochschulen, oftmals noch im selben Bundesland, konterkariert. Dieser Widerspruch bedarf einer schnellen Lösung. Die unterschiedlichen Abschlüsse der einzelnen Hochschulen müssen allgemein anerkannt werden. So fordern wir im Sinne des „Übereinkommens über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region“ die Umkehr der Beweislast zu Gunsten der Studierenden bezüglich der Gleichwertigkeit von Studienabschlüssen. Die Hochschulen müssen den Studierenden eine fehlende Qualifikation nachweisen. Die bisherige Praxis, dass Studierende den Nachweis erbringen müssen, dass eine erbrachte Leistung den jeweiligen Anforderungen der Hochschule gleichwertig ist, ist unsozial und verschlingt Ressourcen, die anderweitig einsetzbar sind. Die Realität zeigt, dass die Hürden, die einem bei der Anerkennung oft in den Weg gelegt werden, oftmals nicht zu überwinden sind.

Bereits bei der Einführung des G 8 war klar, dass es ein Jahr geben wird, in dem die doppelte Zahl an Abiturienten an die Hochschulen drängt und dass es dafür entsprechend vorbereitende Maßnahmen an den Hochschulen geben muss. Dennoch wurde bewusst darauf verzichtet, die soziale Infrastruktur entsprechend auszubauen - etwa mit zusätzlichen Wohnheimplätzen. Das Dilemma des Jahres 2012 ist unter diesen Voraussetzungen absehbar. Es wurde von der Landesregierung vorsätzlich riskiert und herbeigeführt. Wir werden mit einem „AdHocProgramm 2012“dafür sorgen, dass die Studienanfänger des Jahres 2012 tatsächlich qualitativ und quantitativ ungeschmälerete Studienbedingungen haben. Dabei werden wir auch berücksichtigen, dass in Baden-Württemberg noch tausende zusätzliche Studienplätze durch die Aussetzung der Wehrpflicht notwendig werden.

Zu lange hat Schwarz-Gelb auch unsere Hochschulbauten vernachlässigt. Undichte Dächer, Rost und gravierende Sicherheitsmängel bezeugen dieses Versagen. Der Landesrechnungshof beziffert das Defizit auf 5 Milliarden Euro, für deren Abarbeitung die Landesregierung jährlich 200 Millionen bereitstellen will - das würde 25 Jahre bedeuten, den gleichzeitig fortschreitende zusätzliche Sanierungsbedarf noch nicht einmal eingerechnet. Wir werden die Hochschulen und ihre Bauten mit einem umfassenden und solide finanzierten Sanierungsprogramm für die Hochschulen

und Universitätskliniken so behandeln, wie es sich für die Kernsubstanz des Wissenschafts- und Kulturstandorts Baden-Württemberg gehört.

Wir wollen unser Land zum Forschungsstandort Nr. 1 in Europa machen und Anziehungspunkt für die erfolgreichsten Forscherinnen und Forscher weltweit werden. Wir werden die Grundlagenforschung stärker fördern, sie legt heute die Basis für den ökonomischen Erfolg von morgen. Mit den Forschungshäusern für den Mittelstand werden wir zudem ein Konzept verwirklichen, das Wirtschaft und Wissenschaft zusammen führt. Wir wollen damit dazu beitragen, dass Erkenntnisse mit Produktpotential schneller erkannt und zügig in die Entwicklung und in die Produktion gelangen. Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen.

Unsere Uni-Kliniken sind keine Spekulationsobjekte. Wir machen Schluss mit allen Diskussionen über die Privatisierung der Universitätskliniken. Wir wollen, dass es zu keiner weiteren Verunsicherung des Personals und der Patienten kommt: 35.000 Beschäftigte und

und Universitätskliniken so behandeln, wie es sich für die Kernsubstanz des Wissenschafts- und Kulturstandorts Baden-Württemberg gehört.

Wir wollen unser Land zum Lehr- und Forschungsstandort Nr. 1 in Europa machen und uns für ein sorgsam austariertes Gleichgewicht zwischen Forschung und Lehre einsetzen.

Wir wollen Anziehungspunkt für die erfolgreichsten Forscherinnen und Forscher weltweit werden. Wir werden die Grundlagenforschung stärker fördern, sie legt heute die Basis für den ökonomischen Erfolg von morgen. Mit den Forschungshäusern für den Mittelstand werden wir zudem ein Konzept verwirklichen, das Wirtschaft und Wissenschaft zusammen führt. Wir wollen damit dazu beitragen, dass Erkenntnisse mit Produktpotential schneller erkannt und zügig in die Entwicklung und in die Produktion gelangen. Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen.

Guter Lohn für gute Arbeit muss auch an unseren Hochschulen gelten. Wissenschaft und Lehre gilt es als Beruf anzuerkennen. Die HochschullehrerInnenlaufbahn muss über unterschiedliche Karrierewege erreichbar sein, die Habilitation ist dabei immer nur eine Möglichkeit. Eine andere ist z.B. ein „Tenure Track“, der den dauerhaften Verbleib in Hochschule und Forschung ermöglicht – unabhängig davon, ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. Voraussetzung dafür ist eine systematische Personalplanung und -entwicklung durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Wir werden uns für einen wirklichen Mittelbau mit sozialversicherungspflichtigen, unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen an unseren Hochschulen einsetzen. Dort, wo Lehrbeauftragte dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben wahrnehmen, müssen diese sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse erhalten. Junge Nachwuchswissenschaftler und studentische Beschäftigte sind durch Einbeziehen in die Tarifverträge bzw. das Auflegen eines neuen Wissenschaftstarifvertrages abzusichern.

Unsere Uni-Kliniken sind keine Spekulationsobjekte. Wir machen Schluss mit allen Diskussionen über die Privatisierung der Universitätskliniken. Wir wollen, dass es zu keiner weiteren Verunsicherung des Personals und der Patienten kommt: 35.000 Beschäftigte und

jährlich 700.000 Patienten an unseren
Universitätskliniken haben ein Recht darauf, nicht zum
Spielball von Spekulanten zu werden.

6. Lebenslanges Lernen möglich machen

Wir wollen lebenslanges Lernen für alle ermöglichen
und Baden-Württemberg fit machen für die Zukunft.
Dafür werden wir die allgemeine und berufliche
Weiterbildung im Land stärken, um die Menschen auf
ihrem Lebensweg zu unterstützen und den
Fachkräftebedarf für die heimische Wirtschaft zu
sichern. Konkret bedeutet das:

Die Volkshochschulen als kommunale
Weiterbildungszentren leisten einen wertvollen Beitrag
zur kommunalen Bildungslandschaft, der für
lebenslanges und ganzheitliches Lernen unverzichtbar
ist. Wir wollen vernetzte, niedrigschwellige und
bezahlbare Bildungsangebote für alle
Bevölkerungsgruppen schaffen. Dazu muss der
schleichende Trend zur Privatisierung bei der öffentlich
geförderten allgemeinen Weiterbildung gestoppt
werden, indem die institutionelle Landesförderung
schrittweise von 5,8 % auf den Bundesdurchschnitt von
13,6 Prozent angehoben wird. Die Bedeutung der
politischen Bildung steigt ständig. Wir werden die
politische Bildung an den Schulen ausbauen und die
Landeszentrale für politische Bildung stärken. In der
Schule müssen schon frühzeitig die Themen
Demokratie-erziehung, Rechtsextremismus und
Gewaltprävention verpflichtend be-handelt werden.

Wir werden die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung
zu einem System mit Regelungen für Anerkennungen
und Berechtigungen von Abschlüssen auf dem
Weiterbildungsmarkt ausbauen. Die SPD setzt dabei
auf ein modulares System, das sich sowohl am
Berufsprinzip als auch an den Anforderungen der
Hochschulen orientiert. So wird ein hohes Maß an
Durchlässigkeit sichergestellt.

Die SPD wird in der Regierungsverantwortung eine
flächendeckende, unabhängige und vom Land
mitfinanzierte Bildungsberatung und
Berufswegebegleitung für Erwachsene auf den Weg
bringen und den Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub
verwirklichen. Durch direkte Ansprache sollen so auch
bislang nicht erreichte Zielgruppen für

jährlich 700.000 Patienten an unseren
Universitätskliniken haben ein Recht darauf, nicht zum
Spielball von Spekulanten zu werden. Wir werden dafür
sorgen, dass das Land seiner Investitionsverpflichtung
für die Universitätskliniken nachkommt.

6. Lebenslanges Lernen möglich machen

Wir wollen lebenslanges Lernen für alle ermöglichen
und Baden-Württemberg fit machen für die Zukunft.
Dafür werden wir die allgemeine und berufliche
Weiterbildung im Land stärken, um die Menschen auf
ihrem Lebensweg zu unterstützen und den
Fachkräftebedarf für die heimische Wirtschaft zu
sichern. Konkret bedeutet das:

Die Volkshochschulen als kommunale
Weiterbildungszentren leisten einen wertvollen Beitrag
zur kommunalen Bildungslandschaft, der für
lebenslanges und ganzheitliches Lernen unverzichtbar
ist. Wir wollen vernetzte, niedrigschwellige und
bezahlbare Bildungsangebote für alle
Bevölkerungsgruppen schaffen. Dazu muss der
schleichende Trend zur Privatisierung bei der öffentlich
geförderten allgemeinen Weiterbildung gestoppt
werden, indem die institutionelle Landesförderung
schrittweise von 5,8 Prozent auf den
Bundesdurchschnitt von 13,6 Prozent angehoben wird.
Die Bedeutung der politischen Bildung steigt ständig.
Wir werden die politische Bildung an den Schulen
ausbauen und die Landeszentrale für politische Bildung
stärken. In der Schule müssen schon frühzeitig die
Themen Demokratie-erziehung, Rechtsextremismus
und Gewaltprävention verpflichtend behandelt werden.

Wir werden die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung
zu einem System mit Regelungen für Anerkennungen
und Berechtigungen von Abschlüssen auf dem
Weiterbildungsmarkt ausbauen. Die SPD setzt dabei
auf ein modulares System, das sich sowohl am
Berufsprinzip als auch an den Anforderungen der
Hochschulen orientiert. So wird ein hohes Maß an
Durchlässigkeit sichergestellt.

Die SPD wird in der Regierungsverantwortung eine
flächendeckende, unabhängige und vom Land
mitfinanzierte Bildungsberatung und
Berufswegebegleitung für Erwachsene auf den Weg
bringen und den Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub
verwirklichen. Durch direkte Ansprache sollen so auch
bislang nicht erreichte Zielgruppen für

III. Für ein gerechtes Baden-Württemberg – Arbeit von der man gut leben kann

Wir wollen Gute Arbeit für alle. Arbeit, von der die Menschen gut leben können und die ihre Würde wahrt. Gute Arbeit ermöglicht Teilhabe, ist gerecht entlohnt, erhält Qualifikation und Gesundheit und sichert Männern und Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Die derzeitige wirtschaftliche Belebung ist ein sozialdemokratisches Kind. Doch gerade in Baden-Württemberg kommt dieser Aufschwung bei vielen nicht an. Über 40 % der neu gemeldeten freien Stellen sind dem Bereich der Leiharbeit zuzuordnen. Die Arbeitslosigkeit bei den über 55-Jährigen und den Schwerbehinderten liegt deutlich über dem Vorjahresniveau. Und in keinem anderen Bundesland steigt die Zahl der bedürftigen Menschen so stark wie in Baden-Württemberg. Dagegen werden wir kämpfen und Baden-Württemberg zum Musterland „Guter Arbeit“ machen.

1. Guter Lohn für gute Arbeit

Wir sind für Gewinne, sie sind aber kein Selbstzweck: Denn Eigentum verpflichtet. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen einen gerechten Anteil an den Früchten ihrer Arbeit haben. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch menschenwürdig leben können.

Wir kämpfen für den flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn. Er ist das Fundament, um die Würde der Arbeit zu schützen. Es ist der Sozialdemokratischen Partei in Regierungsverantwortung gelungen, die Zahl der branchenbezogenen Mindestlöhne in Deutschland auszubauen. Deutschland braucht aber einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Das gilt erst recht, wenn ab dem 1. Mai 2011 vollständige Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt herrscht. Das darf nicht der Startschuss für einen Wettbewerb um Dumpinglöhne werden. Wir unterstützen die Forderung des Deutschen

III. Für ein gerechtes Baden-Württemberg – Arbeit von der man gut leben kann

Wir wollen Gute Arbeit für alle. Arbeit, von der die Menschen gut leben können und die ihre Würde wahrt. Gute Arbeit ermöglicht Teilhabe, ist gerecht entlohnt, erhält Qualifikation und Gesundheit und sichert Männern und Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Die wirtschaftliche Dynamik im Land hat in den vergangenen 15 Jahren deutlich nachgelassen. Wenn Baden-Württemberg seine wirtschaftliche und technologische Spitzenstellung im Sinne eines hohen Lebensstandards halten will, dann bedarf es eines höheren Wachstums und deutlich mehr gut ausgebildeter Fachkräfte.

Die derzeitige wirtschaftliche Belebung ist ein sozialdemokratisches Kind. Doch gerade in Baden-Württemberg kommt dieser Aufschwung bei vielen nicht an. Über 40 Prozent der neu gemeldeten freien Stellen sind dem Bereich der Leiharbeit zuzuordnen. Die Arbeitslosigkeit bei den über 55-Jährigen und den Schwerbehinderten liegt deutlich über dem Vorjahresniveau. Und in keinem anderen Bundesland steigt die Zahl der bedürftigen Menschen so stark wie in Baden-Württemberg. Dagegen werden wir kämpfen und Baden-Württemberg zum Musterland „Guter Arbeit“ machen.

1. Guter Lohn für gute Arbeit

Wir sind für Gewinne, sie sind aber kein Selbstzweck: Denn Eigentum verpflichtet. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen einen gerechten Anteil an den Früchten ihrer Arbeit haben. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch menschenwürdig leben können.

Wir kämpfen für den flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn. Er ist das Fundament, um die Würde der Arbeit zu schützen. Es ist der Sozialdemokratischen Partei in Regierungsverantwortung gelungen, die Zahl der branchenbezogenen Mindestlöhne in Deutschland auszubauen. Deutschland braucht aber einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Das gilt erst recht, wenn ab dem 1. Mai 2011 vollständige Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt herrscht. Das darf nicht der Startschuss für einen Wettbewerb um Dumpinglöhne werden. Wir unterstützen die Forderung des Deutschen

780 Gewerkschaftsbundes nach einem gesetzlichen
Mindestlohn von 8,50 Euro.

Rund 70 Prozent der im Niedriglohnsektor Tätigen sind
Frauen. Sie würden von der Einführung eines
785 allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes besonders
profitieren.

Wir finden uns nicht damit ab, dass Frauen für die
gleichwertige Arbeit immer noch deutlich weniger
verdienen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: das ist
790 unser Ziel.

Deshalb sollen Arbeitsmarktprogramme für
Wiedereinsteigerinnen ohne zeitliche oder
795 altersgemäße Beschränkung angeboten werden. Die
Kontaktstellen „Frau und Beruf“ müssen erhalten und
weiter ausgebaut werden.

Die öffentliche Hand muss ein Zeichen setzen und mit
gutem Beispiel voran gehen. Lohndumping darf nicht
belohnt werden. Die Arbeitnehmer müssen vor
Ausbeutung geschützt und die ehrbaren, fairen, sozial
verantwortlichen Kaufleute unterstützt werden. Deshalb
800 werden wir uns für ein Tariftreuegesetz stark machen,
öffentliche Aufträge sollen in Zukunft nur noch an faire
805 Unternehmen gehen dürfen.

2. Das Normalarbeitsverhältnis stärken

810 Wir wollen den Missbrauch in der Leih-und Zeitarbeit
stoppen. Was für das Auffangen von betrieblichen
Auftragsspitzen und saisonalen Schwankungen
gedacht war, wird von den Arbeitgebern heute oft
missbraucht, um Löhne zu drücken und Belegschaften
815 zu spalten. Wir wenden uns gegen eine
Zweiklassengesellschaft im Betrieb. Flexibilität darf
nicht zu Lasten der Leiharbeitskräfte gehen. Auch sie
haben ein Recht auf Sicherheit. Wir wollen gleichen
Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit
820 durchsetzen-Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter müssen
endlich den Beschäftigten des jeweiligen
Entleihbetriebs gleichgestellt werden - von der
Grundentlohnung über Leistungsprämien und
Schichtzuschläge bis zu Betriebsrenten oder
825 Weiterbildung.

Wir wollen, dass Leiharbeitsunternehmen ihre
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhafter
beschäftigen und ihnen damit mehr Sicherheit geben.
830 Eine Kopplung von befristeter Anstellung bei der
Zeitarbeitsfirma an die Verleihzeit im Entleihbetrieb

Gewerkschaftsbundes nach einem gesetzlichen
Mindestlohn von 8,50 Euro.

Rund 70 Prozent der im Niedriglohnsektor Tätigen sind
Frauen. Sie würden von der Einführung eines
allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes besonders
profitieren.

Wir finden uns nicht damit ab, dass Frauen für die
gleichwertige Arbeit immer noch deutlich weniger
verdienen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: das ist
unser Ziel.

Deshalb sollen Arbeitsmarktprogramme für
Wiedereinsteigerinnen ohne zeitliche oder
altersgemäße Beschränkung angeboten werden. Die
Kontaktstellen „Frau und Beruf“ müssen erhalten und
weiter ausgebaut werden.

Die öffentliche Hand muss ein Zeichen setzen und mit
gutem Beispiel voran gehen. Lohndumping darf nicht
belohnt werden. Die Arbeitnehmer müssen vor
Ausbeutung geschützt und die ehrbaren, fairen, sozial
verantwortlichen Kaufleute unterstützt werden. Deshalb
werden wir uns für ein Tariftreuegesetz ~~stark machen~~
schaffen, öffentliche Aufträge sollen in Zukunft nur noch
an faire Unternehmen gehen dürfen.

~~2. Das Normalarbeitsverhältnis stärken~~ *Prekäre Beschäftigung zurückdrängen*

Wir ~~wollen werden~~ den Missbrauch in der Leih-und
Zeitarbeit stoppen. Was für das Auffangen von
betrieblichen Auftragsspitzen und saisonalen
Schwankungen gedacht war, wird von den Arbeitgebern
heute oft missbraucht, um Löhne zu drücken und
Belegschaften zu spalten. Wir wenden uns gegen eine
Zweiklassengesellschaft im Betrieb. ~~Flexibilität darf
nicht zu Lasten der Leiharbeitskräfte gehen. Auch sie
haben ein Recht auf Sicherheit.~~ Wir wollen gleichen
Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit
durchsetzen-Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter müssen
endlich den Beschäftigten des jeweiligen
Entleihbetriebs gleichgestellt werden - von der
Grundentlohnung über Leistungsprämien und
Schichtzuschläge bis zu Betriebsrenten oder
Weiterbildung.

Wir wollen, dass Leiharbeitsunternehmen ihre
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhafter
beschäftigen und ihnen damit mehr Sicherheit geben.
Eine Kopplung von befristeter Anstellung bei der

lehnen wir ab.

Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst. Jedes
Praktikum muss ein Lern- und kein Arbeitsverhältnis
sein. Es darf kein reguläres Arbeitsverhältnis
verdrängen oder ersetzen. Berufspraktika dürfen nicht
länger als willkürliche Verlängerung der Probezeit, zur
Umgehung des Kündigungsschutzes und zum
Lohndumping missbraucht werden. Wir fordern klare
gesetzliche Regelungen bezüglich Bezahlung, Dauer
und Ausgestaltung der Praktika.

3. Mitbestimmung stärken

Die Mitbestimmung gehört zu den stolzen Traditionen
unseres Landes. Das Erfolgsmodell Mitbestimmung als
Teil der sozialen Marktwirtschaft hat die Kooperation
von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und
Unternehmen gefestigt und gehört unverändert zu den
Grundlagen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen
Erfolges Deutschlands. Wir wollen die Mitbestimmung
und Beteiligung in den Unternehmen über den Bund
stärken und ausbauen. Wir werden die
Verslechterungen der schwarz-gelben
Landesregierung im Landespersonalvertretungsgesetz
zurücknehmen und die Mitbestimmung im öffentlichen
Dienst des Landes stärken.

4. Einen echten sozialen Arbeitsmarkt verwirklichen

Wir ermöglichen den beruflichen und sozialen Aufstieg.
Baden-Württemberg braucht einen echten sozialen
Arbeitsmarkt, der Langzeitarbeitssuchenden Teilhabe
am Erwerbsleben zu fairen und dauerhaften
Bedingungen eröffnet. Hierzu werden wir
sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte
Arbeit im öffentlichen Sektor schaffen. Örtliche Beiräte,
bestehend aus Kammern und Arbeitnehmervertretern,
benennen diese freiwilligen Beschäftigungsangebote.
Um ihnen Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt zu
eröffnen, werden wir die Menschen in öffentlicher
Beschäftigung weiter fördern und qualifizieren. Dabei
finden Mittel des europäischen Sozialfonds
Verwendung.

Zeitarbeitsfirma an die Verleihzeit im Entleihbetrieb
lehnen wir ab.

Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst. Jedes
Praktikum muss ein Lern- und kein Arbeitsverhältnis
sein. Es darf kein reguläres Arbeitsverhältnis
verdrängen oder ersetzen. Berufspraktika dürfen nicht
länger als willkürliche Verlängerung der Probezeit, zur
Umgehung des Kündigungsschutzes und zum
Lohndumping missbraucht werden. Wir fordern klare
gesetzliche Regelungen bezüglich Bezahlung, Dauer
und Ausgestaltung der Praktika.

3. Mitbestimmung stärken

Die Mitbestimmung gehört zu den stolzen Traditionen
unseres Landes. Das Erfolgsmodell Mitbestimmung als
Teil der sozialen Marktwirtschaft hat die Kooperation
von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und
Unternehmen gefestigt und gehört unverändert zu den
Grundlagen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen
Erfolges Deutschlands. Wir ~~wollen~~ werden die
Mitbestimmung und Beteiligung in den Unternehmen
über den Bund stärken und ausbauen. Wir werden die
Verslechterungen der schwarz-gelben
Landesregierung im Landespersonalvertretungsgesetz
zurücknehmen und die Mitbestimmung im öffentlichen
Dienst des Landes stärken. . Freistellungen werden wir
erleichtern und die Behinderung der Arbeit der
Personalräte konsequent ahnden.

4. Einen echten sozialen Arbeitsmarkt verwirklichen

Wir ermöglichen den beruflichen und sozialen Aufstieg.
Deshalb wollen wir auch denjenigen echte Perspektiven
eröffnen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance
haben. Baden-Württemberg braucht einen echten
sozialen Arbeitsmarkt, der Langzeitarbeitssuchenden
Teilhabe am Erwerbsleben zu fairen ~~und dauerhaften~~
Bedingungen eröffnet. Hierzu werden wir
sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte
Arbeit im öffentlichen Sektor schaffen. Örtliche Beiräte,
bestehend aus Kammern und Arbeitnehmervertretern,
benennen diese ~~freiwilligen~~ Beschäftigungsangebote.
Die Teilnahme ist freiwillig. Um ihnen Chancen auf dem
1. Arbeitsmarkt zu eröffnen, werden wir die Menschen
in öffentlicher Beschäftigung weiter fördern und
qualifizieren. Dabei finden Mittel des europäischen
Sozialfonds Verwendung.

5. Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung

Jeder Bürger und jede Bürgerin muss eine Chance haben, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Das Ziel Vollbeschäftigung können wir nur erreichen, wenn alles dafür getan wird, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer die notwendigen beruflichen Qualifikationen erhält. Dafür wollen wir sorgen und Aufstieg durch Bildung möglich machen. Deshalb wollen wir eine Ausbildungsgarantie im ganzen Land einführen und allen An- und Ungelernten einen Anspruch auf Weiterbildung und Anerkennung ihrer Qualifikationen sichern. Baden-Württemberg muss Ausbildungsland Nummer 1 in Deutschland werden.

IV. Für ein soziales Baden-Württemberg - Solidarität statt Spaltung

Wer den Menschen in Baden-Württemberg zuhört, der hört Geschichten von einer Gesellschaft, die immer weiter auseinander treibt. Sie berichten von einem Gesundheitssystem, das zu einer Drei-Klassen-Gesellschaft umgebaut wird. Sie klagen darüber, wie die Politik im Land ihnen das Leben schwer macht, wenn sie Beruf und Familie miteinander verbinden wollen. Und sie erzählen von der Angst vor sozialem Absturz, die sich bis tief in die Mittelschicht hinein gefressen hat. Wir haben Ihnen zugehört, mit ihnen gesprochen und gemeinsam nach Lösungen gesucht. Unser gemeinsames Ziel: Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in Baden-Württemberg auf eine neue Grundlage stellen.

1. Gesundheit darf kein Luxus sein -
Bürgerversicherung statt Kopfpauschale

Kaum ein Politikfeld ist so sehr von Hoffnungen und Ängsten geprägt wie die Gesundheitspolitik. Nehme ich

5. Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung

Jeder Bürger und jede Bürgerin muss eine Chance haben, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Das Ziel Vollbeschäftigung können wir nur erreichen, wenn alles dafür getan wird, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer die notwendigen beruflichen Qualifikationen erhält. Dafür wollen wir sorgen und Aufstieg durch Bildung möglich machen. Deshalb wollen wir eine Ausbildungsgarantie im ganzen Land einführen und allen An- und Ungelernten einen Anspruch auf Weiterbildung und Anerkennung ihrer Qualifikationen sichern. Baden-Württemberg muss Ausbildungsland Nummer 1 in Deutschland werden.

Wir werden Maßnahmen ergreifen, um das Fachkräfteangebot im Land zu erhöhen. Dazu gehören berufsbegleitende Fortbildung, die Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die gezielte Förderung der Zuwanderung nach Baden-Württemberg. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird ein systematisches Fachkräftemonitoring etablieren, mit dem frühzeitig Branchenentwicklungen und der entsprechende Qualifizierungsbedarf für unser Land erkannt werden kann.

IV. Für ein soziales Baden-Württemberg - Solidarität statt Spaltung

Wer den Menschen in Baden-Württemberg zuhört, der hört Geschichten von einer Gesellschaft, die immer weiter auseinander treibt. Sie berichten von einem Gesundheitssystem, das zu einer Drei-Klassen-Gesellschaft umgebaut wird. Sie klagen darüber, wie die Politik im Land ihnen das Leben schwer macht, wenn sie Beruf und Familie miteinander verbinden wollen. Und sie erzählen von der Angst vor sozialem Absturz, die sich bis tief in die Mittelschicht hinein gefressen hat. Wir haben Ihnen zugehört, mit ihnen gesprochen und gemeinsam nach Lösungen gesucht. Unser gemeinsames Ziel: Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in Baden-Württemberg auf eine neue Grundlage stellen.

1. Gesundheit darf kein Luxus sein -
Bürgerversicherung statt Kopfpauschale

Kaum ein Politikfeld ist so sehr von Hoffnungen und Ängsten geprägt wie die Gesundheitspolitik. Nehme ich

weiterhin am medizinischen Fortschritt teil? Steht mir auch künftig noch die medizinisch notwendige gesundheitliche Versorgung offen? Decken der Krankenversicherungsbeitrag und der gesetzlich beschlossene Leistungskatalog die notwendigen Behandlungsleistungen noch ab? Diese Fragen beschäftigen die Menschen in unserem Land und ihre Sorgen sind berechtigt. Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik zerstört die tragenden Säulen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV): das bewährte Sachleistungsprinzip, die einkommensabhängigen Beiträge und den gleichen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung. Damit wird mit dem gesellschaftlichen Grundprinzip der solidarisch finanzierten, gesetzlichen Krankenversicherung gebrochen, die ein Eckpfeiler des demokratischen Sozialstaats ist, der unser Land stark gemacht hat und schwerste Krisen zu überwinden half. Diese Politik wirft unsere Gesellschaft weit zurück, weil soziale Gräben geöffnet werden, wo es sozialen Fortschritts bedarf, um sie zu schließen.

Wir lehnen diese Politik gegen die Mehrheit der Menschen ab. Die notwendige medizinische Versorgung muss ohne Hürden für Alle zugänglich sein. Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik schafft die Solidarität schleichend ab und macht den Zugang abhängig vom Geldbeutel. Eine Stimme für die SPD ist eine Stimme gegen Kopfpauschale, Vorkasse und Zuzahlungen - auch bei der Landtagswahl. Die Menschen in Baden-Württemberg haben die Chance, ein Zeichen nach Berlin zu senden, dass sie diese Aufkündigung der Solidarität nicht akzeptieren wollen. Wir lehnen die schleichende Privatisierung des individuellen finanziellen Risikos der Krankenbehandlung ab, wie es Schwarz-Gelb mit der Vorkasse beim Arzt mit ihrem Gesundheitsgesetz beschlossen hat. Sie, die Wählerinnen und Wähler, können deshalb am 27. März den ersten Schritt gehen, um den Einstieg in die Drei-Klassen-Medizin so schnell wie möglich rückgängig zu machen.

Unsere Alternative zur rückwärtsgewandten Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb heißt Bürgerversicherung: alle Bürgerinnen und Bürger werden in der Gesetzlichen Krankenversicherung mit gleichen Rechten und Pflichten versichert – unabhängig vom Alter, Einkommen oder vom sonstigen sozialen Status. Um dieses Ziel zu erreichen, entwickeln wir die

Bürgerversicherung und stellen sie gegen das unsoziale Prinzip der Kopfpauschale. Das überholte

weiterhin am medizinischen Fortschritt teil? Steht mir auch künftig noch die medizinisch notwendige gesundheitliche Versorgung offen? Decken der Krankenversicherungsbeitrag und der gesetzlich beschlossene Leistungskatalog die notwendigen Behandlungsleistungen noch ab? Diese Fragen beschäftigen die Menschen in unserem Land und ihre Sorgen sind berechtigt. Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik zerstört die tragenden Säulen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV): das bewährte Sachleistungsprinzip, die einkommensabhängigen Beiträge und den gleichen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung. Damit wird mit dem gesellschaftlichen Grundprinzip der solidarisch finanzierten, gesetzlichen Krankenversicherung gebrochen, die ein Eckpfeiler des demokratischen Sozialstaats ist, der unser Land stark gemacht hat und schwerste Krisen zu überwinden half. Diese Politik wirft unsere Gesellschaft weit zurück, weil soziale Gräben geöffnet werden, wo es sozialen Fortschritts bedarf, um sie zu schließen.

Wir lehnen diese Politik gegen die Mehrheit der Menschen ab. Die notwendige medizinische Versorgung muss ohne Hürden für Alle zugänglich sein. Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik schafft die Solidarität schleichend ab und macht den Zugang abhängig vom Geldbeutel. Eine Stimme für die SPD ist eine Stimme gegen Kopfpauschale, Vorkasse und Zuzahlungen - auch bei der Landtagswahl. Die Menschen in Baden-Württemberg haben die Chance, ein Zeichen nach Berlin zu senden, dass sie diese Aufkündigung der Solidarität nicht akzeptieren wollen. Wir lehnen die schleichende Privatisierung des individuellen finanziellen Risikos der Krankenbehandlung ab, wie es Schwarz-Gelb mit der Vorkasse beim Arzt mit ihrem Gesundheitsgesetz beschlossen hat. Sie, die Wählerinnen und Wähler, können deshalb am 27. März den ersten Schritt gehen, um den Einstieg in die Drei-Klassen-Medizin so schnell wie möglich rückgängig zu machen.

Unsere Alternative zur rückwärtsgewandten Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb heißt Bürgerversicherung: alle Bürgerinnen und Bürger werden in der Gesetzlichen Krankenversicherung mit gleichen Rechten und Pflichten versichert – unabhängig vom Alter, Einkommen oder vom sonstigen sozialen Status. Um dieses Ziel zu erreichen, entwickeln wir die

Bürgerversicherung und stellen sie gegen das unsoziale Prinzip der Kopfpauschale. Das überholte

Nebeneinander von GKV und PKV wird der Gewährleistung einer umfassenden und solidarisch finanzierten Gesundheitsversorgung der Bevölkerung als ein vorrangiger Auftrag des Sozialstaats nicht gerecht. Das Ziel der Bürgerversicherung ist, ein einheitliches, öffentlich-rechtliches

Krankenversicherungssystem mit einem umfassenden Leistungskatalog zu schaffen, der das medizinisch Notwendige absichert. Wir wollen, dass Brillen, Hörgeräte und Zahnersatz als Sachleistung von der gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden.

Im Durchschnitt ist Baden-Württemberg mit Gesundheitsangeboten gut versorgt. Aber es gibt Über-, Unter- und Fehlversorgung, dadurch steht das Angebot eben nicht allen gleichermaßen zur Verfügung. Die bisherigen Wege zur Steuerung der Gesundheitsversorgung wirken nicht, sind zu zentralistisch und gehen oft an der örtlichen Situation vorbei. Wir wollen die Gesundheitslandschaft unseres Landes daher planvoll und den Dienstleistern im Gesundheitswesen und dezentral entwickeln. Dazu werden wir mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Dienstleistern im Gesundheitswesen und den Kostenträgern einen Landesgesundheitsplan entwickeln und Gesundheitsregionen organisieren, die Steuerungskompetenzen vor Ort erhalten. Wir setzen uns für regionale Budgets zur Versorgungsförderung ein, um Ärzte, Krankenhäuser und andere Dienstleister im Gesundheitswesen im ländlichen Raum zu unterstützen. Wir werden die Kommunen bei den Gesundheitsregionen mit einbeziehen, um dezentrale Versorgungssteuerung mit ihnen abzustimmen.

Überall dort, wo die hausärztliche und die fachärztliche Grundversorgung nicht gesichert ist, wollen wir mit den Ärztinnen, Ärzten und Krankenkassen unterstützt durch das Land Kommunale Gesundheitszentren (KGZ) entwickeln und aufbauen.

Wir werden einen Gesundheitsatlas für Baden-Württemberg entwickeln, in dem jede Bürgerin und jeder Bürger erfahren kann, wo welche medizinischen Angebote in welcher Qualität vorgehalten werden. Wir wollen mehr Transparenz über Häufigkeit und Qualität der Behandlungen, um den Patientinnen und Patienten mehr Information zur Entscheidungsfreiheit zu geben.

Gesundheitsförderung und Prävention sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Deshalb wollen wir in jedem Land- und Stadtkreis Gesundheitsförderungs- und Präventionszirkel einrichten, bei denen die

Nebeneinander von GKV und PKV wird der Gewährleistung einer umfassenden und solidarisch finanzierten Gesundheitsversorgung der Bevölkerung als ein vorrangiger Auftrag des Sozialstaats nicht gerecht. Das Ziel der Bürgerversicherung ist, ein einheitliches, öffentlich-rechtliches

Krankenversicherungssystem mit einem umfassenden Leistungskatalog zu schaffen, der das medizinisch Notwendige absichert. Wir wollen, dass Brillen, Hörgeräte und Zahnersatz als Sachleistung von der gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden.

Im Durchschnitt ist Baden-Württemberg mit Gesundheitsangeboten gut versorgt. Aber es gibt Über-, Unter- und Fehlversorgung, dadurch steht das Angebot eben nicht allen gleichermaßen zur Verfügung. Die bisherigen Wege zur Steuerung der Gesundheitsversorgung wirken nicht, sind zu zentralistisch und gehen oft an der örtlichen Situation vorbei. Wir wollen die Gesundheitslandschaft unseres Landes daher planvoll und den Dienstleistern im Gesundheitswesen und dezentral entwickeln. Dazu werden wir mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Dienstleistern im Gesundheitswesen und den Kostenträgern einen Landesgesundheitsplan entwickeln und Gesundheitsregionen organisieren, die Steuerungskompetenzen vor Ort erhalten. Wir setzen uns für regionale Budgets zur Versorgungsförderung ein, um Ärzte, Krankenhäuser und andere Dienstleister im Gesundheitswesen im ländlichen Raum zu unterstützen. Wir werden die Kommunen bei den Gesundheitsregionen mit einbeziehen, um dezentrale Versorgungssteuerung mit ihnen abzustimmen.

Überall dort, wo die hausärztliche und die fachärztliche Grundversorgung nicht gesichert ist, wollen wir mit den Ärztinnen, Ärzten und Krankenkassen unterstützt durch das Land Kommunale Gesundheitszentren (KGZ) entwickeln und aufbauen.

~~Wir werden einen Gesundheitsatlas für Baden-Württemberg entwickeln, in dem jede Bürgerin und jeder Bürger erfahren kann, wo welche medizinischen Angebote in welcher Qualität vorgehalten werden. Wir wollen mehr Transparenz über Häufigkeit und Qualität der Behandlungen, um den Patientinnen und Patienten mehr Information zur Entscheidungsfreiheit zu geben.~~

Gesundheitsförderung und Prävention sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Deshalb wollen wir in jedem Land- und Stadtkreis Gesundheitsförderungs- und Präventionszirkel einrichten, bei denen die

1040 Sozialversicherungsträger, Schulen und
Bildungseinrichtungen, Kommunen, Dienstleister im
Gesundheitswesen, Vereine und Initiativen zusammen
Angebote der Gesundheitsförderung in den konkreten
Lebenswelten wie Schulklassen, Betrieben, Vereinen
1045 oder Stadtteilen umsetzen. Dazu wollen wir in einem
Landesprogramm zur Gesundheitsförderung unter
einem Dach unter gemeinsamer Finanzierung und
Zielsetzung die vielen bestehenden und notwendigen
Initiativen und Bausteine zusammenfassen und
1050 umfassend fördern.

Wir fordern die integrierte und gleichwertige
Behandlung seelischer und körperlicher Erkrankungen
und setzen uns für eine enge Verzahnung ambulanter
und stationärer Hilfen ein.
1055

Wir wollen leistungsfähige Krankenhäuser
bedarfsgerecht in Stadt und Land ausreichend finanziell
fördern und erhalten. Die Kosten dieser wohnortnahen
Versorgung sind hoch, aber diese ist es uns wert.
1060 Unser Ziel ist es, eine ortsnahe und gute
Gesundheitsversorgung, zu erhalten. Darunter
verstehen wir Sozialdemokraten eine bürgernahe
Versorgung mit ambulanter Pflege, mobiler geriatrischer
1065 Rehabilitation, Hebammen, Rettungsdiensten und
Therapeuten genauso wie die mit Ärzten, insbesondere
mit Hausärzten, und Apotheken. Das gilt insbesondere
für den ländlichen Raum.

1070 Eine Privatisierung von Krankenhäusern lehnen wir ab.
Stattdessen setzen wir uns für eine regionalisierte
Gesundheitsplanung ein, die Kommunen und
Kostenträger einbezieht. Um die öffentlichen
1075 Krankenhäuser zu sichern, werden wir deshalb
schrittweise die Investitionsmittel für die
gemeinnützigen Krankenhäuser verdoppeln. Wir wollen
ein Landeskrankenhausgesetz, in welchem eine gute
1080 Patientenversorgung durch Maßnahmen zur
Qualitätssicherung und Mindestpersonalzahlen
gesichert ist.

1085 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen
Beratung und Unterstützung. Die Zahl der
Pflegebedürftigen wird in Baden-Württemberg aufgrund
des demografischen Wandels stark ansteigen. Im Jahr
2020 werden dies zwischen 300.000 und 320.000
1090 Personen sein. Aufgrund der sich ändernden
Haushalts- und Familienstrukturen schrumpfen die

Sozialversicherungsträger, Schulen und
Bildungseinrichtungen, Kommunen, Dienstleister im
Gesundheitswesen, Vereine und Initiativen zusammen
Angebote der Gesundheitsförderung in den konkreten
Lebenswelten wie Schulklassen, Betrieben, Vereinen
oder Stadtteilen umsetzen. Dazu wollen wir in einem
Landesprogramm zur Gesundheitsförderung unter
einem Dach unter gemeinsamer Finanzierung und
Zielsetzung die vielen bestehenden und notwendigen
Initiativen und Bausteine zusammenfassen und
umfassend fördern.

Wir fordern die integrierte und gleichwertige
Behandlung seelischer und körperlicher Erkrankungen
und setzen uns für eine enge Verzahnung ambulanter
und stationärer Hilfen ein.

Wir wollen leistungsfähige Krankenhäuser
bedarfsgerecht in Stadt und Land ausreichend finanziell
fördern und erhalten. Die Kosten dieser wohnortnahen
Versorgung sind hoch, aber diese ist es uns wert. Unser
Ziel ist es, eine ortsnahe und gute
Gesundheitsversorgung, zu erhalten. Darunter
verstehen wir Sozialdemokratinnen und Sozial-
demokraten eine bürgernahe Versorgung mit
ambulanter Pflege, mobiler geriatrischer Rehabilitation,
Hebammen, Rettungsdiensten und Therapeutinnen und
Therapeuten genauso wie die mit Ärztinnen und Ärzten,
insbesondere mit Hausärztinnen und Hausärzten, und
Apotheken. Das gilt insbesondere für den ländlichen
Raum.

Eine Privatisierung von Krankenhäusern lehnen wir ab.
Stattdessen setzen wir uns für eine regionalisierte
Gesundheitsplanung ein, die Kommunen und
Kostenträger einbezieht. Um die öffentlichen
Krankenhäuser zu sichern, werden wir deshalb
schrittweise die Investitionsmittel für die
gemeinnützigen Krankenhäuser verdoppeln. Wir wollen
ein Landeskrankenhausgesetz, in welchem eine gute
Patientenversorgung durch Maßnahmen zur
Qualitätssicherung und Mindestpersonalzahlen
gesichert ist.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen
Beratung und Unterstützung. Die Zahl der
Pflegebedürftigen wird in Baden-Württemberg aufgrund
des demografischen Wandels stark ansteigen. Im Jahr
2020 werden dies zwischen 300.000 und 320.000
Personen sein. Aufgrund der sich ändernden
Haushalts- und Familienstrukturen schrumpfen die

1095

Um den optimalen Aufbau der Pflegeinfrastruktur zu erreichen, werden dringend landesweite und regionale Datenreports benötigt. Außerdem werden wir regelmäßig regionale Pflegekonferenzen durchführen, um die Vernetzung der Pflege vor Ort zu optimieren. Ziel muss es sein, alle an der Pflege beteiligten Akteure in ein Netzwerk einzubinden, um die Qualität der Pflege nachhaltig zu verbessern und zu sichern.

1100

Wir wollen die Pflege-Infrastruktur ausbauen und damit individuellen Bedürfnissen Rechnung tragen. Unser Ziel ist es, dass Pflegebedürftige auch künftig so lange wie möglich zu Hause gut versorgt werden können. Initiativen zur integrierten Versorgung wie etwa das Gesunde Kinzigtal sollen vom Land gefördert und unterstützt werden. Neben dem Ausbau der ambulanten Dienste brauchen wir Unterstützungssysteme für pflegende Angehörige, insbesondere für die Betreuung und Pflege von Demenz-Erkrankten.

Wir wollen die Pflege-Infrastruktur ausbauen und damit individuellen Bedürfnissen Rechnung tragen. Unser Ziel ist es, dass Pflegebedürftige auch künftig so lange wie möglich zu Hause gut versorgt werden können. Initiativen zur integrierten Versorgung wie etwa das Gesunde Kinzigtal sollen vom Land gefördert und unterstützt werden. Neben dem Ausbau der ambulanten Dienste brauchen wir Unterstützungssysteme für pflegende Angehörige, insbesondere für die Betreuung und Pflege von Demenz-Erkrankten.

1115

In anderen Bundesländern wird schon längst Pflegeforschung und Pflegelehre an den Universitäten betrieben. Wir werden in Baden-Württemberg ein Institut für Pflegewissenschaft an einer Universität etablieren. Auch das Angebot für Studiengänge der Pflegepädagogik ist mit nur zwei Studiengängen unzureichend. Da hier der Nachwuchs für die Lehre der Pflegeberufe ausgebildet wird, werden wir dieses Angebot ausbauen.

1120

1125

Während an staatlichen Pflegeschulen der die Ausbildung begleitende Erwerb der Fachhochschulreife möglich ist, können die privaten Pflegeschulen dieses Zusatzangebot mangels Lehrkräften in den Kernfächern nicht leisten. Wir werden das Angebot der staatlichen Schulen erweitern und dieses Zusatzangebot auch für Schülerinnen und Schüler privater Pflegeschulen öffnen.

1130

Der Gesundheits- und Pflegesektor ist auch ein Beschäftigungsmotor unserem Land. Im Jahr 2009 übte bereits jeder neunte sozialversicherungspflichtige Beschäftigte einen Gesundheits- oder Pflegeberuf aus. Mit der richtigen Politik sind in der Gesundheitsbranche 1 Million neue Arbeitsplätze möglich. Das sind gute Berufe auch für Menschen ohne Abitur und Studienabschluss. In den letzten zehn Jahren ist damit ihre Zahl um 23% auf heute 415 000 gestiegen. Seit 1999 entfällt mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses im Südwesten auf diesen

Der Gesundheits- und Pflegesektor ist auch ein Beschäftigungsmotor unserem Land. Im Jahr 2009 übte bereits jeder neunte sozialversicherungspflichtige Beschäftigte einen Gesundheits- oder Pflegeberuf aus. Mit der richtigen Politik sind in der Gesundheitsbranche 1 Million neue Arbeitsplätze möglich. Das sind gute Berufe auch für Menschen ohne Abitur und Studienabschluss. In den letzten zehn Jahren ist damit ihre Zahl um 23 Prozent auf heute 415 000 gestiegen. Seit 1999 entfällt mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses im Südwesten auf diesen

1135

1140

1145 Bereich. Bis 2050 wird davon ausgegangen, dass sich allein in der Altenpflege die Zahl der beschäftigten verdreifachen wird. Wir wollen diese Entwicklung voran treiben und uns für Gute Arbeit im Gesundheits- und Pflegesektor einsetzen.

1150 Das Thema HIV/AIDS hat wieder an Bedeutung und Aktualität zugenommen. Wir werden uns weiterhin für die finanzielle Förderung der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg einsetzen.

1155 Wir stehen zum staatlichen Monopol für das Lotteriewesen und die strenge Reglementierung des Glücksspiels, weil Spielsucht und ihre Auswirkungen gefährlich für unsere Gesellschaft sind. Darum muss auch der bisher kaum regulierte Bereich des privaten Glücksspiels künftig strenger kontrolliert und Standorte für Spielhallen staatlich konzessioniert werden.

2. Eine neue Politik für Familien

1165 Die schwarz-gelbe Politik macht den Menschen in Baden-Württemberg die Entscheidung für Kinder schwer. Das Ergebnis: Trotz vergleichsweise guter wirtschaftlicher Bedingungen wurden in Baden-Württemberg noch nie so wenige Kinder geboren wie aktuell. Die Geburtenrate liegt unter dem Bundesdurchschnitt und im Vergleich mit den 26 anderen Staaten der Europäischen Union gerade einmal noch vor Ungarn, Rumänien und der Slowakei.

1175 Moderne Familienpolitik heißt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Dazu gehört in erster Linie der Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Deshalb bauen wir die öffentliche Kinderbetreuung von der Krippe und der Kindertagespflege über den Kindergarten bis hin zur Ganztagschule sowohl in Quantität als auch in Qualität aus. Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen müssen an die Arbeitszeiten der Mütter und Väter angepasst werden. Besonders wichtig sind diese Rahmenbedingungen für Alleinerziehende. Die Elternbeiträge wollen wir schrittweise abschaffen, beginnend mit dem kostenlosen letzten Kindergartenjahr.

1190 Gute, familienfreundliche Arbeitsbedingungen im Land sollen den Paaren Rückhalt geben. Dadurch werden alle Familien gestärkt. Und wir werden das Versprechen auf den Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder oder in Kindertagespflege ohne Wenn und Aber einlösen. Und das ohne die Kommunen dabei im Stich zu lassen.

Bereich. Bis 2050 wird davon ausgegangen, dass sich allein in der Altenpflege die Zahl der beschäftigten verdreifachen wird. Wir wollen diese Entwicklung voran treiben und uns für Gute Arbeit im Gesundheits- und Pflegesektor einsetzen.

Das Thema HIV/AIDS hat wieder an Bedeutung und Aktualität zugenommen. Wir werden uns weiterhin für die finanzielle Förderung der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg einsetzen.

~~Wir stehen zum staatlichen Monopol für das Lotteriewesen und die strenge Reglementierung des Glücksspiels, weil Spielsucht und ihre Auswirkungen gefährlich für unsere Gesellschaft sind. Darum muss auch der bisher kaum regulierte Bereich des privaten Glücksspiels künftig strenger kontrolliert und Standorte für Spielhallen staatlich konzessioniert werden.~~

2. Eine neue Politik für Familien

Die schwarz-gelbe Politik macht den Menschen in Baden-Württemberg die Entscheidung für Kinder schwer. Das Ergebnis: Trotz vergleichsweise guter wirtschaftlicher Bedingungen wurden in Baden-Württemberg noch nie so wenige Kinder geboren wie aktuell. Die Geburtenrate liegt unter dem Bundesdurchschnitt und im Vergleich mit den 26 anderen Staaten der Europäischen Union gerade einmal noch vor Ungarn, Rumänien und der Slowakei.

Moderne Familienpolitik heißt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Dazu gehört in erster Linie der Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Deshalb bauen wir die öffentliche Kinderbetreuung von der Krippe und der Kindertagespflege über den Kindergarten bis hin zur Ganztagschule sowohl in Quantität als auch in Qualität aus. Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen müssen an die Arbeitszeiten der Mütter und Väter angepasst werden. Besonders wichtig sind diese Rahmenbedingungen für Alleinerziehende. Die Elternbeiträge wollen wir schrittweise abschaffen, beginnend mit dem kostenlosen letzten Kindergartenjahr.

Gute, familienfreundliche Arbeitsbedingungen im Land sollen den Paaren Rückhalt geben. Dadurch werden alle Familien gestärkt. Und wir werden das Versprechen auf den Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder oder in Kindertagespflege ohne Wenn und Aber einlösen. Und das ohne die Kommunen dabei im Stich zu lassen.

Dazu bedarf es einer soliden Bedarfsplanung und möglicherweise auch einer deutlich höheren finanziellen Beteiligung des Landes.

- 1200 Wir wollen Kinder- und Familienarmut bekämpfen. Das Elterngeld ist ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Vermeidung von Familienarmut. Auch das Landeserziehungsgeld ist für viele eine wichtige Hilfe.
- 1205 Es erhalten nur Familien mit geringem Einkommen. Wir werden diese gezielte Hilfe für einkommensschwache Familien verteidigen.

1210

3. Gemeinsamkeit in Vielfalt

- 1215 Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland. Ein Viertel der Baden-Würtembergerinnen und Baden-Würtemberger haben einen Migrationshintergrund. Sie bereichern unser Land. Wir wollen die Chancen nutzen, die uns diese Vielfalt bietet, ohne die Probleme unter den Tisch zu kehren - wir stehen für eine realistische Integrationspolitik ohne Ängste und Träumereien.

1220

Integration ist eine dauerhafte Aufgabe. Sie verlangt das Verständnis und die Offenheit der Einheimischen wie auch das besondere Engagement der Zuwanderinnen und Zuwanderer. Die sozialen und finanziellen Kosten unzureichender, halbherziger Integration sind viel höher als die Kosten rechtzeitiger Förderung.

1225

- 1230 Gelungene Integration bedeutet ganz zentral gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Arbeit. Hier stehen wir in Baden-Württemberg vor großen Herausforderungen. Noch immer verlassen Menschen mit Migrationshintergrund mit schlechteren Abschlüssen unsere Schulen. Besonders dramatisch ist die Zahl der 25-bis 30-jährigen ohne Schulabschluss: während 1 % der Menschen ohne Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss verlassen hatte, liegt der Anteil bei den Menschen mit Migrationshintergrund bei 6 %.

1235

1240

All das zeigt: die Schaffung gleicher Bildungschancen ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Dazu ist die Beherrschung der deutschen Sprache zentral. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bereits im Kindergarten und in der Vorschule gezielt die deutsche Sprache gefördert wird und deren Kenntnisse überprüft werden. Auch deshalb wollen wir die

1245

Dazu bedarf es einer soliden Bedarfsplanung und möglicherweise auch einer deutlich höheren finanziellen Beteiligung des Landes.

- Wir wollen Kinder- und Familienarmut bekämpfen. Das Elterngeld ist ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Vermeidung von Familienarmut. Auch das Landeserziehungsgeld ist für viele eine wichtige Hilfe. Es erhalten nur Familien mit geringem Einkommen. Wir werden diese gezielte Hilfe für einkommensschwache Familien verteidigen

3. Gemeinsamkeit in Vielfalt

Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland. Ein Viertel der Baden-Würtembergerinnen und Baden-Würtemberger haben einen Migrationshintergrund. Sie bereichern unser Land. Wir wollen die Chancen nutzen, die uns diese Vielfalt bietet, ohne die Probleme unter den Tisch zu kehren - wir stehen für eine realistische Integrationspolitik ohne Ängste und Träumereien.

Integration ist eine dauerhafte Aufgabe. Sie verlangt das Verständnis und die Offenheit der Einheimischen wie auch das besondere Engagement der Zuwanderinnen und Zuwanderer. Die sozialen und finanziellen Kosten unzureichender, halbherziger Integration sind viel höher als die Kosten rechtzeitiger Förderung.

Gelungene Integration bedeutet ganz zentral gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Arbeit. Hier stehen wir in Baden-Württemberg vor großen Herausforderungen. Noch immer verlassen Menschen mit Migrationshintergrund mit schlechteren Abschlüssen unsere Schulen. Besonders dramatisch ist die Zahl der 25-bis 30-jährigen ohne Schulabschluss: während 1 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss verlassen hatte, liegt der Anteil bei den Menschen mit Migrationshintergrund bei 6 Prozent.

All das zeigt: die Schaffung gleicher Bildungschancen ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Dazu ist die Beherrschung der deutschen Sprache zentral. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bereits im Kindergarten und in der Vorschule gezielt die deutsche Sprache gefördert wird und deren Kenntnisse überprüft werden. Auch deshalb wollen wir die

Kindergartengebühren abschaffen: alle Kinder sollen den Zugang zu frühkindlicher Bildung bekommen. Denn Herkunft darf kein Schicksal sein!

Wir geben keinen Menschen auf. Für diejenigen, die im Erwachsenenalter nach Deutschland kommen und über geringe Deutschkenntnisse verfügen, sind die Integrations- und Orientierungskurse eine wichtige Starthilfe. Wir wollen eine angemessene Bezahlung der Lehrkräfte in diesem Bereich durch eine Festanstellung gemäß TVöD erreichen. Das Angebot wollen wir auf die sogenannten „Bestandsausländer“ ausweiten. Die Integration findet in den Kommunen statt, die Organisation und Durchführung der Kurse sollte in ihren Händen liegen.

Wir erwarten, dass die geschaffenen Chancen tatsächlich ergriffen werden. Wer dauerhaft zu uns kommt, hat auch die Pflicht, einen eigenen Beitrag zur Integration in die Gesellschaft zu leisten. Dazu brauchen wir keine weiteren Gesetzesverschärfungen, sondern eine konsequente und schnellere Anwendung der bestehenden Gesetze. Den unbegründeten Abbruch von Integrationskursen akzeptieren wir nicht.

Gleichzeitig werden wir mit einer modernen Integrationspolitik weiter dafür Sorge tragen, dass die große Mehrheit derjenigen, die sich integrieren wollen, die nötige Unterstützung erhält. Ihnen bieten wir die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben an.

Dazu zählt auch, dass wir uns für ein besseres Anerkennungsverfahren der von den Menschen, die zu uns kommen, mitgebrachten akademischen und beruflichen Abschlüsse einsetzen.

Musliminnen und Muslime sind Teil unserer Gesellschaft. Wir erleben zurzeit, dass Ängste und Sorgen auf bestimmte Ethnien und „den Islam“ projiziert werden. Das ist brandgefährlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Es vergiftet unser gesellschaftliches Klima, es diskriminiert

Kindergartengebühren abschaffen: alle Kinder sollen den Zugang zu frühkindlicher Bildung bekommen. Denn Herkunft darf kein Schicksal sein!

Wir geben keinen Menschen auf. Für diejenigen, die im Erwachsenenalter nach Deutschland kommen und über geringe Deutschkenntnisse verfügen, sind die Integrations- und Orientierungskurse eine wichtige Starthilfe. Wir wollen eine angemessene Bezahlung der Lehrkräfte in diesem Bereich durch eine Festanstellung gemäß TVöD erreichen. Das Angebot wollen wir auf die sogenannten „Bestandsausländer“ ausweiten. Die Integration findet in den Kommunen statt, die Organisation und Durchführung der Kurse sollte in ihren Händen liegen.

Wir erwarten, dass die geschaffenen Chancen tatsächlich ergriffen werden. Wer dauerhaft zu uns kommt, hat auch die Pflicht, einen eigenen Beitrag zur Integration in die Gesellschaft zu leisten. Dazu brauchen wir keine weiteren Gesetzesverschärfungen, sondern eine konsequente und schnellere Anwendung der bestehenden Gesetze. Den unbegründeten Abbruch von Integrationskursen akzeptieren wir nicht.

Gleichzeitig werden wir mit einer modernen Integrationspolitik weiter dafür Sorge tragen, dass die große Mehrheit derjenigen, die sich integrieren wollen, die nötige Unterstützung erhält. Ihnen bieten wir die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben an.

Dazu zählt auch, dass wir uns für ein besseres Anerkennungsverfahren der von den Menschen, die zu uns kommen, mitgebrachten akademischen und beruflichen Abschlüsse einsetzen.

Wir stehen für ein weltoffenes und integratives Baden-Württemberg. Deshalb werden wir die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie für Geduldete abschaffen. Gerade denjenigen, die aufgrund von Kettenduldungen zum Teil Jahrzehnte in unserem Land verbringen ist die Residenzpflicht nicht zuzumuten. Sie stellt vielmehr ein riesiges Integrationshemmnis dar.

Musliminnen und Muslime sind Teil unserer Gesellschaft. Wir erleben zurzeit, dass Ängste und Sorgen auf bestimmte Ethnien und „den Islam“ projiziert werden. Das ist brandgefährlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Es vergiftet unser gesellschaftliches Klima, es diskriminiert

1300 und stigmatisiert Menschen. Es führt zur beiderseitigen
Abschottung und bedient das Spiel von Extremisten auf
beiden Seiten. Diese Tendenzen müssen wir mit aller
Kraft verhindern. Unser Grundgesetz lässt breiten
Raum für Individualität, für kulturelle und religiöse
1305 Entfaltung. Auf dieser Grundlage können Musliminnen
und Muslime ihren Glauben frei leben. Unser
Grundgesetz setzt aber auch klare Grenzen, die
niemand mit Verweis auf seine Herkunft oder Religion
übertreten darf.

1310 Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Wir werden
sie zur Chefsache machen, mit einem zentralen
Ansprechpartner direkt im Staatsministerium: einem
„Staatsminister für Integration“ in Baden-Württemberg.

1315 4. Gleichstellung verwirklichen

Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter
sind sozialdemokratische Grundprinzipien. Auch wenn
1320 vieles in den letzten Jahren auf den Weg gebracht
wurde, etwa das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz,
so ist tatsächliche Gleichstellung heute - im Jahr, in
dem sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal
jährt - immer noch nicht erreicht.

1325 Bei der Gleichstellung von Männern und Frauen steht
Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich in
vielen Punkten an letzter Stelle. Frauen verdienen bei
gleichwertiger Arbeit rund ein Viertel weniger als
1330 Männer. Überdurchschnittlich viele Frauen sind in
Teilzeit- oder geringfügigen
Beschäftigungsverhältnissen, der Niedriglohnsektor ist
überwiegend „weiblich“. In Führungspositionen sind
Frauen unterrepräsentiert. Freiwillige Vereinbarungen
1335 mit der Privatwirtschaft haben uns nicht weitergebracht.
Deshalb fordern wir eine verbindliche Quote.

Wir fordern mehr Gleichstellung für Frauen in Baden-
Württemberg, Chancengerechtigkeit und
1340 gleichberechtigte Teilhabe. Im Hinblick auf den
öffentlichen Dienst wollen wir den Geltungsbereich des
Chancengleichheitsgesetzes erheblich erweitern und
die Rechte der Chancengleichheitsbeauftragten
ausbauen. Das Prinzip des Gender Mainstreaming
1345 werden wir auf allen Ebenen anwenden.

Echte Gleichberechtigung setzt aber auch die
Gewissheit voraus, ohne Angst vor Gewalt leben zu
können. Das beginnt bei der häuslichen Gewalt und
1350 reicht bis zur Zwangsheirat und Zwangsprostitution. Wir
werden die Gewalt gegen Frauen bekämpfen, z.B.

und stigmatisiert Menschen. Es führt zur beiderseitigen
Abschottung und bedient das Spiel von Extremisten ~~auf~~
~~beiden Seiten~~. Diese Tendenzen müssen wir mit aller
Kraft verhindern. Unser Grundgesetz lässt breiten
Raum für Individualität, für kulturelle und religiöse
Entfaltung- Auf dieser Grundlage können Musliminnen
und Muslime ihren Glauben frei leben. Unser
Grundgesetz setzt aber auch klare Grenzen, die
niemand mit Verweis auf seine Herkunft oder Religion
übertreten darf.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Wir werden sie
zur Chefsache machen, mit einem zentralen
Ansprechpartner direkt im Staatsministerium: einem
„Staatsminister für Integration“ in Baden-Württemberg.

4. Gleichstellung verwirklichen

Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter
sind sozialdemokratische Grundprinzipien. Auch wenn
vieles in den letzten Jahren auf den Weg gebracht
wurde, etwa das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz,
so ist tatsächliche Gleichstellung heute - im Jahr, in
dem sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal
jährt - immer noch nicht erreicht.

Bei der Gleichstellung von Männern und Frauen steht
Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich in
vielen Punkten an letzter Stelle. Frauen verdienen bei
gleichwertiger Arbeit rund ein Viertel weniger als
Männer. Überdurchschnittlich viele Frauen sind in
Teilzeit- oder geringfügigen
Beschäftigungsverhältnissen, der Niedriglohnsektor ist
überwiegend „weiblich“. In Führungspositionen sind
Frauen unterrepräsentiert. Freiwillige Vereinbarungen
mit der Privatwirtschaft haben uns nicht weitergebracht.
Deshalb fordern wir eine verbindliche Quote.

Wir fordern mehr Gleichstellung für Frauen in Baden-
Württemberg, Chancengerechtigkeit und
gleichberechtigte Teilhabe. Im Hinblick auf den
öffentlichen Dienst wollen wir den Geltungsbereich des
Chancengleichheitsgesetzes erheblich erweitern und
die Rechte der Chancengleichheitsbeauftragten
ausbauen. Das Prinzip des Gender Mainstreaming
werden wir auf allen Ebenen anwenden.

Echte Gleichberechtigung setzt aber auch die
Gewissheit voraus, ohne Angst vor Gewalt leben zu
können. Das beginnt bei der häuslichen Gewalt und
reicht bis zur Zwangsheirat und Zwangsprostitution. Wir
werden die Gewalt gegen Frauen bekämpfen, z.B.

durch Präventionsarbeit bei Mädchen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird eine landesweit einheitliche finanzielle und personelle Ausstattung von Frauenhäusern und die verlässliche Finanzierung von Frauenberatungsstellen und Frauennotrufen gewährleisten. Das Aufenthaltsrecht nach zwei Jahren Ehedauer wollen wir erhalten.

Wir stehen für eine tolerante und offene Gesellschaft, in der die Menschen ihr Leben unabhängig von ihrer sexuellen Identität gleichberechtigt gestalten können. Deshalb werden wir uns für eine Gleichbehandlung aller Lebensgemeinschaften stark machen und die eingetragene Lebenspartnerschaft landeseinheitlich regeln. Die Eintragung erfolgt in den Standesämtern und zu den für eine Eheschließung vorgesehenen Gebühren. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich zudem für eine Änderung des Artikels 3 des Grundgesetzes mit dem Zusatz „der sexuellen Identität“ einsetzen.

Die Grundlagen für ein tolerantes Miteinander werden früh gelegt. In den Schulen sollen alle Lebensweisen wertneutral vermittelt werden, mit dem Ziel die Homophobie zu ächten. Wir werden uns zudem für ein würdiges Leben im Alter für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender einsetzen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen im Alter auf Grund ihrer sexuellen Orientierung wieder diskriminiert werden.

5. Erfahrung schafft Zukunft - Teilhabe älterer Menschen ermöglichen

Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Wir wollen die gesellschaftliche und politische Teilhabe älterer Menschen in unserer Gesellschaft sichern und dafür sorgen, dass sie mitreden, mitbestimmen und mitgestalten. Auf allen Politikfeldern eröffnen sich Chancen unsere Zukunftsgestaltung auf Erfahrung zu gründen. Seniorenräte, die Experten in den Senioreneinrichtungen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Gerontologie ebenso wie aus den Sozialwissenschaften sollen die Regierung beraten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird eine aktivierende Seniorenpolitik verwirklichen, in der ältere Menschen nicht das Objekt von Fürsorge sind, sondern in ihrer Selbstständigkeit gestärkt werden.

durch Präventionsarbeit bei Mädchen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird eine landesweit einheitliche finanzielle und personelle Ausstattung von Frauenhäusern und die verlässliche Finanzierung von Frauenberatungsstellen und Frauennotrufen gewährleisten. Das Aufenthaltsrecht nach zwei Jahren Ehedauer wollen wir erhalten.

Wir stehen für eine tolerante und offene Gesellschaft, in der die Menschen ihr Leben unabhängig von ihrer sexuellen Identität gleichberechtigt gestalten können. Deshalb werden wir uns für eine Gleichbehandlung aller Lebensgemeinschaften stark machen und die eingetragene Lebenspartnerschaft landeseinheitlich regeln. Die Eintragung erfolgt in den Standesämtern und zu den für eine Eheschließung vorgesehenen Gebühren. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich zudem für eine Änderung des Artikels 3 des Grundgesetzes mit dem Zusatz „der sexuellen Identität“ einsetzen.

Die Grundlagen für ein tolerantes Miteinander werden früh gelegt. In den Schulen sollen alle Lebensweisen wertneutral vermittelt werden, mit dem Ziel die Homophobie zu ächten. Wir werden uns zudem für ein würdiges Leben im Alter für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender einsetzen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen im Alter auf Grund ihrer sexuellen Orientierung wieder diskriminiert werden.

5. Erfahrung schafft Zukunft - Teilhabe älterer Menschen ermöglichen

Um die Jahrtausendwende hat der Anteil der über 60jährigen den Anteil der unter 20jährigen überholt. Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Wir betrachten ihn als Herausforderung, nicht als unüberwindliches Problem Wir wollen die gesellschaftliche und politische Teilhabe älterer Menschen in unserer Gesellschaft sichern und dafür sorgen, dass sie mitreden, mitbestimmen und mitgestalten. Auf allen Politikfeldern eröffnen sich Chancen unsere Zukunftsgestaltung auf Erfahrung zu gründen. Seniorenräte, die Experten in den Senioreneinrichtungen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Gerontologie ebenso wie aus den Sozialwissenschaften sollen die Regierung beraten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird eine aktivierende Seniorenpolitik verwirklichen, in der ältere Menschen nicht das Objekt von Fürsorge sind, sondern in ihrer Selbstständigkeit gestärkt werden. Dazu gehört Teilhabe am Arbeitsleben durch lebensbegleitendes

1405

Lernen, aktiven Gesundheitsschutz und eine Anpassung des Arbeitslebens an eine älter werdende Erwerbsgesellschaft. Wir wollen Beschäftigungsmöglichkeiten und "gute Arbeit" auch für ältere Menschen.

1410

Die Erfahrung unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für unsere Gesellschaft wichtig. Wir fördern daher die gesellschaftliche Teilhabe durch Mitwirkung an der politischen Willensbildung. Wir wollen aber auch gerade die Potenziale nutzen, die sich aus der intergenerativen Zusammenarbeit ergeben. Deshalb unterstützt die SPD Projekte wie Mehrgenerationenhäuser und Patenschaftsmodelle. Wir begreifen das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement gerade älterer Menschen als eine unerschöpfliche Quelle unserer Gesellschaft, die wir bewahren und für deren gesellschaftliche Anerkennung wir uns einsetzen.

1415

1420

1425

1430

1435

Dazu gehören barrierefreie Wohnungen und Verkehrssysteme sowie eine Pflegepolitik, die selbständige Lebensführung in der gewohnten häuslichen Umgebung solange wie möglich sicherstellt. Wir begreifen das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement gerade älterer Menschen als eine unerschöpfliche Quelle unserer Gesellschaft, die wir bewahren und für deren gesellschaftliche Anerkennung wir uns einsetzen.

Die Möglichkeit zur Teilhabe ist Richtschnur für alle Lebenslagen Dazu gehören barrierefreie Wohnungen und Verkehrssysteme sowie eine Pflegepolitik, die selbständige Lebensführung in der gewohnten häuslichen Umgebung solange wie möglich sicherstellt. ~~Wir begreifen das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement gerade älterer Menschen als eine unerschöpfliche Quelle unserer Gesellschaft, die wir bewahren und für deren gesellschaftliche Anerkennung wir uns einsetzen.~~

6. Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

6. Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

1440

1445

1450

Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und damit Tugenden vermitteln, von denen unsere Demokratie lebt. Wir suchen das Gespräch mit Ihnen und, wo wir gemeinsame Aufgaben sehen, die Zusammenarbeit. Wir stehen zu den geltenden Staatsverträgen.

Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und damit Tugenden vermitteln, von denen unsere Demokratie lebt. Wir suchen das Gespräch mit Ihnen und, wo wir gemeinsame Aufgaben sehen, die Zusammenarbeit. Wir stehen zu den geltenden Staatsverträgen.

7. Gleiche Chancen durch Inklusion

7. Gleiche Chancen durch Inklusion

1455

Die Vielfalt der Menschen bereichert unsere

Die Vielfalt der Menschen bereichert unsere

Gesellschaft. Eine solidarische Bürgergesellschaft ermöglicht Menschen mit Behinderungen die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Doch auf dem Weg zur Barrierefreiheit gibt es noch viel zu tun, gerade in Baden-Württemberg.

Wir wollen Inklusion verwirklichen. Deshalb werden wir die UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg umsetzen. Förderung und Unterstützung müssen künftig dem behinderten Menschen folgen und nicht umgekehrt. Das betrifft sowohl die Wohn- und Betreuungsbedingungen als auch die Arbeitswelt. Wir werden das Behindertengleichstellungsgesetz deutlich ausbauen. So wollen wir das Benachteiligungsverbot für öffentliche Stellen auf den kommunalen Bereich ausweiten. Es garantiert Menschen mit Behinderungen im Umgang mit Behörden das Recht auf die Verwendung der Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen sowie das Recht auf eine barrierefreie Gestaltung des Schriftverkehrs. Bisher gelten diese Vorschriften jedoch nur für Landesbehörden.

Menschen mit Behinderungen brauchen zentrale Ansprechpartner. Deshalb wollen wir einen offiziellen Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen einsetzen, sowie fest etablierte Berater in Fragen der Behindertenpolitik für jeden Stadt- und Landkreis.

V. Für ein dynamisches und nachhaltiges Baden-Württemberg - Ökologisches Wachstum und Innovation

Wir wollen einen Neustart der sozialen Marktwirtschaft in Baden-Württemberg und wir wollen den Klimaschutz als politische Querschnittsaufgabe voranbringen. Dabei setzen wir auf ein ganzheitliches Verständnis von Wirtschaft – auf ökonomische Vernunft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. Den Marktradikalismus, der unser Land in Oben und Unten teilt und auf Kosten der nachfolgenden Generationen Reichtum für wenige anhäuft, schicken wir in die Opposition. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes werden wir weiterentwickeln und mit klaren, verbindlichen Zielen versehen.

Auch hier wollen wir mehr Demokratie wagen. Unsere Energie soll in Zukunft dezentral in Bürgerhand statt zentral in der Hand der Atomkonzerne liegen. Jedes Solarmodul auf dem Dach des Eigenheims, jede

Gesellschaft. Eine solidarische Bürgergesellschaft ermöglicht Menschen mit Behinderungen die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Doch auf dem Weg zur Barrierefreiheit gibt es noch viel zu tun, gerade in Baden-Württemberg.

Wir wollen Inklusion verwirklichen. Deshalb werden wir die UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg umsetzen. Förderung und Unterstützung müssen künftig dem behinderten Menschen folgen und nicht umgekehrt. Das betrifft sowohl die Wohn- und Betreuungsbedingungen als auch die Arbeitswelt. Wir werden das Behindertengleichstellungsgesetz deutlich ausbauen. So wollen wir das Benachteiligungsverbot für öffentliche Stellen auf den kommunalen Bereich ausweiten. Es garantiert Menschen mit Behinderungen im Umgang mit Behörden das Recht auf die Verwendung der Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen sowie das Recht auf eine barrierefreie Gestaltung des Schriftverkehrs. Bisher gelten diese Vorschriften jedoch nur für Landesbehörden.

Menschen mit Behinderungen brauchen zentrale Ansprechpartner. Deshalb wollen wir einen offiziellen Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen einsetzen, sowie fest etablierte Berater in Fragen der Behindertenpolitik für jeden Stadt- und Landkreis.

V. Für ein dynamisches und nachhaltiges Baden-Württemberg - Ökologisches Wachstum und Innovation

Wir wollen einen Neustart der sozialen Marktwirtschaft in Baden-Württemberg und wir ~~wollen~~ werden den Klimaschutz als politische Querschnittsaufgabe voranbringen. Dabei setzen wir auf ein ganzheitliches Verständnis von Wirtschaft – auf ökonomische Vernunft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. Den Marktradikalismus, der unser Land in Oben und Unten teilt und auf Kosten der nachfolgenden Generationen Reichtum für wenige anhäuft, schicken wir in die Opposition. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes werden wir weiterentwickeln und mit klaren, verbindlichen Zielen versehen.

Auch hier ~~wollen~~ werden wir mehr Demokratie wagen. Unsere Energieerzeugung soll in Zukunft dezentral in Bürgerhand statt zentral in der Hand der Atomkonzerne liegen. Jedes Solarmodul auf dem Dach des

Biogasanlage und jedes Windrad wird so zum Ausdruck des Bürgerwillens in der Energiepolitik. Damit schützen wir das Klima und fördern Beschäftigung in Handwerk und Mittelstand.

Als Flächenland und Wirtschaftsstandort benötigt Baden-Württemberg eine zukunftsfähige Infrastruktur. Wir werden die entsprechenden Projekte im Dialog mit der Wirtschaft und unter breiter Beteiligung der Bevölkerung vorantreiben.

1. Neue Dynamik für Baden-Württemberg

Baden-Württembergs Wirtschaft ist so stark und vielfältig, wie die Menschen, die sie tragen. Und das obwohl die Landesregierung schon seit Jahren keine zielgerichtete Wirtschaftspolitik mehr betreibt. Doch auf Dauer wird auch der sprichwörtliche Fleiß und Ideenreichtum der Frauen und Männer in Baden-Württemberg allein unsere Wirtschaft nicht an der Spitze halten können. Sie brauchen politische Unterstützung.

Schon heute steht der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes eine schwache wirtschaftliche Dynamik gegenüber. Die Menschen hier wissen, dass der wirtschaftliche Erfolg Baden-Württembergs in Zukunft nur dann Bestand haben kann, wenn wir heute die Grundlagen dafür schaffen. Wir werden das Wirtschaftsgeschehen im Land aktiv begleiten und gemeinsam mit Unternehmen und Beschäftigten für eine neue Dynamik sorgen.

2. Die Industrie bleibt das Herz unserer Wirtschaft

Das Fundament der baden-württembergischen Wirtschaft ist die industrielle Produktion, im Kleinbetrieb bis zum Weltkonzern. Wir wollen unser Land zur industriellen Herzkammer Europas weiterentwickeln. Daran werden wir mit einer aktiven Industriepolitik im Dialog mit allen Beteiligten arbeiten. Die Industriebetriebe in unserem Land stellen viele gute Arbeitsplätze bereit, auch für niedriger qualifizierte Menschen. Die Industrie der Zukunft steht auf drei Säulen: „Mobilität und Produktionstechnologie“, „Information und Kommunikation“ sowie „Energie und Umwelt“- sie gilt es zu festigen. Wir stehen an der Seite

Eigenheims, jede Biogasanlage und jedes Windrad wird so zum Ausdruck des Bürgerwillens in der Energiepolitik. Damit schützen wir das Klima und fördern Beschäftigung in Handwerk und Mittelstand.

Als Flächenland und Wirtschaftsstandort benötigt Baden-Württemberg eine zukunftsfähige Infrastruktur. Wir werden die entsprechenden Projekte im Dialog mit der Wirtschaft und unter breiter Beteiligung der Bevölkerung vorantreiben.

1. Neue Dynamik für Baden-Württemberg

Baden-Württembergs Wirtschaft ist so stark und vielfältig, wie die Menschen, die sie tragen. Und das obwohl die Landesregierung schon seit Jahren keine zielgerichtete Wirtschaftspolitik mehr betreibt. Doch auf Dauer wird auch der sprichwörtliche Fleiß und Ideenreichtum der Frauen und Männer in Baden-Württemberg allein unsere Wirtschaft nicht an der Spitze halten können. Schon jetzt haben uns Bayern und Hessen überholt. Für neue Dynamik braucht es politischen Gestaltungswillen und Kreativität. Baden-Württembergs Unternehmen ~~Sie~~ brauchen mehr politische Unterstützung.

Schon heute steht der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes eine schwache wirtschaftliche Dynamik gegenüber. Die Menschen hier wissen, dass der wirtschaftliche Erfolg Baden-Württembergs in Zukunft nur dann Bestand haben kann, wenn wir heute die Grundlagen dafür schaffen. Wir werden das Wirtschaftsgeschehen im Land aktiv begleiten und gemeinsam mit Unternehmen und Beschäftigten für eine neue Dynamik sorgen.

2. Die Industrie bleibt das Herz unserer Wirtschaft

Das Fundament der baden-württembergischen Wirtschaft ist die industrielle Produktion, im Kleinbetrieb bis zum Weltkonzern. Wir wollen unser Land zur industriellen Herzkammer Europas weiterentwickeln. Daran werden wir mit einer aktiven Industriepolitik im Dialog mit allen Beteiligten arbeiten. Die Industriebetriebe in unserem Land stellen viele gute Arbeitsplätze bereit, auch für niedriger qualifizierte Menschen. Die Industrie der Zukunft steht auf ~~drei~~ vier Säulen: „Mobilität und Produktionstechnologie“, „Information und Kommunikation“ „Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik“ sowie „Energie und

1560 der Beschäftigten und werden die industriellen
Arbeitsplätze nicht einfach aufgeben. Dafür werden wir
eine bessere Abstimmung der Technologieförderung im
Land organisieren, eine bessere öffentliche
1565 Finanzierungsstruktur bereit stellen und eine beherzte
Infrastrukturpolitik vorantreiben. Wir geben unser Wort:
Wir werden um jeden Arbeitsplatz im Land kämpfen.

1570 3. Mit erneuerbaren Energien Jobs schaffen -
Atomkraftwerke abschalten

Nur ökologisches Wirtschaften hat Zukunft. Wir
begreifen den Schutz der natürlichen
Lebensgrundlagen und die Weiterentwicklung unserer
1575 wirtschaftlichen Basis als zwei Seiten derselben
Medaille: Schützen wir unsere Natur, eröffnen wir
gleichzeitig auch wirtschaftliche Perspektiven. Denn
Innovationen im Bereich Umwelttechnologien schaffen
auch neue Möglichkeiten für Klimaschutz und
1580 Wachstum. Erneuerbare Energien,
Energieeffizienztechnologien, umweltfreundliche
Mobilitätstechnologien und Technologien in den
Bereichen Wasserversorgung und Abwasser tragen zur
Lösung des Klimaproblems bei und haben gleichzeitig
1585 weltweit enorme Marktpotentiale. Diese wollen wir
erschließen und bei den erneuerbaren Energien
weltweit führend werden.

1590 Das von Rot-Grün unter Bundeskanzler Schröder
eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz hat eine
eindrucksvolle Entwicklung der Erneuerbaren Energien-
Branche in ganz Deutschland ermöglicht. In Baden-
Württemberg sind viele neue innovative Unternehmen
1595 entstanden. Bereits bestehende Unternehmen haben
vielfach ihre Produktpalette erweitert, etwa
Maschinenbauerhersteller, die heute auch
Windkraftanlagen produzieren. Landwirte haben sich
durch den Zubau von Biogas- oder Photovoltaikanlagen
1600 zu dezentralen Energieproduzenten entwickelt und sich
dadurch zusätzliche Einnahmequellen erschlossen.
Handwerksbetriebe kümmern sich heute um die
Installation und die Wartung von Anlagen zur
Produktion von Energie aus Erneuerbaren Energien.
1605 Aber auch viele Unternehmen aus dem
Dienstleistungssektor und der Energiewirtschaft
profitieren vom Ausbau der Erneuerbaren Energien.
Das Ergebnis: 340.000 neue Arbeitsplätze in ganz
Deutschland.

1610 Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben. Mit

Umwelt“- sie gilt es zu festigen. Wir stehen an der Seite
der Beschäftigten und werden die industriellen
Arbeitsplätze nicht einfach aufgeben. Dafür werden wir
eine bessere Abstimmung der Technologieförderung im
Land organisieren, eine bessere öffentliche
Finanzierungsstruktur bereit stellen und eine beherzte
Infrastrukturpolitik vorantreiben. Wir geben unser Wort:
Wir werden um jeden Arbeitsplatz im Land kämpfen.

3. Mit erneuerbaren Energien Jobs schaffen -
Atomkraftwerke abschalten

Nur ökologisches Wirtschaften hat Zukunft. Wir
begreifen den Schutz der natürlichen
Lebensgrundlagen und die Weiterentwicklung unserer
wirtschaftlichen Basis als zwei Seiten derselben
Medaille: Schützen wir unsere Natur, eröffnen wir
gleichzeitig auch wirtschaftliche Perspektiven. Denn
Innovationen im Bereich Umwelttechnologien schaffen
auch neue Möglichkeiten für Klimaschutz und
Wachstum. Erneuerbare Energien,
Energieeffizienztechnologien, umweltfreundliche
Mobilitätstechnologien und Technologien in den
Bereichen Wasserversorgung und Abwasser tragen zur
Lösung des Klimaproblems bei und haben gleichzeitig
weltweit enorme Marktpotentiale. Diese ~~wollen wir~~
erschließen wir und werden bei den erneuerbaren
Energien ~~weltweit führend werden~~ eine Führungsrolle
einnehmen.

Das von Rot-Grün unter Bundeskanzler Schröder
eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz hat eine
eindrucksvolle Entwicklung der Erneuerbaren Energien-
Branche in ganz Deutschland ermöglicht. In Baden-
Württemberg sind viele neue innovative Unternehmen
entstanden. Bereits bestehende Unternehmen haben
vielfach ihre Produktpalette erweitert, etwa
Maschinenbauerhersteller, die heute auch
Windkraftanlagen produzieren. Landwirte haben sich
durch den Zubau von Biogas- oder Photovoltaikanlagen
zu dezentralen Energieproduzenten entwickelt und sich
dadurch zusätzliche Einnahmequellen erschlossen.
Handwerksbetriebe kümmern sich heute um die
Installation und die Wartung von Anlagen zur
Produktion von Energie aus Erneuerbaren Energien.
Aber auch viele Unternehmen aus dem
Dienstleistungssektor und der Energiewirtschaft
profitieren vom Ausbau der Erneuerbaren Energien.
Das Ergebnis: 340.000 neue Arbeitsplätze in ganz
Deutschland.

Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben. Mit

einer ökologischen Industrie- und Handwerkspolitik werden wir die Strukturen Baden-Württembergs den ökologischen Herausforderungen anpassen - Arbeitsplätze entstehen, indem wir Klimaschutz technologisch voranbringen. Mit verbindlichen umweltpolitische Zielvorgaben, marktwirtschaftlichen Anreizen, systematischer Unterstützung von Markteinführungen und der strategische Nutzung öffentlicher Vergabeprozesse werden wir die Dynamik der baden-württembergischen Wirtschaft stärken und gleichzeitig einen Beitrag für mehr Umwelt- und Klimaschutz leisten. Dafür setzen wir uns ehrgeizige, aber realistische Ziele: Bis 2020 wird der Anteil der Erneuerbaren Energien etwa 40% an der gesamten Bruttostromproduktion betragen. Im Jahr 2050 soll die gesamte in Baden-Württemberg produzierte Strommenge aus Erneuerbaren Energien stammen. Wir nehmen den von Hermann Scheer entworfenen „energetischen Imperativ“ ernst. Seine wegweisenden Ideen wollen wir in konkrete Regierungspolitik umsetzen und zum Musterland dezentraler erneuerbarer Energien werden.

Dafür wollen wir konkrete Schritte gehen.

Durch eine Änderung des Landesplanungsgesetzes wollen wir die Windkraftverhinderung durch Ausschlussgebiete auf 99% unserer Landesfläche beenden. Wir werden den Anteil der Windkraft an der Stromproduktion in Baden-Württembergverzehnfachen und damit das Niveau von Rheinland-Pfalz erreichen.

Die Photovoltaik muss weiter ausgebaut werden, auch um sie weiterhin wirtschaftlicher und billiger zu machen. Die Potentiale der Wasserkraftnutzung und Biomassenutzung können noch gesteigert werden, stoßen aber schon aus ökologischen Gründen und wegen der Flächenkonkurrenz zu Lebensmittel und Futtermitteln mittelfristig an ihre Grenzen. Die vorhandenen Potenziale wollen wir ausschöpfen.

Wir werden als Land Maßnahmen für Energieeffizienz und Energieeinsparungen unterstützen. Gerade beim Ausbau erneuerbarer Energien im Wärmebereich wird eine SPD-geführte Landesregierung durch die Sanierung der eigenen Liegenschaften in seiner Vorbildfunktion voran gehen und Förderinstrumente des

einer ökologischen Industrie- und Handwerkspolitik werden wir die Strukturen Baden-Württembergs den ökologischen Herausforderungen anpassen - Arbeitsplätze entstehen, indem wir Klimaschutz technologisch voranbringen. Mit verbindlichen umweltpolitische Zielvorgaben, marktwirtschaftlichen Anreizen, systematischer Unterstützung von Markteinführungen und der strategische Nutzung öffentlicher Vergabeprozesse werden wir die Dynamik der baden-württembergischen Wirtschaft stärken und gleichzeitig einen Beitrag für mehr Umwelt- und Klimaschutz leisten. Dafür setzen wir uns ehrgeizige, aber realistische Ziele: Bis 2020 wird der Anteil der Erneuerbaren Energien etwa 40 Prozent an der gesamten Bruttostromproduktion betragen. Im Jahr 2050 soll die gesamte in Baden-Württemberg produzierte Strommenge aus Erneuerbaren Energien stammen. Wir nehmen den von Hermann Scheer entworfenen „~~energetischen~~ energetischen Imperativ“ ernst. Seine wegweisenden Ideen ~~wollen~~ werden wir in konkrete Regierungspolitik umsetzen und zum Musterland dezentraler erneuerbarer Energien werden.

~~Dafür wollen wir konkrete Schritte gehen.~~

Durch eine Änderung des Landesplanungsgesetzes ~~wollen~~ werden wir die Windkraftverhinderung durch Ausschlussgebiete auf 99 Prozent unserer Landesfläche beenden. Wir werden den Anteil der Windkraft an der Stromproduktion in Baden-Württembergverzehnfachen und damit das Niveau von Rheinland-Pfalz erreichen.

Die Photovoltaik muss weiter ausgebaut werden, auch um sie weiterhin wirtschaftlicher und billiger zu machen. Die ~~Potentiale der bei Wasserkraft-nutzung und Biomassenutzung~~ noch vorhandenen Potenziale können ~~noch gesteigert werden, stoßen aber schon aus ökologischen Gründen und wegen der Flächenkonkurrenz zu Lebensmittel und Futtermitteln mittelfristig an ihre Grenzen. Die vorhandenen Potenziale wollen~~ werden wir ausschöpfen. Dabei beachten wir die Grenzen des Ausbaus der Biomasse, angesichts der Konkurrenz durch Lebens- und Futtermittel.

Wir werden als Land Maßnahmen für Energieeffizienz und Energieeinsparungen unterstützen. Gerade beim Ausbau erneuerbarer Energien im Wärmebereich wird eine SPD-geführte Landesregierung durch die Sanierung der eigenen Liegenschaften in seiner Vorbildfunktion voran gehen und Förderinstrumente des

1665 Bundes ergänzen. Wir werden die Förderung von energetischen Maßnahmen für Wohngebäude verlässlicher und effizienter gestalten. Dazu soll sich die Förderung an der Energieeinsparung der der CO2-Reduktion orientieren. Zudem wollen wir den Einsatz europäischer Strukturfördermittel hierfür ermöglichen,

1670 die bestehenden Förderangebote bündeln und Transparenz und Verlässlichkeit durch klare Laufzeit- und Zinsregelungen der Förderprogramme schaffen.

1675 Bis 2050 soll der gesamte öffentliche Personennahverkehr auf die Nutzung alternativer Energieträger umgerüstet werden. Alle geeigneten Dachflächen von Gebäuden der Öffentlichen Hand sollen mit solar-thermischen sowie Photovoltaik-Anlagen ausgestattet werden. Das steigert die

1680 Nachfrage und macht die Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand sichtbar.

1685 Wir werden den Ausbau der kommunalen Nahwärmenetze unterstützen und bis 2020 den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung deutlich erhöhen.

1690 Durch eine abgestimmte „Energieoffensive Ländlicher Raum“ wollen wir sowohl die Gewinnung von Energierohstoffen als auch die dezentrale Energiegewinnung aus Biomasse, Wind und Sonne gezielt im Ländlichen Raum vorantreiben. Die

1695 landwirtschaftlich geprägten Landesteile erhalten so ein weiteres wirtschaftliches Standbein.

1700 Baden-Württemberg wird sich durch Forschung und Förderung von Erkundungsmaßnahmen an der Entwicklung und Einführung der Tiefen Geothermie aktiver beteiligen. Wir wollen Anreize schaffen, um diese Entwicklung zu unterstützen. Dazu gehört auch eine Klärung der Risiken und Haftungsfragen.

1705 Ohne die passende Infrastruktur ist der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht zu schaffen. Unser Land wird deshalb in neue Hochspannungsleitungen investieren müssen, um den Strom aus Deutschlands Offshore-Windkraftanlagen im Norden auch zu uns

1710 nach Baden-Württemberg leiten und hier nutzen zu können. Wir brauchen daneben auch Speichermedien für den vor allem im Land produzierten Strom aus Onshore-Windkraftanlagen. Wir werden diese Projekte im Dialog mit der betroffenen Bevölkerung entwickeln.

1715

Bundes ergänzen. Wir werden die Förderung von energetischen Maßnahmen für Wohngebäude verlässlicher und effizienter gestalten. Dazu soll sich die Förderung an der Energieeinsparung der der CO2-Reduktion orientieren. Zudem ~~wollen~~ werden wir den Einsatz europäischer Strukturfördermittel hierfür ermöglichen, die bestehenden Förderangebote bündeln und Transparenz und Verlässlichkeit durch klare Laufzeit- und Zinsregelungen der Förderprogramme schaffen.

Bis 2050 ~~soll~~ werden wir werden ~~der~~ den gesamten öffentlichen Personennahverkehr auf die Nutzung alternativer Energieträger ~~umgerüstet werden~~ umrüsten. Alle geeigneten Dachflächen von Gebäuden der Öffentlichen Hand ~~sollen~~ werden wir mit solar-thermischen sowie Photovoltaik-Anlagen ~~ausgestattet werden~~ ausstatten. Das steigert die Nachfrage und macht die Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand sichtbar.

Wir werden den Ausbau der kommunalen Nahwärmenetze unterstützen und bis 2020 den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung deutlich erhöhen.

Durch eine abgestimmte „Energieoffensive Ländlicher Raum“ ~~wollen~~ werden wir sowohl die Gewinnung von Energierohstoffen als auch die dezentrale Energiegewinnung aus Biomasse, Wind und Sonne gezielt im Ländlichen Raum vorantreiben. Die landwirtschaftlich geprägten Landesteile erhalten so ein weiteres wirtschaftliches Standbein.

Baden-Württemberg wird sich durch Forschung und Förderung von Erkundungsmaßnahmen an der Entwicklung und Einführung der Tiefen Geothermie aktiver beteiligen. Wir ~~wollen~~ werden Anreize schaffen, um diese Entwicklung zu unterstützen. Dazu gehört auch eine Klärung der Risiken und Haftungsfragen.

Ohne die passende Infrastruktur ist der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht zu schaffen. Unser Land wird deshalb in neue Hochspannungsleitungen investieren müssen, um den Strom aus ~~Deutschlands~~ Offshore-Windkraftanlagen im Norden auch zu uns nach Baden-Württemberg leiten und hier nutzen zu können. Wir brauchen daneben auch Speichermedien für den vor allem im Land produzierten Strom aus Onshore-Windkraftanlagen. Wir werden diese Projekte im Dialog mit der betroffenen Bevölkerung entwickeln.

Wir wollen die Forschung in Baden-Württemberg für Energiespeichertechnologien fördern – auch im Zusammenhang mit neuen Antriebstechnologien.

Wir ~~wollen~~ werden die Forschung in Baden-Württemberg für Energiespeicher-technologien fördern – auch im Zusammenhang mit neuen Antriebstechnologien.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die an EnBW erworbenen Anteile in Landeshand halten und für eine aktive Industriepolitik nutzen. Wir werden das Unternehmen nicht an der Börse den Heuschrecken ausliefern, sondern die Atompolitik des Konzerns ändern. Die EnBW wird so zum Partner der Stadtwerke beim Ausbau der erneuerbaren Energien werden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die an EnBW erworbenen Anteile in Landeshand halten und für eine aktive Industriepolitik nutzen. Wir werden das Unternehmen nicht an der Börse ~~den Heuschrecken~~ dem Shareholder Value ausliefern, sondern die Atompolitik des Konzerns ändern. Die EnBW wird so zum Partner der Stadtwerke beim Ausbau der erneuerbaren Energien werden.

Schwarz-Gelb bremst beim Klimaschutz und gefährdet damit die Zukunft unseres Landes. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraft soll laut Merkel, Röttgen und Mappus eine „Brücke“ sein, bis die erneuerbaren Energien den Hauptanteil der Energieversorgung übernehmen. Das ist falsch: Längere Laufzeiten behindern den Wettbewerb, blockieren Investitionen in neue Kraftwerke und bedrohen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Dazu stellen die Atomkraftwerke ein unverantwortliches Risiko dar. Sie produzieren hochgefährlichen Strahlenmüll, der tausenden nachfolgenden Generationen aufgebürdet wird. Angesichts ihrer Störfälligkeit garantieren sie noch nicht einmal die Versorgungssicherheit. Es gibt nur vier Gewinner dieser Politik: die Atomkonzerne- alle anderen verlieren.

Schwarz-Gelb bremst beim Klimaschutz und gefährdet damit die Zukunft unseres Landes. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraft soll laut Merkel, Röttgen und Mappus eine „Brücke“ sein, bis die erneuerbaren Energien den Hauptanteil der Energieversorgung übernehmen. Das ist falsch: Längere Laufzeiten behindern den Wettbewerb, blockieren Investitionen in neue Kraftwerke und bedrohen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Dazu stellen die Atomkraftwerke ein unverantwortliches Risiko dar. Sie produzieren hochgefährlichen Strahlenmüll, der tausenden nachfolgenden Generationen aufgebürdet wird. Angesichts ihrer Störfälligkeit garantieren sie noch nicht einmal die Versorgungssicherheit. Es gibt nur vier Gewinner dieser Politik: die Atomkonzerne- alle anderen verlieren.

Wir sind uns mit der großen Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg einig: Atomenergie und fossile Energieträger haben keine Zukunft. Kernenergie ist nicht sicher und noch immer weiß niemand, wohin mit dem Atommüll. Wir halten am Atomausstieg fest und werden auch keinen Neubau von Atomkraftwerken in unserem Land zulassen. Alle AKW sollen bis 2022 abgeschaltet und durch Erneuerbare Energien ersetzt werden. Für den Strahlenmüll muss der geologisch geeignetste Standpunkt in Deutschland gefunden werden, ohne politisches Geschacher und Kompromisse bei der Sicherheit wie bei Gorleben. Alle älteren AKW ohne besonderen Schutz gegen Flugzeugabstürze sind schnellstens abzuschalten. Neckarwestheim 1 und Phillipsburg 1 sind unverzüglich abzuschalten und stillzulegen.

Wir sind uns mit der großen Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg einig: Atomenergie und fossile Energieträger haben keine Zukunft. Kernenergie ist nicht sicher und noch immer weiß niemand, wohin mit dem Atommüll. Wir halten am Atomausstieg fest und werden auch keinen Neubau von Atomkraftwerken in unserem Land zulassen. Alle AKW sollen bis 2022 abgeschaltet und durch Erneuerbare Energien ersetzt werden. Für den Strahlenmüll muss der geologisch geeignetste Standpunkt in Deutschland gefunden werden, ohne politisches Geschacher und Kompromisse bei der Sicherheit wie bei Gorleben. Alle älteren AKW ohne besonderen Schutz gegen Flugzeugabstürze sind schnellstens abzuschalten. Neckarwestheim 1 und ~~Phillipsburg~~ Philippsburg 1 sind werden wir unverzüglich abzuschalten und ~~stillzulegen~~ stilllegen.

4. Neue Mobilität fördern

4. Neue Mobilität fördern

Baden-Württemberg ist das „Autoland“. Es muss sich

Baden-Württemberg ist das „Autoland“. Es muss sich

zum „Mobilitätsland“ weiterentwickeln, um seinen Spitzenplatz zu behaupten. Dafür hat unser Land im Ganzen den Wandel zu alternativen Antrieben zu erkennen, zu bewerten und zu bewältigen. Wir wollen neue Mobilitätskonzepte, welche die Verkehrsträger besser vernetzen.

Unsere hochkarätigen Forschungseinrichtungen und unsere Wirtschaftsstruktur ermöglichen es dem Land, die Entwicklung alternativer Antriebe zu gestalten. Im Fokus steht nicht nur die Automobilwirtschaft, sondern auch die Energiebranche und die Informations- und Kommunikationstechnologie. Gerade sie sind Schlüsselbranchen für die Entwicklung emissionsfreier Mobilität.

Wir werden sie auf diesem Weg unterstützen. Wir wollen die öffentliche Beschaffung nutzen, um schadstoffarme Technologien zu fördern. Car-Sharing-Modelle vor Ort sollen gestärkt und gefördert werden, um den neuen Bedürfnissen der Menschen zu entsprechen. Von zentraler Bedeutung im globalen Wettbewerb ist die Stärkung unserer Hochschulen, zum Beispiel in der Elektrochemie. Dafür werden wir uns einsetzen.

Wir lehnen Vorschläge zur Einführung einer PKW- Maut oder City- Maut in Baden-Württemberg ab. Diese Mautkonzepte schränken Mobilität nach den finanziellen Möglichkeiten der Verkehrsteilnehmenden ein und schließen sozial Schwächere von individueller Mobilität aus.

5. Straßen verbessern, Schienenverkehr stärken, Radwege ausbauen

Die Verkehrswege sind die Lebensadern unserer Gesellschaft. Leider ist sich die Landesregierung ihrer Bedeutung nicht bewusst. Sie hat es in den vergangenen Jahren nicht geschafft, ihre eigenen Ziele auch nur annähernd zu erreichen. Statt der 1995 ermittelten 90 Millionen Euro pro Jahr wurde in der letzten Legislaturperiode gerade einmal die Hälfte des Betrages pro Jahr für den Erhalt der Landesstraßen aufgebracht. Das Resultat dieser verfehlten Politik ist der Verfall unserer Infrastruktur und damit der Verlust von einst geschaffenem Vermögen. Inzwischen sind selbst nach Angaben der noch amtierenden Landesregierung knapp 50 Prozent der Landesstraßen in einem schlechten bis sehr schlechtem Zustand. Wir wollen dies nicht länger hinnehmen.

zum „Mobilitätsland“ weiterentwickeln, um seinen Spitzenplatz zu behaupten. Dafür hat unser Land im Ganzen den Wandel zu alternativen Antrieben zu erkennen, zu bewerten und zu bewältigen. Wir wollen neue Mobilitätskonzepte, welche die Verkehrsträger besser vernetzen.

Unsere hochkarätigen Forschungseinrichtungen und unsere Wirtschaftsstruktur ermöglichen es dem Land, die Entwicklung alternativer Antriebe zu gestalten. Im Fokus steht nicht nur die Automobilwirtschaft, sondern auch die Energiebranche und die Informations- und Kommunikationstechnologie. Gerade sie sind Schlüsselbranchen für die Entwicklung emissionsfreier Mobilität.

Wir werden sie auf diesem Weg unterstützen. Wir ~~wollen~~ werden die öffentliche Beschaffung nutzen, um schadstoffarme Technologien zu fördern. Car-Sharing-Modelle vor Ort ~~sollen gestärkt werden~~ wir stärken und gefördert werden, um den neuen Bedürfnissen der Menschen zu entsprechen. Von zentraler Bedeutung im globalen Wettbewerb ist die Stärkung unserer Hochschulen, zum Beispiel in der Elektrochemie. Dafür werden wir uns einsetzen.

Wir lehnen Vorschläge zur Einführung einer PKW- Maut oder City- Maut in Baden-Württemberg ab. Diese Mautkonzepte schränken Mobilität nach den finanziellen Möglichkeiten der Verkehrsteilnehmenden ein und schließen sozial Schwächere von individueller Mobilität aus.

5. Schienenverkehr stärken, Radwege ausbauen, Straßen verbessern. Schienenverkehr stärken, Radwege ausbauen

Die Verkehrswege sind die Lebensadern unserer Gesellschaft. ~~Leider~~ Die Landesregierung ist sich ~~die~~ Landesregierung ihrer Bedeutung nicht bewusst. Sie hat es in den vergangenen Jahren nicht geschafft, ihre eigenen Ziele auch nur annähernd zu erreichen. Statt der 1995 ermittelten 90 Millionen Euro pro Jahr wurde in der letzten Legislaturperiode gerade einmal die Hälfte des Betrages pro Jahr für den Erhalt der Landesstraßen aufgebracht. Das Resultat dieser verfehlten Politik ist der Verfall unserer Infrastruktur und damit der Verlust von einst geschaffenem Vermögen. Inzwischen sind selbst nach Angaben der noch amtierenden Landesregierung knapp 50 Prozent der Landesstraßen in einem schlechten bis sehr schlechtem Zustand. Wir

1820

Bei den anfallenden Straßeninvestitionen werden wir Prioritätensetzen: Wir werden einordnen, welche Baumaßnahmen am wichtigsten sind und als erste kommen müssen. Die Politik der CDU, allen alles zu versprechen, darf nicht weitergeführt werden.

1825

1830

Bei der Finanzierung des Straßenbaus müssen die Mittel in ausreichender Höhe und vor allem verlässlich fließen. Die Ausgaben für den Straßenbau dürfen nicht als Steinbruch benutzt werden, wenn gerade Mittel fehlen.

1835

Neben der Realisierung der Straßenbaumaßnahmen setzen wir aus Systeme für eine intelligente, integrierte Nutzung der Verkehrsinfrastruktur.

1840

Um die Schiene zu stärken, brauchen wir dringend neue Investitionen in die Infrastruktur. So muss der wichtige Bahnknoten Mannheim weiterhin von allen Fernzügen angefahren werden, einen Bypass lehnen wir ab. Die Strecke Mannheim-Frankfurt muss dringend ausgebaut werden. Mit Stuttgart 21 wollen wir auch den

1845

Bahnknoten der Landeshauptstadt fit für die Zukunft machen. Mit der zeitgleichen Umsetzung der Neubaustrecke zwischen Wendlingen und Ulm wird eine schnelle Fernverkehrsverbindung geschaffen. Denn leistungsfähige Bahnknoten der Zukunft sind nur dann sinnvoll, wenn auch die wichtigen Bahnstrecken

1850

des Landes die Kapazität vorhalten, die wir für einen funktionierenden und attraktiven Bahnverkehr für Menschen und Güter benötigen. Daher wollen wir in den kommenden Jahren alle wichtigen

1855

Schienenverkehrsachsen in Baden-Württemberg fit für die Zukunft zu machen. Wir Sozialdemokraten setzen uns mit Nachdruck für den Neu- und Ausbau des 3. und 4. Gleises entlang der Rheinschiene ein. Allerdings fordern wir einen Ausbaustandard, der die Sorgen der

1860

Bürger vor Ort stärker berücksichtigt, insbesondere hinsichtlich Lärmschutz, Zersiedelung der Landschaft, landwirtschaftlicher Nutzung und der ökologischen Ausgleichsmaßnahmen. Hierfür wollen wir auch Landesmittel einsetzen. Diese Infrastrukturmaßnahme

1865

stärkt vor allem den internationalen Güterfernverkehr. Auch an anderer Stelle gibt es noch erheblichen Ausbaubedarf. Unser Ziel ist es, dass auf allen Hauptstrecken mindestens ein ½-Stundentakt gefahren wird. Die Gäubahn, die Frankenbahn und die Südbahn

1870

sind wichtige Verkehrsachsen, die nicht ihrer Bedeutung entsprechend ausgebaut sind. Eine

~~wollen werden~~ dies nicht länger hinnehmen.

Bei den anfallenden Straßeninvestitionen werden wir Prioritätensetzen: Wir werden einordnen, welche Baumaßnahmen am wichtigsten sind und als erste kommen müssen. Die Politik der CDU, allen alles zu versprechen, ~~darf nicht weitergeführt werden~~ wird es mit uns nicht mehr geben.

Bei der Finanzierung des Straßenbaus müssen die Mittel in ausreichender Höhe und vor allem verlässlich fließen. Die Ausgaben für den Straßenbau dürfen nicht als Steinbruch benutzt werden, wenn gerade Mittel fehlen.

Neben der Realisierung der Straßenbaumaßnahmen setzen wir aus Systeme für eine intelligente, integrierte Nutzung der Verkehrsinfrastruktur.

Um die Schiene zu stärken, brauchen wir dringend neue Investitionen in die Infrastruktur. So muss der wichtige Bahnknoten Mannheim weiterhin von allen Fernzügen angefahren werden, einen Bypass lehnen wir ab. Die Strecke Mannheim-Frankfurt muss dringend ausgebaut werden. Mit Stuttgart 21 wollen wir auch den

Bahnknoten der Landeshauptstadt fit für die Zukunft machen. Mit der zeitgleichen Umsetzung der Neubaustrecke zwischen Wendlingen und Ulm wird eine schnelle Fernverkehrsverbindung geschaffen. Denn leistungsfähige Bahnknoten der Zukunft sind nur dann sinnvoll, wenn auch die wichtigen Bahnstrecken

des Landes die Kapazität vorhalten, die wir für einen funktionierenden und attraktiven Bahnverkehr für Menschen und Güter benötigen. Daher ~~wollen werden~~

wir in den kommenden Jahren alle wichtigen Schienenverkehrsachsen in Baden-Württemberg fit für die Zukunft zu machen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns mit Nachdruck für den Neu- und Ausbau des 3. und 4. Gleises ~~entlang der Rheinschiene~~ entlang der Rheintalbahn ein und unterstützen Baden

21. Allerdings Dabei fordern wir einen Ausbaustandard, der die Sorgen der Bürger vor Ort stärker berücksichtigt, insbesondere hinsichtlich Lärmschutz, Zersiedelung der Landschaft, landwirtschaftlicher Nutzung und der ökologischen Ausgleichsmaßnahmen. Hierfür wollen wir auch Landesmittel einsetzen. Diese

Infrastrukturmaßnahme stärkt vor allem den internationalen Güterfernverkehr. Auch an anderer Stelle gibt es noch erheblichen Ausbaubedarf. Unser Ziel ist es, dass auf allen Hauptstrecken mindestens ein ½-Stundentakt gefahren wird. Regionalstrecken wie die

~~Die~~ Gäubahn, die Frankenbahn und die Südbahn sind

durchgehende Elektrifizierung aller Strecken ist ein Muss, ein zweigleisiger Ausbau fast durchgängig dringend erforderlich.

1875

Im Gegensatz zu den Grünen wollen wir weiterhin auch Landesmittel dafür einsetzen, dass ein leistungsfähiger, menschen- und umweltfreundlicher Ausbau der Schiene in Baden-Württemberg erfolgen kann. Die SPD setzt sich dafür ein, den Aus- und Neubau der Rheintalbahn zwischen Basel und Offenburg als Pilotstrecke ohne Berücksichtigung des Schienenbonus zu bauen.

1880

1885

Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Baden-Württemberg steht am Scheideweg. Die in den Jahren 2011 und 2012 zu vergebenden Verkehrsleistungen entscheiden über Qualität, Sicherheit und Service bei den Bahnen sowie über die Qualität der Arbeitsplätze fast aller Beschäftigter des Regionalverkehrs in den nächsten 15 Jahren. Es geht um mindestens 57 Millionen gefahrene Zugkilometer pro Jahr und um rund acht Milliarden Euro an Steuergeldern. Und es geht um faire Löhne.

1890

1895

Der geltende Verkehrsvertrag, den die Landesregierung im Jahr 2003 aushandelte, ist ein abschreckendes Beispiel. Der Leidtragende bei einem solch miserabel ausgehandelten Vertrag war und ist der Fahrgast. Auf die lange Mängelliste hat die SPD immer wieder hingewiesen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass diese behoben werden. Etwa durch eine höhere Taktung sowie zusätzliche Wagen bei regelmäßiger Überfüllung, die Anschaffung von neuem Wagenmaterial und die Festlegung verbindlicher Servicestandards. Um die Sicherheit zu erhöhen bedarf es zudem einer ausreichenden Zahl an Zugbegleitern, Polizisten in Uniform sollen die Züge in Zukunft kostenlos nutzen können.

1900

1905

1910

Die geforderte Qualität hat ihren Preis. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass die Unternehmen Kosten auf dem Rücken der Beschäftigten einsparen. Mit uns wird es keinen Vertrag auf Kosten der Mitarbeiter geben.

1915

1920

Wir wollen die Rolle des Fahrrads aufwerten, und zwar nicht nur in Freizeit und Tourismus, sondern als Verkehrsmittel im Alltag. Das bestehende lückenhafte

wichtige Verkehrsachsen, die nicht ihrer Bedeutung entsprechend ausgebaut sind. Eine durchgehende Elektrifizierung aller Strecken ist ein Muss, ein zweigleisiger Ausbau fast durchgängig dringend erforderlich.

Im Gegensatz zu den Grünen ~~wollen~~ werden wir weiterhin auch Landesmittel dafür einsetzen, dass ein leistungsfähiger, menschen- und umweltfreundlicher Ausbau der Schiene in Baden-Württemberg erfolgen kann. Die SPD setzt sich dafür ein, den Aus- und Neubau der Rheintalbahn zwischen Basel und Offenburg als Pilotstrecke ohne Berücksichtigung des Schienenbonus zu bauen.

Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Baden-Württemberg steht am Scheideweg. Die in den Jahren 2011 und 2012 zu vergebenden Verkehrsleistungen entscheiden über Qualität, Sicherheit und Service bei den Bahnen sowie über die Qualität der Arbeitsplätze fast aller Beschäftigter des Regionalverkehrs in den nächsten 15 Jahren. Es geht um mindestens 57 Millionen gefahrene Zugkilometer pro Jahr und um rund acht Milliarden Euro an Steuergeldern. Und es geht um faire Löhne.

Der geltende Verkehrsvertrag, den die Landesregierung im Jahr 2003 aushandelte, ist ein abschreckendes Beispiel. Der Leidtragende bei einem solch miserabel ausgehandelten Vertrag war und ist der Fahrgast. Auf die lange Mängelliste hat die SPD immer wieder hingewiesen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass diese behoben werden. Etwa durch eine höhere Taktung sowie zusätzliche Wagen bei regelmäßiger Überfüllung, die Anschaffung von neuem Wagenmaterial und die Festlegung verbindlicher Servicestandards. Um die Sicherheit zu erhöhen bedarf es zudem einer ausreichenden Zahl an Zugbegleitern, Polizisten in Uniform sollen die Züge in Zukunft kostenlos nutzen können.

Die geforderte Qualität hat ihren Preis. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass die Unternehmen Kosten auf dem Rücken der Beschäftigten einsparen. Mit uns wird es keinen Vertrag auf Kosten der Mitarbeiter geben.
Dem Versuch einer weitergehenden Privatisierung der Bahn wird eine SPD-geführte Landesregierung im Bundesrat entgegenzutreten.

Wir ~~wollen~~ werden die Rolle des Fahrrads aufwerten, und zwar nicht nur in Freizeit und Tourismus, sondern als Verkehrsmittel im Alltag. Das bestehende

Radwegenetz muss attraktiver und sicherer gemacht und vor allem flächendeckend ausgebaut werden. Hinzukommen müssen eine einheitliche und durchgängige Beschilderung, eine bessere Verknüpfung von Rad und ÖPNV und sinnvolle Mindeststandards für sichere Radwege.

lückenhafte Radwegenetz muss attraktiver und sicherer gemacht und vor allem flächendeckend ausgebaut werden. Hinzukommen müssen eine einheitliche und durchgängige Beschilderung, eine bessere Verknüpfung von Rad und ÖPNV und sinnvolle Mindeststandards für sichere Radwege.

6. Handwerk und Mittelstand stärken - Politik für die solidarische Mitte

6. Handwerk und Mittelstand stärken - Politik für die solidarische Mitte

Der Mittelstand ist gerade in Baden-Württemberg Innovationsmaschine und Jobmotor. Er schafft Arbeitsplätze, wo Großunternehmen diese abbauen. Er bietet nach wie vor die meisten Ausbildungsplätze an. Mittelständische Unternehmen verdienen deshalb die volle Unterstützung der Landespolitik - wir werden sie ihnen geben. Wir machen keine Kompromisse bei der Einhaltung des Mittelstandsförderungsgesetzes. Das heißt konkret: Mit uns wird es keine Public-Private-Partnerships des Landes zu Lasten des heimischen Handwerks und Mittelstands geben.

Der Mittelstand ist gerade in Baden-Württemberg Innovationsmaschine und Jobmotor. Er schafft Arbeitsplätze, wo Großunternehmen diese abbauen. Er bietet nach wie vor die meisten Ausbildungsplätze an. Mittelständische Unternehmen verdienen deshalb die volle Unterstützung der Landespolitik - wir werden sie ihnen geben. Wir machen keine Kompromisse bei der Einhaltung des Mittelstandsförderungsgesetzes. Das heißt konkret: Mit uns wird es keine Public-Private-Partnerships des Landes zu Lasten des heimischen Handwerks und Mittelstands geben.

Immer weniger mittelständische Unternehmen können aufwändige Forschungsanlagen vorhalten. Dabei erfordert die Entwicklung neuer Produkte zunehmend mehr wissenschaftliche Forschung. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sehen sich jedoch hohen Hürden gegenüber, wenn sie die wissenschaftliche Forschung produktiv nutzen wollen. Diese Barrieren werden wir durch die Einrichtung von Forschungshäusern für den Mittelstand beseitigen. Sie sollen Plattformen sein, auf denen die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Unternehmen projektbezogen so gestaltet wird, dass beide Seiten dabei gewinnen. Die Projekte in den Forschungshäusern werden grundsätzlich von den Unternehmen initiiert. Die Nachfrage bestimmt, was geforscht wird. Der Industrie, insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern, sollen die Forschungshäuser offene Plattformen für die Durchführung ihres entwicklungsbezogenen Forschungsbedarfs bieten. Unser Land hat ein besonders dichtes Netz von technischen Forschungskapazitäten und mit seiner industriellen Struktur die stärkste Nachfrage nach Forschungsleistungen aus dem Mittelstand. Daraus kann ein Wettbewerbs- und Standortvorteil für unser Land erwachsen - wir wollen ihn nutzen.

Immer weniger mittelständische Unternehmen können aufwändige Forschungsanlagen vorhalten. Dabei erfordert die Entwicklung neuer Produkte zunehmend mehr wissenschaftliche Forschung. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sehen sich jedoch hohen Hürden gegenüber, wenn sie die wissenschaftliche Forschung produktiv nutzen wollen. Diese Barrieren werden wir durch die Einrichtung von Forschungshäusern für den Mittelstand beseitigen. Sie sollen Plattformen sein, auf denen die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Unternehmen projektbezogen so gestaltet wird, dass beide Seiten dabei gewinnen. Die Projekte in den Forschungshäusern werden grundsätzlich von den Unternehmen initiiert. Die Nachfrage bestimmt, was geforscht wird. Der Industrie, insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern, sollen die Forschungshäuser offene Plattformen für die Durchführung ihres entwicklungsbezogenen Forschungsbedarfs bieten. Unser Land hat ein besonders dichtes Netz von technischen Forschungskapazitäten und mit seiner industriellen Struktur die stärkste Nachfrage nach Forschungsleistungen aus dem Mittelstand. Daraus kann ein Wettbewerbs- und Standortvorteil für unser Land erwachsen - wir ~~wollen~~ werden ihn nutzen.

Die Ehrlichen dürfen nicht die Dummen sein. Wir fordern deshalb ein Tariftreuegesetz für Baden-

Die Ehrlichen dürfen nicht die Dummen sein. Wir ~~fordern~~ werden deshalb ein Tariftreuegesetz für Baden-

Württemberg. Denn die Wettbewerbsverzerrung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch unter dem Tarifsatz entlohnte Beschäftigte gilt es im Interesse der ordentlich agierenden Unternehmen und deren Beschäftigten zu unterbinden. Sie schadet Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Tariflöhne bezahlen und gefährdet gute Arbeitsplätze.

1980

Wir wollen Starthilfe geben. Baden-Württemberg rutscht bei den High-Tech-Gründungen im Vergleich der Bundesländer immer weiter ab. De Landesregierung hat es verpasst, eine öffentliche Struktur zur Finanzierung von Existenzgründungen aufzubauen. Wir werden die schwarz-gelbe Gründer-Blockade überwinden und den besten Beispielen folgen. Dafür schlagen wir die Einrichtung eines Eigenkapitalfonds mit Mitteln aus den europäischen Strukturfonds vor. Die noch amtierende Landesregierung lehnt dies ab. Sie legt stattdessen die Hände in den Schoß und nimmt in Kauf, dass Baden-Württemberg weiter abgehängt wird - diesen Abstieg werden wir aufhalten und Baden-Württemberg wieder zum Gründerland Nummer Eins machen.

1985

1990

1995

2000

7. Bezahlbaren Wohnraum fördern, Stadtzentren stärken, Flächen schützen

Das Problem ist für viele Menschen in unserem Land existenziell: Gerade Familien mit kleinem Geldbeutel finden in den Groß- und Universitätsstädten sowie den Wachstumsregionen im Land immer schwerer bezahlbaren Wohnraum. Es müssten jährlich ca. 50.000 Wohneinheiten gebaut werden, um eine angemessene und bezahlbare Wohnraumversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die schwarz-gelbe Realität sieht anders aus. Seit Jahren liegt die jährliche Fertigstellungsrate deutlich darunter, inzwischen wird nur noch die Hälfte der pro Jahr benötigten Wohnungen gebaut. Die Folge: die Wohnkosten im Land explodieren. Das werden wir ändern. Wir werden die Wohnraumförderung des Landes von knapp 50 auf 100 Millionen Euro im Land verdoppeln. Ein Großteil der Mittel wird in die Förderung des Mietwohnungsbaus fließen, insbesondere in den Groß- und Hochschulstädten. Dadurch wird sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt vor allem für Menschen mit kleinem Geldbeutel in Baden-Württemberg entspannen. Die SPD setzt sich für einen sparsamen Flächenverbrauch ein, der sich an der demografischen Entwicklung orientiert. Städte und Gemeinden müssen

2005

2010

2015

2020

2025

Württemberg schaffen. Denn die Wettbewerbsverzerrung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch unter dem Tarifsatz entlohnte Beschäftigte gilt es im Interesse der ordentlich agierenden Unternehmen und deren Beschäftigten zu unterbinden. Sie schadet Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Tariflöhne bezahlen und gefährdet gute Arbeitsplätze.

Wir wollen Starthilfe geben. Baden-Württemberg rutscht bei den High-Tech-Gründungen im Vergleich der Bundesländer immer weiter ab. De Landesregierung hat es verpasst, eine öffentliche Struktur zur Finanzierung von Existenzgründungen aufzubauen. Wir werden die schwarz-gelbe Gründer-Blockade überwinden und den besten Beispielen folgen. Dafür schlagen wir die Einrichtung eines Eigenkapitalfonds mit Mitteln aus den europäischen Strukturfonds vor. Die noch amtierende Landesregierung lehnt dies ab. Sie legt stattdessen die Hände in den Schoß und nimmt in Kauf, dass Baden-Württemberg weiter abgehängt wird - diesen Abstieg werden wir aufhalten und Baden-Württemberg wieder zum Gründerland Nummer Eins machen.

7. Bezahlbaren Wohnraum fördern, Stadtzentren stärken, Flächen schützen

Das Problem ist für viele Menschen in unserem Land existenziell: Gerade Familien mit kleinem Geldbeutel finden in den Groß- und Universitätsstädten sowie den Wachstumsregionen im Land immer schwerer bezahlbaren Wohnraum. Es müssten jährlich ca. 50.000 Wohneinheiten gebaut werden, um eine angemessene und bezahlbare Wohnraumversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die schwarz-gelbe Realität sieht anders aus. Seit Jahren liegt die jährliche Fertigstellungsrate deutlich darunter, inzwischen wird nur noch die Hälfte der pro Jahr benötigten Wohnungen gebaut. Die Folge: die Wohnkosten im Land explodieren. Das werden wir ändern. Wir werden die Wohnraumförderung des Landes von knapp 50 auf 100 Millionen Euro im Land verdoppeln. Ein Großteil der Mittel wird in die Förderung des Mietwohnungsbaus fließen, insbesondere in den Groß- und Hochschulstädten. Dadurch wird sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt vor allem für Menschen mit kleinem Geldbeutel in Baden-Württemberg entspannen. Die SPD setzt sich für einen sparsamen Flächenverbrauch ein, der sich an der demografischen Entwicklung orientiert. Städte und Gemeinden müssen

ihre Potentiale in der Innenentwicklung ausschöpfen.
Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege.

8. Verbraucherschutz stärken

Die Verbraucherinnen und Verbraucher können durch selbstbestimmten Konsum den Markt mit gestalten. Die Voraussetzung für bewusste Kaufentscheidungen ist Transparenz. Konsumentinnen und Konsumenten brauchen klare Aussagen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft von Produkten und Dienstleistungen. Wir wollen verständliche und vergleichbare Informationen, die VerbraucherInnen im Alltag helfen und ihre Position gegenüber den Anbietern stärken. Transparenz dient nicht nur den Verbraucherinnen und Verbrauchern sondern auch den verantwortungsvoll handelnden Unternehmen. Aktiver Verbraucherschutz ist für uns damit ein zentraler Teil einer Wirtschaftspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns stellt.

VerbraucherInnen haben ein Recht auf Information und Schutz vor wirtschaftlichem und gesundheitlichem Schaden. Der Informationsbedarf der Verbraucherinnen und Verbraucher steigt. Hintergrund sind Globalisierung der Wirtschaft und die damit verbundene Vielfalt des Angebotes an Waren und Dienstleistungen sowie die Liberalisierung von für die Bürger lebenswichtiger Versorgungsbereiche. Wir brauchen in Baden-Württemberg eine leistungsfähige Beratungsinfrastruktur. Gerade bei beratungsintensiven Themen wie beispielsweise Altersvorsorge, Versicherungen oder Baufinanzierung ist eine persönliche Beratung unerlässlich. Wir werden deshalb die Anzahl der unabhängigen Verbraucherberatungsstellen erhöhen.

Telefon-Abzocke oder Abo-Fallen im Internet als Beispiele verbraucherschädlichen Verhaltens sind gesetzlich zu verbieten. Denn die bisherigen Gesetze bei der Bekämpfung unlauterer Geschäftsmethoden in diesen Bereichen reichen nicht aus.

Für Internetgeschäfte streben wir die sogenannte Button-Lösung an, bei der ein Geschäft erst dann zustande kommt, wenn der Kunde eine Benachrichtigung mit klar erkennbaren Kosten und Leistungen erhält und in dieser einen Bestätigungsbutton anklicken muss. In Frankreich

ihre Potentiale in der Innenentwicklung ausschöpfen.
Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege.
Städtebauliche Förderprogramme werden wir auf die Zielsetzung „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ ausrichten.

8. Verbraucherschutz stärken

Die Verbraucherinnen und Verbraucher können durch selbstbestimmten Konsum den Markt mit gestalten. Die Voraussetzung für bewusste Kaufentscheidungen ist Transparenz. Konsumentinnen und Konsumenten brauchen klare Aussagen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft von Produkten und Dienstleistungen. Wir wollen verständliche und vergleichbare Informationen, die VerbraucherInnen im Alltag helfen und ihre Position gegenüber den Anbietern stärken. Transparenz dient nicht nur den Verbraucherinnen und Verbrauchern sondern auch den verantwortungsvoll handelnden Unternehmen. Aktiver Verbraucherschutz ist für uns damit ein zentraler Teil einer Wirtschaftspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns stellt.

VerbraucherInnen und Verbraucher haben ein Recht auf Information und Schutz vor wirtschaftlichem und gesundheitlichem Schaden. Der Informationsbedarf der Verbraucherinnen und Verbraucher steigt. Hintergrund sind Globalisierung der Wirtschaft und die damit verbundene Vielfalt des Angebotes an Waren und Dienstleistungen sowie die Liberalisierung von für die Bürger lebenswichtiger Versorgungsbereiche. Wir brauchen in Baden-Württemberg eine leistungsfähige Beratungsinfrastruktur. Gerade bei beratungsintensiven Themen wie beispielsweise Altersvorsorge, Versicherungen oder Baufinanzierung ist eine persönliche Beratung unerlässlich. Wir werden deshalb die Anzahl der unabhängigen Verbraucherberatungsstellen erhöhen.

Telefon-Abzocke oder Abo-Fallen im Internet als Beispiele verbraucherschädlichen Verhaltens sind gesetzlich zu verbieten. Denn die bisherigen Gesetze bei der Bekämpfung unlauterer Geschäftsmethoden in diesen Bereichen reichen nicht aus.

Für Internetgeschäfte streben wir die sogenannte Button-Lösung an, bei der ein Geschäft erst dann zustande kommt, wenn der Kunde eine Benachrichtigung mit klar erkennbaren Kosten und Leistungen erhält und in dieser einen Bestätigungsbutton anklicken muss. In Frankreich

2080 funktioniert diese Lösung bereits seit Jahren.

2085 Die Finanzkrise 2009 hat deutlich gemacht, wie wichtig auch eine vom Anbieter unabhängige Beratung bei Finanzprodukten der Banken ist. Wir werden uns für eine verbesserte Kennzeichnung von Produkten, deren Kontrolle, besonders aber für eine Verstärkung der anbieterunabhängigen Beratung einsetzen.

2090 Die Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre hat die Weichen im Gesundheitswesen in Richtung mehr Wettbewerb und Wahlfreiheit gestellt. Patientinnen und Patienten müssen Entscheidungen über Igel (Individuelle Gesundheitsleistungen), die Wahl ihrer Krankenkasse und verschreibungsfreier Medikamente treffen und sich immer stärker an den Kosten beteiligen.

2095 Neben dem Einsatz für bessere Verbraucherrechte im Gesundheitsmarkt werden wir es der Verbraucherzentrale BW ermöglichen, unabhängige Informationen bereitzustellen sowie Rechtsverstößen von Gesundheitsdienstleistern entgegenzutreten zu können.

2100

2105 Verbraucherinnen und Verbraucher können mit ihren täglichen Konsumententscheidungen zum Klimaschutz beitragen. Um klimaverträglichen Konsum zu unterstützen, müssen leicht verständliche Informationen bereitgestellt werden. Wir wollen den klimaverträglichen privaten Konsum durch eine Informations- und Bildungsoffensive fördern und irreführenden Werbemethoden entschieden entgegenzutreten.

2110

2115 Die Förderung von Verbraucherbildung –insbesondere bei Kindern und Jugendlichen- ist der Schlüssel für eine soziale und ökonomische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Grundlage, um sich selbstbestimmt und verantwortungsvoll im Konsumalltag zu bewegen. Die tägliche Praxis ist aber allzu oft von einem lockeren Umgang mit privaten Daten, der unüberlegten Unterschrift unter einen Handyvertrag oder falsche Essgewohnheiten gekennzeichnet. In immer mehr Familien werden Basiskompetenzen nicht mehr vermittelt. Wir wollen deshalb Verbraucherbildungsangebote für mehr Konsumkompetenz in der Schule verstärken.

2120

2125

2130 Und auch die Gammelfleischskandale haben gezeigt, dass Verbraucheraufklärung, staatliche Kontrollen und eine möglichst weitgehende Informationsfreiheit der Verbraucher unverzichtbar sind. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat hier Ankündigungen keine Taten

funktioniert diese Lösung bereits seit Jahren.

Die Finanzkrise 2009 hat deutlich gemacht, wie wichtig auch eine vom Anbieter unabhängige Beratung bei Finanzprodukten der Banken ist. Wir werden uns für eine verbesserte Kennzeichnung von Produkten, deren Kontrolle, besonders aber für eine Verstärkung der anbieterunabhängigen Beratung einsetzen.

Die Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre hat die Weichen im Gesundheitswesen in Richtung mehr Wettbewerb und Wahlfreiheit gestellt. Patientinnen und Patienten müssen Entscheidungen über Igel (Individuelle Gesundheitsleistungen), die Wahl ihrer Krankenkasse und verschreibungsfreier Medikamente treffen und sich immer stärker an den Kosten beteiligen. Neben dem Einsatz für bessere Verbraucherrechte im Gesundheitsmarkt werden wir es der Verbraucherzentrale BW ermöglichen, unabhängige Informationen bereitzustellen sowie Rechtsverstößen von Gesundheitsdienstleistern entgegenzutreten zu können.

Verbraucherinnen und Verbraucher können mit ihren täglichen Konsumententscheidungen zum Klimaschutz beitragen. Um klimaverträglichen Konsum zu unterstützen, müssen leicht verständliche Informationen bereitgestellt werden. Wir ~~wollen~~ werden den klimaverträglichen privaten Konsum durch eine Informations- und Bildungsoffensive fördern und irreführenden Werbemethoden entschieden entgegenzutreten.

Die Förderung von Verbraucherbildung –insbesondere bei Kindern und Jugendlichen- ist der Schlüssel für eine soziale und ökonomische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Grundlage, um sich selbstbestimmt und verantwortungsvoll im Konsumalltag zu bewegen. Die tägliche Praxis ist aber allzu oft von einem lockeren Umgang mit privaten Daten, der unüberlegten Unterschrift unter einen Handyvertrag oder falsche Essgewohnheiten gekennzeichnet. In immer mehr Familien werden Basiskompetenzen nicht mehr vermittelt. Wir ~~wollen~~ werden deshalb Verbraucherbildungsangebote für mehr Konsumkompetenz in der Schule verstärken.

Und auch die Gammelfleischskandale haben gezeigt, dass Verbraucheraufklärung, staatliche Kontrollen und eine möglichst weitgehende Informationsfreiheit der Verbraucher unverzichtbar sind. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat hier Ankündigungen keine Taten

folgen lassen. In der Lebensmittelkontrolle und sonstigen Überwachung von Produkten muss endlich das Personal eingesetzt werden, das die Landesregierung selbst als Bedarf errechnet hat. Dazu wollen wir etwa 60 weitere Stellen in den Verbraucherschutzbehörden einrichten.

Wir wollen das Qualitätszeichen Baden-Württemberg zu einem verlässlichen Gütesiegel machen. Dazu gehört auch die Kennzeichnung „ohne Gentechnik“, deren Kriterien auf Betreiben der SPD im Deutschen Bundestag durchgesetzt wurden. Wo „ohne Gentechnik“ draufsteht, darf auch keine Gentechnik drin sein.

folgen lassen. In der Lebensmittelkontrolle und sonstigen Überwachung von Produkten ~~muss~~ werden ~~wir die zusätzlichen 60 Stellen schaffen, die endlich das~~ Personal eingesetzt werden, das die derzeitige Landesregierung selbst als Bedarf errechnet hat. Dazu wollen wir etwa 60 weitere Stellen in den Verbraucherschutzbehörden einrichten.

Wir ~~wollen~~ werden das Qualitätszeichen Baden-Württemberg zu einem verlässlichen Gütesiegel machen. Dazu gehört auch die Kennzeichnung „ohne Gentechnik“, deren Kriterien auf Betreiben der SPD im Deutschen Bundestag durchgesetzt wurden. Wo „ohne Gentechnik“ draufsteht, darf auch keine Gentechnik drin sein.

9. Den ländlichen Raum stärken

Baden-Württemberg ist reich an wundervollen Naturräumen und historischen Kulturlandschaften. Aber auch der ländliche Raum zeichnet sich durch leistungsfähige Industriestrukturen und einen wachsenden Dienstleistungssektor aus. Daraus ergeben sich für den ländlichen Raum große Herausforderungen, denen wir begegnen werden. Einerseits gilt es, landschaftliche Vielfalt zu bewahren. Andererseits gilt es, den Benachteiligungen aufgrund der geringeren Siedlungsdichte und angesichts der sich abzeichnenden demografischen Veränderungen entgegenzuwirken. Deshalb werden wir besondere Anstrengungen unternehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes im Bereich der Verkehrswege, beim schnellen Internet und bei der Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote auch in Zukunft zu erhalten. Das gleiche gilt für eine flächendeckende Gesundheits- und Ärzteversorgung.

10. Für eine ökologische Landwirtschaft ohne Gentechnik

Wir werden Arbeitsplätze auf dem Land und eine nachhaltige Landbewirtschaftung sichern. Das geht nur mit wettbewerbsfähigen Betrieben. Auch Landwirte müssen von ihrer harten Arbeit leben können. Wir streben eine Landwirtschaft an, in der die bäuerlichen Betriebe Lebensmittel, Rohstoffe und Energie erzeugen und sich, wo dies sinnvoll ist, in den Natur- und Landschaftsschutz einbringen.

Wir werden die Position der Landwirte durch einen möglichst großen Anteil an der Wertschöpfungskette und durch Direktvermarktung oder genossenschaftliche Vertriebsformen stärken. Zur Qualität gehören auch der Tierschutz sowie ökologisch vertragliche und nachhaltige Produktionsbedingungen.

Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb sind gleiche Standards. Wir treten für eine Harmonisierung der

2185

2190

2195

2200

2205

2210

2215

2220

2225

2230

2235

9. Den ländlichen Raum stärken und unsere Natur schützen

Baden-Württemberg ist reich an wundervollen

Umwelt- und Tierschutz-Standards auf dem hohen deutschen Niveau ein.

Wir fördern einen verstärkten Ausbau des ökologischen Landbaus, weil er eine besonders nachhaltige und naturverträgliche Art der Landbewirtschaftung darstellt. Er ist besonders arbeitsintensiv und birgt vielfältige Wertschöpfungspotentiale. Seine Produkte genießen eine hohe Wertschätzung in der Bevölkerung und die Nachfrage übersteigt das heimische Angebot. Wir werden eine Umlenkung von Fördermitteln vor allem auf kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe vornehmen, die den Zielen des integrativen Naturschutzes genügen.

Wir unterstützen Bauern und Verbraucher: Wir wollen eine baden-württembergische ohne Gentechnik. Dazu wollen wir, sobald dies rechtlich möglich ist und Berlin den gesetzlichen Rahmen dafür geschaffen hat, die Ausbringung von gentechnisch verändertem Saatgut verbieten.

11. Den Naturschutz stärken – biologische Vielfalt erhalten

Wir werden durch integrativen Naturschutz ein Gleichgewicht zwischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien herstellen. Dabei bedarf es Maßnahmen in allen Landesteilen, nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in den Städten und Ballungsräumen. Dazu gehören die Finanzierung und Realisierung der Natura 2000-Flächen, die Umsetzung des Biotopverbundplanes, sowie die Erweiterung und Neuausweisung von Naturschutzgebieten. Die bestehenden Naturparks wollen wir stärker auf den Naturschutz ausrichten. Zudem muss das Land endlich ein Großschutzgebiet im Schwarzwald entwickeln. Dafür werden wir den Grundstein legen.

Wir setzen uns für eine naturnahe Waldwirtschaft und für den Schutz von Mooren und Torflagerstätten ein. Wir werden unsere Wälder stabilisieren und widerstandsfähiger machen gegen Luftschadstoffe und Klimawandel. Die naturnahe Waldwirtschaft dient der Holzproduktion, der sicheren Wasserversorgung, dem Bodenschutz, der Luftqualität und der Biodiversität. Die staatliche Forstverwaltung werden wir entsprechend verstärken. Jäger sollen den Wildbestand so regulieren, dass die Begründung naturnaher Mischbestände ohne Schutzmaßnahmen möglich ist.

~~9. Den ländlichen Raum stärken und unsere Natur schützen~~

~~Baden-Württemberg ist reich an wundervollen~~

Naturräumen und historischen Kulturlandschaften. Gerade in einem so dicht besiedelten und hoch industrialisierten Land ist es besonders wichtig, die landschaftliche Vielfalt zu schützen. Dafür werden wir uns einsetzen.

Wir wollen durch integrativen Naturschutz ein Gleichgewicht zwischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien herstellen. Dazu gehören die Finanzierung und Realisierung der Natura 2000-Flächen, die Umsetzung des Biotopverbundplanes, sowie die Erweiterung und Neuausweisung von Naturschutzgebieten. Die bestehenden Naturparks wollen wir stärker auf den Naturschutz ausrichten. Zudem muss das Land endlich ein Großschutzgebiet im Schwarzwald entwickeln. Dafür werden wir den Grundstein legen.

Wir setzen uns für eine naturnahe Waldwirtschaft und für den Schutz von Mooren und Torflagerstätten ein. Wir wollen unsere Wälder stabilisieren und widerstandsfähiger machen gegen Luftschadstoffe und Klimawandel. Die naturnahe Waldwirtschaft dient der Holzproduktion, der sicheren Wasserversorgung, dem Bodenschutz, der Luftqualität und der Biodiversität. Die staatliche Forstverwaltung werden wir entsprechend verstärken. Jäger sollen den Wildbestand so regulieren, dass die Begründung naturnaher Mischbestände ohne Schutzmaßnahmen möglich ist.

Wir wollen Arbeitsplätze auf dem Land und eine nachhaltige Landbewirtschaftung sichern. Das geht nur mit wettbewerbsfähigen Betrieben. Wir streben eine Landwirtschaft an, in der die bäuerlichen Betriebe marktorientiert Lebensmittel, Rohstoffe und Energie erzeugen und sich, wo dies sinnvoll und nötig ist, in den Natur- und Landschaftsschutz einbringen. Wir wollen die Position der Landwirte durch einen möglichst großen Anteil an der Wertschöpfungskette und durch Direktvermarktung stärken. Zur Qualität gehören auch der Tierschutz sowie ökologisch verträgliche und nachhaltige Produktionsbedingungen. Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb sind gleiche Standards. Wir treten für eine Harmonisierung der Umwelt- und Tierschutz-Standards auf dem hohen deutschen Niveau an.

Wir fördern einen verstärkten Ausbau des ökologischen Landbaus, weil er eine besonders nachhaltige und naturverträgliche Art der Landbewirtschaftung darstellt. Er ist besonders arbeitsintensiv und birgt vielfältige Wertschöpfungspotentiale. Seine Produkte genießen

~~Naturräumen und historischen Kulturlandschaften. Gerade in einem so dicht besiedelten und hoch industrialisierten Land ist es besonders wichtig, die landschaftliche Vielfalt zu schützen. Dafür werden wir uns einsetzen.~~

~~Wir wollen durch integrativen Naturschutz ein Gleichgewicht zwischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien herstellen. Dazu gehören die Finanzierung und Realisierung der Natura 2000-Flächen, die Umsetzung des Biotopverbundplanes, sowie die Erweiterung und Neuausweisung von Naturschutzgebieten. Die bestehenden Naturparks wollen wir stärker auf den Naturschutz ausrichten. Zudem muss das Land endlich ein Großschutzgebiet im Schwarzwald entwickeln. Dafür werden wir den Grundstein legen.~~

~~Wir setzen uns für eine naturnahe Waldwirtschaft und für den Schutz von Mooren und Torflagerstätten ein. Wir wollen unsere Wälder stabilisieren und widerstandsfähiger machen gegen Luftschadstoffe und Klimawandel. Die naturnahe Waldwirtschaft dient der Holzproduktion, der sicheren Wasserversorgung, dem Bodenschutz, der Luftqualität und der Biodiversität. Die staatliche Forstverwaltung werden wir entsprechend verstärken. Jäger sollen den Wildbestand so regulieren, dass die Begründung naturnaher Mischbestände ohne Schutzmaßnahmen möglich ist.~~

~~Wir wollen Arbeitsplätze auf dem Land und eine nachhaltige Landbewirtschaftung sichern. Das geht nur mit wettbewerbsfähigen Betrieben. Wir streben eine Landwirtschaft an, in der die bäuerlichen Betriebe marktorientiert Lebensmittel, Rohstoffe und Energie erzeugen und sich, wo dies sinnvoll und nötig ist, in den Natur- und Landschaftsschutz einbringen. Wir wollen die Position der Landwirte durch einen möglichst großen Anteil an der Wertschöpfungskette und durch Direktvermarktung stärken. Zur Qualität gehören auch der Tierschutz sowie ökologisch verträgliche und nachhaltige Produktionsbedingungen. Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb sind gleiche Standards. Wir treten für eine Harmonisierung der Umwelt- und Tierschutz-Standards auf dem hohen deutschen Niveau an.~~

~~Wir fördern einen verstärkten Ausbau des ökologischen Landbaus, weil er eine besonders nachhaltige und naturverträgliche Art der Landbewirtschaftung darstellt. Er ist besonders arbeitsintensiv und birgt vielfältige Wertschöpfungspotentiale. Seine Produkte genießen~~

eine hohe Wertschätzung in der Bevölkerung und die Nachfrage übersteigt das heimische Angebot.

Wir unterstützen Bauern und Verbraucher: Wir wollen ein Baden-Württemberg ohne Agrogentechnik. Dazu wollen wir, sobald dies rechtlich möglich ist und Berlin den gesetzlichen Rahmen dafür geschaffen hat, die Agrogentechnik in Baden-Württemberg verbieten.

10. Tourismus für die Menschen

Der Fremdenverkehr ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Baden-Württemberg. Rund 230.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hier versicherungspflichtig beschäftigt. Der Jahresumsatz der Branche beträgt 3,5 Mrd. Euro. Die Tourismusbranche im Land steht allerdings vor Herausforderungen, die sie rasch bewältigen muss, um im Wettbewerb auch mit den anderen Bundesländern weiter vorne mitspielen zu können.

Wir wollen, dass Investitionen in Heilbäder und prädikatisierten Kurorte nicht weiter reduziert werden und dass die Fremdenverkehrspauschale für prädikatisierte Kurorte, bezogen auf die Übernachtungszahlen, dauerhaft bleibt. Eine florierende Tourismusentwicklung in den Heilbädern und Kurorten ist für das Bäderland Baden-Württemberg und seine Arbeitsplätze von größter Bedeutung.

Wir wollen den Regionalgedanken im Tourismus stärken. Eine Vermarktung im Kleinklein der Kreisgrenzen hat mit Blick auf die Serviceerwartungen der Gäste und Kunden keine Zukunft mehr. Die Konzepte liegen auf dem Tisch. Jetzt geht es darum, die vorhandene Ideen rasch in die Tat umzusetzen.

VI. Für ein starkes Baden-Württemberg - Durch einen handlungsfähigen Staat zu mehr Gerechtigkeit

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Wir wissen: Um unser Land gerechter zu machen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Die Grundlage dafür sind ausreichende und verlässliche Einnahmen. Wir wollen heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben, deshalb werden wir den Landeshaushalt konsolidieren. Das ist ein Gebot der Solidarität gegenüber unseren Kindern. Gleichzeitig dürfen wir ihnen keine marode Infrastruktur

~~eine hohe Wertschätzung in der Bevölkerung und die Nachfrage übersteigt das heimische Angebot.~~

~~Wir unterstützen Bauern und Verbraucher: Wir wollen ein Baden-Württemberg ohne Agrogentechnik. Dazu wollen wir, sobald dies rechtlich möglich ist und Berlin den gesetzlichen Rahmen dafür geschaffen hat, die Agrogentechnik in Baden-Württemberg verbieten.~~

120. Tourismus für die Menschen

Der Fremdenverkehr ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Baden-Württemberg. Rund 230.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hier sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Der Jahresumsatz der Branche beträgt 3,5 Mrd. Euro. Die Tourismusbranche im Land steht allerdings vor Herausforderungen, die sie rasch bewältigen muss, um im Wettbewerb auch mit den anderen Bundesländern weiter vorne mitspielen zu können.

Wir ~~wollen, dass~~ werden Investitionen in Heilbäder und ~~prädikatisierten~~ Kurorte nicht weiter reduziert werden und ~~dass~~ die Fremdenverkehrspauschale für ~~prädikatisierte~~ Kurorte, bezogen auf die Übernachtungszahlen, dauerhaft bleibt sichern. Eine florierende Tourismusentwicklung in den Heilbädern und Kurorten ist für das Bäderland Baden-Württemberg und seine Arbeitsplätze von größter Bedeutung.

Wir ~~wollen~~ werden den Regionalgedanken im Tourismus stärken. Eine Vermarktung im Kleinklein der Kreisgrenzen hat mit Blick auf die Serviceerwartungen der Gäste und Kunden keine Zukunft mehr. Die Konzepte liegen auf dem Tisch. Jetzt geht es darum, die vorhandene Ideen rasch in die Tat umzusetzen.

VI. Für ein starkes Baden-Württemberg - Durch einen handlungsfähigen Staat zu mehr Gerechtigkeit

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Wir wissen: Um unser Land gerechter zu machen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Die Grundlage dafür sind ausreichende und verlässliche Einnahmen. Wir wollen heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben, deshalb werden wir den Landeshaushalt konsolidieren. Das ist ein Gebot der Solidarität gegenüber unseren Kindern. Gleichzeitig dürfen wir ihnen keine marode Infrastruktur hinterlassen. Wir

2340 hinterlassen. Wir werden daher die Verschuldung der öffentlichen Haushalte senken und zugleich mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren. Dieses Ziel können wir nur mit den Menschen erreichen - und nicht gegen sie.

2345 Die Grundvoraussetzung dafür ist Ehrlichkeit: Wir werden nichts versprechen, was wir nicht halten können. Das bedeutet auch, dass unsere Vorstellungen angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten, denen wir uns in Europa und weltweit gegenübersehen, unter einem allgemeinen Finanzierungsvorbehalt stehen. Nach fast sechs Jahrzehnten Jahren CDU-Regierung werden wir die volle Wahrheit über den Zustand der Landesfinanzen an den Tag bringen und verdeckte Schulden über eine Vermögensbilanz des Landes transparent machen.

1. Konsolidieren und Investieren

2360 Baden-Württemberg hat die Nullverschuldung gesetzlich festgeschrieben. Die haushaltspolitische Realität ist eine andere. Die Finanzplanung der Landesregierung sieht neue Schulden in Milliardenhöhe vor. Um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten, fehlen dem Landeshaushalt rund zehn Prozent des Haushaltsvolumens, das durch Mehreinnahmen oder Einsparungen gedeckt werden muss. Das Land steht zudem vor einem gewaltigen Sanierungsstau an den landeseigenen Gebäuden einschließlich der Hochschulen, Uni-Kliniken und Landesstraßen in Höhe von derzeit rund acht Milliarden Euro. Hinzu kommen die stark steigenden finanziellen Belastungen aufgrund steigender Pensionsausgaben.

2375 Angesichts dieser schwierigen Finanzlage des Landes kann die Konsolidierung des Haushalts nicht allein durch Ausgabekürzungen gelingen. Das Land braucht wie auch unsere Städte und Gemeinden höhere und verlässliche Steuereinnahmen. Um es klar zu sagen: Wer auf absehbare Zeit drastische Steuersenkungen verspricht, ist nicht ehrlich zu den Menschen.

2. Steuerkriminalität bekämpfen

2385 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat bei der Bekämpfung der Steuerkriminalität versagt. Eine wichtige Ursache: die Steuerverwaltung wird durch beständigen Personalabbau so geschwächt, dass sie die Steuerkriminalität immer weniger effektiv

werden daher die Verschuldung der öffentlichen Haushalte senken und zugleich mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren. ~~Dieses Ziel können wir nur mit den Menschen erreichen – und nicht gegen sie.~~

Die Grundvoraussetzung dafür ist Ehrlichkeit: Wir werden nichts versprechen, was wir nicht halten können. Das bedeutet auch, dass unsere Vorstellungen angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten, denen wir uns in Europa und weltweit gegenübersehen, unter einem allgemeinen Finanzierungsvorbehalt stehen. Nach fast sechs Jahrzehnten ~~Jahren~~ CDU-Regierung werden wir die volle Wahrheit über den Zustand der Landesfinanzen an den Tag bringen und verdeckte Schulden über eine Vermögensbilanz des Landes transparent machen.

1. Konsolidieren und Investieren

Baden-Württemberg hat das Verbot der Nettoneuverschuldung ~~die Nullverschuldung~~ gesetzlich festgeschrieben. Die haushaltspolitische Realität ist eine andere. Die Finanzplanung der Landesregierung sieht neue Schulden in Milliardenhöhe vor. Um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten, fehlen dem Landeshaushalt rund zehn Prozent des Haushaltsvolumens, das durch Mehreinnahmen oder Einsparungen gedeckt werden muss. ~~Das Unser~~ Land steht zudem vor einem gewaltigen Sanierungsstau an den landeseigenen Gebäuden einschließlich der Hochschulen, Uni-Kliniken und Landesstraßen in Höhe von derzeit rund acht Milliarden Euro. Hinzu kommen die stark steigenden finanziellen Belastungen aufgrund steigender Pensionsausgaben.

Angesichts dieser schwierigen Finanzlage des Landes kann die Konsolidierung des Haushalts nicht allein durch Ausgabekürzungen gelingen. ~~Das Unser~~ Land braucht wie auch unsere Städte und Gemeinden höhere und verlässliche Steuereinnahmen. Um es klar zu sagen: Wer auf absehbare Zeit ~~drastische~~ Steuersenkungen verspricht, ist nicht ehrlich zu den Mensch

2. Steuerkriminalität bekämpfen

~~Die schwarz-gelbe Landesregierung hat bei der Bekämpfung der Steuerkriminalität versagt. Eine wichtige Ursache: die Steuerverwaltung wird durch beständigen Personalabbau so geschwächt, dass sie die Steuerkriminalität immer weniger effektiv bekämpfen~~

bekämpfen kann. Baden-Württemberg ist hier leider ein Vorreiter. CDU und FDP haben in den vergangenen zehn Jahren bei der Steuerverwaltung des Landes jede

2395

siebte Stelle abgebaut - etwa 2000 insgesamt. Der Schaden für unser Gemeinwesen ist immens, die ehrlichen Steuerzahler fühlen sich von der Regierung allein gelassen.

Auch mit ihrer Entscheidung, keine Steuerdateien über Geldanlagen von Bundesbürgern im Ausland zu kaufen und damit im Ergebnis Steuerkriminelle zu schützen, hat die Landesregierung den Menschen ein fatales Signal gegeben. CDU und FDP im Land haben damit

2400

2405

der Steuergerechtigkeit in Baden-Württemberg massiv geschadet.

Wir werden für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Dafür braucht unser Land mehr Personal insbesondere bei den Betriebsprüfern. Sie bringen mehr ein als sie kosten. Noch mehr braucht es aber eine Regierung, die auch den politischen Willen hat, Steuersünder zu bestrafen, damit der ehrliche Bürger am Ende nicht der Dumme ist.

2410

2415

3. Steuergerechtigkeit verwirklichen

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer Vermögensteuer auf große Privatvermögen ein. Deren Aufkommen muss den Ländern zu Gute kommen, sie selbst müssen die Hebesätze festlegen können. Es gibt nur wenige führende Industriestaaten,

2420

2425

die von ihren wohlhabenden Bürgern keine Vermögensteuer erheben, wie das in Deutschland auf Betreiben von CDU und FDP seit einigen Jahren der Fall ist. Das wollen wir ändern und für mehr Gerechtigkeit sorgen.

2430

2435

2440

kann. Baden-Württemberg ist hier leider ein Vorreiter. CDU und FDP haben in den vergangenen zehn Jahren bei der Steuerverwaltung des Landes jede siebte Stelle abgebaut - etwa 2000 insgesamt. Der Schaden für unser Gemeinwesen ist immens, die ~~Die~~ ehrlichen Steuerzahler fühlen sich von der Regierung allein gelassen.

Auch mit ihrer Entscheidung, keine Steuerdateien über Geldanlagen von Bundesbürgern im Ausland zu kaufen und damit im Ergebnis Steuerkriminelle zu schützen, hat die Landesregierung den Menschen ein fatales Signal gegeben. CDU und FDP im Land haben damit der Steuergerechtigkeit in Baden-Württemberg massiv geschadet.

Wir werden für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Dafür braucht unser Land mehr Personal insbesondere bei den Sie bringen mehr ein als sie kosten. Noch mehr braucht es aber eine Regierung, die auch den politischen Willen hat, Steuersünder zu bestrafen, damit der ehrliche Bürger am Ende nicht der Dumme ist.

3. Steuergerechtigkeit verwirklichen

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer Vermögensteuer auf große Privatvermögen ein. Deren Aufkommen muss den Ländern zu Gute kommen, um insbesondere die Erreichung bildungspolitischer Ziele zu finanzieren. Die Länder sie selbst müssen die Hebesätze festlegen können. Es gibt nur wenige führende Industriestaaten, die von ihren wohlhabenden Bürgern keine Vermögensteuer erheben, wie das in Deutschland auf Betreiben von CDU und FDP seit einigen Jahren der Fall ist. Das wollen wir ändern und für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Die Erbschaftsteuer wollen wir in einer Weise verbreitern, die insbesondere die Verantwortung von Erben großer Vermögen für die Finanzierung des Gemeinwesens betont. Wir werden im Bundesrat für eine solide und gerechte Finanzierungen des Staates eintreten: Neben großen Vermögen und Erbschaften müssen auch hohe Einkommen einen größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Deshalb ist es notwendig, den Spitzensteuersatz zu erhöhen. Dieser soll allerdings erst ab einem deutlich höheren zu versteuernden Einkommen verlangt werden als bisher. Zudem wollen wir die Bemessungsgrundlage der

2445

2450

2455

2460

2465

2470

2475

2480

2485

2490

2495

Einkommensteuer verbreitern und weitere Steuerschlupflöcher schließen. Wir wollen Gerechtigkeit bei der Besteuerung der Unternehmen schaffen. Dies verlangt die Eingrenzung der Gestaltungsmöglichkeiten bei der Körperschaftsteuer, der größtenteils mittlere und größere Unternehmen, insbesondere weltumspannende Konzerne, unterliegen, die infolge des internationalen Steuerwettbewerbs in den vergangenen Jahren entstanden sind. Damit erhöht sich der Anteil an der Körperschaftsteuer auch für Baden-Württemberg und hilft dabei, das finanzpolitische Hauptziel im Rahmen der Schuldenbremse – Konsolidierung – zu erreichen.

Normal- und Geringverdiener, Facharbeiterinnen und Facharbeiter sowie ihre Familien wollen wir im Rahmen einer umfassenden Steuer- und Abgabenreform entlasten. Mit einer Finanztransaktionssteuer wollen wir einerseits auch die Einnahmen für die Bundesländer verbessern, andererseits überbordender Spekulation begegnen.

Sowohl finanziell als auch wirtschaftlich hatte die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007/2008 große Auswirkungen auf Baden-Württemberg. Direkt oder indirekt belasten die finanziellen Rettungspakete der Bundesregierung bzw. der Europäischen Union auch den Landeshaushalt. Wir werden uns im Zusammenwirken mit anderen Ländern im Bundesrat für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte einsetzen. Dazu gehört die Erhöhung der Eigenkapitalquote von Banken, mehr Eigenverantwortung der Vorstände und Manager, die Ausrichtung ihrer Vergütung am langfristigen Unternehmenserfolg, die Änderung der Geschäftsmodelle beim Umgang mit strukturierten Wertpapieren und die Regulierung von Rating-Agenturen.

3. Steuerkriminalität bekämpfen

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat bei der Bekämpfung der Steuerkriminalität versagt. Eine wichtige Ursache: die Steuerverwaltung wird durch beständigen Personalabbau so geschwächt, dass sie die Steuerkriminalität immer weniger effektiv bekämpfen kann. Baden-Württemberg ist hier leider ein Vorreiter. CDU und FDP haben in den vergangenen zehn Jahren bei der Steuerverwaltung des Landes jede siebte Stelle abgebaut - etwa 2000 insgesamt. Der Schaden für unser Gemeinwesen ist immens.,—die Die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler fühlen sich von der

2500

2505

2510

2515

2520

4. Mutig umschichten-in die Zukunft investieren

2525

2530

2535

2540

2545

Baden-Württemberg hat zu viele Verwaltungsebenen. Hier werden wir ansetzen und so wertvolle Mittel sparen. Wir wollen daher künftig den Verwaltungsaufbau des Landes straffen. Die Regionalkreise sollen in Zukunft die Aufgaben von Regierungspräsidien und Landkreisen übernehmen, gleichzeitig soll die kommunale Ebene mehr

Regierung allein gelassen.

Auch mit ihrer Entscheidung, keine Steuerdateien über Geldanlagen von Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern im Ausland zu kaufen und damit im Ergebnis Steuerkriminelle zu schützen, hat die Landesregierung den Menschen ein fatales Signal gegeben. CDU und FDP im Land haben damit der Steuergerechtigkeit in Baden-Württemberg massiv geschadet.

Wir werden für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Dafür braucht unser Land mehr Personal insbesondere bei den Betriebsprüferinnen und -prüfern sowie den Steuerfahnderinnen- und fahndern. Sie bringen mehr ein als sie kosten. Für Aufgaben wie beispielsweise die Bekämpfung grenzüberschreitenden Umsatzsteuerbetrugs muss jedoch eine Bundessteuerverwaltung eingerichtet werden. Noch mehr Vor allem braucht es aber eine Regierung, die auch den politischen Willen hat, Steuersünder zu bestrafen, damit der ehrliche Bürger am Ende nicht der Dumme ist.

4. Mutig umschichten-in die Zukunft investieren

Finanzpolitik und Haushaltspolitik erfordern stetige Neujustierung und Aufgabenkritik. Verkrustungen sind teuer, etwa die kleinteilige Verwaltungshierarchie in Baden-Württemberg. Neben den kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten, den Landkreisen, den Regional- und Raumordnungsverbänden gibt es noch die Regierungsbezirke mit den Regierungspräsidien und die Landesministerien. Hier streben wir eine Entbürokratisierung, eine deutliche Vereinfachung und Straffung von Verwaltungsvorfahren an. Während sehr viele Lehrerstellen fehlen bzw. unbesetzt bleiben, während die Arbeitsbelastung bei der Polizei ihre Grenzen bereits überschritten hat, ist eine dieser Verwaltungsebenen verzichtbar. Die bisherigen Aufgaben der Regierungspräsidien können sehr viel effizienter auf kommunaler und Landesebene erbracht werden

~~Baden-Württemberg hat zu viele Verwaltungsebenen. Hier werden wir ansetzen und so wertvolle Mittel sparen. Wir wollen daher künftig den Verwaltungsaufbau des Landes straffen. Die Regionalkreise sollen in Zukunft die Aufgaben von Regierungspräsidien und Landkreisen übernehmen, gleichzeitig~~ Gleichzeitig soll die kommunale Ebene

2550

Auf diese Weise lassen sich Personalkosten dort sinnvoll einsetzen, wo sie dringend gebraucht werden: Nicht für unnötige Verwaltungsstrukturen, sondern für Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch für Schülerinnen und Schülern. So wollen wir moderne Verwaltung mit Zukunftsinvestitionen in unsere Kinder kombinieren.

2555

2560

Allein durch eine Optimierung von EDV und Organisation der Landesverwaltung lassen sich nach einer Untersuchung des Rechnungshofs jährlich 50 Millionen Euro einsparen.

2565

Die Unternehmensbeteiligungen des Landes erfüllen eine wichtige finanzwirtschaftliche und strategische Funktion. Eine Privatisierung der verbleibenden großen Beteiligungen des Landes lehnen wir ab. Die Managergehälter bei Landesunternehmen werden wir offen legen. Solange die LBBW vom Land gestützt werden muss, werden wir die Vorstandsgehälter dort auf 500.000 Euro begrenzen sowie Ruhestandszusagen überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Die Unternehmensbeteiligungen des Landes erfüllen eine wichtige finanzwirtschaftliche und strategische Funktion. Eine Privatisierung der verbleibenden großen Beteiligungen des Landes lehnen wir ab. Wir werden so das Vermögen aller Bürgerinnen und Bürger erhalten und schützen. Die Managergehälter bei Landesunternehmen werden wir offen legen. Solange die LBBW vom Land gestützt werden muss, werden wir die Vorstandsgehälter dort auf 500.000 Euro begrenzen sowie Ruhestandszusagen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Wir wollen die Anzahl der Landesbanken auf das notwendige Minimum reduzieren und ihre Geschäftsmodelle wieder auf die Kernbereiche ihres öffentlichen Auftrags, etwa in der Staats- und Kommunalfinanzierung sowie in der Mittelstandsorientierung, ausrichten. Die mit enormen Risiken verbundenen Aktivitäten der Landesbank Baden-Württemberg im Investmentbanking wollen wir untersagen.

2570

2575

2580

2585

Allein durch eine Optimierung von EDV und Organisation der Landesverwaltung lassen sich nach einer Untersuchung des Rechnungshofs jährlich 50 Millionen Euro einsparen.

~~Allein durch eine Optimierung von EDV und Organisation der Landesverwaltung lassen sich nach einer Untersuchung des Rechnungshofs jährlich 50 Millionen Euro einsparen.~~

2590

Wir werden bei künftigen Neueinstellungen die Beamtenstellen auf den streng hoheitlichen Bereich beschränken. Wie in Rheinland-Pfalz soll in Zukunft für jede neu eingestellte Beamtin und jeden neu eingestellten Beamten eine volle Versorgungsrücklage eingestellt werden. Die derzeitige Regelung des Landes deckt nicht einmal die Hälfte der realen Versorgungsverpflichtungen ab. Diese Lücke wollen wir schließen.

Wir werden bei künftigen Neueinstellungen die Beamtenstellen auf den streng hoheitlichen Bereich beschränken. Wie in Rheinland-Pfalz soll in Zukunft für jede neu eingestellte Beamtin und jeden neu eingestellten Beamten eine volle Versorgungsrücklage eingestellt werden. Die derzeitige Regelung des Landes deckt nicht einmal die Hälfte der realen Versorgungsverpflichtungen ab. Diese Lücke wollen wir schließen.

2595

Noch immer entfallen mehr als 70% der Subventionen

Noch immer entfallen mehr als 70% Prozent der

2600 des Landes auf den Bereich Landwirtschaft. Und das obwohl sich in den letzten 20 Jahren die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe halbiert hat. Wir werden eine maßvolle Reduzierung und ein umsichtiges Umlenken der Fördermittel des Landes in
2605 Zukunftstechnologien und zugunsten von Bildung verwirklichen.

5. Unsere Kommunen stärken

2610 Die Kommunen sind die Keimzellen unserer Demokratie. Hier erleben die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar die Ergebnisse politischer Entscheidungen. Und gerade hier spüren sie, welche Lücken die schwarz-gelbe Klientelpolitik vor Ort gerissen hat. Der
2615 Gemeindefinanzbericht erwartet für 2010 ein Defizit von 2,3 Milliarden Euro.

Wir wenden uns gegen die erneute Kürzung im kommunalen Finanzausgleich. Dadurch fehlen den
2620 Gemeinden und Städten in Baden-Württemberg auch 2011 erneut rund 40 Euro pro Einwohner bei den Finanzausweisungen des Landes. Für dieses finanzielle Sonderopfer der Kommunen gibt es keine Begründung. Die schwarz-gelbe Landesregierung lässt die
2625 Kommunen bei den zentralen Aufgaben, die in den nächsten Jahren anstehen, allein. Das werden wir ändern.

Bei der Kinderbetreuung wollen wir die Förderung deutlich aufstocken, damit die Gemeinden und Städte die angestrebten Ziele auch tatsächlich erreichen können. Außerdem werden wir die Kommunen bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit nicht im Stich lassen.
2630

Wir werden die kommunalen Finanzen sichern. Die Abschaffung der Gewerbesteuer lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer unter Einbeziehung der Freiberufler ausbauen.
2640

Für eine nachhaltige soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung unseres Landes werden wir in allen Regionen Baden-Württembergs entsprechend der Bedürfnisse vor Ort mit europäischen Fördermitteln investieren. Dazu werden die Co-Finanzierungsprogramme beibehalten und
2645 ausgeschöpft. Dabei werden wir die Finanzierungshilfen nach den Interessen vor Ort ausrichten, die Städte und
2650

Subventionen des Landes auf den Bereich Landwirtschaft. Und das obwohl sich in den letzten 20 Jahren die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe halbiert hat. Wir werden eine maßvolle Reduzierung und ein umsichtiges Umlenken der Fördermittel des Landes in Zukunftstechnologien und zugunsten von Bildung verwirklichen.

5. Unsere Kommunen stärken

Die Kommunen sind die Keimzellen unserer Demokratie. Hier erleben die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar die Ergebnisse politischer Entscheidungen. Und gerade hier spüren sie, welche Lücken die schwarz-gelbe Klientelpolitik vor Ort gerissen hat. Der Gemeindefinanzbericht erwartet für 2010 ein Defizit von 2,3 Milliarden Euro.

Wir wenden uns gegen die erneute Kürzung im kommunalen Finanzausgleich. Dadurch fehlen den Gemeinden und Städten in Baden-Württemberg auch 2011 erneut rund 40 Euro pro Einwohner bei den Finanzausweisungen des Landes. Für dieses finanzielle Sonderopfer der Kommunen gibt es keine Begründung. Die schwarz-gelbe Landesregierung lässt die Kommunen bei den zentralen Aufgaben, die in den nächsten Jahren anstehen, allein. Das werden wir ändern.

Bei der Kinderbetreuung wollen wir die Förderung deutlich aufstocken, damit die Gemeinden und Städte die angestrebten Ziele auch tatsächlich erreichen können. Außerdem werden wir die Kommunen bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit nicht im Stich lassen.

Wir werden die kommunalen Finanzen sichern. Die Abschaffung der Gewerbesteuer lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer unter Einbeziehung der Freiberufler ausbauen. Die Grundsteuer soll beispielsweise durch die Orientierung an den Verkehrswerten der Grundstücke weiter entwickelt werden.

Für eine nachhaltige soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung unseres Landes werden wir in allen Regionen Baden-Württembergs entsprechend der Bedürfnisse vor Ort mit europäischen Fördermitteln investieren. Dazu werden die ~~Co~~Ko-Finanzierungsprogramme beibehalten und ausgeschöpft. Dabei werden wir die Finanzierungshilfen nach den Interessen vor Ort ausrichten, die Städte und

Gemeinden in die Planung einbeziehen und Raum für örtliche Entscheidungen schaffen. Die bürokratischen Hemmnisse werden wir abbauen. Die Absprachen zwischen den zuständigen Ministerien werden wir verbessern. Damit entsprechen wir dem Motto: „Europäisch denken, lokal handeln“.

Gemeinden in die Planung einbeziehen und Raum für örtliche Entscheidungen schaffen. Die bürokratischen Hemmnisse werden wir abbauen. Die Absprachen zwischen den zuständigen Ministerien werden wir verbessern. Damit entsprechen wir dem Motto: „Europäisch denken, lokal handeln“.

Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene Kürzung des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ wieder rückgängig zu machen. Die anteiligen Landesmittel werden wir für 2011 und die Folgejahre sowohl für die baulich-infrastrukturellen Maßnahmen wie auch im Bereich der sozial-integrativen Maßnahmen zur Verfügung stellen.

6. Keine Privatisierung der Daseinsvorsorge

6. Keine Privatisierung der Daseinsvorsorge

Wir wollen in Baden-Württemberg eine leistungsfähige Daseinsvorsorge im Dienste der Bürger sichern. Im Gegensatz zur noch amtierenden Landesregierung werden wir den landespolitischen Spielraum nutzen, um die Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand zu halten. Wir wenden uns entschieden gegen Tendenzen auf europäischer Ebene, die zu hohem Liberalisierungszwang und Privatisierungsdruck bei kommunalen öffentlichen Dienstleistungen führen. Die nationalen Besonderheiten und Traditionen in diesem Bereich sind historisch gewachsen und für ein soziales und demokratisches Gemeinwesen unverzichtbar. Sie gehören zum Subsidiaritätsbereich der Nationalstaaten und Regionen, die den Kernbereich der EU nicht betreffen und dürfen deshalb nicht unter das Einheitsraster der EU-Kommission fallen.

Wir wollen in Baden-Württemberg eine leistungsfähige Daseinsvorsorge im Dienste der Bürger sichern. Im Gegensatz zur noch amtierenden Landesregierung werden wir den landespolitischen Spielraum nutzen, um die Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand zu halten. Wir wenden uns entschieden gegen Tendenzen auf europäischer Ebene, die zu hohem Liberalisierungszwang und Privatisierungsdruck bei kommunalen öffentlichen Dienstleistungen führen. Die nationalen Besonderheiten und Traditionen in diesem Bereich sind historisch gewachsen und für ein soziales und demokratisches Gemeinwesen unverzichtbar. Sie gehören zum Subsidiaritätsbereich der Nationalstaaten und Regionen, die den Kernbereich der EU nicht betreffen. ~~und dürfen deshalb nicht unter das Einheitsraster der EU-Kommission fallen.~~

7. Länderfinanzausgleich neu gestalten

7. Länderfinanzausgleich neu gestalten

Der Finanzausgleich muss neu geregelt werden und die Interessen von Baden-Württemberg stärker als bisher berücksichtigen. Doch der Vorstoß der Landesregierung ist nur berechnendes Wahlkampfgetöse - schließlich hat sie den derzeit gültigen Länderfinanzausgleich von 2001 mit ausgehandelt und beschlossen. Wir wollen die Position Baden-Württembergs stärken, ohne die Solidarität der Länder in Frage zu stellen. Und vor allem wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken. Zu lange haben CDU und FDP mit leeren Versprechungen Wahlkampf gemacht.

Der Finanzausgleich muss neu geregelt werden und die Interessen von Baden-Württemberg stärker als bisher berücksichtigen. Doch der Vorstoß der Landesregierung ist nur berechnendes Wahlkampfgetöse - schließlich hat sie den derzeit gültigen Länderfinanzausgleich von 2001 mit ausgehandelt und beschlossen. Wir wollen die Position Baden-Württembergs stärken, ohne die Solidarität der Länder in Frage zu stellen. Und vor allem wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken. Zu lange haben CDU und FDP mit leeren Versprechungen Wahlkampf gemacht.

VII. Für ein sicheres Baden-Württemberg –

VII. Für ein sicheres Baden-Württemberg –

Sicherheit und Freiheit schützen

Sicherheit und Freiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst, doch auch in Zeiten neuer Bedrohungen und gesteigener Terrorgefahr darf man nicht vergessen: Nicht die Verteidigung der Bürgerrechte bedarf der Rechtfertigung, sondern deren Einschränkung.

Wir haben den Menschen in Baden-Württemberg zugehört. Sie wünschen sich Freiheit und Sicherheit. Sie können sich darauf verlassen, dass wir Sozialdemokraten keine Instrumente einsetzen werden, die das untergraben, was sie schützen sollen: den freiheitlichen Rechtsstaat

1. Sicherheit schaffen, Personalabbau stoppen

Mit der SPD wird es keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage geben. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger genießt absolute Priorität. Die Landesregierung hat gleich nach dem Ende der großen Koalition im Jahr 1996 begonnen, kontinuierlich Personal bei der Polizei abzubauen. Waren im Jahr 1996 noch über 24.600 Polizisten im Vollzugsdienst, so sind es im Jahr 2011 weniger als 20.000. Die Zahl der Einwohner, für die ein Polizist statistisch gesehen zuständig ist, hat sich von 425 im Jahr 2000 auf 453 im Jahr 2011 erhöht. Auch im Nichtvollzugsdienst hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Einsparmaßnahmen gut 10 % des Personals eingespart, ohne allerdings entsprechend Aufgaben abzubauen.

Die Folgen dieser Personalentwicklung, die Mitte der 2000er Jahre mit der Schließung zahlreicher Polizeiposten einherging, sehen wir heute. Wir sind uns mit den Menschen in Baden-Württemberg einig: Der Abbau muss gestoppt werden. Nur wenn sich die Bürgerinnen und Bürger ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität bewegen können, fühlen sie sich sicher. Die Annahme, dass härtere Gesetze eine höhere Sicherheit bedeuten, ist falsch. Vielmehr: Es mangelt an Personal. Wir werden die Polizeipräsenz in der Fläche durch eine Streife mehr pro Revier verbessern.

Sicherheit und Freiheit schützen

Sicherheit und Freiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst, doch auch in Zeiten neuer Bedrohungen und gesteigener Terrorgefahr darf man nicht vergessen: Nicht die Verteidigung der Bürgerrechte bedarf der Rechtfertigung, sondern deren Einschränkung.

~~Wir haben den Menschen in Baden-Württemberg zugehört. Sie wünschen sich Freiheit und Sicherheit. Sie können sich darauf verlassen, dass wir Sozialdemokraten keine Instrumente einsetzen werden, die das untergraben, was sie schützen sollen: den freiheitlichen Rechtsstaat~~

1. Sicherheit schaffen, Personalabbau stoppen

Mit der SPD wird es keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage geben. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger genießt absolute Priorität. Die Landesregierung hat gleich nach dem Ende der großen Koalition im Jahr 1996 begonnen, kontinuierlich Personal bei der Polizei abzubauen. Waren im Jahr 1996 noch über 24.600 Polizisten im Vollzugsdienst, so sind es im Jahr 2011 weniger als 20.000. Die Zahl der Einwohner, für die ein Polizist statistisch gesehen zuständig ist, hat sich von 425 im Jahr 2000 auf 453 im Jahr 2011 erhöht. Auch im Nichtvollzugsdienst hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Einsparmaßnahmen gut 10 % des Personals eingespart, ohne allerdings entsprechend Aufgaben abzubauen.

Die Folgen dieser Personalentwicklung, die Mitte der 2000er Jahre mit der Schließung zahlreicher Polizeiposten einherging, sehen wir heute. Wir sind uns mit den Menschen in Baden-Württemberg einig: Der Abbau muss gestoppt werden. Nur wenn sich die Bürgerinnen und Bürger ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität bewegen können, fühlen sie sich sicher. Die Annahme, dass härtere Gesetze eine höhere Sicherheit bedeuten, ist falsch. Vielmehr: Es mangelt an Personal. Wir werden die Polizeipräsenz in der Fläche verbessern, Postenschließungen wo nötig rückgängig machen und unsere Polizeireviere angemessen mit Personal ausstatten ~~Wir werden die Polizeipräsenz in der Fläche durch eine Streife mehr pro Revier verbessern.~~

Die SPD wird bei Demonstrationen und ähnlichen Großveranstaltungen die Einführung einer

2760

2765

2770

2775

2780

2785

2790

2795

2800

2805

Im Vollzugsdienst muss sichergestellt werden, dass früh genug mit der Ausbildung von ausreichend Polizeianwärtern begonnen wird, um die anstehende Pensionierungswelle auszugleichen. Hierzu wollen wir vor allem den Stellenabbau stoppen. Der Nichtvollzugsdienst braucht sofortige Neueinstellungen, damit der Vollzugsdienst sich wieder auf seine originären Aufgaben konzentrieren kann. Das Heraufsetzen der Altersgrenze lehnen wir ab.

2. Sicherheit bleibt öffentliche Aufgabe

Wir lehnen die Übertragung von Aufgaben im Bereich der öffentlichen Sicherheit auf private Sicherheitsdienste ab. Hoheitliche Aufgaben dürfen nur von Beamten vorgenommen werden. Private Sicherheitsdienste haben keinerlei mit der Polizei vergleichbare Befugnisse und erzeugen damit in den Augen der Bürger eine Sicherheit, die sie tatsächlich gar nicht gewährleisten können - und dürfen.

individualisierten anonymisierten Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten auf deren Einsatzanzügen einführen. Dies erfolgt durch eine Verankerung im Polizeigesetz Baden-Württemberg. Durch eine Initiative im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, dass dies für alle Einsatzkräfte gilt, die in Baden-Württemberg tätig sind. Wir stehen für die grundgesetzlich garantierte Versammlungsfreiheit. Die konsequente Anwendung des geltenden Versammlungs- und Polizeirecht ermöglicht bereits in ausreichendem Maße das Einschreiten gegen einen möglichen Missbrauch der Versammlungsfreiheit.

Den Bürgerinnen und Bürgern muss der Zugang zur Justiz und das Recht auf ein faires Verfahren gewährleistet werden. Das Vertrauen in die Arbeit der Gerichte ist eine Grundlage für das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat. Überlange gerichtliche Verfahrensdauern und die Überlastung der Justiz sind untragbar. Daher müssen die Stellen in der Justiz entsprechend aufgestockt werden.

Im Vollzugsdienst muss sichergestellt werden, dass früh genug mit der Ausbildung von ausreichend Polizeianwärterinnen und -anwärtern begonnen wird, um die anstehende Pensionierungswelle auszugleichen. Hierzu wollen wir vor allem den Stellenabbau stoppen. Der Nichtvollzugsdienst braucht sofortige Neueinstellungen, damit der Vollzugsdienst sich wieder auf seine originären Aufgaben konzentrieren kann. Das Heraufsetzen der Altersgrenze lehnen wir ab.

Eine besondere Rolle spielt die Polizei bei dem Ziel, mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst einzustellen. Baden-Württemberg hat mit dieser Möglichkeit sehr gute Erfahrungen gemacht und wir wollen diese besondere Personalentwicklung ausbauen.

2. Sicherheit bleibt öffentliche Aufgabe

Wir lehnen die Übertragung von Aufgaben im Bereich der öffentlichen Sicherheit auf private Sicherheitsdienste ab. Hoheitliche Aufgaben dürfen nur von Beamten vorgenommen werden. Private Sicherheitsdienste haben keinerlei mit der Polizei vergleichbare Befugnisse und erzeugen damit in den Augen der Bürger eine Sicherheit, die sie tatsächlich gar nicht gewährleisten können - und dürfen. Ebenso ist der Justizvollzug eine staatliche Aufgabe. Wir lehnen deshalb die Privatisierung von Gefängnissen in Baden-

2810

2815

2820

2825

2830

3. Für eine repräsentative Polizei

Eine besondere Rolle spielt die Polizei bei dem Ziel, mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst einzustellen. Baden-Württemberg hat mit dieser Möglichkeit sehr gute Erfahrungen gemacht und wir wollen diese besondere Personalentwicklung ausbauen.

2835

2840

4. Feuerwehren unterstützen

Die Feuerwehren in Baden-Württemberg leisten hervorragende Arbeit. Das ehrenamtliche Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren ist durch nichts zu ersetzen. Unter dem Einsatz des eigenen Lebens und ihrer Gesundheit setzen sich über hunderttausend Freiwillige für unsere Gesellschaft ein. Wir wollen ihnen die notwendige Unterstützung geben. Denn auch unsere Feuerwehren sehen sich großen Herausforderungen gegenüber. Wir wollen sie dabei unterstützen, die Veränderungen durch den demografischen Wandel zu gestalten. Den Anteil von Frauen und von MigrantInnen gilt es zu erhöhen. Im Bereich der Berufsfeuerwehr lehnen wir das Heraufsetzen der Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre ab.

2845

2850

2855

5. Daten schützen, Menschen stärken

Württemberg ab.

3. Die Lehren von Winnenden und Wendlingen

Die schreckliche Erfahrung vieler Amokläufe - darunter auch jener am 11. März 2009 in Winnenden und Wendlingen - und auch vieler Familientragödien ist, dass die Durchführung solcher Bluttaten mit legalen Waffen im Privatbesitz erfolgt. Die Gesellschaft muss alles tun, um das Risiko solcher Untaten weiter zu reduzieren. Wir streben ein generelles Verbot von großkalibrigen Waffen für Privatpersonen an. Außerdem muss strenger kontrolliert werden, wer überhaupt eine Waffe besitzen darf. Hierfür brauchen wir sowohl eine Verschärfung des Waffenrechts als auch eine bessere Kontrollmöglichkeiten für die Waffenbehörden. Waffen und Munition sollen in Zukunft an getrennt gesicherten Orten aufzubewahren sein. Wir treten außerdem dafür ein, dass scharfe Munition nicht im Privathaushalt aufbewahrt werden darf.

~~3. Für eine repräsentative Polizei~~

~~Eine besondere Rolle spielt die Polizei bei dem Ziel, mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst einzustellen. Baden-Württemberg hat mit dieser Möglichkeit sehr gute Erfahrungen gemacht und wir wollen diese besondere Personalentwicklung ausbauen.~~

4. Feuerwehren unterstützen

Die Feuerwehren in Baden-Württemberg leisten hervorragende Arbeit. Das ehrenamtliche Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren ist durch nichts zu ersetzen. Unter dem Einsatz des eigenen Lebens und ihrer Gesundheit setzen sich über hunderttausend Freiwillige für unsere Gesellschaft ein. Wir wollen ihnen die notwendige Unterstützung geben. Denn auch unsere Feuerwehren sehen sich großen Herausforderungen gegenüber. Wir wollen sie dabei unterstützen, die Veränderungen durch den demografischen Wandel zu gestalten. Den Anteil von Frauen und von ~~MigrantInnen~~ Migrantinnen und Migranten gilt es zu erhöhen. Im Bereich der Berufsfeuerwehr lehnen wir das Heraufsetzen der Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre ab.

5. Daten schützen, Menschen stärken

2860 Wir wollen bürgernahen, unabhängigen und effektiven
Datenschutz. Der Schutz des informationellen
Selbstbestimmungsrechts hat gerade im digitalen
2865 Zeitalter besondere Bedeutung. Hierfür muss das
Datenschutzrecht an die Gegebenheiten der globalen
Netzwelt angepasst werden. Wir werden für ein
grundsätzliches Verbot der sachfremden Weitergabe
personenbezogener Daten eintreten.

2870 Wir werden den Landesdatenschutzbeauftragten
stärken und den Datenschutz für den öffentlichen und
den privaten Bereich unter seiner Führung in einer
„ministerialfreien Datenschutzbehörde“ bündeln. Wir
wollen die Behörde künftig als oberste Landesbehörde
direkt an den Landtag angliedern. Der
2875 Landesdatenschutzbeauftragte soll unmittelbar vom
Parlament gewählt werden und dem Parlament
gegenüber umfassend rechenschaftspflichtig sein.

2880 Arbeitnehmer brauchen besonderen Schutz. Die
bisherigen Regelungen zum Datenschutz am
Arbeitsplatz sind weit gestreut und unübersichtlich.
Deshalb fordern wir vom Bundesgesetzgeber ein
eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, um
Rechtssicherheit und Transparenz herzustellen sowie
2885 Regelungslücken zu schließen. Das gilt insbesondere
bei der Videoüberwachung, der Überwachung von E-
Mails, der Kontrolle der Internetnutzung am
Arbeitsplatz, beim Detektiveinsatz gegenüber
Beschäftigten und beim Informantenschutz. Darüber
2890 hinaus sind Regelungen für die „erzwungene“ freiwillige
Einwilligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
in umfassende Erhebungen und Verarbeitung von
Daten durch Arbeitgeber erforderlich. Im Fall von
Verstößen müssen wirksame Sanktionsmöglichkeiten
2895 bestehen. Schwarz-Gelb hat auch in dieser Frage
bislang versagt.

6. Sicher im Netz

2900 Das deutsche Strafrecht gilt auch im Internet. Das
Problem liegt häufig in der Durchsetzung. Die Justiz
benötigt für den Online-Bereich mehr RichterInnen und
mehr StaatsanwältInnen, die Polizei mehr
ErmittlerInnen. Wir werden Sie für eine effektiven
2905 Verfolgung von Online - Kriminalität ausreichend
ausstatten.

7. Gemeinsam gegen Rechts

2910 Rechtsextremismus ist auch ein baden-
württembergisches Problem. Unser Land erlebt ein

Wir wollen bürgernahen, unabhängigen und effektiven
Datenschutz. Der Schutz des informationellen
Selbstbestimmungsrechts hat gerade im digitalen
Zeitalter besondere Bedeutung. Hierfür muss das
Datenschutzrecht an die Gegebenheiten der globalen
Netzwelt angepasst werden. Wir werden für ein
grundsätzliches Verbot der sachfremden Weitergabe
personenbezogener Daten eintreten.

Wir werden den Landesdatenschutzbeauftragten
stärken und den Datenschutz für den öffentlichen und
den privaten Bereich unter seiner Führung in einer
„ministerialfreien Datenschutzbehörde“ bündeln. Wir
wollen die Behörde künftig als oberste Landesbehörde
direkt an den Landtag angliedern. Der
Landesdatenschutzbeauftragte soll unmittelbar vom
Parlament gewählt werden und dem Parlament
gegenüber umfassend rechenschaftspflichtig sein.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen
besonderen Schutz. Die bisherigen Regelungen zum
Datenschutz am Arbeitsplatz sind weit gestreut und
unübersichtlich. Deshalb fordern wir vom
Bundesgesetzgeber ein eigenständiges
Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, um Rechtssicherheit
und Transparenz herzustellen sowie Regelungslücken
zu schließen. Das gilt insbesondere bei der
Videoüberwachung, der Überwachung von E-Mails, der
Kontrolle der Internetnutzung am Arbeitsplatz, beim
Detektiveinsatz gegenüber Beschäftigten und beim
Informantenschutz. Darüber hinaus sind Regelungen für
die „erzwungene“ freiwillige Einwilligung von
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in umfassende
Erhebungen und Verarbeitung von Daten durch
Arbeitgeber erforderlich. Im Fall von Verstößen müssen
wirksame Sanktionsmöglichkeiten bestehen. Schwarz-
Gelb hat auch in dieser Frage bislang versagt.

6. Sicher im Netz

Das deutsche Strafrecht gilt auch im Internet. Das
Problem liegt häufig in der Durchsetzung. Die Justiz
benötigt für den Online-Bereich mehr RichterInnen und
Richter sowie mehr Staatsanwältinnen und
Staatsanwälte, die Polizei mehr ErmittlerInnen und
Ermittler. Wir werden Ssie für eine effektiven Verfolgung
von Online - Kriminalität ausreichend ausstatten.

7. Gemeinsam gegen Rechts

Rechtsextremismus ist auch ein baden-
württembergisches Problem. Unser Land erlebt ein

kontinuierliches Erstarken der rechtsextremen NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) in Baden-Württemberg. Die rechtsextremistische Szene erprobt neue strategische Ansätze, die neue Gegenstrategien notwendig machen.. Die Landesregierung lässt bisher jegliche Antwort auf die Frage vermissen, wie man diesen Entwicklungen wirksam und nachhaltig entgegentreten kann.

Andere Teile der extrem rechten Szene bewegen sich in einer Grauzone zwischen radikalem Nationalismus und demokratisch-rechtskonservativen Positionen und versuchen gezielt, extremistisches Gedankengut salonfähig zu machen. Das Studienzentrum Weikersheim hatte im November 2010 einen international vernetzten Rechtsextremisten als Referenten geladen. Dieser CDU-nahe Think Tank verweigerte damit wiederholt eine klare und glaubhafte Abgrenzung zum organisierten Rechtsextremismus.

Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, im Kampf gegen Rechtsextremismus gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Dazu gehört die gemeinsame Vorbereitung eines neuen NPD-Verbotsverfahren. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die NPD von Parteiprivilegien profitiert und ihre menschenfeindliche und menschenverachtende Politik mit Steuergeldern finanziert. Jegliche Form der Verharmlosung oder Gleichsetzung mit anderen Formen des Extremismus lehnen wir ab.

Neben einem konsequenten repressiven Vorgehen gegen rechtsextremistische Gruppierungen, wollen wir dem Rechtsextremismus durch Prävention den Nährboden entziehen. Die Bestrebungen der schwarz-gelben Bundesregierung, erfolgreich arbeitende Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus in allgemeine Programme gegen Extremismus umzuwidmen, sind falsch und gefährden deren Erfolg. Die SPD will die Projektträger vor Ort stärken, also genau dort helfen, wo man sich direkt mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen auseinander setzt. Demokratie braucht starke Demokraten. Wir setzen auf eine verbesserte Demokratieerziehung in der Schule, die demokratische Werte frühzeitig erfahrbar und erlernbar macht.

8. Die Lehren von Winnenden und Wendlingen

Die schreckliche Erfahrung vieler Amokläufe - darunter auch jener am 11. März 2009 in Winnenden und

kontinuierliches Erstarken der rechtsextremen NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) in Baden-Württemberg. Die rechtsextremistische Szene erprobt neue strategische Ansätze, die neue Gegenstrategien notwendig machen.. Die Landesregierung lässt bisher jegliche Antwort auf die Frage vermissen, wie man diesen Entwicklungen wirksam und nachhaltig entgegentreten kann.

Andere Teile der extrem rechten Szene bewegen sich in einer Grauzone zwischen radikalem Nationalismus und demokratisch-rechtskonservativen Positionen und versuchen gezielt, extremistisches Gedankengut salonfähig zu machen. Das Studienzentrum Weikersheim hatte im November 2010 einen international vernetzten Rechtsextremisten als Referenten geladen. Dieser CDU-nahe Think Tank verweigerte damit wiederholt eine klare und glaubhafte Abgrenzung zum organisierten Rechtsextremismus.

Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, im Kampf gegen Rechtsextremismus gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Dazu gehört die gemeinsame Vorbereitung eines neuen NPD-Verbotsverfahren. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die NPD von Parteiprivilegien profitiert und ihre menschenfeindliche und menschenverachtende Politik mit Steuergeldern finanziert. Jegliche Form der Verharmlosung oder Gleichsetzung mit anderen Formen des Extremismus lehnen wir ab.

Neben einem konsequenten repressiven Vorgehen gegen rechtsextremistische Gruppierungen, wollen wir dem Rechtsextremismus durch Prävention den Nährboden entziehen. Die Bestrebungen der schwarz-gelben Bundesregierung, erfolgreich arbeitende Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus in allgemeine Programme gegen Extremismus umzuwidmen, sind falsch und gefährden deren Erfolg. Die SPD will die Projektträger vor Ort stärken, also genau dort helfen, wo man sich direkt mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen auseinander setzt. Demokratie braucht starke Demokratinnen und Demokraten. Wir setzen auf eine verbesserte Demokratieerziehung in der Schule, die demokratische Werte frühzeitig erfahrbar und erlernbar macht.

8. Die Lehren von Winnenden und Wendlingen

~~Die schreckliche Erfahrung vieler Amokläufe - darunter auch jener am 11. März 2009 in Winnenden und~~

Wendlingen - und auch vieler Familientragödien ist, dass die Durchführung solcher Bluttaten mit legalen Waffen im Privatbesitz erfolgt. Die Gesellschaft muss alles tun, um das Risiko solcher Untaten weiter zu reduzieren. Wir streben ein generelles Verbot von großkalibrigen Waffen für Privatpersonen an. Außerdem muss strenger kontrolliert werden, wer überhaupt eine Waffe besitzen darf. Hierfür brauchen wir sowohl eine Verschärfung des Waffenrechts als auch eine bessere Kontrollmöglichkeiten für die Waffenbehörden. Waffen und Munition sollen in Zukunft an getrennt gesicherten Orten aufzubewahren sein. Wir treten außerdem dafür ein, dass scharfe Munition nicht im Privathaushalt aufbewahrt werden darf.

VIII. Für ein spannendes Baden-Württemberg - Weltoffen und kreativ in die Zukunft

Kultur ist Ausdruck einer offenen Gesellschaft. Politik muss geeignete Rahmenbedingungen schaffen, um sie zu ermöglichen – auch für Kunstsparten, die sich alleine am Markt nicht behaupten können.

Wir werden Kunst und Kultur verlässlich fördern und ihre Freiheit vergrößern. Kunst und Kultur sind für alle da. Sie dürfen kein Luxus für wenige sein, deshalb werden wir sie für alle erreichbar und zugänglich halten. Jeden staatlichen Kulturzentrismus lehnen wir ab. Denn kulturelle Vielfalt macht unser Land spannend und lebenswert, in den urbanen Zentren ebenso wie in kleineren Städten oder im ländlichen Raum. Unser Land ist geprägt von einer einmaligen Dichte und Qualität von Museen, Theatern, Orchestern, Kleinkunst, freien Kulturinitiativen und vielem mehr. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen in unserem Land das kreative und weltoffene Kulturland Baden-Württemberg im Herzen Europas weiterentwickeln.

1. Wir sind der Motor für die Kulturkonzeption 2020

Die Kulturkonzeption 2020 gibt Baden-Württemberg eine neue, richtungweisende Grundlage für die Kultur- und Kunstpolitik. Die SPD konnte dabei einen Großteil ihrer Vorstellungen einbringen - was mit Schwarz-Gelb nicht zu realisieren war, werden wir nach der Wahl umsetzen. Wir fordern ein sachlich, zeitlich und finanziell geschlossenes Umsetzungsprogramm für die Kulturkonzeption 2020. Wir wollen damit dafür sorgen, dass die Kunst- und Kulturpolitik verlässlich wird.

2. Weltoffen im Herzen Europas

~~Wendlingen — und auch vieler Familientragödien ist, dass die Durchführung solcher Bluttaten mit legalen Waffen im Privatbesitz erfolgt. Die Gesellschaft muss alles tun, um das Risiko solcher Untaten weiter zu reduzieren. Wir streben ein generelles Verbot von großkalibrigen Waffen für Privatpersonen an. Außerdem muss strenger kontrolliert werden, wer überhaupt eine Waffe besitzen darf. Hierfür brauchen wir sowohl eine Verschärfung des Waffenrechts als auch eine bessere Kontrollmöglichkeiten für die Waffenbehörden. Waffen und Munition sollen in Zukunft an getrennt gesicherten Orten aufzubewahren sein. Wir treten außerdem dafür ein, dass scharfe Munition nicht im Privathaushalt aufbewahrt werden darf.~~

VIII. Für ein spannendes Baden-Württemberg - Weltoffen und kreativ in die Zukunft

Kultur ist Ausdruck einer offenen Gesellschaft. Politik muss geeignete Rahmenbedingungen schaffen, um sie zu ermöglichen – auch für Kunstsparten, die sich alleine am Markt nicht behaupten können.

Wir werden Kunst und Kultur verlässlich fördern und ihre Freiheit vergrößern. Kunst und Kultur sind für alle da. Sie dürfen kein Luxus für wenige sein, deshalb werden wir sie für alle erreichbar und zugänglich halten. Jeden staatlichen Kulturzentrismus lehnen wir ab. Denn kulturelle Vielfalt macht unser Land spannend und lebenswert, in den urbanen Zentren ebenso wie in kleineren Städten oder im ländlichen Raum. Unser Land ist geprägt von einer einmaligen Dichte und Qualität von Museen, Theatern, Orchestern, Kleinkunst, freien Kulturinitiativen und vielem mehr. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen in unserem Land das kreative und weltoffene Kulturland Baden-Württemberg im Herzen Europas weiterentwickeln.

1. Wir sind der Motor für die Kulturkonzeption 2020

Die Kulturkonzeption 2020 gibt Baden-Württemberg eine neue, richtungweisende Grundlage für die Kultur- und Kunstpolitik. Die SPD konnte dabei einen Großteil ihrer Vorstellungen einbringen - was mit Schwarz-Gelb nicht zu realisieren war, werden wir nach der Wahl umsetzen. Wir fordern ein sachlich, zeitlich und finanziell geschlossenes Umsetzungsprogramm für die Kulturkonzeption 2020. Wir wollen damit dafür sorgen, dass die Kunst- und Kulturpolitik verlässlich wird.

2. Weltoffen im Herzen Europas

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Wir grenzen an Frankreich und die Schweiz und leben in enger Nachbarschaft zu Österreich. Unser Bundesland ist noch stärker als Deutschland insgesamt wirtschaftlich mit Europa verflochten. Wir in Baden-Württemberg sind dem europäischen Gedanken auch deshalb in besonderer Weise verbunden. Das zeigen auch die zahlreichen und gut gepflegten Städte- und Gemeindepartnerschaften im Südwesten.

Wir wollen die europäische Freundschaft vertiefen und fit für die Zukunft machen. Etwa die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein, Hochrhein und Bodensee. Die dortigen länderübergreifenden Strukturen wollen wir transparenter und effektiver werden lassen.

Auch die so genannte kleine Außenpolitik Baden-Württembergs werden wir neu gestalten. Europa hat sich in den letzten 20 Jahren stark verändert. Deshalb wollen wir die Partnerschaft mit Osteuropa vertiefen. Das regionale Kooperationsmodell „Vier Motoren für Europa“ mit Katalonien, Rhone-Alpes und der Lombardei, das vor fast 20 Jahren als Verbund von vier leistungsstarken Regionen in Europa gegründet wurde, kann dafür als gelungenes Beispiel dienen – sie verdient mehr Unterstützung als die Regierung in den vergangenen 5 Jahren zu geben bereit war.

Wir wollen Europa sozialer machen. Die Europäische Union darf kein Europa der Arbeitsplatzverlagerung und des Wettbewerbs um niedrige Löhne und Sozialdumping sein. Deshalb brauchen wir neben einem wirtschaftlich erfolgreichen Europa auch ein soziales Europa, das die Errungenschaften der Arbeitnehmer in den fortgeschrittenen Ländern der EU erhält und für alle Länder anstrebt. In Europa darf kein Platz sein für Steuer-, Lohn- und Sozialdumping, für die Verlagerung von Arbeitsplätzen in so genannte Billiglohnländer und für die Abschaffung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer. Wir brauchen soziale Mindeststandards, faire Löhne, einen guten Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Mitbestimmung und Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im vereinten Europa. Dafür werden wir kämpfen. Für ein gerechtes Baden-Württemberg in einem sozialen Europa.

3. Verantwortung in der Welt

Baden-Württemberg steht nicht allein in der Welt. Wir

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Wir grenzen an Frankreich und die Schweiz und leben in enger Nachbarschaft zu Österreich. Unser Bundesland ist noch stärker als Deutschland insgesamt wirtschaftlich mit Europa verflochten. Wir in Baden-Württemberg sind dem europäischen Gedanken auch deshalb in besonderer Weise verbunden. Das zeigen auch die zahlreichen und gut gepflegten Städte- und Gemeindepartnerschaften im Südwesten.

Wir wollen die europäische Freundschaft vertiefen und fit für die Zukunft machen. Etwa die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein, Hochrhein und Bodensee. Die dortigen länderübergreifenden Strukturen wollen wir transparenter und effektiver werden lassen.

Auch die so genannte kleine Außenpolitik Baden-Württembergs werden wir neu gestalten. Europa hat sich in den letzten 20 Jahren stark verändert. Deshalb wollen wir die Partnerschaft mit Osteuropa vertiefen. Das regionale Kooperationsmodell „Vier Motoren für Europa“ mit Katalonien, Rhone-Alpes und der Lombardei, das vor fast 20 Jahren als Verbund von vier leistungsstarken Regionen in Europa gegründet wurde, kann dafür als gelungenes Beispiel dienen – sie verdient mehr Unterstützung als die Regierung in den vergangenen 5 Jahren zu geben bereit war.

Wir wollen Europa sozialer machen. Die Europäische Union darf kein Europa der Arbeitsplatzverlagerung und des Wettbewerbs um niedrige Löhne und Sozialdumping sein. Deshalb brauchen wir neben einem wirtschaftlich erfolgreichen Europa auch ein soziales Europa, das die Errungenschaften der Arbeitnehmer~~innen und Arbeitnehmer~~ in den fortgeschrittenen Ländern der EU erhält und für alle Länder anstrebt. In Europa darf kein Platz sein für Steuer-, Lohn- und Sozialdumping, für die Verlagerung von Arbeitsplätzen in so genannte Billiglohnländer und für die Abschaffung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer~~innen und Arbeitnehmer~~. Wir brauchen soziale Mindeststandards, faire Löhne, einen guten Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Mitbestimmung und Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im vereinten Europa. Dafür werden wir kämpfen. Für ein gerechtes Baden-Württemberg in einem sozialen Europa.

3. Verantwortung in der Welt

Baden-Württemberg steht nicht allein in der Welt. Wir

werden unsere Stärke solidarisch teilen, die Entwicklungszusammenarbeit wieder aufnehmen und die Entwicklungspartnerschaft mit Burundi vertiefen.

4. Sport als Teil unserer Alltagskultur stärken

Der Sport überwindet Grenzen. Er bringt Menschen über alle ethnischen, kulturellen und sozialen Grenzen hinweg zusammen. Sport und Bewegung machen nicht nur Spaß, sie sind auch wichtig für die Gesundheitsvorsorge. Körperliche und geistige Gesundheit sind oft zwei Seiten einer Medaille.

In Baden-Württemberg sind über 3,8 Mio. Menschen in über 11.000 Sportvereinen organisiert. Sportvereine und deren Mitglieder sind damit die mit Abstand größte Bürgerbewegung in Baden-Württemberg. Sportvereine und Sporttreibende haben daher eine herausragende gesellschaftliche, politische, gesundheitliche und wirtschaftliche Bedeutung. Zudem hat der Sport eine starke integrative Kraft, sowohl als Brücke zwischen den Generationen als auch zu Migrantinnen und Migranten. Allerdings erfährt das Ehrenamt als tragende Säule der Sportvereine zu wenig Anerkennung durch die Landesregierung. Das wollen wir ändern.

Wir wollen Verlässlichkeit für den Sport schaffen. Insbesondere das Ehrenamt vor Ort muss gestärkt werden. Denn die ehrenamtlichen Übungsleiter sind es, die für die Gesellschaft wichtige Aufgaben übernehmen. Wir werden die gesellschaftlich wichtigen Aufgaben der Vereine so fördern, wie es ihrer Bedeutung entspricht.

Auch an unseren Schulen besteht akuter Handlungsbedarf. Angesichts der dramatisch hohen Zahl an übergewichtigen Kindern wollen wir mehr gut ausgebildete, auf Grundschüler spezialisierte Sportlehrer an die Schulen bringen. Denn jedes Kind hat ein Recht darauf zu lernen, sich richtig und ausreichend zu bewegen. Jede Einsparung hier ist kurzsichtig, denn sie verursacht vielfach höhere Kosten in der Zukunft. Schließlich hat jeder normalgewichtige Erwachsene ein geringeres Krankheitsrisiko. Schon das spart den Krankenkassen und den Beitragszahlern bares Geld.

Wir setzen und dafür ein, dass die sexuelle Identität im Sport geschützt wird.

werden unsere Stärke solidarisch teilen, die Entwicklungszusammenarbeit wieder aufnehmen und die Entwicklungspartnerschaft mit Burundi vertiefen.

3-4. Sport als Teil unserer Alltagskultur stärken

Der Sport überwindet Grenzen. Er bringt Menschen über alle ethnischen, kulturellen und sozialen Grenzen hinweg zusammen. Sport und Bewegung machen nicht nur Spaß, sie sind auch wichtig für die Gesundheitsvorsorge. Körperliche und geistige Gesundheit sind oft zwei Seiten einer Medaille.

In Baden-Württemberg sind über 3,8 Mio. Menschen in über 11.000 Sportvereinen organisiert. Sportvereine und deren Mitglieder sind damit die mit Abstand größte Bürgerbewegung in Baden-Württemberg. Sportvereine und Sporttreibende haben daher eine herausragende gesellschaftliche, politische, gesundheitliche und wirtschaftliche Bedeutung. Zudem hat der Sport eine starke integrative Kraft, sowohl als Brücke zwischen den Generationen als auch zu Migrantinnen und Migranten. Allerdings erfährt das Ehrenamt als tragende Säule der Sportvereine zu wenig Anerkennung durch die Landesregierung. Das wollen wir ändern.

Wir wollen Verlässlichkeit für den Sport schaffen. Insbesondere das Ehrenamt vor Ort muss gestärkt werden. Denn die ehrenamtlichen Übungsleiter~~innen~~ und Übungsleiter sind es, die für die Gesellschaft wichtige Aufgaben übernehmen. Wir werden die gesellschaftlich wichtigen Aufgaben der Vereine so fördern, wie es ihrer Bedeutung entspricht.

Auch an unseren Schulen besteht akuter Handlungsbedarf. Angesichts der dramatisch hohen Zahl an übergewichtigen Kindern wollen wir mehr gut ausgebildete, auf Grundschüler~~innen und Grundschüler~~ spezialisierte Sportlehrer~~innen und Sportlehrer~~ an die Schulen bringen. Denn jedes Kind hat ein Recht darauf zu lernen, sich richtig und ausreichend zu bewegen. Jede Einsparung hier ist kurzsichtig, denn sie verursacht vielfach höhere Kosten in der Zukunft. Schließlich hat jeder normalgewichtige Erwachsene ein geringeres Krankheitsrisiko. Schon das spart den Krankenkassen und den Beitragszahler~~innen und Beitragszahlern~~ bares Geld.

Wir setzen unds dafür ein, dass die sexuelle Identität im Sport geschützt wird.

**IX. Für ein demokratisches Baden-Württemberg -
Das modernste Land braucht die modernste
Demokratie**

3125

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht hat mitzureden und mitzuentcheiden, wenn es darum geht, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen. Und das nicht nur alle fünf Jahre. Wählen und Zusehen reicht den Menschen in Baden-Württemberg schon lange nicht mehr aus. Sie sind längst viel weiter als ihre Regierung - sie wissen, dass Demokratie kein Zuschauersport ist. Die Menschen hier im Land sind - quer durch alle politischen Lager - für mehr direkte Demokratie. Sie wollen sich unmittelbar und konkret politisch äußern und betätigen. Nicht um die repräsentative Demokratie zu ersetzen, sondern um sie zu stärken und zu bereichern. Doch in Baden-Württemberg sind die rechtlichen und bürokratischen Anforderungen zu hoch. Das werden wir ändern.

3130

3135

3140

1. Im Dialog regieren

3145

Mit Nils Schmid als Ministerpräsident werden wir einen neuen politischen Stil in Baden-Württemberg verwirklichen. Die 100-Dialoge-Tour hat uns gezeigt, dass die Menschen vor Ort am besten wissen, welche Lösung für sie die richtige ist. Wir werden auch in der Regierungsverantwortung den Dialog mit den Menschen im Land fortsetzen. An diesem Anspruch werden wir uns messen lassen.

3150

3155

Die Menschen wollen selbst darüber diskutieren und entscheiden, wie sie in Zukunft leben wollen. Nils Schmid wird als Ministerpräsident gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern an den richtigen Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen arbeiten. Dazu werden wir Zukunftskonvente zu die Menschen im Land zu Zukunftskonventen einladen, auf denen der Ministerpräsident mit den Bürgerinnen und Bürgern über grundlegende Zukunftsfragen unseres Landes diskutieren wird.

3160

3165

2. Mehr direkte Demokratie wagen

Baden-Württemberg ist stolz auf seine Weltmarktführer. Doch in Sachen direkter Demokratie steht unser Land im nationalen Vergleich am Tabellenende. Wir sind uns mit den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg einig: das modernste Land braucht auch

3170

**IX. Für ein demokratisches Baden-Württemberg -
Das modernste Land braucht die modernste
Demokratie**

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht hat mitzureden und mitzuentcheiden, wenn es darum geht, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen. Und das nicht nur alle fünf Jahre. Wählen und Zusehen reicht den Menschen in Baden-Württemberg schon lange nicht mehr aus. Sie sind längst viel weiter als ihre Regierung - sie wissen, dass Demokratie kein Zuschauersport ist. Die Menschen hier im Land sind - quer durch alle politischen Lager - für mehr direkte Demokratie. Sie wollen sich unmittelbar und konkret politisch äußern und betätigen. Nicht um die repräsentative Demokratie zu ersetzen, sondern um sie zu stärken und zu bereichern. Doch in Baden-Württemberg sind die rechtlichen und bürokratischen Anforderungen zu hoch. Das werden wir ändern.

1. Im Dialog regieren

Mit Nils Schmid als Ministerpräsident werden wir einen neuen politischen Stil in Baden-Württemberg verwirklichen. Die 100-Dialoge-Tour hat uns gezeigt, dass die Menschen vor Ort am besten wissen, welche Lösung für sie die richtige ist. Wir werden auch in der Regierungsverantwortung den Dialog mit den Menschen im Land fortsetzen. An diesem Anspruch werden wir uns messen lassen.

Die Menschen wollen selbst darüber diskutieren und entscheiden, wie sie in Zukunft leben wollen. Nils Schmid wird als Ministerpräsident gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern an den richtigen Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen arbeiten. Dazu werden wir ~~Zukunftskonvente zu~~ die Menschen im Land zu Zukunftskonventen einladen, auf denen der Ministerpräsident mit den Bürgerinnen und Bürgern über grundlegende Zukunftsfragen unseres Landes diskutieren wird.

2. Mehr direkte Demokratie wagen

Baden-Württemberg ist stolz auf seine Weltmarktführer. Doch in Sachen direkter Demokratie steht unser Land im nationalen Vergleich am Tabellenende. Wir sind uns mit den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg einig: das modernste Land braucht auch

die modernste Demokratie. Wir werden dafür sorgen, dass Baden-Württemberg zum Musterland direkter Demokratie wird. Volksinitiative, Volksbegehren und Volksabstimmung werden künftig ganz selbstverständlich zur demokratischen Kultur in Baden-Württemberg gehören. Wir werden dafür die Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen auf ein realistisches Niveau senken. So werden wir die Zahl der notwendigen Unterschriften von 16,6 auf 5% der Stimmberechtigten reduzieren, die Eintragsfrist von zwei Wochen auf sechs Monate verlängern und dafür sorgen, dass die Unterschriften auch frei, also etwa auf der Straße gesammelt werden können. Zudem werden wir den „Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens“ zu einer Volksinitiative aufwerten, sodass 10.000 Unterschriften in Zukunft ausreichen, um den Landtag mit einem Gegenstand der politischen Willensbildung zu befassen.

Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger ernst. Ohne Entbürokratisierung wird es direkte Demokratie in Baden-Württemberg auch künftig nur auf dem Papier geben. Neben dem Volksbegehren werden wir auch den Weg zu Volksabstimmungen über zentrale politische Weichenstellungen öffnen. Auch sie sollen attraktiver, einfacher und bürgerfreundlicher gemacht werden. Wir werden das bisherige Quorum bei der Abstimmung über einfache Gesetze abschaffen. Entscheiden wird zukünftig die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Dadurch wird das Verfahren beschleunigt, Abstimmungsboykotte werden verhindert. Bei verfassungsändernden Gesetzen soll ebenfalls die einfache Mehrheit ausreichen, wenn diese zugleich auch 25 % der Stimmberechtigten umfasst.

die modernste Demokratie. Wir werden dafür sorgen, dass Baden-Württemberg zum Musterland direkter Demokratie wird. Volksinitiative, Volksbegehren und Volksabstimmung werden künftig ganz selbstverständlich zur demokratischen Kultur in Baden-Württemberg gehören. Wir werden dafür die Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen auf ein realistisches Niveau senken. So werden wir die Zahl der notwendigen Unterschriften von 16,6 auf 5 Prozent der Stimmberechtigten reduzieren, die Eintragsfrist von zwei Wochen auf sechs Monate verlängern und dafür sorgen, dass die Unterschriften auch frei, also etwa auf der Straße gesammelt werden können. Zudem werden wir den „Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens“ zu einer Volksinitiative aufwerten, sodass 10.000 Unterschriften in Zukunft ausreichen, um den Landtag mit einem Gegenstand der politischen Willensbildung zu befassen.

Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger ernst. Ohne Entbürokratisierung wird es direkte Demokratie in Baden-Württemberg auch künftig nur auf dem Papier geben. Neben dem Volksbegehren werden wir auch den Weg zu Volksabstimmungen über zentrale politische Weichenstellungen öffnen. Auch sie sollen attraktiver, einfacher und bürgerfreundlicher gemacht werden. Wir werden das bisherige Quorum bei der Abstimmung über einfache Gesetze abschaffen. Entscheiden wird zukünftig die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Dadurch wird das Verfahren beschleunigt, Abstimmungsboykotte werden verhindert. Bei verfassungsändernden Gesetzen soll ebenfalls die einfache Mehrheit ausreichen, wenn diese zugleich auch ~~25 %~~ ein Viertel der Stimmberechtigten umfasst.

Um tatsächlich direkte Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene zu ermöglichen, müssen die in Baden-Württemberg bestehenden Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Städten und Gemeinden deutlich gesenkt werden. Künftig soll je nach Gemeindegröße für ein Bürgerbegehren Unterschriften von 3% bis 10% der Gemeindebürgerinnen und -bürger genügen. Bei einem Bürgerentscheid soll das Quorum bei mindestens 20% in Gemeinden bis zu 50.000 Einwohnern, bei mindestens 15% in Gemeinden bis zu 100.000 Einwohnern und bei mindestens 10 % der Stimmberechtigten in Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern liegen. Auf kommunaler Ebene gilt es, partizipative Möglichkeiten der Einflussnahme der Bürgerschaft bereits im laufenden Prozess gerade von

3. Stuttgart 21 - Die Menschen sollen entscheiden

3230

Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 spaltet unser Land. Wir wollen diese Spaltung überwinden. Dazu schlagen wir vor, eine verbindliche landesweite Volksabstimmung über die Landesbeteiligung zu Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Stuttgart/Ulm durchzuführen. Schwarz-Gelb hat sich diesem Weg der Vernunft und Versöhnung verweigert und stattdessen versucht, das Projekt durchzuknüppeln. Doch Wasserwerfer und Schlagstöcke ersetzen keine Argumente. Am 30. September 2010 hat sich im Stuttgarter Schlosspark offenbart, wie tief der Graben zwischen Volk und Regierung in Baden-Württemberg heute ist. Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs nach der Landtagswahl 2011 neues Vertrauen in unsere Demokratie geben und sie über die Fortführung oder den Ausstieg aus Stuttgart 21 entscheiden lassen.

3235

3240

3245

3250

3255

3260

3265

3270

Wir haben dazu gelernt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen in den entscheidenden Phasen an der Planung von Großprojekten teilhaben. In einer SPD-geführten Landesregierung werden wir Baden-Württemberg zum Vorreiter bürgernaher Planung und neuer Beteiligungswege machen.

4. Politik gemeinsam gestalten

3275

Den Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg

großen Bauvorhaben zu schaffen.

3. Stuttgart 21 - Die Menschen sollen entscheiden

Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 spaltet unser Land. Wir wollen diese Spaltung überwinden. Dazu schlagen wir vor, eine verbindliche landesweite Volksabstimmung über die Landesbeteiligung zu Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Stuttgart/Ulm durchzuführen. Schwarz-Gelb hat sich diesem Weg der Vernunft und Versöhnung verweigert und stattdessen versucht, das Projekt durchzuknüppeln. Doch Wasserwerfer und Schlagstöcke ersetzen keine Argumente. Am 30. September 2010 hat sich im Stuttgarter Schlosspark offenbart, wie tief der Graben zwischen Volk und Regierung in Baden-Württemberg heute ist. Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs nach der Landtagswahl 2011 neues Vertrauen in unsere Demokratie geben und sie über die Fortführung oder den Ausstieg aus Stuttgart 21 entscheiden lassen.

Die SPD Baden-Württemberg hat seit Jahren eine - intensiv diskutierte - Beschlusslage für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm. In unserer Partei gibt es unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema - als Volkspartei spiegeln wir auch in dieser Frage die Gesellschaft wider. Gerade deshalb kommt uns die Aufgabe zu, Brücken zu bauen. Denn kein Bauvorhaben, kein Infrastrukturprojekt ist es wert, dass unsere Gesellschaft ihren inneren Zusammenhalt verliert. Damit dies gelingt, müssen alle Argumente für und wider, sowie die Kosten offen gelegt werden. Die Schlichtungsgespräche waren ein wichtiger erster Schritt. Ohne eine landesweite Volksabstimmung bleibt der Grundkonflikt jedoch ungelöst. Für uns ist klar: Das Votum der Bürgerinnen und Bürger ist bindend. Wir als Partei, aber auch Gegnerinnen und Gegner wie Befürworterinnen und Befürworter im ganzen Land werden dies respektieren.

Wir haben dazu gelernt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen in den entscheidenden Phasen an der Planung von Großprojekten teilhaben. In einer SPD-geführten Landesregierung werden wir Baden-Württemberg zum Vorreiter bürgernaher Planung und neuer Beteiligungswege machen.

4. Politik gemeinsam gestalten

Den Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg

gehört die Zukunft. Sie sollen in Zukunft früher mitentscheiden können, wie diese aussehen wird. Deshalb wollen wir das Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunal- und Landtagswahlen einführen und die Stellung von Jugendgemeinderäten in der Gemeindeordnung stärker verankern.

Wir wollen Politik gemeinsam gestalten. Menschen mit Migrationshintergrund dürfen nicht länger nur im Mittelpunkt von Debatten stehen, sie sollen endlich auch politisch partizipieren und vor Ort mitentscheiden können. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass künftig neben EU-AusländerInnen auch Menschen, die nicht aus EU-Ländern kommen, aber seit mehr als drei Jahren in Deutschland leben, das kommunale Wahlrecht erhalten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Partizipation der „Neuen Inländer“ weiterhin stärken durch eine Initiative für erleichterte Einbürgerung und Zugang zu einer doppelten Staatsangehörigkeit.

5. Digitale Teilhabe und Selbstbestimmung sichern

Wir leben in der digitalen Gesellschaft. Diese Entwicklung bietet große Chancen für unsere Demokratie. Diese wollen wir nutzen und Baden-Württemberg fit machen für das digitale Zeitalter. Wir setzen uns dafür ein, dass wirklich alle Bürgerinnen und Bürger die neuen Möglichkeiten auch nutzen können. Für uns steht fest: wir wollen die Spaltung unserer Gesellschaft auch in der digitalen Welt überwinden.

Netzneutralität ist der Schlüssel, um ein freies und offenes Internet sicherzustellen. Nur ohne staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe bleibt es ein Raum des freien Dialogs. Wir werden uns in einer SPD-geführten Landesregierung dafür einsetzen, die Netzneutralität in Europa zu sichern und zu stärken.

Die „digitale Kluft“ zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum muss durch einen flächendeckenden Hochgeschwindigkeitszugang zu Festnetzen und mobilen Breitbandnetzen geschlossen werden. Das EU-Beihilfenrecht muss den Mitgliedstaaten und den Gebietskörperschaften eine entsprechende finanzielle Förderung konsequent erlauben. Dafür werden wir uns einsetzen.

Nur wer sich in der digitalen Welt zurecht findet, kann Risiken einschätzen, Schaden abwenden und sich im Netz frei und sicher bewegen. Wir werden

gehört die Zukunft. Sie sollen in Zukunft früher mitentscheiden können, wie diese aussehen wird. Deshalb wollen wir das Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunal- und Landtagswahlen einführen und die Stellung von Jugendgemeinderäten in der Gemeindeordnung stärker verankern.

Wir wollen Politik gemeinsam gestalten. Menschen mit Migrationshintergrund dürfen nicht länger nur im Mittelpunkt von Debatten stehen, sie sollen endlich auch politisch partizipieren und vor Ort mitentscheiden können. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass künftig neben ~~EU-AusländerInnen~~Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern auch Menschen, die nicht aus EU-Ländern kommen, aber seit mehr als drei Jahren in Deutschland leben, das kommunale Wahlrecht erhalten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Partizipation der „~~Neuen~~ Inländerinnen und Inländer“ weiterhin stärken durch eine Initiative für erleichterte Einbürgerung und Zugang zu einer doppelten Staatsangehörigkeit.

5. Digitale Teilhabe und Selbstbestimmung sichern

Wir leben in der digitalen Gesellschaft. Diese Entwicklung bietet große Chancen für unsere Demokratie. Diese wollen wir nutzen und Baden-Württemberg fit machen für das digitale Zeitalter. Wir setzen uns dafür ein, dass wirklich alle Bürgerinnen und Bürger die neuen Möglichkeiten auch nutzen können. Für uns steht fest: wir wollen die Spaltung unserer Gesellschaft auch in der digitalen Welt überwinden.

Netzneutralität ist der Schlüssel, um ein freies und offenes Internet sicherzustellen. Nur ohne staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe bleibt es ein Raum des freien Dialogs. Wir werden uns in einer SPD-geführten Landesregierung dafür einsetzen, die Netzneutralität in Europa zu sichern und zu stärken.

Die „digitale Kluft“ zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum muss durch einen flächendeckenden Hochgeschwindigkeitszugang zu Festnetzen und mobilen Breitbandnetzen geschlossen werden. Das EU-Beihilfenrecht muss den Mitgliedstaaten und den Gebietskörperschaften eine entsprechende finanzielle Förderung konsequent erlauben. Dafür werden wir uns einsetzen.

Nur wer sich in der digitalen Welt zurecht findet, kann Risiken einschätzen, Schaden abwenden und sich im Netz frei und sicher bewegen. Wir werden

Internetkompetenz zum allgegenwärtigen Bestandteil der Bildungspläne machen.

6. Medienpolitik für die Demokratie

Demokratie braucht starke und unabhängige Medien. Eine erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenz ist ohne grundlegende Mediennutzungskompetenz nicht mehr möglich. Daher müssen bereits Kinder an die modernen Medien herangeführt werden, um frühzeitig diese für das spätere Berufs- sowie Privatleben unverzichtbare Kernkompetenz zu erlernen. Wir werden diese Medienbildung in unserem Land dauerhaft und verlässlich fördern und für eine medienpädagogische Grundbildung sowie die ständige Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte auf allen Ebenen sorgen.

Wir stehen für den Erhalt und die Fortentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er hat auch künftig im dualen System der elektronischen Kommunikation die in einer Demokratie unerlässliche mediale Grundversorgung der Bevölkerung zu garantieren. Um auf der Höhe der Zeit zu bleiben, ist der Programmauftrag dynamisch auszulegen. Das Angebot muss offen für neue Publikumsinteressen, Inhalte, Formen und Techniken sein.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss auch für die Zukunft gewährleistet sein. Die SPD unterstützt die Reform der Rundfunkgebührenfinanzierung.

Aufruf: Ein neuer Politikstil für Baden-Württemberg

Bei der Landtagswahl am 27. März 2011 steht für die Menschen in Baden-Württemberg viel auf dem Spiel. Sie können sich zwischen zwei grundlegend unterschiedlichen Wegen für unser Land entscheiden.

Bleibt alles beim Alten, wird die Regierung Mappus 60 Jahre CDU - Herrschaft in Baden-Württemberg fortsetzen, weiter über die Köpfe der Menschen hinweg regieren und die Gräben vertiefen, die unser Land heute durchziehen.

Oder unser Land wagt mit einem Ministerpräsidenten Nils Schmid einen Neuanfang, um die tiefe innere Spaltung zu überwinden und gemeinsam den Grundstein für eine neue politische Kultur im Land zu

Internetkompetenz zum allgegenwärtigen Bestandteil der Bildungspläne machen.

6. Medienpolitik für die Demokratie

Demokratie braucht starke und unabhängige Medien. Eine erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenz ist ohne grundlegende Mediennutzungskompetenz nicht mehr möglich. Daher müssen bereits Kinder an die modernen Medien herangeführt werden, um frühzeitig diese für das spätere Berufs- sowie Privatleben unverzichtbare Kernkompetenz zu erlernen. Wir werden diese Medienbildung in unserem Land dauerhaft und verlässlich fördern und für eine medienpädagogische Grundbildung sowie die ständige Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte auf allen Ebenen sorgen.

Wir stehen für den Erhalt und die Fortentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er hat auch künftig im dualen System der elektronischen Kommunikation die in einer Demokratie unerlässliche mediale Grundversorgung der Bevölkerung zu garantieren. Um auf der Höhe der Zeit zu bleiben, ist der Programmauftrag dynamisch auszulegen. Das Angebot muss offen für neue Publikumsinteressen, Inhalte, Formen und Techniken sein.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss auch für die Zukunft gewährleistet sein. Die SPD unterstützt die Reform der Rundfunkgebührenfinanzierung.

Aufruf: Ein neuer Politikstil für Baden-Württemberg

Bei der Landtagswahl am 27. März 2011 steht für die Menschen in Baden-Württemberg viel auf dem Spiel. Sie können sich zwischen zwei grundlegend unterschiedlichen Wegen für unser Land entscheiden.

Bleibt alles beim Alten, wird die Regierung Mappus 60 Jahre CDU - Herrschaft in Baden-Württemberg fortsetzen, weiter über die Köpfe der Menschen hinweg regieren und die Gräben vertiefen, die unser Land heute durchziehen.

Oder unser Land wagt mit einem Ministerpräsidenten Nils Schmid einen Neuanfang, um die tiefe innere Spaltung zu überwinden und gemeinsam den Grundstein für eine neue politische Kultur im Land zu

3380 legen.

Nur mit einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung wird unser Land mehr direkte Demokratie wagen.

3385 Nur mit einem Ministerpräsidenten Nils Schmid wird auch in Baden Württemberg die Herkunft nicht länger das Schicksal bestimmen und Aufstieg durch Bildung vom Traum zur Realität.

3390 Nur die Sozialdemokratie kämpft entschlossen für sichere Arbeitsplätze, von denen die Menschen auch gut leben können.

3395 Nur wenn Schwarz-Gelb abgewählt wird, können wir verhindern, dass die Solidarität weiter abgeschafft wird und der Zugang zu Gesundheitsversorgung vom Geldbeutel abhängt.

3400 Diese Entscheidung liegt am 27.März in den Händen der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Sie wird wegweisend sein für den Südwesten, aber auch für ganz Deutschland.

3405 Die Zeit des Wechsels ist gekommen.

Für einen neuen politischen Stil, der Menschen überzeugt und nicht überwältigt. Für eine Politik, die versöhnt statt zu spalten.

3410 Wir bitten um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

legen.

Nur mit einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung wird unser Land mehr direkte Demokratie wagen.

Nur mit einem Ministerpräsidenten Nils Schmid wird auch in Baden Württemberg die Herkunft nicht länger das Schicksal bestimmen und Aufstieg durch Bildung vom Traum zur Realität.

Nur die Sozialdemokratie kämpft entschlossen für sichere Arbeitsplätze, von denen die Menschen auch gut leben können.

Nur wenn Schwarz-Gelb abgewählt wird, können wir verhindern, dass die Solidarität weiter abgeschafft wird und der Zugang zu Gesundheitsversorgung vom Geldbeutel abhängt.

Diese Entscheidung liegt am 27.März in den Händen der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Sie wird wegweisend sein für den Südwesten, aber auch für ganz Deutschland.

Die Zeit des Wechsels ist gekommen.

Für einen neuen politischen Stil, der Menschen überzeugt und nicht überwältigt. Für eine Politik, die versöhnt statt zu spalten.

Wir bitten um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung

Antragsbereich R

Antrag 2

(Kennnummer: 66)

Kreisverband Freiburg

Mehr Demokratie

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

Ersetze S.4, Z 8

5 Wir wollen mehr Demokratie machen:

Durch:

Wir wollen mehr Demokratie:

Ablehnung

Antragsbereich R

Antrag 3

(Kennnummer: 68)

Kreisverband Freiburg

Quorum

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

S. 7, Z.1, Satz 2 soll wie folgt geändert werden:

5 Wir werden das bisherige Quorum bei der Abstimmung über einfach
Gesetze auf 15% der Wahlberechtigten absenken. Antrag R32

Ablehnung

Antragsbereich R

Antrag 4

(Kennnummer: 35)

Empfehlung

Antrag

Im Kapitel II (Bildung) wollen wir die Abschnitte 0 (Einleitung) bis 3 neu formulieren, wie es im Anhang dargestellt ist.

5

III. Für ein kluges Baden-Württemberg – Beste Bildung für alle

10

Im Bildungssystem liegt der Schlüssel zu wirtschaftlicher Prosperität, zu mehr qualifizierter Beschäftigung und nicht zuletzt zu mehr Gerechtigkeit in unserem Land. Die Qualität der Bildung entscheidet maßgeblich über die Zukunft jedes Einzelnen, sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Der skandalöse Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen in Baden-Württemberg bringt junge Menschen um die Perspektive, ihre Situation durch Anstrengung verbessern zu können.

15

20

Aufstieg durch Bildung und Leistung – das stellt ein Versprechen der Gesellschaft dar. Dieses Versprechen werden wir erneuern und halten, denn über die Chancen eines Kindes darf nicht der Geldbeutel der Eltern entscheiden. Zu lange schon beginnt die soziale Spaltung in unserem Land bereits im Kindesalter. Das wollen wir aufbrechen und das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule verwirklichen.

25

1. Auf den Anfang kommt es an

30

In die frühkindliche Bildung und Betreuung werden heute viele Hoffnungen gesetzt: Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll Eltern als gesuchte Fachkräfte schnell wieder in Beschäftigung bringen, allen Kindern sollen gerechte Bildungschancen ermöglicht werden und sie brauchen Raum und Zeit für die Bewahrung und optimale Entwicklung ihrer wichtigsten Fähigkeiten: Neugierde, kindliches Selbstbewusstsein, Vertrauen in die Selbstwirksamkeit sowie – in all ihrer Individualität - die Gewissheit der Anerkennung und Teilhabe in der Gesellschaft, das „Angenommensein“ in dieser Welt.

35

40

Der frühkindlichen Bildung wird eine hohe Bedeutung für die Lern- und Lebenschancen eingeräumt. Eltern sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder und setzen auf eine frühe Förderung möglichst vieler Fähigkeiten und Talente. Die Politik fordert zu Recht, dass unterschiedliche Startbedingungen und Defizite der Kinder ausgeglichen werden. Doch Klein- und Kindergartenkinder verweigern sich einem traditionellen schulischen Bildungsansatz: Sie lernen nicht

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

nach Stundenplan, sie lernen den ganzen Tag.

45

Deshalb müssen die Einrichtungen einen Spagat zwischen optimaler Förderung und maximalem Freiraum für die kindliche Entwicklung, zwischen Qualitätsentwicklung und der Zeit der Erzieherinnen und Erzieher für das einzelne Kind leisten. Dazu kommt die Einbeziehung

50

der Eltern in die Erziehungspartnerschaft sowie zumindest die Vermittlung von Erziehungsberatung, Eltern- und Familienbildung.

Die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten verdienen für die Bewältigung dieser Vielfalt an wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben unsere höchste Anerkennung. Deshalb wollen wir ihrer Arbeit unser größtes Augenmerk einräumen und werden

55

die Personalausstattung der Einrichtungen mit Fachkräften verbessern und in einem Stufenplan die Fachkraft-Kind-Relation auf einen Mindeststandard von 1:12 anheben,

60

den Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen verbindlich machen, um die Qualität in der Entwicklungs- und Bildungsbegleitung zu verstetigen,

65

die pädagogischen Fachkräfte künftig höher qualifizieren und die Pädagogischen Hochschulen im Land für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern öffnen,

70

die Kindertagesstätten zu pädagogischen Zentren für frühkindliche Förderung und Beratung, für Eltern- und Familienbildung weiterentwickeln und

schrittweise beitragsfreie und damit verbindliche Kindergartenjahre einführen.

75

Die notwendigen Schritte dafür wollen wir mit Trägern und Fachkräften gemeinsam gehen. Wir werden die Kommunen dabei ebenso finanziell unterstützen wie bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr.

80

Wir wollen eine stärkere Verzahnung zwischen Kindergarten und Schule, damit die pädagogischen Ansätze voneinander lernen und der Übergang für die Kinder fließender gestaltet werden kann. In der Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtung, Schule und Eltern entsteht die Möglichkeit, gemeinsame pädagogische Konzepte langfristig anzusetzen und Kinder individuell zu fördern.

85

2. Länger gemeinsam Lernen

90

Bildungs- und Sozialwissenschaftler und viele Institutionen wie

Gewerkschaften und Kirchen sind der Überzeugung und stimmen uns zu, dass die frühe Auslese der Kinder und die Dreigliedrigkeit des baden-württembergischen Schulsystems die soziale Ungerechtigkeit verstärkt und viele Chancen ungenutzt lässt. In den meisten unserer europäischen Nachbarländer gibt es keine Auslese der Schüler nach der 4. Klasse, nur Deutschland und Österreich halten an diesem System fest.

Auf der anderen Seite gibt es nach den Erfahrungen jedes Einzelnen im bestehenden Schulsystem viele Gründe, am Gelingen des längeren gemeinsamen Lernens zu zweifeln, weil die dazu notwendige individuelle Förderung der Schüler nicht leistbar erscheint. Unsere Lehrer erfahren eine dem System angepasste dreigliedrige Ausbildung, die Eltern fürchten, ihre Kinder müssten das Lehrgeld einer Strukturreform bezahlen. Viel zu große Klassen und ein eklatanter Mangel an Fachlehrern und optimaler Ausstattung führen dazu, dass an unseren Schulen immer mehr kunstvoll und erfolgreich der Mangel verwaltet wird, so dass auf die Bedürfnisse der Schüler immer weniger eingegangen werden kann und so manchen der Mut für eine „Gute Schule“ verlässt.

Wir Sozialdemokraten glauben jedoch an die Innovationsfähigkeit und die Kraft unserer Schulen. Wir glauben, dass Rektoren und Lehrer, Eltern und Schüler gemeinsam mit den Trägern und gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen in Eigenständigkeit eine Schule entwickeln können, die jedem Schüler die besten Entwicklungs- und Bildungschancen bietet, wenn wir ihnen die notwendigen Mittel dazu bereitstellen.

Wir sind überzeugt, dass das längere gemeinsame Lernen die besten Chancen für die Schwächeren ebenso wie für die Leistungsstarken ermöglicht. Gute Erfahrungen und Erfolge der Lehrer, Schüler und Eltern mit individuellem Lerntempo und individueller Förderung können wachsen, wie wir das heute schon beim jahrgangsübergreifenden Unterricht in den Grundschulen sehen können.

Durch den Erhalt wohnortnaher Schulstandorte zumindest an Orten mit über 5000 Einwohnern, durch die Reduzierung weiträumiger Schülertransporte und Mehrfachstrukturen in der Schulverwaltung lassen sich finanzielle und organisatorische Spielräume für individuelle Förderung und gute Ausstattung nutzen. Wir werden das umsetzen, lassen damit die Schule „im Dorf“ und sichern ein hochwertiges, wohnortnahes Bildungsangebot im ganzen Land.

Der Zwang zur Umwandlung der Hauptschulen in mindestens zweizügige Werkrealschulen würde dagegen zum Aus für hunderte von kleinen Hauptschulen insbesondere im ländlichen Raum führen. Dabei werden in die Gesellschaft vernetzte Schulen zerstört, die individuelle

140 Förderung leisten und wo der Handwerker und der mittelständische
Unternehmer am Ort weiß, wo er seine künftigen Auszubildenden
frühzeitig kennenlernen und fördern kann.

Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums und das
145 Genehmigungsverfahren für Werkrealschulen sind Paradebeispiele
dafür, wie Schulreformen von oben herab gewachsene Strukturen
zerstören können und letztlich zum Scheitern verurteilt sind. Die Art und
Weise, wie das Turboabitur organisiert wurde, belastet Schülerinnen
und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in unverantwortlicher
150 Weise. Wir wollen es zumindest möglich machen, innerhalb des
achtjährigen Gymnasiums (G8) einen parallelen G9-Zug einzurichten.
Mit Wahlfreiheit für die Eltern, welche Variante für ihr Kind die beste ist.
Auch wollen wir es Hauptschulstandorten ermöglichen, einen
Realschulabschluss anzubieten. Schüler, die die notwendigen
155 Voraussetzungen erfüllen, sollen einen Rechtsanspruch auf Zugang zu
einem beruflichen Gymnasium bekommen.

Den drastischen Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg werden wir
nicht länger hinnehmen. Zuletzt fielen in den allgemein bildenden
160 Schulen statistisch bis zu 5,5% der Unterrichtsstunden aus – und
betroffene Schüler, Eltern und Lehrer wissen genau, was das
angesichts der statistisch nicht gewerteten Vertretungs- und
Aufsichtsstunden in der Praxis bedeutet. An den beruflichen Schulen
fallen mittlerweile sogar bis zu 12% des Unterrichts aus. Das werden
165 wir ändern. Wir werden zusätzliche Lehrkräfte ausbilden, einstellen und
die Unterrichtsversorgung verbessern. Die Zahl der
Krankheitsstellvertreter soll um 33% erhöht werden.

Wir sind der Überzeugung, dass Lehrer gerade heute für ihre Arbeit an
170 unserem wichtigsten Kapital, ihre Sorge für die Zukunft unserer Kinder
alle gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung verdient haben
statt unbezahlter Mehrarbeit in einem Vorgriffstundenmodell zur
Finanzierung des Landeshaushalts.

175 Eltern im ganzen Land ächzen unter der finanziellen Belastung, die
ihnen aus dem Schulbesuch ihrer Kinder entsteht. Wir verteidigen
deshalb entschieden den Verfassungsauftrag der Lernmittelfreiheit (Art.
4 Abs. 3 der Landesverfassung). Sie ist ein wichtiges Element der
Chancengleichheit im Bildungswesen.

180 Darüber hinaus sind wir uns über die wahre Belastung der Elternhäuser
im Klaren: Pro Jahr geben Eltern in Deutschland 1,5 Milliarden Euro für
Nachhilfe aus, Baden-Württemberg steht mit 131 Euro pro Elternhaus
und Jahr an der Spitze. Eltern verzichten für ihre Rolle als Hilfslehrer
185 der Nation auf die Berufstätigkeit und entgehen damit dem Arbeitsmarkt
als qualifizierte Arbeitskraft. Dass das deutsche Schulsystem auf diese
Leistung der Eltern baut, ist der wahre Schlüssel zu seiner sozialen

Selektivität.

190 Wir sind der Überzeugung, dass eine Ganztagschule mit viel
individueller Förderung und mit rhythmisierten Phasen der Übung und
Vertiefung allen Schülern unabhängig vom Geldbeutel und
Bildungshintergrund ihrer Eltern die besten Chancen bietet. Deshalb
195 wollen wir das Angebot an Ganztagschulen flächendeckend ausbauen
und die Ganztagschule als Schulform gesetzlich verankern.

Auch gegen die Ganztagschule gibt es noch viele Vorbehalte. „Der
Staat will uns unsere Kinder wegnehmen!“ heißt es da bei manchen
Eltern. Und die Schüler fürchten um ihre Freiheit und um die letzten
200 Reste unverplanter Freizeit. Wir wollen sie überzeugen: Wenn Schulen
sich mit guter Personalausstattung zu Lern- und Lebensorten ohne
starren 45-Minuten-Takt entwickeln können, wenn sie nicht nur
vielfältige ergänzende Bildungs- und Freizeitangebote, sondern auch
die Befreiung des Familienalltags von Hausaufgaben und Nachhilfe
205 bieten und Väter und Mütter guten Gewissens ihrer Berufstätigkeit
nachgehen können, dann könnte auch die Akzeptanz der
Ganztagschule wachsen.

Dabei muss auch die Beratung und Unterstützung der Schüler durch
210 ausgebildete Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen fester Bestandteil
schulischen Lebens sein. Wir begreifen Schulsozialarbeit als
Landesaufgabe und werden sie anteilig finanzieren.

Unsere Schulen und Kindertagesstätten sollen auch für Kinder mit
215 Behinderungen offen sein. Das gehört für uns zum (längeren)
gemeinsamen Lernen und zur Überwindung gesellschaftlicher Gräben
dazu. Wir wollen, dass Eltern von Kindern mit Behinderungen ein
echtes Wahlrecht haben, so dass sie entscheiden können, in welche
Tagesstätte und auf welche Schule ihr Kind gehen soll. Die
220 Einrichtungen müssen dazu im umfassenden Sinne barrierefrei werden
und das stützende Fachpersonal muss gestellt werden.

Kinder mit Migrationshintergrund müssen zur Teilhabe an der
deutschen Gesellschaft befähigt und ermutigt werden und sie müssen
225 sich mit ihrer Kultur im Schulalltag wiederfinden können.
Mehrsprachigkeit sehen wir als Stärke. Das bedeutet, dass wir das
Erlernen der deutschen Sprache fördern und fordern wollen. Das
bedeutet aber auch, dass wir die Muttersprachen von Migrantinnen und
Migranten wie Türkisch oder Griechisch als ordentliches Lernfach
230 anbieten werden.

3. Berufliche Basisqualifikation für alle

Wir wollen das Duale System erhalten, stärken und weiterentwickeln.
235 Dazu müssen die beruflichen Schulen eine deutlich bessere

Versorgung mit Lehrkräften und sächlicher Ausstattung erhalten. Wir wollen ihnen die Möglichkeit eröffnen, sich auf Wunsch zu regionalen Berufsbildungszentren für die Aus-, Fort- und Weiterbildung entwickeln zu können. Das verbessert die berufliche Bildung in der Region und trägt dazu bei, den Standort nachhaltig zu sichern.

Für eine lebenslang erfüllende und existenzsichernde Berufstätigkeit brauchen Menschen eine gute Berufsausbildung, das wollen wir durch einen Rechtsanspruch untermauern. Solange noch immer tausende Jugendliche zumindest nicht auf Anhieb eine Ausbildungsstelle im dualen System finden und auf berufsvorbereitende Maßnahmen angewiesen sind, müssen die dort erbrachten Leistungen in der späteren Ausbildung anerkannt werden, damit sie für die jungen Menschen nicht nur Warteschleifen sind. Deshalb wollen wir die Übergangssysteme (BVJ, VAB, BEJ) grundlegend reformieren. Auch die Abschlüsse der vollzeitschulischen Ausbildungsgänge werden von der Wirtschaft nicht als gleichwertig akzeptiert. Ihre Absolventen sollen künftig zur Kammerprüfung zugelassen werden.

Der direkte Einstieg insbesondere der Hauptschüler, Werkreal- und Realschüler in eine duale Ausbildung muss wieder zum Regelfall werden. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau von Modellen einer assistierten Ausbildung im dualen System ein. Sollte die Wirtschaft auch weiterhin nicht genügend Ausbildungsstellen zur Verfügung stellen, so wollen wir sie zur Finanzierung alternativer Ausbildungsmöglichkeiten heranziehen.

Darüber hinaus erhöhen Karrierewege nach der Erstausbildung die Attraktivität der dualen Ausbildung. Dazu müssen Zusatzqualifikationen systematisiert werden und wir wollen es ermöglichen, neben der Ausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben.

Begründung:

1. Wenn wir es Regierungsprogramm nennen, dann haben die Begriffe "CDU-FDP-Regierung", "schwarz-gelbe Regierung" oder gar "Ministerpräsident Mappus" darin nichts verloren. Denn wenn es dazu kommt, dass wir gemeinsam mit einem Koalitionspartner daraus ein Regierungsprogramm schmieden, dann gibt es das alles (hoffentlich) nicht mehr.

2. Im Ganzen möchte ich im Programm einer Partei nicht lesen, was die anderen falsch gemacht haben oder falsch machen würden. Ich will mich mit meinen Sorgen und Nöten verstanden und ernst genommen wissen und will lesen, welche guten Ideen zu Ihrer Überwindung realisiert werden sollen.

3. In unseren Schriften sollen wir nicht nur die Sichtweise der Politik,

sondern auch die der Betroffenen bedienen, das sind hier Eltern,
285 ErzieherInnen, LehrerInnen und Kinder / Schüler.

Antragsbereich R

Antrag 5

(Kennnummer: 36)

Kreisverband Calw

Studiengebühren abschaffen

Empfehlung

Antrag

Im Kapitel III Abschnitt 4 – „Studiengebühren abschaffen –
Hochschulen demokratisieren“ beantragen wir folgende Einfügung auf
5 Seite 18 nach dem Zeilenende der Zeile 9:

Der Wegfall der Studiengebühren wird durch eine entsprechende
zweckgebundene Erhöhung des Staatszuschusses ausgeglichen.

10 Begründung:

Die Studiengebühren werden inzwischen, wie von uns immer
vorhergesagt, weitgehend für den Grundbedarf bei der Finanzierung
der Lehre eingesetzt. Der ersatzlose Wegfall würde an den meisten
15 Hochschulen zu einem gewaltigen Qualitätsverlust bei der Lehre
führen.

Die doppelten Jahrgänge, die an die Hochschulen drängen, verschärfen
die Situation dazu hin nochmals erheblich. Dies kann nicht
2 hingenommen werden. Der Staat muss endlich seiner Aufgabe wieder
gerecht werden, die Hochschulen genügend finanziell auszustatten.

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 6

(Kennnummer: 44)

Kreisverband Heilbronn ST.

Änderungen Bildungsbereich

Empfehlung

Der SPD-Kreisvorstand Heilbronn Stadt beantragt folgende Änderungen am Entwurf des Regierungsprogramms:

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

S. 14 nach Zeile 14 einfügen

5

... Die SPD wird deshalb im Bildungsbereich keine Mittel kürzen oder Stellen streichen. Ressourcen, die durch zurückgehende Schülerzahlen frei werden, müssen für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung und für pädagogische Reformen eingesetzt werden.

10

S. 15 Zeile 28 ersetzen

... Wir werden deshalb die kostenfreie Ganztageschule als Schulform gesetzlich verankern und mit den notwendigen Stellen und Ressourcen ausstatten.

15

S. 16 Zeile 31 ersetzen bzw. einfügen

... Das werden wir ändern. Wir werden zusätzliche Lehrerstellen schaffen, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Die SPD legt einen Stufenplan mit dem Ziel vor, das strukturelle Unterrichtsdefizit und die angesammelten Bugwellenüberstunden an den Beruflichen Schulen in der nächsten Legislaturperiode abzubauen.

20

Antragsbereich R

Antrag 7

(Kennnummer: 56)

*Ortsverein Ammerbuch
(Kreisverband Tübingen)*

Studiengebühren

Empfehlung

Antrag 1

Änderung Seite 2

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

5

Zeile 17:

Unsoziale Studiengebühren tun ihr übriges und treiben jene, die sich den Traum vom Aufstieg durch Bildung trotzdem verwirklichen wollen, in die Verschuldungsfalle.

10

„Unsoziale“ soll gestrichen werden, damit ergibt sich:

15 Studiengebühren tun ihr übriges und treiben jene, die sich den Traum vom Aufstieg durch Bildung trotzdem verwirklichen wollen, in die Verschuldungsfalle.

Begründung:

20 Welche Studiengebühren „unsozial“ und welche „sozial“ sind, darüber kann man sich lange streiten. Wir wollen auch keine „sozialen“ Studiengebühren – sie gehören grundsätzlich abgeschafft.

Antragsbereich R

Antrag 8

(Kennnummer: 64)

Kreisverband Freiburg

Turbo-Abitur

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

5 S. 2, Zeile 11: Ergänzung des Satzes „Eltern und Kinder verzweifeln am rücksichtslos umgesetzten Turbo-Abitur.“

Der ergänzte Satz lautet: Eltern und Kinder verzweifeln an der frühen Schulartzuweisung, an der Einführung der Werkrealschule und am Turbo-Abitur.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 9

(Kennnummer: 65)

Kreisverband Freiburg

Ausbildungsplatz

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

- 5 S. 2, Zeile 13: Austausch des Wortes „darauf“:
- Der neue Satz lautet: Für zu viele Jugendliche folgt nach ihrem Schulabschluss die aufreibende Suche nach einem guten Ausbildungsplatz,...
- 10 Begründung:
- Begründung: Die einseitige Konzentration auf die Probleme des Gymnasiums widerspricht dem ganzheitlichen Bildungsanspruch der SPD.
- 15

Antragsbereich R

Antrag 10

(Kennnummer: 69)

Kreisverband Freiburg

Lehrkraft-SchülerInnen-Verhältnis

Empfehlung

- Der Landespartei möge beschließen:
- S. 8, Zeile 12 (neuester Entwurf): Ergänzung: Wir werden das Lehrkraft Schüler-/innen Verhältnis so verbessern, dass individuelle Förderung
- 5 möglich ist.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 11

(Kennnummer: 70)

Kreisverband Freiburg

Duale System

Empfehlung

- Der Landespartei möge beschließen:
- 1.) Streiche S.14 Z. 29 – S. 15 Z. 3
- 5 2.) Ersetze S.16, Zeile 22-28
- „Wir wollen das Duale System erhalten, stärken und weiter entwickeln.“

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

10 Für all diejenigen, die keinen Ausbildungsplatz im dualen System
finden, obwohl sie keine zusätzliche Unterstützung benötigen, muss
das Land in Zukunft alternative Ausbildungsmöglichkeiten bereitstellen.
Wir setzen sich sowohl für den Ausbau von Modellen einer
assistierten Ausbildung im dualen System ein als auch für die
Gleichwertigkeit von vollzeitschulischen Ausbildungen in Ergänzung
zum dualen System. Die Absolventen sollen in Zukunft zur
15 Kammerprüfung zugelassen werden.“

Durch:

20 „Wir wollen das Duale System erhalten, stärken und weiter entwickeln.
Für all diejenigen, die keinen Ausbildungsplatz im dualen System
finden, obwohl sie keine zusätzliche Unterstützung benötigen, muss
das Land in Zukunft alternative Ausbildungsmöglichkeiten bereitstellen.
Wir setzen sich sowohl für den Ausbau von Modellen einer
assistierten Ausbildung im dualen System ein als auch für die
25 Gleichwertigkeit von vollzeitschulischen Ausbildungen in Ergänzung
zum dualen System. Die Absolventen sollen in Zukunft zur
Kammerprüfung zugelassen werden.“

30 Neu eingefügt: S. 16 im Anschluss an Z. 32: Um jedem Menschen
einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen zu können, streben wir
eine gesetzliche Regelung an, die Unternehmen bei der Schaffung
neuer Ausbildungsplätze unterstützt. Die Ausbildungsumlage ist hierfür
das richtige Instrument.“

Antragsbereich R

Antrag 12

(Kennnummer: 71)

Kreisverband Freiburg

Regelschullehrkräfte

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

5 S. 17, Zeile 10: Ergänzung: Regelschullehrkräfte müssen für den
Unterricht in heterogenen Gruppen und mit Menschen mit
Behinderungen weitergebildet werden. Die Ausstattung der Schulen mit
Lehrkräften, Sonderpädagogen, Sozialarbeitern und Schulpsychologen
erfolgt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Schulen im Sinne
der örtlichen Schulkonzepte.

10 S. 17, Zeile 14: Ergänzung: Wir werden diese umfassenden

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Schulreformen mit den Lehrkräften gemeinsam meistern. Steigende Heterogenität, die Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion und neue Lehr- und Lernformen erfordern eine regelmäßige begleitende Fortbildung, die auf die Bedürfnisse der Lehrkräfte abgestimmt ist.

15

Begründung:

Begründung: Noch ist die Ausbildung der Lehrkräfte nicht auf Inklusion und heterogene Gruppen ausgerichtet. Regelmäßige und dauerhaft angebotene Fortbildungen sowie Fachkräfte über Regelschullehrkräfte hinaus sichern die Umsetzung unserer Schulreformen.

20

Antragsbereich R

Antrag 13

(Kennnummer: 72)

Kreisverband Freiburg

Studiengebühren

Empfehlung

S.18 Ersetze in den Zeilen 7, 9 und 29 „Studiengebühren“ durch „Studien- und Verwaltungsgebühren“

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Begründung:

5

Verwaltungsgebühren werden jedes Jahr neu erhoben -. zusätzlich zu den Studiengebühren und zusätzlich zu den Solidarbeiträgen. Werden die Studiengebühren abgeschafft, so besteht die Gefahr, dass die Universitäten versuchen, über eine drastische Erhöhung der Verwaltungsgebühren ihre Finanzen aufzubessern. Dem gilt es entgegenzuwirken! Bildungsgebühren im allgemeinen sind unsozial und müssen abgeschafft werden.

10

Antragsbereich R

Antrag 14

(Kennnummer: 73)

Kreisverband Freiburg

Abschaffung Studiengebühren

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

S. 18 Zeile 9: Füge nach „Studiengebühren“ ein: „zum Wintersemester 2011“

5

Begründung:

10 Zur Abschaffung der Studiengebühren ist ein konkreter Zeitplan vonnöten! Dies gibt auf der einen Seite den Hochschulen Planungssicherheit in ihrem Haushalt, auf der anderen Seite schafft es Vertrauen in unser Regierungsprogramm, dass wir durch unkonkrete Forderungen verlieren. Da wir die Studiengebühren richtigerweise als unsozial identifiziert haben, müssen wir sie schnellstmöglich nach dem Regierungswechsel abschaffen. Der nächste realisierbare Termin ist

15 das Wintersemester 2011.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 15

(Kennnummer: 74)

Kreisverband Freiburg

Autonomie Hochschule

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

5 S. 18 Zeile 18: Füge am Ende einen Satz ein: „Die Finanz- und Satzungsautonomie sowie die Rechtskörperschaft wird zur Verwirklichung dieser Ziele garantiert.“

Begründung:

10 Die Satzungsautonomie ist notwendig um die Ausgestaltung der Interessenvertretung an die Bedürfnisse der jeweiligen Hochschule anzupassen und um den

15 verschiedenen derzeit existierenden Vertretungsstrukturen gerecht zu werden.

Nur durch die Finanzhoheit kann die Unabhängigkeit der

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Studierendenschaft gewährleistet werden.

20 Die Studierenden finanzieren ihre Vertretung mit Beiträgen selbst.

Die Studierendenschaft muss eine eigene Rechtskörperschaft darstellen, um eigenständig Verträge

25 schließen zu können wie z.B. über ein Studierendenticket im ÖPNV. Außerdem muss sie in der

Lage sein, notfalls vor den Verwaltungsgerichten ihre Rechte

30 gegenüber Hochschule und Politik

einklagen zu können.

Antragsbereich R

Antrag 16

(Kennnummer: 75)

Kreisverband Freiburg

Ziele

Empfehlung

Der Landesparteitag möge beschließen:

S. 18 Zeile 21: Füge nach „...Ziele bleiben“ ein: „überwiegend“

5 Begründung:

„abstrakte Ziele“ definiert jeder für sich anders, eine Pauschalisierung ist von daher nicht treffend.

10

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 17

(Kennnummer: 76)

Kreisverband Freiburg

Bolognareform

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

S. 18 Zeile 30: Füge ein einen neuen Absatz:

5 „Der Grundgedanke der Bolognareform war die Schaffung eines
vergleichbaren europäischen Hochschulraums. Dies wird durch eine
fehlende Anerkennungspraxis von abgelegten Prüfungen an anderen
Hochschulen, oftmals noch im selben Bundesland, konterkariert. Dieser
Widerspruch bedarf einer schnellen Lösung. Neben der Anerkennung
10 von Prüfungsleistungen müssen auch die unterschiedlichen Abschlüsse
der einzelnen Hochschulen allgemein anerkannt werden. So fordern wir
im Sinne des „Übereinkommens über die Anerkennung von
Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region“ die
Umkehr der Beweislast zu Gunsten der Studierenden bezüglich der
15 Gleichwertigkeit von Prüfungsleistungen. Die Hochschulen müssen den
Studierenden eine fehlende Qualifikation nachweisen. Die bisherige
Praxis, dass Studierende den Nachweis erbringen müssen, dass eine
erbrachte Leistung den jeweiligen Anforderungen der Hochschule
gleichwertig ist, ist unsozial und verschlingt Ressourcen, die
20 anderweitig einsetzbar sind. Die Realität zeigt, dass die Hürden, die
einem bei der Anerkennung oft in den Weg gelegt werden, oftmals nicht
zu überwinden sind. Aus diesem Grund ist es vonnöten, das Diploma
Supplement und ein Transcript of records jederzeit ausstellen zu
können und nicht, wie bislang, erst mit dem Abschluss.“

25

Antragsbereich R

Antrag 18

(Kennnummer: 77)

Kreisverband Freiburg

Lehr- und Forschungsstandort

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

S. 19 Zeile 17: Füge ein nach „zum“: „Lehr- und“ So dass da steht: „Wir
wollen unser Land zum Lehr- und Forschungsstandort Nr. 1 in Europa
5 machen...“

Begründung:

10 An vielen Hochschulen wird schon lange Wert auf gute Forschung
gelegt- vor allem mit Blick auf mögliche Drittmittelvergaben. Hinter

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

diesem Primat bleibt die Lehre allzu oft zurück, dem muss Abhilfe geschaffen werden. Ein sorgsam austariertes Gleichgewicht zwischen Forschung und Lehre muss geschaffen werden und dem sollten wir in unserem Regierungsprogramm Rechnung zollen.

15

20

Antragsbereich R

Antrag 19

(Kennnummer: 78)

Kreisverband Freiburg

Schwerpunktlegung

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

5

S. 19 Zeile 23: Füge ein einen neuen Absatz: „Eine hauptsächliche Schwerpunktlegung der Hochschulen auf die Forschung kann aber nicht zielführend sein. Wir setzen uns daher ein für ein sorgsam austariertes Gleichgewicht zwischen Forschung und Lehre. Das Land muss seine Hochschulen ausreichend finanzieren, so dass die Drittmittelvergabe längerfristig in den Hochschulhaushalten eine weniger dominante Rolle spielen wird.“

10

Begründung:

15

An vielen Hochschulen wird schon lange Wert auf gute Forschung gelegt- vor allem mit Blick auf mögliche Drittmittelvergaben. Hinter diesem Primat bleibt die Lehre allzu oft zurück, dem muss Abhilfe geschaffen werden. Ein sorgsam austariertes Gleichgewicht zwischen Forschung und Lehre muss geschaffen werden und dem sollten wir in unserem Regierungsprogramm Rechnung zollen.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 20

(Kennnummer: 85)

Kreisverband Freiburg

Empfehlung

Sprachförderung

Der Landespartei möge beschließen:

1.) Ersetze S. 44, Zeile 12-14

5 „Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bereits im Kindergarten und in der Vorschule gezielt die deutsche Sprache gefördert wird und deren Kenntnisse überprüft werden.“

Durch:

10 „Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bereits im Kindergarten und in der Vorschule gezielt die deutsche Sprache gefördert wird und deren Kenntnisse mit dem Ziel individuelle Förderprofile zu erarbeiten evaluiert werden.“

15 2.) Streichung S. 44, Zeile 25-27

Den unbegründeten Abbruch von Integrationskursen akzeptieren wir ebenso wenig wie Schulschwänzerei.

20

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 21

(Kennnummer: 88)

Kreisverband Heidelberg

Bildung HD 2

Empfehlung

S 13 Z 2-4 ersetzen, durch:

5 Bildung ist der Schlüssel zu einer freien, selbst verantworteten Lebensgestaltung, zur Sicherung der materiellen Existenz aus eigener Kraft und zu gesellschaftlicher Teilhabe.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 22

(Kennnummer: 90)

Kreisverband Heidelberg

Bildung HD 4

Seite 13 Z 25:

Ersetze „muss sein“ durch „ist“.

Antragsbereich R

Antrag 23

(Kennnummer: 91)

Kreisverband Heidelberg

Bildungssystem HD 5

S 14 Z 9-11 ersetzen, durch:

5 Unser heutiges, überwiegend gegliedertes Bildungssystem kann diesem Anspruch nicht gerecht werden, es zementiert systembedingt die Abhängigkeit des Bildungserfolgs des einzelnen Kindes von den Verhältnissen, in die es hineingeboren wird. Soziale Segregation durch Bildungsnachteile muss verhindert werden.

10

Antragsbereich R

Antrag 24

(Kennnummer: 92)

Kreisverband Heidelberg

Schulqualität HD 6

Empfehlung

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Empfehlung

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Empfehlung

Streiche: S 15 Z 1-3

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Begründung: Warum quantitative Bewertung – Eltern lassen ihre Kinder
auch in weiter entfernte Schulen gehen, wenn die Qualität der Schule
und der Nahverkehr stimmt.

5

Antragsbereich R

Antrag 25

(Kennnummer: 93)

Empfehlung

Kreisverband Heidelberg

Gemeinschaftsschulen HD 7

Streiche S.15 Zeile 7-9, und ersetze durch:

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

In einem ersten Schritt wollen wir die gemeinsame Grundschulzeit
verlängern. Wir wollen Gemeinschaftsschulen schaffen, dabei wollen
wir größtmögliche Wahl- und Entscheidungsfreiheit für Kommunen
entsprechend der Rahmenbedingungen vor Ort. Gemeinschaftsschulen
können aus Haupt- und Realschule, verbunden mit einem gymnasialen
Angebot geschaffen werden oder durch Zusammenschluss von
Hauptschulen, beruflichen Schulen und beruflichem Gymnasium. Zur
Umsetzung von Gemeinschaftsschulen auf Basis der beruflichen
Schulen (Berufskolleg, Berufsfachschulen, berufliches Gymnasium)
erhalten die beruflichen Gymnasien das Recht auf Erweiterung ihres
Angebots ab Klasse 7.

5

10

15

RealschülerInnen erhalten das Recht auf eine gymnasiale Oberstufe an
beruflichen Gymnasien oder Gemeinschaftsschulen.

Über Bildungswege und -chancen wird in unserem Bildungssystem zu
früh entschieden. Wir wollen ein Schulsystem, in dem Kinder so lange
wie möglich zusammen und voneinander lernen. Dies werden wir durch
die Einrichtung gebundener Ganztagschulen erreichen, in denen
ausschließlich päd. Fachpersonal arbeitet. Es müssen mehr
Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden, so dass mehr Lehrdeputat
zur Verfügung steht.

20

25

Begründung:

Wir wollen das 3gliedrige Schulsystem Schritt für Schritt umbauen, um
längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Für diesen Umbau
benötigen wir die Kommunen. Die Kommunen brauchen größtmögliche
Handlungsspielräume bei der Frage, welche Form des Umbaus für ihre

30

schulische Infrastruktur am besten geeignet ist. Der Zusammenschluss von Haupt- und Realschule mit gymnasialem Angebot ist dabei nur eine Möglichkeit. Gerade im ländlichen Bereich zur Sicherung wohnortnaher Schulstandorte ist dies sinnvoll. In den Städten haben wir bereits ein
35 breit gefächertes Angebot zur Erlangung der mittleren Reife wie auch der Hochschulreife. Dabei spielen die beruflichen Schulen mit Berufskolleg, zweijährigen Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien eine wichtige Rolle. Hier wird bereits gemeinsames Lernen
40 von Schülerinnen und Schülern aus unterschiedlichen Schultypen praktiziert. Ein Umbau dieser Schulen zu Gemeinschaftsschulen mit beruflichem Profil ist schnell und unkompliziert möglich und stärkt die Vielfalt der Angebote.

Antragsbereich R

Antrag 26

(Kennnummer: 94)

Kreisverband Heidelberg
Ganztageschule HD 8

Empfehlung

Füge ein S 15 Z 14, vor „Ganztageschule“: „gebundene

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 27

(Kennnummer: 95)

Kreisverband Heidelberg
Lernen HD 9

Empfehlung

S.15 Z.32 ergänze:

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Kein Kind zurücklassen – Lernen fördern; Unterschiedlichkeit voraussetzen – Lernen individualisieren; Verschiedenheit anerkennen –
5 Respekt vor Besonderheiten; Benachteiligungen kennen und mildern – Erziehungsleistungen stärken; Selbstverantwortung altersgemäß erproben – Erfahrungsräume schaffen.

Individualisierung des Lernens und binnendifferenziertes Lehren sind
10 essenzieller Ausdruck des Menschenrechts auf Bildung und müssen damit allgemeines Prinzip der Schule in BW werden. Die neue, parallel

zum Gymnasium bestehende Schulform (Gemeinschaftsschule) ermöglicht ohne äußere Differenzierung jeder Schülerin und jedem Schüler, alle üblichen Schulabschlüsse – Berufsbildungsreife, erweiterte Berufsbildungsreife, Mittlerer Schulabschluss, Abitur – abzulegen. Die Gemeinschaftsschule verfügt über eine angeschlossene gymnasiale Oberstufe; ggf. durch verbindliche Kooperationsverträge. Sie schließt ohne Selektion an die Grundschule an und leistet so einen wichtigen Beitrag zu größerer Bildungsgerechtigkeit. Sie bietet hinsichtlich Lerntempo, individuellem Unterstützungssystem und Lerngruppengrößen eine überzeugende Alternative zum Gymnasium. Dazu ist die Gemeinschaftsschule hinsichtlich ihrer personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen so auszustatten, dass sie auf die große Heterogenität ihrer Schülerschaft mit kleinen Lerngruppen und besonderer Förderung eingehen kann. Die Gemeinschaftsschule ist eine gebundene Ganztagschule und führt in 13 Schuljahren zum Abitur und lässt so ihren Schülerinnen und Schülern ausreichend Zeit, sich außerhalb des Pflichtunterrichts nach persönlicher Neigung zu bilden (Gestaltung eines individuellen Bildungsprofils).

Die Bildung von Kindern und Jugendlichen, die in einem anregungsarmen Milieu (Stadtteil, Quartier) aufwachsen, erfordert besondere Anstrengungen. Diese Milieus, auch als „soziale Brennpunkte“ bezeichnet, sind gekennzeichnet durch eine Konzentration von bildungsfernen Elternhäusern, häufig mit Migrationshintergrund, die meist auf soziale Transferleistungen angewiesen sind. In den Schulen dieser Stadtteile bilden Kinder und Jugendliche aus der „Risikogruppe“ den weitaus größten Anteil der Schülerschaft (oft über 70 %). Um auch für diese Kinder und Jugendlichen das Menschenrecht auf Bildung zu verwirklichen, bedarf es individueller, an der konkreten Problemlage ausgerichteter Bildungskonzepte mit einem überdurchschnittlichen Ressourcenaufwand.

Begründung:

Der Entwurf zum Programm ist insgesamt zu ungenau und beschreibt nicht die wirksamen Systemänderungen. Durch den Änderungsantrag soll mehr „Licht ins Dunkle“ kommen und Details besser erkennbar werden.

Antragsbereich R

Antrag 28

(Kennnummer: 96)

Empfehlung

S.17, Zeile 13:

Streiche „In Zukunft soll es“ und ersetze durch: „Mit uns in der
Regierungsverantwortung wird es einen Rechtsanspruch“

5

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 29

(Kennnummer: 97)

Empfehlung

Kreisverband Heidelberg
Bildung HD 11

Streiche S.18 Zeile 2-6

Ablehnung

Begründung:

5 Der Absatz besteht zunächst nur aus Phrasen und hat keine Funktion
innerhalb des Abschnitts. Der nächste Absatz begründet die politischen
Maßnahmen ebenso gut.

10 Weiterhin wird der Satz „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf
Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung
entsprechende Erziehung und Ausbildung.“ von konservativen dazu
benutzt Baden-Württembergs Bildungssystem zu rechtfertigen. Das
wird getan, indem gesagt wird, dass eben nur die „Begabten“ auch
15 Abitur bekommen und Menschen, die nur einen Hauptschulabschluss
bekommen, wegen ihrer (ggf. genetisch veranlagten) Begabung eben
nichts anderes verdient hätten. Chancengleichheit wird damit defacto
ausgehebelt. Denn es geht bei echter Chancengleichheit gerade um die
Aushebelung dieser „skandalösen Lotterie der Natur“.

20 Der Absatz legt den Schwerpunkt nicht auf die sozioökonomischen
Faktoren. Demnach ist der Begründungszusammenhang
missverständlich, sowie potentiell widersprüchlich zu den politischen
Maßnahmen, sowie dem restlichen Text und dem Markenkern unserer
Partei. Und nichts ist tödlicher für politischen Erfolg, als eine

25 widersprüchliche Botschaft in einem Wahlprogramm.

Abgesehen davon brauchen wir keine „externen“ Werte, wie eine Verfassung, um unsere Ziele zu rechtfertigen. Wir haben unsere Grundwerte und das Ziel einer Gesellschaft, in der diese realisiert sind.

30 Uns auf andere Werte zu beziehen macht uns klein.

Für den gesamten Hochschulsektor das alleinige Ziel des „sozialen Aufstiegs“ zu nennen ist zwar nett, aber lediglich ein Nebeneffekt der von uns gewollten Politik. Denn nach unserem Menschenbild wollen wir nicht einfach mehr Bildung, damit Menschen ökonomische Gewinne erzielen können. Wir wollen vor allem mehr Bildung, damit sich die Menschen kritisch mit Politik und Gesellschaft auseinandersetzen können. Emanzipation und ein humanistisches Bildungsideal heißen hier die Zauberwörter.

40 Das eigentliche Ziel unserer Bildungspolitik steht bereits am Anfang des Bildungskapitels. Es ist nicht notwendig, neue und anders gewichtete Ziele für den Hochschulsektor zu nennen.

Antragsbereich R

Antrag 30

(Kennnummer: 98)

Kreisverband Heidelberg

Studiengebühren HD 12

Empfehlung

Seite 18 Zeile 8 bis 9 streiche: „Wir werden die Studiengebühren abschaffen“ gestrichen und ersetzt durch:

Wir werden Studiengebühren in jeglicher Form, nachhaltig abschaffen. Darüber hinaus darf die Abschaffung der Studiengebühren nicht zum Nachteil des Lehrbetriebs werden, denn in den vergangenen vier Jahren wurden Lehrmittel, gerade im Bereich der Tutorien, gestrichen und effektiv durch Studiengebühren ersetzt.

10 Begründung:

Die Abschaffung von Studiengebühren ist eine Kernforderung im Bereich der Hochschulpolitik, deshalb ist es wichtig, dass die SPD in Baden-Württemberg sich gegen Studiengebühren in jeder Form positioniert, da Studiengebühren immer abschrecken auf Studieninteressierte, gerade aus nicht AkademikerInnen Haushalte, wirkt. Darüber hinaus darf die Abschaffung der Studiengebühren nicht

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

zum Nachteil des Lehrbetriebs werden, denn in den vergangen vier Jahren wurden Lehrmittel, gerade im Bereich der Tutorien, gestrichen und effektiv durch Studiengebühren ersetzt. Aus diesem Grund muss für eine bedarfsdeckende Finanzierung des Lehrbetriebs gesorgt werden.

Antragsbereich R

Antrag 31

(Kennnummer: 99)

Kreisverband Heidelberg

Verfasste Studierendenschaft HD 13

Empfehlung

Streiche S. 18 Zeile 14 („Wir wollen...“) bis Zeile 18 (... Kontext zu thematisieren.) und ersetze durch:

Wir wollen die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit, sowie verpflichtender Mitgliedschaft aller Studierenden.

Begründung:

Der Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Demokratie ist im zentralen Interesse aller. Demokratie ist ohne Demokratinnen und Demokraten undenkbar, demokratische Werte sollten an den Hochschulen unseres Landes nicht nur gelehrt, sondern auch gelebt werden, dies ist essentiell für den Fortbestand unserer Demokratie. Auf Grund der großen Bedeutung der Verfassten Studierendenschaft für die gesamte Gesellschaft, sollte die Wiedereinführung dieser auch so klar und konkret wie nur möglich formuliert werden.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 32

(Kennnummer: 100)

Kreisverband Heidelberg

Hochschulzugang HD 14

Empfehlung

Seite 18 füge ein ab Zeile 18:

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

5 Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass berufliche Bildung
faktisch als gleichwertiger Zugang zum Hochschulstudium anerkannt
wird. Zusätzliche Hürden für Absolvent/innen beruflicher
Bildungsgänge, z.B. in Form von Eignungstests lehnen wir ab.
Stattdessen werden wir Verfahren zur Anerkennung beruflich
erworbener Kompetenzen, die Durchlässigkeit in beruflich nicht affine
Fächer, den Ausbau von individueller Beratung und die Flexibilisierung
10 der Studienorganisation (z.B. durch Teilzeitstudiengänge) fördern, um
eine Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte zu realisieren.

Begründung:

15 Der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ohne Abitur ist nun
auch in Baden-Württemberg gesetzlich verankert. Allerdings bestehen
im Vergleich zu anderen Bundesländern in Baden-Württemberg für
beruflich Qualifizierte nach wie vor hohe Hürden beim Zugang zum
Hochschulstudium: sie müssen den Nachweis einer nach BBiG
20 anerkannten Fortbildung erbringen und zusätzlich eine
Eignungsprüfung absolvieren, sofern sie sich nicht auf ein fachlich
affines Studium beschränken wollen. Um faktisch eine Gleichwertigkeit
von beruflicher und allgemeiner Bildung zu erreichen, müssen diese
formalen Hürden abgebaut werden. Notwendig ist eine individuelle
25 Kompetenzerfassung, die formell und informell erworbene
Kompetenzen berücksichtigt. Dies entspricht dann auch den
Anforderungen des Europäischen Qualifikationsrahmens! Zudem muss
die Beratung von beruflich Qualifizierten so ausgebaut werden, dass sie
die Ratsuchenden beim Übergang in das Studium unterstützt, anstatt
30 Auslese nach dem Kriterium der Studieneignung zu betreiben.

Wenn wir beruflich Qualifizierte für ein Studium gewinnen wollen, muss
auch die Studienorganisation reformiert und auf die Bedürfnisse "nicht-
traditioneller" Studierender ausgerichtet werden. Die Anerkennung und
35 formale Anrechnung von Kompetenzen und der Ausbau von
Teilzeitstudiengängen sind hierfür unverzichtbar; weitere Maßnahmen
sollten in einem gemeinsamen Erarbeitungsprozess von Hochschulen,
Sozialpartnern und Verbänden entwickelt werden.

Antragsbereich R

Antrag 33

(Kennnummer: 101)

Kreisverband Heidelberg
Bologna-Prozess HD 15

Empfehlung

Seite 18 Zeile 19 („Der Bologna-Prozess...“) bis Zeile 20 („...zuverlässige Perspektive.“) streichen und mit folgendem Satz ersetzen:

Ablehnung

- 5 „Die neuen Studiengänge müssen einer grundlegenden Überprüfung unterzogen werden. Denn die Umsetzung des Bologna-Prozesses ist bei vielen Studiengängen gescheitert.“

Begründung:

- 10 In der bisherigen Form ist der Absatz widersprüchlich. Wenn man den Bologna-Prozess gut findet, aber den Prozess gleichzeitig reformieren will, ist das ein Widerspruch. Denn die Bologna-Akte wird ja gar nicht kritisiert, sondern nur deren Umsetzung. Die WählerInnen könnten
- 15 davon absehen, uns zu wählen, wenn sie merken, dass wir die Gesetze grundlegender Logik nicht einmal in unseren Wahlprogrammen anwenden können.

Antragsbereich R

Antrag 34

(Kennnummer: 102)

Empfehlung

Kreisverband Heidelberg

Auslandssemester HD 16

Seite 18 Zeile 23 („erschwerte Auslandssemester, ...“) bis Zeile 28 („... Studierenden allein.“) streichen und mit folgendem Text ersetzen:

Ablehnung

- 5 „ erschwerte Auslandssemester, Mehrkosten ohne Erstattung an die Hochschulhaushalte, kleinteiliges Stakkato-Lernen auf sinnlose Prüfungen, unnötige und unnötig strenge Regelungen in Studienordnungen, Unwissenheit der Dozierenden über die eigene Studienordnung, das Durcheinander bei den Abschlüssen Diplom/Bachelor/Master und häufig unüberwindbare
- 10 Zugangshindernisse für erfolgreiche Bachelor-AbsolventInnen in die Master-Studiengänge. Das größte Problem aber ist die oftmals völlig falsche Berechnung von studentischen Arbeits- und Lernzeiten. Es wurde bei der Umstellung völlig versäumt abzuschätzen, wie lange durchschnittliche Studierende für ein Seminar lernen. Alle diese

15 konstruktiven Kritikpunkte hatte bereits der Bildungsstreik der
Regierung klar gemacht und doch hat sie nichts geändert. Sie hat
unsere Hochschulen und Studierenden mit der Studienreform allein
gelassen.[Absatz]

20 Begründung:

Im Absatz wurden einige der wirklichen Probleme von Studierenden
und Kritikpunkte aus dem Bildungsstreik hinzugefügt. Wir glauben, dass
es gut ist, an diese Bewegung anzuschließen und bedauern, dass sie
25 keine Erwähnung im Regierungsprogramm gefunden hat. Damit
rechtfertigt man die Reaktion der Konservativen auf den Bildungsstreik
mit der Luftblase des Bildungsgipfels. Und wieder verpassen wir es
damit, eine soziale Bewegung an der viele GenossInnen beteiligt
waren, in unsere Partei zu integrieren.

30 Der Absatz nach unserer Änderung soll unsere Maßnahmen betonen,
vor allem aber das „Wir werden ihnen beistehen.“

Antragsbereich R

Antrag 35

(Kennnummer: 103)

Kreisverband Heidelberg

Ausstattung HD 17

Empfehlung

Änderung S. 19, Z. 5-7:

Wir werden mit einem Ad-Hoc Programm....dafür sorgen, „dass die
schlimmsten strukturelle Engpässe soweit als möglich gemildert werden
5 (Z.B. Sondertopf Raumanmietungen, u.v.m.).

Begründung:

10 Ungeschmälerte Studienbedingungen wird es nicht geben -selbst mit
viel Geld, da für notwendige Maßnahmen die Umsetzungszeit nicht
mehr reicht - hier müssen wir viel drastischer formulieren.

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 36

(Kennnummer: 104)

Kreisverband Heidelberg

Liegenschaft HD 18

Empfehlung

S. 19, Zeile 16, ergänze:

5 „Insbesondere werden wir hiermit zeigen, dass wir den Auftrag Klimaschutz, Energiesparen und Nachhaltigkeit nicht nur dem Bürger auferlegen sondern ernst nehmen und vollumfänglich bei den Landesliegenschaften umsetzen - das spart mittelfristig Geld“

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 37

(Kennnummer: 25)

Kreisverband Mannheim

Kommunale Unterstützungssysteme fördern

Empfehlung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügen in das Wahlprogramm:

5 "Wir werden kommunale Unterstützungssysteme nach dem Vorbild des "Mannheimer Unterstützungssystems Schule" (MAUS) auf Landesebene durch die Bereitstellung von Poolstunden fördern."

Begründung:

10 Die kommunalen Unterstützungssysteme für Schulen können bereits kurze Zeit nach ihrer Einführung deutliche Erfolge aufweisen. Die beteiligten Schulen loben das System, beklagen aber die fehlende Unterstützung durch das Land. Gewünscht ist eine bestimmte Anzahl
15 von Deputatsstunden zur Bewältigung der organisatorischen Anforderungen.

Ablehnung

Antrag 38

(Kennnummer: 43)

Empfehlung

AGS Baden-Württemberg

Bildung und Ausbildung

Antragsteller: AGS-Landesvorstand

Empfänger: SPD-Landesvorstand

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

5 Betr.: Bildung und Ausbildung

Der Landesvorstand wird aufgefordert, die folgenden Forderungen in
das Regierungsprogramm aufzunehmen:

10 - Kindergartenpflicht (kostenlos) mit Spracherziehung

- Einbeziehung von Eltern und Familienangehörigen in vorschulische
und schulische Erziehung, erforderlichenfalls mit sprachkundigen
Lehrern und Erziehern

15 - stärkere Einbindung von Sozialarbeitern an Grund- und Hauptschulen
und im Berufsvorbereitungsjahr an den Berufsschulen

20 - ständige Fortbildung und Coaching der an Grund- und Hauptschulen
tätigen Lehrer zur Stärkung ihrer Fähigkeiten auf den Gebieten
Konfliktvermeidung, Motivation, Moderation und Kenntnis der
soziokulturellen Besonderheiten von Migrantenfamilien

25 - Einbindung der Kammern und berufsständischen Organisationen in
die Vermittlung von Ausbildungsstellen für jugendliche Migranten

- Durchlässigkeit von Ausbildungsgängen

30 - größere Durchlässigkeit unterschiedlicher Ausbildungsgänge in
horizontaler Ebene

Begründung:

35 Die Verbesserung der Chancen Jugendlicher – gleichgültig, ob mit oder
ohne Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt muss ein zentrales
Anliegen nicht nur der Bildungs- sondern auch der Wirtschaftspolitik
sein.

40 Darüber hinaus ist sie auch zur Herstellung gleicher Chancen für alle Jugendlichen ein Anliegen sozialdemokratischer Politik.

Die Erfahrungen aus den arbeitsvermittelnden Arbeitsgemeinschaften zeigen, dass ein Schul- und Ausbildungsabschluss unabdingbare Voraussetzung für ausreichende Chancen auf dem Arbeitsmarkt ist.
45 Nur selten gelingt es jugendliche ohne solche Voraussetzungen in geeignete Ausbildungsverhältnisse zu vermitteln. Chancenlosigkeit ist aber auch die Ursache für vielfältige Probleme in unserer Gesellschaft. Fehlende Wertschätzung und Anerkennung führen häufig zu alternativen Handlungsmustern in sozial auffälligen und oft kriminellen Subkulturen, in denen Verhaltensmuster akzeptiert werden, die unsere
50 Gesellschaft nicht unterstützen kann. Die Literatur hierüber ist vielfältig und das Buch der verstorbenen Jugendrichterin Kirsten Heise sind nur ein Beispiel.

55 Andererseits ist ein Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften zu verzeichnen und wird nicht nur von kleinen und mittleren Unternehmen sondern auch von Großunternehmen und den Wirtschaftsverbänden befürchtet. Oft ist allerdings die Klage zu hören, dass die Voraussetzungen, die für eine sinnvolle Ausbildung von Familie und
60 Schule mitgegeben werden sollten, nicht vorliegen.

Die Suche nach den Ursachen zeigt, dass diese nicht nur im Bereich von Schule und beruflicher Ausbildung liegen sondern bereits in der vorschulischer Erziehung angesiedelt sind und mit den
65 Familienstrukturen und Herkunft zusammenhängen.

Antragsbereich R

Antrag 39

(Kennnummer: 60)

Kreisverband Böblingen

Zukunft der Kindertagesstätten

Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-Landesparteitag

Betr.: Regierungsprogramm zur Zukunft der Kindertagesstätten

5 Der Landesparteitag möge beschließen, dass folgende Punkte in das Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2011 aufgenommen werden.

Wir fordern

Empfehlung

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

10 1.) Der Orientierungsplan des Landes Baden-Württemberg muss in den Kindertagesstätten verpflichtend umgesetzt werden. Dies beinhaltet eine schrittweise Beitragsfreiheit, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

15 2.) Die Sprachförderung in Kindertagesstätten muss ausgebaut und intensiviert werden

Wir fordern eine verpflichtende ärztliche Vorsorgeuntersuchung für alle Kinder.

20

Begründung:

Die Kinderbetreuung soll bedarfsgerecht ausgebaut werden. Der Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz soll unabhängig von
25 Einkommen und Arbeitsplatz der Eltern sein. Die schrittweise Einführung der Beitragsfreiheit bestätigt die Selbstverständlichkeit der Erfüllung des Bildungsauftrags durch die öffentliche Hand. Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen, denn die Bildungsbiografie des Menschen beginnt mit der Geburt. Die Stärkung
30 der Anstrengungen in frühkindlicher Bildung und Erziehung in Familie und Kindergarten ist die Voraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit und der Schlüssel dazu, dass sich alle Begabungen entfalten können. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, brauchen wir ein
35 Bildungskonzept, welches in allen Tageseinrichtungen verpflichtend umgesetzt wird und insbesondere die Überprüfung der Sprachentwicklung sowie professionelle Sprachförderung enthalten muss. Um die optimale Bildung unserer Kinder zu gewährleisten, ist eine bessere Qualifizierung der ErzieherInnen, in Anlehnung an
40 europäische Standards, bei angemessener Entlohnung notwendig. Eine umfangreiche Fort- und Weiterbildungsoffenisve ist attraktiv und bietet Aufstiegschancen

Antragsbereich R

Antrag 40

(Kennnummer: 61)

Kreisverband Böblingen

Bildungspolitik

Empfehlung

Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-Landesparteitag

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Betr.: Regierungsprogramm zur Bildungspolitik

- 5 Der Landesparteitag möge beschließen, dass folgende Punkte in das Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2011 aufgenommen werden.

Wir fordern

- 10 1.) die Einführung der flächendeckenden Ganztagsschule mit einem professionellen pädagogischen Konzept durch eine Änderung des Schulgesetzes.
- 2.) dass eine flächendeckende professionelle Schulsozialarbeit
- 15 eingeführt und vom Land Baden-Württemberg finanziert wird.
- 3.) dass die Schulversorgung wohnortnah stattfinden kann

Begründung:

- 20 Die Ganztagsschule muss mit einem professionellen pädagogischen Konzept umgesetzt werden. Dies ist mit ehrenamtlichen „Jugendbegleitern“ nicht zu machen. Dafür müssen hauptamtliche Pädagogen in den Schulen eingesetzt und vom Land Baden-
- 25 Württemberg bezahlt werden. Des weiteren ist die Schulform „Ganztagsschule“ immer noch nicht im Schulgesetz verankert. Sie gilt immer noch als „Schulversuch“. Dies muss durch eine Änderung des Schulgesetzes erfolgen, damit eine solide rechtliche Basis hergestellt wird, außerdem muss dadurch gewährleistet sein, dass für jeden
- 30 Schüler eine Wahlmöglichkeit zwischen Halbtages- und Ganztages- und Ganztages- und Ganztages- besteht. Durch die Zusammenlegung von Hauptschulen zu den Werkrealschulen sind Schulstandorte weggefallen. Dadurch müssen Schüler teils erhebliche Anfahrtswege in kauf nehmen. Deshalb ist dafür Sorge zu tragen, dass eine
- 35 wohnortnahe Schulversorgung erfolgt. Da sich das Land Baden-Württemberg aus der finanziellen Förderung der Schulsozialarbeit herausgezogen hat und viele Kommunen nun die Finanzierung selbst schultern, ist der Bedarf der Schulsozialarbeit ungeachtet hoch. Präventives Handeln durch SozialarbeiterInnen und
- 40 SozialpädagogenInnen, hilft Folgekosten zu minimieren und Brüchen in den Biografien junger Menschen entgegenzuwirken oder zu mindern. Die Kommunen dürfen mit dieser wichtigen sozialen Anstrengung nicht allein gelassen werden.

Antragsbereich R

Antrag 41

(Kennnummer: 10)

Empfehlung

Die SPD-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

5 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für eine Änderung der Lehrpläne an Baden-Württembergischen Schulen ein. Die Schulen sollen alle Lebensweisen wertneutral vermitteln.

10 Ziel muss die Ächtung von Homophobie sein. In den Schulen und Bildungseinrichtungen müssen die Lehrer/innen entsprechend geschult werden um der Homophobie entgegen zuwirken (Einbindung des Kultusministeriums/Lehrpläne).

Diese Forderung wird im Wahlprogramm der Landtagswahl 2011 aufgenommen.

15 Begründung:

20 Noch immer ist auf den Schulhöfen des Landes „Schwule Sau“ im Standardvokabular der Schimpfwörter. Jugendliche werden ausgegrenzt und tabuisiert. Dies gilt für die Stadt ebenso wie für den ländlichen Raum. Andere Lebensweisen müssen im Lehrplan der Schulen verbindlich festgeschrieben werden. Besonders im Fach „Ethik“ und Gemeinschaftskunde. Eine wertneutrale Vermittlung von anderen Lebensweisen ist im Fach „Religion“ nicht möglich.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 42

(Kennnummer: 30)

AfA Baden-Württemberg

Mitbestimmung stärken

Empfehlung

Das Regierungsprogramm ist folgendermaßen zu ergänzen:

5 Einfügen im Kapitel „Mitbestimmung stärken“ nach „Landespersonalvertretungsrecht“:

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

„...nicht nur zurücknehmen, sondern ein Personalvertretungsrecht schaffen, das tatsächlich Mitbestimmung gewährleistet und über das Bundespersonalvertretungsrecht hinaus geht. Freistellungen für die Arbeit der Personalräte werden analog zum BPersVG eingeführt. Für Nichtbeteiligung der Personalräte und Behinderung der Personalräte sind Ordnungswidrigkeitstatbestände einzuführen.“

Begründung:

Schwerbehindertenvertretungen müssen in allen die schwerbehinderten Beschäftigten betreffenden Maßnahmen zwar beteiligt werden, sie haben jedoch kein Mitbestimmungsrecht. Deshalb muss Baden-Württemberg über den Bundesrat eine Initiative zur Änderung des SGB IX anstreben, für Mitbestimmungsrechte auch für die Schwerbehindertenvertretungen.

Antragsbereich R

Antrag 43

(Kennnummer: 37)

Kreisverband Calw

Das Normalarbeitsverhältnis stärken

Empfehlung

Im Kapitel IV Abschnitt 2 – „Das Normalarbeitsverhältnis stärken“ beantragen wir folgende Einfügung auf Seite 23 nach der Zeile 10:

Ablehnung

Wir wollen, dass Menschen nicht durch die Agentur für Arbeit in Zeitarbeits- Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden dürfen. Auch dürfen Menschen die solche Arbeit ablehnen, keine Nachteile seitens der Agentur für Arbeit erfahren.

Im Abschnitt 3 – „Mitbestimmung stärken“ beantragen wir diese Einfügung am Ende des Texts auf Seite 23:

Wir wollen, dass das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz geändert wird mit dem Ziel Leiharbeiter vollständig in die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats einzubeziehen.

Erledigt durch Praxis

Antrag 44

(Kennnummer: 45)

Kreisverband Heilbronn ST.

Arbeitsmarktprogramm

Empfehlung

Arbeitsmarktprogramm des Landes zur Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für Langzeitarbeitslose und benachteiligte junge Menschen

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

- 5 Auf Seite 25 erfolgt unter der Überschrift „Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung“ ab Zeile 9 folgende Ergänzung:

- 10 Wir wollen neue Impulse in der Arbeitsmarktpolitik setzen. Für langzeitarbeitslose ältere Menschen und benachteiligte arbeitslose junge Menschen, die wegen persönlicher Defizite oder auf Grund schwieriger sozialer Rahmenbedingungen vorübergehend nicht in den regulären Arbeitsmarkt vermittelt werden können, wollen wir über ein Landesprogramm öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Die Planung und Finanzierung dieses
- 15 Programms erfolgt in enger Abstimmung mit der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit und den Grundsicherungsbehörden bzw. dem Bundesländer-Ausschuss.

- 20 Begründung:

- Öffentlich geförderte Beschäftigung ist eine Möglichkeit, um der verfestigten Langezeitarbeitslosigkeit entgegenzutreten und damit einhergehende Folgekosten bei den Sozialleistungen zu vermeiden.

- 25 Bis zum Jahr 2.000 gab es zwei Arbeitsmarktpolitische Landesprogramme, die erfolgreich beeinträchtigte und benachteiligte Menschen in Arbeit gebracht haben:

- 30 o „Jugend Arbeit Zukunft“: 3.800 Jugendliche in 184 Projekten

- o „Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose“: 1.900 Langzeitarbeitslose in 78 Projekten

- 35 Die schwarz-gelbe Regierung hat diese Programme ersatzlos gestrichen. Seither gehört Baden-Württemberg zu den Bundesländern, die kein Arbeitsmarktpolitisches Landesprogramm mehr haben.

Die Abstimmung und Koordination eines Arbeitsmarktpolitischen

Landesprogramms mit der Arbeitsverwaltung muss zum Ziel haben, die
40 Finanzierung über einen Aktiv-Passiv-Transfer, d.h. die Umwandlung
von Passivleistungen wie die Grundsicherung oder den Zuschuss für
Wohnung und Heizung in einen Beschäftigungszuschuss umzuwandeln
und damit sozialversicherungspflichtige Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu
fördern.

45

Antragsbereich R

Antrag 45

(Kennnummer: 105)

Empfehlung

Kreisverband Heidelberg

Lehre als Beruf HD 19

Seite19 Zeile 17 Einfügung des folgenden Absatzes:

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Guter Lohn für gute Arbeit muss auch an unseren Hochschulen gelten.
Wissenschaft und Lehre gilt es als Beruf anzuerkennen. Die
5 HochschullehrerInnenlaufbahn muss über unterschiedliche
Karrierewege erreichbar sein, die Habilitation ist dabei immer nur eine
Möglichkeit. Eine andere ist z.B. ein Tenure Track, der den dauerhaften
Verbleib in Hochschule und Forschung ermöglicht – unabhängig davon,
ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. Voraussetzung
10 dafür ist eine systematische Personalplanung und –entwicklung durch
Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Die Betreuungsrelation an den Hochschulen ist ein qualitativ
maßgeblicher Faktor für eine „gute Lehre“. Es braucht mehr
15 Dauerstellen, statt prekärer Arbeitsverhältnisse für Lehrende wie
Studierende. Bis 2015 soll eine Betreuungsrelation von 1:80 pro
Dauerstelle geschaffen werden. Auf eine/n HochschullehrerIn sollten
höchstens bis zu 80 Studierende kommen. Um die Qualität der Lehre
zu sichern, wird künftig jede/r neu eingestellte/r HochschullehrerIn
20 verpflichtend eine hochschuldidaktische Ausbildung erhalten.

Die SPD fordert einen wirklichen Mittelbau mit
sozialversicherungspflichtigen, unbefristeten
Beschäftigungsverhältnissen an unseren Hochschulen. Dort, wo
25 Lehrbeauftragte dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben wahrnehmen,
müssen diese sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
erhalten. Junge Nachwuchswissenschaftler und studentische
Beschäftigte sind durch Einbeziehen in die Tarifverträge bzw. das

30 Auflegen eines neuen Wissenschaftstarifvertrages abzusichern.

Begründung:

35 Von zentraler Bedeutung für eine qualitative und zuverlässige Lehre an
den Hochschulen ist die Ausstattung mit genügend Lehrpersonal. Das
hierdurch gewährleistete Betreuungsverhältnis kann sich nicht allein in
Lehreinheiten und Curricularnormwerten niederschlagen (siehe KapVo
VII), sondern muss sich auch anhand von Betreuungsrelationen
messen lassen. Auch wenn diese hinsichtlich der Hochschularten wie
40 der Studiengänge zu unterschiedlich zu bewerten sind, braucht es eine
klare politische Botschaft für eine Verbesserung der
Betreuungsverhältnisse. Der Bundesbildungsbericht von 2008 verweist
auf eine Verschlechterung der Betreuungsrelation, die vor allem von
einer Auslagerung der Lehrverpflichtung auf die wissenschaftlichen
45 MitarbeiterInnen sowie eine zusätzliche Arbeitsbelastung der bisherigen
Dauerstellen begleitet wurde (Bundesbildungsbericht 2008, 123ff.).

Mehr Dauerstellen braucht das Land, da die Einführung von
Hochschuldozenten im Zuge des Landeshochschulgesetzes de facto
50 gescheitert ist und keine Verbesserung des Betreuungsverhältnisses
durch die Verlagerung von Aufgaben auf den akademischen Mittelbau
oder gar drittmittelfinanzierte Stellen erreicht werden kann.

Antragsbereich R

Antrag 46

(Kennnummer: 11)

Kreisverband Ludwigsburg

Tariftreuegesetz

Empfehlung

Der SPD-Kreisverband Ludwigsburg fordert den SPD-Landesparteitag
auf, in seinem Wahlprogramm zur Landtagswahl im März 2011 ein
Tariftreuegesetz bezüglich der Vergabe öffentlicher Aufträge zu
verankern.

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

5

Das Tariftreuegesetz regelt folgende Inhalte verbindlich:

- Dass allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge Gegenstand von
Tariftreueerklärungen basierend auf dem Arbeitnehmer-
10 Entsendegesetz (AEntG) werden.
- Für den Verkehrssektor eine umfassende Tariftreueregelung.
- Einen Mindestlohn von derzeit 8,50 Euro/Stunde, der der allgemeinen

15 Wirtschaftslage Rechnung trägt.

Begründung:

20 Dieses Gesetz fungiert im Sinne des Mittelstandsförderungsgesetzes von Baden-Württemberg und sichert ein angemessenes Einkommensniveau, sowie den Erhalt von Arbeitsplätzen mit sozialem Schutz und eben diesem Einkommensniveau. Daneben verhindert es Wettbewerbsverzerrungen, weil die Unternehmen keine Vorteile über Lohndumping erreichen können.

25

Antragsbereich R

Antrag 47

(Kennnummer: 41)

Empfehlung

AG 60 plus Baden-Württemberg

Erfahrung schafft Zukunft. Seniorenpolitik in Baden-Württemberg

Antragsteller: SPD 60 plus Baden-Württemberg

Betr.: Regierungsprogramm

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

5 Erfahrung schafft Zukunft

Seniorenpolitik in Baden-Württemberg

10 Wir wollen die gesellschaftliche und politische Teilhabe älterer Menschen in unserer Gesellschaft sichern und dafür sorgen, dass sie mitreden, mitbestimmen und mitgestalten. Auf allen Politikfeldern eröffnen sich Chancen unsere Zukunftsgestaltung auf Erfahrung zu gründen. Seniorenräte, die Experten in den Senioreneinrichtungen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Gerontologie
15 ebenso wie aus den Sozialwissenschaften sollen die Regierung beraten – Alter ist kein Zustand, Alter ist ein Prozess. Die Landesregierung Schmid, soweit erforderlich durch Druck auf die Bundesregierung, will eine aktivierende Seniorenpolitik, in der ältere Menschen nicht das Objekt von Fürsorge sind, sondern in ihrer Selbständigkeit gestärkt
20 werden. Dazu gehören barrierefreie Wohnungen und Verkehrssysteme, eine bezahlbare Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, eine Pflegepolitik, die selbständige Lebensführung in der gewohnten

25 häuslichen Umgebung solange wie möglich sicherstellt, flexible
Übergänge in der Renteneintrittsphase, insbesondere die Fortsetzung
der im Jahr 2009 ausgelaufenen geförderten Altersteilzeit und die
Weiterentwicklung der Teilrente, dazu gehören auch die bessere
Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos, denn Erwerbsminderung
ist das zentrale Risiko für Altersarmut. Hier geht es um die
30 Verbesserung der Möglichkeiten für bezahlte Beschäftigung im Alter
ebenso wie für das ehrenamtliche bzw. bürgerschaftliche Engagement
als einer unerschöpflichen Quelle für unsere Gesellschaft.

Antragsbereich R

Antrag 48

(Kennnummer: 84)

Kreisverband Freiburg

Betreuungsrecht reformieren

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

Auf S. 42 nach Zeile 15 einzufügen:

- 5 Wir werden das Betreuungsrecht von 1990 reformieren und den
Anforderungen der Lebenswirklichkeiten anzupassen.

Begründung:

- 10 1. Das Thema Betreuungsrecht fehlt völlig im vorgelegten
Regierungsprogramm der Landes-SPD. Das ist ein Fehler, da
hier das Justizministerium und in besonderer Verantwortung
Justizminister Goll völlig versagt haben.
- 15 2. Voraussetzung für die Anordnung einer gesetzlichen
Betreuung ist die Hilfsbedürftigkeit und Geschäftsunfähigkeit
eines Menschen.
3. Wegen der demografischen Entwicklung, insbesondere der
Zunahme pflegebedürftiger und dementiell erkrankter
Menschen, ist eine Reform dringend erforderlich.
- 20 4. Warum ist eine Reform dringend erforderlich? Nur drei
Stichpunkte:

- Das zuständige Betreuungsgericht ist oft überfordert und nicht in der
Lage, mit einem gewissen Standard an Qualität Betreuungsanregungen
25 zu prüfen, aufzunehmen und zeitnah zu entscheiden.

Überweisung an die Landtagsfraktion

30 - Die Betreuungsgerichte werden nicht in die Lage versetzt, von ihnen bestimmte Betreuer zu prüfen, ob sie ihre Aufgaben wahrnehmen bzw. gerecht werden. Aus Kostengründen werden bspw. ohne Prüfung Familienangehörige zu gesetzlichen Betreuern bestellt, die nicht in der Lage sind, die damit verbundenen Aufgaben zu erfüllen.

35 - Nach dem Betreuungsrecht ist eine persönliche Betreuung des Hilfsbedürftigen vorgeschrieben. Diese Vorgabe wird insbesondere von beruflich tätigen Betreuern massiv verletzt.

40 Es gibt Regelungen, die vollkommen an den praktischen Notwendigkeiten vorbei gehen und ökonomischen Schaden verursachen, z.B. die Tatsache, dass eine gesetzliche Betreuung mit dem Tod des Hilfsbedürftigen endet.

Antragsbereich R

Antrag 49

(Kennnummer: 89)

Kreisverband Heidelberg

Soziale Frage HD 3

Empfehlung

Seite 13 Zeilen 3 bis 4:

5 Streiche von Zeile 3(... , sie ist...) bis Zeile 4 („... unserer Zeit.“) und ersetzen durch:

„... , sie ist damit auch ein Schlüsselement der sozialen Frage.“

Begründung:

10 Die Soziale Frage ist die soziale Frage unserer Zeit. Das Loslösen der Bildung vom Geldbeutel der Eltern kann die Chancengleichheit fördern, nicht aber die soziale Frage lösen. Den Nachweis hat noch niemand erbracht und wird auch niemand erbringen können. Man kann niemandem weiß machen, dass, wenn wir alle einen
15 Hochschulabschluss hätten, dann auch alles gut wäre.

20 Die Soziale Frage ist eine Verteilungsfrage, denn sie fragt nach der Beseitigung ungerechter Güterverteilung. Und Verteilungsfragen löst man mit Umverteilung. Darüber hinaus ist sie eine Zeitlose Frage, da der Demokratische Sozialismus, wie das Hamburger Programm feststellt, ein Leitbild und kein real erreichbarer gesellschaftlicher

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Zustand ist. Damit ist auch klar, dass Ungerechtigkeiten in der Güterverteilung losgelöst vom Zeitgeist existieren.

- 25 Mit anderen Worten: Es gilt, den Robin Hood-Index zu verbessern und nicht allen Menschen nur beizubringen, was der Index aussagt. Es ihnen aber beizubringen, versetzt sie in die Lage, den Index durch Taten zu verbessern.

Antragsbereich R

Antrag 50

(Kennnummer: 110)

Kreisverband Heidelberg

Pflegeinfrastruktur HD 24

Empfehlung

Seite 42 Zeile 15 folgender Absatz einfügen:

- 5 Um den optimalen Ausbau der Pflege-Infrastruktur zu erreichen, werden dringend landesweite und regionale Datenreports benötigt. Außerdem müssen regionale Pflegekonferenzen vom Sozialministerium des Landes in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden, um die Vernetzung der Pflege vor Ort zu optimieren. Ziel muss es sein, alle an der Pflege beteiligten Akteure in ein Netzwerk einzubinden, um die Qualität der Pflege nachhaltig zu verbessern und zu sichern.

- 10 Dazu gehört auch der quantitative wie qualitative Ausbau von Pflegestützpunkten. Für Baden-Württemberg schlagen wir einen Schlüssel von 1:35.000 Einwohnerinnen und Einwohner vor. Das bedeutet eine deutlich höhere Zahl an Pflegestützpunkten als der
15 derzeit 50 von der schwarz-gelben Koalition vorgeschlagenen. Pflegestützpunkte müssen zu echten Kompetenz- und Beratungszentren ausgebaut werden, in denen pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen Rat, Hilfe wortortnah erhalten.

- 20 Begründung:

- Im Jahr 2030 werden 50% mehr Menschen in Deutschland auf Pflege angewiesen sein als noch in 2007, so die neueste Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes. In Baden-Württemberg liegt die Zunahme
25 sogar bei 58%!

Natürlich wirkt sich diese Entwicklung auch auf den Anteil der Älteren

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

(insbesondere der über 80jährigen) und Pflegebedürftigen in Heidelberg aus.

30

Der Umgang mit dem demografischen Wandel ist eine der entscheidenden Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Auf die Kommunen als die Orte der Daseinsvorsorge kommen dabei besondere Herausforderungen und Veränderungen zu. Eine davon ist die Beratungsmöglichkeit für alle, die Unterstützung und Beratung bei Pflegebedarf suchen und als Angehörige Hilfe brauchen.

35

Damit diese Aufgaben bedarfsgerecht und wohnortnah angeboten werden können, bedarf es eines engmaschigen, flächendeckenden Netzes an Pflegestützpunkten. Rheinland-Pfalz hat einen ähnlichen Schlüssel und bereits 135 Pflegestützpunkte eingerichtet.

40

Antragsbereich R

Antrag 51

(Kennnummer: 111)

Kreisverband Heidelberg

Pflegelehre HD 25

Empfehlung

Seite 42 Zeile 15 folgender Absatz einfügen:

In anderen Bundesländern wird schon längst Pflegeforschung und Pflegelehre an Hochschulen betrieben. In Baden-Württemberg Fehlanzeige. Wir wollen dies ändern. Wir wollen mindestens ein Institut für Pflegewissenschaft an einer Universität etablieren. Auch das Angebot an Studiengängen für Pflegepädagogik ist mit nur zwei Studiengängen unzureichend. Hier wird aber der Nachwuchs für die Lehre der Pflegeberufe ausgebildet. Dieses Angebot muss ausgebaut werden.

5

10

Während an staatlichen Pflegeschulen der die Ausbildung begleitende Erwerb einer Fachhochschulreife möglich ist, können die privaten Pflegeschulen dieses Zusatzangebot mangels Lehrkräften in den Kernfächern nicht leisten. Staatliche Schulen sollen hier ihr Angebot erweitern und an ihren Schulen dieses Zusatzangebot auch für Schülerinnen und Schüler privater Pflegeschulen öffnen.

15

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 52

(Kennnummer: 112)

Kreisverband Heidelberg

Arbeitsbedingunpn PflegeberufeHD 26

Empfehlung

Füge ein auf Seite 43, Zeile 2:

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

5 Dazu zählt für uns die deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen
in den Pflegeberufen mit ausreichendem Fachkräfteschlüssel und
gerechter Bezahlung. Der im Landespflegegesetz festgelegte Schlüssel
für Heime mit einer Fachkraft auf 30 Pflegebedürftige ist ein erster
Schritt in die richtige Richtung. Gute Arbeit muss auch guten Lohn
beinhalten. Die Einhaltung von Tarifverträgen im Altenpflegebereich
10 muss - basierend auf den realen Arbeitszeitlisten statt lediglich anhand
der Dienstpläne - kontrolliert werden. Die Entlohnung gerade im
Altenpflegebereich muss erhöht werden und sich an der Entlohnung der
Krankenpflege orientieren. Nur so bleibt die Altenpflege als Beruf
attraktiv. Mit der Finanzierung dieser Verbesserungen dürfen die freien
Träger nicht allein gelassen werden. Es ist auch Aufgabe der Politik
15 eine verlässliche Finanzierung zu garantieren. Wir werden unseren
Einfluss auf die Bundespolitik über den Bundesrat dafür nutzen.

20 Mit Förderprogrammen des Landes für die Existenzgründung in der
ambulant Pflege wollen wir ausgebildetem Personal eine weitere
Berufsoption eröffnen und gleichzeitig die ambulante Infrastruktur
verbessern.

Antragsbereich R

Antrag 53

(Kennnummer: 113)

Kreisverband Heidelberg

Landesfonds HD 27

Empfehlung

Auf Seite 17 Zeile 15, sowie auf Seite 43 Zeile 27 folgenden Absatz einfügen:

Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion

Kein Kind ohne warme Mahlzeit

5

Die SPD wird in Baden-Württemberg einen Landesfonds „Kein Kind ohne warme Mahlzeit“ auflegen. Mit den Geldern dieses Fonds wird Schulkindern aus einkommensschwachen Familien und ALG-II-BezieherInnen ein 1€-Zuschuss zum Mittagessen in der Schule

10

gewährt. Die Kommunen beteiligen sich an dem Programm mit ebenfalls 1€, so dass auch für die Eltern nur noch ein Betrag von 1€ pro Essen anfällt.

Begründung:

15

In anderen Bundesländern wie z.B. Nordrhein-Westfalen ist dieser Landesfonds ein großer Erfolg. Mit den Kooperationspartnern Schule und Kommune ist es gelungen, Kinder aus Familien mit niedrigen Einkommen besser in Ganztagschulen zu integrieren. Damit die Teilnahme am Mittagessen, aber nicht an finanziellen Barrieren scheitert, ist ein Landesfonds notwendig. Außerdem können Kommunen, die dieses 1€ Mittagessen bereits eingeführt haben und den Finanzierungsanteil des Landes aus dem städtischen Haushalt finanzieren, auf Dauer nicht weiter in Vorleistung treten.

20

25

Antragsbereich R

Antrag 54

(Kennnummer: 114)

Empfehlung

Kreisverband Heidelberg

Seniorenpolitik HD 28

S. 47 streiche Zeile 2- 12, und ersetze durch:

Erfahrung schafft Zukunft

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

5

Seniorenpolitik in Baden-Württemberg

Wir wollen die gesellschaftliche und politische Teilhabe älterer Menschen in unserer Gesellschaft sichern und dafür sorgen, dass sie mitreden, mitbestimmen und mitgestalten. Auf allen Politikfeldern eröffnen sich Chancen unsere Zukunftsgestaltung auf Erfahrung zu gründen. Seniorenräte, die Experten in den Senioreneinrichtungen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Gerontologie

10

ebenso wie aus den Sozialwissenschaften sollen die Regierung beraten
– Alter ist kein Zustand, Alter ist ein Prozess.

15

Die Landesregierung Schmid, soweit erforderlich Druck auf die Bundesregierung, will eine aktivierende Seniorenpolitik, in der ältere Menschen nicht das Objekt von Fürsorge sind, sondern in ihrer Selbstständigkeit gestärkt werden. Dazu gehören barrierefreie Wohnungen und Verkehrssysteme, eine bezahlbare Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, eine Pflegepolitik, die selbstständige Lebensführung in der gewohnten häuslichen Umgebung solange wie möglich sicherstellt, flexible Übergänge in der Renteneintrittsphase, insbesondere die Fortsetzung der im Jahre 2009 ausgelaufenen geförderten Altersteilzeit und die Weiterentwicklung der Teilrente, dazu gehören auch die bessere Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos, denn Erwerbsminderung ist das zentrale Risiko für Altersarmut. Hier geht es um die Verbesserung der Möglichkeiten für bezahlte Beschäftigung im Alter ebenso wie für das ehrenamtliche bzw. bürgerschaftliche Engagement als einer unerschöpflichen Quelle für unsere Gesellschaft.

20

25

30

Antragsbereich R

Antrag 55

(Kennnummer: 115)

Kreisverband Heidelberg

Kirchliche Einrichtungen HD 29

Empfehlung

Ersetze S. 47, Z. 20-21, durch:

„Wir stehen zu den geltenden Staatsverträgen, der staatlichen Finanzierung kirchlicher Einrichtungen und der Übernahme von Personalkosten durch den Staat, bei Beachtung des allgemeinen Arbeits-, Vereinigungs-, Streik- und Tarifrechts.“

5

Begründung:

Die Kirche ist kein rechtsfreier Raum. Nur, weil jemand Angestellte/r einer Kirche ist, dürfen ihm nicht die Grundrechte einer jeden Arbeitnehmerin/eines jeden Arbeitnehmers verwehrt bleiben.

10

Ablehnung

Antrag 56

(Kennnummer: 116)

Kreisverband Heidelberg

Kirche und Staat HD 30

Empfehlung

Seite 47 Zeile 22, füge folgenden Absatz ein:

Ablehnung

5 Die Trennung von Kirche und Staat ist Kennzeichen eines aufgeklärten
Staates und dient der Verwirklichung der Weltanschauungs- und
Religionsfreiheit. Wir stehen deshalb für die Streichung aller religiösen
Bekenntnisse in der Landesverfassung (z.B.: Art 1, (1) „Der Mensch ist
berufen, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in Freiheit
und *in der Erfüllung des christlichen Sittengesetzes* zu seinem und der
anderen Wohl zu entfalten.“, Art. 4, (1) „Die Kirchen und die anerkannten
10 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften entfalten sich in der
Erfüllung ihrer religiösen Aufgaben frei von staatlichen Eingriffen. (2) *Ihre
Bedeutung für die Bewahrung und Festigung der religiösen und sittlichen
Grundlagen des menschlichen Lebens wird anerkannt.*“

15 Begründung:

Die Begründung enthält der Antragstext zum Teil schon. Weiter aber:

20 Die Landesverfassung soll der gesamten Bevölkerung des Landes,
unabhängig von ihrem Glauben oder Nicht-Glauben, als Grundlage des
Zusammenlebens dienen. Die Bevölkerung unseres Bundeslandes
besteht aber aus Menschen mit vielerlei Hintergrund: religiösem (und
dabei bei Weitem nicht nur christlich-religiösem) und auch nicht-
religiösem. Daher ist die einseitige Bezugnahme auf das „*christlichen*
25 *Sittengesetz*“ und die „*Bewahrung und Festigung der religiösen und
sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens*“ kaum mehr
angemessen und geht an der Lebenswirklichkeit der Menschen in Baden-
Württemberg vorbei.

Antrag 57

(Kennnummer: 117)

Kreisverband Heidelberg

Asylbewerber HD 31

Empfehlung

Füge ein in S. 49, Z. 32:

Baden-Württemberg soll weltoffen und integrativ sein. Deshalb werden wir die Residenzpflicht für AsylbewerberInnen und Geduldete abzuschaffen. Gerade denjenigen, die aufgrund von Kettenduldungen zum Teil Jahrzehnte in unserem Land verbringen ist dies nicht zuzumuten und zudem ein riesiges Integrationshemmnis. Das wollen wir ändern.

Begründung:

Die Residenzpflicht hält geduldete Flüchtlinge, Asylbewerberinnen und Asylbewerber in ihrem Meldelandkreis gefangen, den sich nicht ohne behördliche Ausnahmegenehmigung verlassen dürfen. Diese unverhältnismäßige Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit führt zu einer sozialen Isolation. Diese unverhältnismäßige Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit führt zu einer sozialen Isolation. Sie dürfen ihre Freunde und Verwandte nicht besuchen, wenn diese in einem anderen Landkreis wohnen. Auch politisches Engagement oder die Wahrnehmung von Beratungsmöglichkeiten in anderen Städten oder Orten ist fast unmöglich. Besonders verschärft wird die Regelung noch dadurch, dass ein Verstoß gegen die Residenzpflicht mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe geahndet wird. Viel zu viele unterliegen über Jahre der Residenzpflicht.

Wir fordern, dass die Frage des menschenwürdigen Umgangs mit Flüchtlingen wieder stärker auf die politische Tagesordnung kommt. Grundsätzlich muss das Recht auf Asyl im Grundgesetz wieder vollständig hergestellt werden. Auch die Existenz von Abschiebeknasten bleibt inakzeptabel. Das Einzige, was diese Menschen getan haben, ist der Versuch in diesem Land zu leben. Sie dafür in ein Gefängnis zu sperren, ist unmenschlich. Im Übrigen muss es endlich eine humane Bleiberechtsregelung geben, um die Praxis der Kettenduldungen endlich zu beenden.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 58

(Kennnummer: 3)

Landesverband Baden-Württemberg

AG Lesben und Schwule

AIDS-Hilfe finanziell weiterhin fördern

Empfehlung

Antrag der AG Schwusos Stuttgart

Antragsempfänger: Landesvorstand AG Schwusos Baden Württemberg,
SPD Landesvorstand Baden-Württemberg

5

Der Schwusos Landevorstand möge beantragen, das die SPD Baden-Württemberg im Wahlprogramm sich weiterhin für die finanzielle Förderung der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg einsetzt.

10

Begründung:

In Baden-Württemberg muss weiterhin eine gute Präventionsarbeit gewährleistet wird.

15

Die Schwusos Stuttgart haben den Antrag einstimmig zugestimmt.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 59

(Kennnummer: 7)

Landesverband Baden-Württemberg

AG Lesben und Schwule

Sexuelle Identität

Empfehlung

Die SPD-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für einen Antrag auf Änderung des Grundgesetz Artikel 3 einsetzen. Bei einer Regierungsbeteiligung muss der Antrag auf Änderung mit dem Zusatz „der sexuellen Identität“

5

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

gestellt werden.

Diese Forderung wird im Wahlprogramm der Landtagswahl 2011 aufgenommen.

10

Begründung:

Noch immer weigern sich die konservativen Parteien einer Änderung zuzustimmen. Nahezu alle gesellschaftlichen Gruppierungen sind im GG Artikel 3 genannt. Es fehlen nur noch die Gruppe der Lesben, Schwulen, Bi- und transgender. Es wird Zeit für die Änderung.

15

ntragsbereich R

Antrag 60

(Kennnummer: 8)

Empfehlung

Landesverband Baden-Württemberg

Dialog stärken

Die SPD-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für einen Dialog der Lesben-Schwulen- Bi- und transgender (LGBT) Menschen mit anderen Gruppen der Gesellschaft ein. Insbesondere die Förderung des Dialogs mit Migrantengruppen, Vereinen, Glaubensgemeinschaften, Institutionen etc. werden organisiert. Integration kann nur durch Partizipation gelingen wenn auch gleichgeschlechtliche Lebensformen respektiert/anerkannt und gelebt werden.

5

10

Diese Forderung wird im Wahlprogramm der Landtagswahl 2011 aufgenommen.

Begründung:

15

Noch immer bestehen gegenseitige Vorbehalte in der Gesellschaft gegen LGBT Menschen. Dies gilt es im Dialog abzubauen. Eine Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen in die Diskussion und Anerkennung kann hier Abhilfe schaffen.

20

Überweisung an Landtagsfraktion

Antragsbereich R

Antrag 61

(Kennnummer: 9)

Landesverband Baden-Württemberg

AG Lesben und Schwule

Würdiges Leben von LGBT ermöglichen

Empfehlung

Die SPD-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

5 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für ein würdiges Leben im Alter von Lesben- Schwulen, Bi- und Transgender Menschen ein. Richtlinien und Regeln für Pflegedienste, Altenheime und Sterbekliniken werden erstellt.

10 Diese Forderung wird im Wahlprogramm der Landtagswahl 2011 aufgenommen.

Begründung:

15 Auch Lesben, Schwule, Bi- und Transgender werden älter. Gerade die kommenden Generationen sind ein tolerantes und offenes Leben in der Gesellschaft gewohnt. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung im Alter wieder Diskriminiert werden.

20 Die kirchlichen Pflege- und Altenheime sind nicht auf LGBT eingerichtet. Aus Erfahrung wissen wir, dass Menschen wegen Ihrer sexuellen Identität in diesen Einrichtungen abgelehnt wurden. Die Politik muss hier für mehr Toleranz, Gleichberechtigung und Anerkennung sorgen.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 62

(Kennnummer: 42)

ASF Baden-Württemberg

Frauenpolitische Schwerpunkte für das SPD-Regierungsprogramm 2011

Empfehlung

Antragsteller: ASF Baden-Württemberg

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

5 Frauenpolitische Schwerpunkte für das SPD-Regierungsprogramm 2011

Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter sind sozialdemokratische Grundprinzipien. Auch wenn vieles in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurde, z.B. das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, so ist tatsächliche Gleichstellung heute - im Jahr, in dem sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal jährt, immer noch nicht erreicht.

15 Chancengleichheit bedeutet gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Familie und Beruf. Dies ist für die gesellschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Dass Frauen die Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige übernehmen und Männer das Familieneinkommen erwirtschaften, sind überholte Rollenbilder. Frauen tragen die ökonomischen und persönlichen Risiken einer familienbedingten Auszeit alleine und bezahlen dafür im Beruf mit Gehaltseinbußen und eingeschränkten beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten.

25 Frauen verdienen bei gleicher bzw. gleichwertiger Arbeit rund ein Viertel weniger als Männer. Überdurchschnittlich viele Frauen sind in Teilzeit- oder geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, der Niedriglohnsektor ist überwiegend „weiblich“. In Führungspositionen sind Frauen unterrepräsentiert. Hier muss ein Umdenken einsetzen.

30 Echte Gleichberechtigung setzt aber auch die Gewissheit voraus, ohne Angst vor Gewalt leben zu können. Das beginnt bei der häuslichen Gewalt und reicht bis zur Zwangsheirat und Zwangsprostitution.

35 Moderne Gleichstellungspolitik heißt für uns,

- das Prinzip des Gender Mainstreaming muss auf allen Ebenen angewandt werden.

40 - die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Dazu gehört in erster Linie der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung. Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von Ganztageseschulen, an denen die Schülerinnen und Schüler durch Fachpersonal unterrichtet und betreut werden. Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen müssen an die Arbeitszeiten der berufstätigen Mütter und Väter angepasst werden.

45 Besondere wichtig sind diese Rahmenbedingungen für Alleinerziehende.

- dass Unternehmen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie Zugang zu Qualifizierungsangeboten bieten, damit alle faire Aufstiegschancen und Verdienstmöglichkeiten haben. Anonymisierte Bewerbungen sorgen hier

für mehr Chancengleichheit für Frauen und/oder Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund. Betriebe müssen Weiterbildung - unabhängig vom Geschlecht - ermöglichen.

55 - den in den letzten Jahren entstandenen Missbrauch bei Zeit- und Leiharbeit zu unterbinden. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn, die Sozialversicherungspflicht für alle Erwerbsverhältnisse, um u.a. Altersarmut zu verhindern.

60 - Arbeitsmarktprogramme für Wiedereinsteigerinnen anzubieten ohne zeitliche oder altersmäßige Beschränkung. Die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ müssen erhalten bzw. weiter ausgebaut werden. Dazu gehört auch eine geförderte Teilzeitausbildung in allen Branchen.

65 - mehr Frauen in Führungspositionen. Freiwillige Vereinbarungen mit der Privatwirtschaft haben uns nicht weitergebracht. Deshalb fordern wir eine verbindliche Quote, wie z.B. in Norwegen.

70 - ein einheitliches Verfahren zur Bewertung von Abschlüssen. , die Migrantinnen und Migranten in ihren Herkunftsländern erworben haben. Viele Migrantinnen und Migranten verfügen über eine hohe Bildung und Qualifikation, mit entsprechendem Nachweis aus dem Herkunftsland. Überdurchschnittlich oft werden diese vom Zugang zum Erwerbsleben fern gehalten oder finden nur eine Beschäftigung, die weit unter ihrer
75 Qualifikation liegt.

- dass überkommene Rollenmuster und die bisherige Trennung in typische Männer- und Frauenberufe überwunden werden. Dazu gehört eine spezifische Beratung zur Ausbildungs- und Berufswahl sowie
80 Berufsorientierungsangebote an allen Schulen.

- dass die Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt wird. Dazu gehört auch, Erziehungs- und Pflegearbeit gesellschaftlich aufzuwerten und angemessen zu entlohnen.
85

- die Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, z.B. durch Präventionsarbeit bei Mädchen. Wir fordern eine landesweit einheitliche und finanzielle und personelle Ausstattung von Frauenhäusern, und die verlässliche Finanzierung von Frauenberatungsstellen und
90 Frauennotrufen. Die Ausgestaltung von Frauenhäusern muss sich weiterentwickeln. . In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, wie bisher das Aufenthaltsrecht bereits nach 2 Jahren Ehedauer zu erhalten. Eine Erhöhung auf drei Jahre würde Frauen unnötig länger dem Risiko häuslicher Gewalt aussetzen.

95 - Schutz und Hilfe bei drohender Zwangsheirat und Genitalverstümmelung. Hierzu sind Präventionsmaßnahmen, z.B. zu den Themen „Ehre und Rollenverständnis“ sowie „Sexismus und Rassismus“,

nötig.

100

- Die derzeitige Praxis bei der Zulassung zu Deutsch- und Integrationskursen benachteiligt ältere Frauen oder junge Frauen mit kleinen Kindern in unzulässiger Weise. Um ihnen mehr Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen, müssen die kürzlich eingeführten Wartezeiten wieder gestrichen werden. Außerdem müssen auch für bildungsferne ältere Migrantinnen nachhaltige sprachliche Fördermöglichkeiten zugänglich sein.

105

- Wir stehen für eine tolerante und offene Gesellschaft, in der die Menschen ihr Leben unabhängig von ihrer sexuellen Identität gleichberechtigt gestalten können. Deshalb werden wir uns für eine Gleichbehandlung aller Lebensgemeinschaften stark machen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich zudem für eine Änderung des Artikels 3 des Grundgesetzes mit dem Zusatz „der sexuellen Identität“ einsetzen.

110

115

- Die Grundlagen für ein tolerantes Miteinander werden früh gelegt. In den Schulen sollen alle Lebensweisen wertneutral vermittelt werden, mit dem Ziel die Homophobie zu ächten.

120

Antragsbereich R

Antrag 63

(Kennnummer: 19)

Kreisverband Waldshut

Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichern

Empfehlung

5

Im ländlichen Raum fehlen heute schon in vielen Gebieten Hausärzte. Viele Hausärzte stehen vor ihrer Pensionierung und der medizinische Nachwuchs fehlt. Die Zahl der Hausärzte nimmt jedes Jahr weiter ab, weil sich immer weniger Medizinstudentinnen und -studenten für den Hausarztberuf entscheiden. Dazu kommt, dass die Mehrzahl der Medizinstudenten Frauen sind. Der ländliche Raum erscheint gerade ihnen unattraktiv, da sie Familie und Beruf nur schwer vereinbaren können. Die Betreuungssituation und das Bildungsangebot ist oft für diesen zeitintensiven Beruf nicht ausreichend. Gleichzeitig werden Hausärzte deutlich schlechter honoriert als Fachärzte. Es droht die ärztliche Unterversorgung in ländlichen Regionen.

10

Hausärzte in ländlichen Regionen müssen gestärkt und ihr Beruf

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

15 attraktiver gemacht werden.

Die SPD hat mit den Hausarztverträgen die Möglichkeit geschaffen, dass Hausärzte besser bezahlt werden können. Die bessere Bezahlung der Hausärzte muss sich auch für die Krankenkassen rechnen, sonst ist sie vor den Beitragszahlern nicht zu vertreten.

Durch finanzielle Unterstützung bei der Niederlassung in ländlichen Räumen Baden-Württembergs wollen wir wirksame Anreize setzen. Mehr Geld alleine wird aber nicht alle Probleme lösen können. Hausärzte in ländlichen Regionen müssen entlastet werden. Wir wollen zusammen mit den Hausärzten, den Kassenärztlichen Vereinigungen, den Krankenkassen Arzt entlastende, Gemeindenahe, E-Health gestützte, systemische Interventionen erarbeiten und finanzieren. (*Ärztelhäuser mit tageweiser Facharztbelegung*)

Antragsbereich R

Antrag 64

(Kennnummer: 20)

Kreisverband Waldshut

Ärztliche Notfallversorgung

Empfehlung

Ärztliche Notfallversorgung

Annahme

1. Die Landesregierung hat dafür Sorge zu Tragen, dass die Rettungsdienste in den Ländlichen Räumen hinsichtlich ihrer Qualität, Kapazität und einzuhaltenden Hilfsfristen denen der Ballungszentren und Städte gleichgestellt wird.
2. Die personelle Ausstattung mit Notärzten in den Ländlichen Räumen und den kleinen Krankenhäuser ist dringen zu verbessern.
3. Es ist durch die Landesregierung sicherzustellen, dass die (gesetzlich) zur Mitwirkung am Rettungsdienst verpflichteten Krankenhäuser ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen können.
4. Die im Rettungsdienstplan von Baden-Württemberg ausgewiesenen Luftrettungsstandorte sind so einzurichten, dass sie entsprechend ihres zugrunde liegenden 60-km-Einsatzradius auch die Ländlichen Räume abdecken können, um die Hilfsfristen für alle Bürger zu Erreichen.
5. Die Landesregierung hat die Stelle eines Ärztlichen Leiters für die Rettungsdienste einzurichten, der mit Weisungsbefugnis die Qualität und Leistung der Notärzte überwacht.
6. Die Landeregierung hat ein Zentralregister einzurichten, das die Qualität und Nachverfolgung Notärztlicher Maßnahmen

auswertet und dokumentiert.

- 25 7. Die Landesregierung wird verpflichtet tätig zu werden, wenn ein
Bereichsausschuss keine Lösung für die Verbesserung der
Notarztversorgung in seinem Bereich durchsetzen kann.

Begründung:

30 Es ist mittlerweile auch ein Thema der Presse geworden: In ländliche
Landkreisen ist die Notfallversorgung in einer kritischen Situation. Neben
schwierigen topografischen Lagen bereitet die Bereitstellung von
zugelassenen Notärzten zunehmend Schwierigkeiten, da diese Ärzte
35 unter anderem eine umfangreiche Zusatzqualifikation erbringen müssen,
um als Notärzte eingesetzt werden zu können – und immer weniger junge
Ärzte streben nach dieser Berechtigung. Nach dem
Rettungshilfedienstgesetz (RDG) ist der Bereichsausschuss für die
Aufstellung des Bereichsplanes zuständig, die Kostenträger für die
Finanzierung des Rettungsdienstes. Das Land wiederum ist für den
40 Rahmenplan und für die Luftrettungsstandorte zuständig. Somit sind
Planung, Finanzierung und Genehmigung getrennt, was offensichtlich zu
Abstimmungsproblemen führt bzw. führen muss. Diese
Abstimmungsprobleme und die damit verbundenen zeitlichen
Verzögerungen gehen zu Lasten der betroffenen Notfallpatienten.

45 Allein im Landkreis Waldshut hatte im Zeitraum 2005 bis 2009
durchschnittlich fast jeder 5. Notarzteinsatz über der gesetzlich
vorgeschriebenen Hilfsfrist von 15 Minuten gelegen. Bei den Einsätzen
der Rettungswagen war rund jeder 8. über der Hilfsfrist. Folgerichtig
50 schreibt das Ministerium: „Die Versorgungssituation im
Rettungsdienstbereich Waldshut muss zweifellos verbessert werden.
Ebenso schreibt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine kleine
Anfrage: *„Während sich in einigen Rettungsdienstbereichen ... die
Einsatzbereiche zum Teil mehrfach überschneiden, weisen andere weiße
55 Flecken auf.“*

Der Qualitätsbericht der Rettungsdienste vom August 2010 listet die
Mängel auf. In 4 von 6 Landkreisen und kreisfreien Städten gelingt es
nicht, die gesetzlich vorgeschriebenen Rettungsfristen einzuhalten. In
60 anderen ländlichen Räumen sieht es nicht besser aus. Die
Bereichsausschüssen werden bei der Lösung dieser Probleme allein
gelassen. Zudem gibt es nach Auskunft der Landesregierung in Baden-
Württemberg weiße Flecken bei den Luftrettungsstandorten. (siehe
Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage DS 14/6665 vom
65 14.07.2010)

Antrag 65

(Kennnummer: 31)

Kreisverband Emmendingen

Rheintalbahn

Empfehlung

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Im Entwurf des Regierungsprogramms wird auf S. 31., Zeile 18, das Wort „entlang“ gestrichen.

5

1. Im Entwurf des Regierungsprogramms, Seite 31 in Zeile 18 wird nach den Worten „der Rheinschiene ein“ dieser Satz ergänzt um die Worte „und unterstützen das Trassenkonzept Baden 21“.

10 Begründung:

Die Bahnplanung für den Bau des dritten und vierten Gleises der Rheintalbahn würde bei Ihrer Verwirklichung zu massiven Lärmbelästigungen der Anwohner von Offenburg bis Basel führen. Gegen die von der Bahn geplante Trasse gibt es über 100.000 Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern. Die Bürgerinitiativen und die betroffenen Gemeinden haben deshalb eine alternative Trassenführung entwickelt, das sog. Trassenkonzept Baden 21. Es sieht einen Tunnel unter Offenburg, die A5-parallele Trasse von Offenburg bis Riegel sowie Mittel- und Teiltiefanlagen mit lokal verstärkten Lärmschutzmaßnahmen von Riegel bis Mengen und eine teilgedeckelte Tieflage von Mengen bis südlich Buggingen vor (weitere Informationen hierzu unter www.ig-bohr.de). Die Kreisräte Emmendingen und Ortenau haben sich nahezu einstimmig hinter dieses Konzept Baden 21 gestellt, ebenso der Regionalverband Südlicher Oberrhein, die SPD-Bundestagsgruppe, die SPD-Landtagsfraktion und auch der vorletzte SPD-Landesparteitag.

15

20

25

Die Bezeichnung „entlang der Rheintalschiene“ ist missverständlich, weil die neuen Gleise vielerorts gerade nicht entlang der bestehenden Gleise gebaut werden sollen zum Schutz der Anwohner vor mehr Lärm, deshalb Antrag Ziff.1.

30

Da der Ausbau der Rheintalbahn nicht nur für Südbaden von großer Bedeutung ist, zugleich aber sehr enorm viele Bürger betrifft, sollte in unserem Regierungsprogramm zumindest kurz gesagt werden, für welche Trassenführung wir sind, deshalb Antrag Ziff. 2.

35

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 66

(Kennnummer: 34)

Kreisverband Tübingen

Gegen Landschaftsverbrauch und Zersiedelung und Naturnahe Wälder schaffen

Empfehlung

Antrag auf Ergänzung des Arbeitsentwurfs des SPD Regierungsprogramms vom Dezember 2010:

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

5 Nach Abschnitt V, 7 „Bezahlbaren Wohnraum fördern, Stadtzentren stärken“ soll ein weiterer Abschnitt mit folgendem Wortlaut eingefügt werden.

Für kurze Wege - Gegen Landschaftsverbrauch und Zersiedelung

10 Wir Sozialdemokraten setzen uns für ein Ende des ungezügelten Landschaftsverbrauchs ein. Die staatlichen und kommunalen Planungsträger werden wir verpflichten, den Landschaftsverbrauch entsprechend der demografischen Entwicklung zu beschränken und landesweit auf Netto Null zurückzuführen.

15 Die bauliche Entwicklung der Gemeinden wollen wir, um dieses Ziel zu erreichen, auf die Innenentwicklungspotenziale lenken. Das sind bebaute Flächen wie Siedlungsbrachen, nicht mehr genutzte Industrieanlagen und landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Die aus ökologischen Gründen erforderlichen Grünflächen sind dabei zu erhalten oder neu anzulegen.
20 Die Gemeinden werden wir verpflichten, ihre Innenentwicklungspotenziale zu erfassen, zu beplanen und bekannt zu machen. Die staatliche Förderung von Wohnungsbau, Erschließung von Gewerbegebieten und den dazu gehörenden Verkehrsanlagen wollen wir auf Innenentwicklungsmaßnahmen umlenken. Dem Ausbau des
25 öffentlichen Personennahverkehrs geben wir Vorrang vor dem weiteren Ausbau des Straßennetzes.

30 Unser Ziel ist, künftig kompakte Siedlungsstrukturen mit kurzen Wegen zu schaffen.

35 Die Forderungen decken sich mit einem entsprechenden Antrag, den die Kreisdelegiertenkonferenz der Tübinger SPD im Mai dieses Jahres verabschiedet hat.

Außerdem soll nach dem Abschnitt 9 „Den ländlichen Raum stärken und unsere Natur schützen“ folgender weiterer Abschnitt eingefügt werden:

Naturnahe Wälder schaffen

40

Wir setzen uns für eine naturnahe Waldwirtschaft ein, bei der folgende Regeln beachtet werden:

45

Naturferne, besonders schadensanfällige Nadelholzforste werden in ungleichaltrige, mehrstufige Laubmischwälder mit hohen Anteilen an standortsheimischen Baumarten überführt.

Auf Kahlschläge wird verzichtet.

50

Die Naturverjüngung hat Vorrang vor der Pflanzung.

Der Wildbestand wird so reguliert, dass der Wildverbiss die Verjüngung des Mischwaldes nicht gefährdet

55

Der Maschineneinsatz wird so gestaltet, dass Schäden am Boden und Baumbestand vermieden werden.

60

Auf diese Weise wollen wir die Wälder stabilisieren und widerstandsfähiger gegen Luftschadstoffe und Klimawandel machen. Die naturnahe Wirtschaft dient nicht nur der Holzproduktion. Sie steigert auch die Schönheit und den Erholungswert des Waldes. Zugleich dient sie der Sicherung der Wasserversorgung, dem Bodenschutz, der Luftreinhaltung und der Erhaltung der Artenvielfalt.

65

Die öffentlichen Waldbesitzer werden wir deshalb verpflichten, diese Regeln einzuhalten. Die privaten Waldbesitzer werden wir durch eine intensive Beratung von der Vorteilhaftigkeit dieser Wirtschaftsweise überzeugen.

70

Eine Naturnahe Waldwirtschaft ist nur möglich, wenn die Wälder von gut ausgebildetem Fachpersonal bzw. geschulten Waldbesitzern betreut werden und wenn für die Waldpflege ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Beides ist heute vielfach nicht mehr der Fall. Durch Sparmaßnahmen wurden der Landesforstverwaltung 40 % des Personals entzogen und die Finanzmittel gekürzt. Wir werden die staatliche Forstverwaltung personell und finanziell so verstärken, dass sie ihrer wichtigen Aufgabe nachkommen kann.

75

80

Außerdem werden wir das Landesjagdgesetz novellieren. Unser Ziel ist, durch entsprechende gesetzliche Vorgaben die Jäger zu verpflichten, den Wildbestand so zu regulieren, dass die Begründung naturnaher Mischbestände ohne Schutzmaßnahmen möglich ist.

Antragsbereich R

Antrag 67

(Kennnummer: 48)

Ortsverein Mögglingen
(Kreisverband OSTALB)

Keine weitergehende Privatisierung der Bahn

Empfehlung

Antragsempfänger: Landesparteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 5 In den Entwurf des Regierungsprogramms wird unter V. 5. „Straßen verbessern, Schienenverkehr stärken, Radwege ausbauen“ auf S. 30 nach Zeile 7 der Satz hinzugefügt: „Dem Versuch einer weitergehenden Privatisierung der Bahn wird die SPD im Land über den Bundesrat entgentreten.“

10

Begründung:

- 15 Im Grundgesetz und im Grundsatzprogramm der SPD gibt es ein klares Bekenntnis zur Bahn als einer Einrichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eisenbahnunternehmen sind als solche dem Gemeinwohl verpflichtet. Die Bahnkunden haben ein Grundrecht auf Mobilität, das der Staat zu gewährleisten hat. Aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen muss der Verkehrsträger Bahn gestärkt werden. Dies gelingt nur, wenn die Deutsche Bahn AG mit ihren
- 20 Eisenbahnverkehrs- und Eisenbahninfrastrukturunternehmen im Alleineigentum des Bundes bleibt, damit der Bund seinen politischen Einfluss behält. Bei einer privatisierten Bahn hätten die Renditeerwartungen Vorrang vor dem Wohl der Allgemeinheit.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 68

(Kennnummer: 50)

Ortsverein Mögglingen
(Kreisverband OSTALB)

Empfehlung

Verkehrswege des Bundes: Prioritäten und Kriterien

Antragsempfänger: Landesparteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 5 In den Entwurf des Regierungsprogramms wird unter V. 5. „Straßen verbessern, Schienenverkehr stärken, Radwege ausbauen“ S. 28 nach Zeile 27 folgendes hinzugefügt: „Wir werden klare Aussagen zur Dringlichkeit der Maßnahmen im Bundesstraßennetz in Baden-Württemberg formulieren und auf den Dialog mit den Bürgerinnen und
- 10 Bürgern achten. In Bezug auf Umgehungsstraßen werden wir Kriterien aufstellen, die es jedem Bürger ermöglichen, die tatsächliche Abfolge der Maßnahmen nachzuvollziehen und Pro und Contra zu thematisieren. Auch werden wir dafür Sorge tragen, dass durch geeignete Maßnahmen der Mautausweichverkehr unterbunden wird.

15 Begründung:

- Die verschleierte Aussagen der bisherigen Landesregierung zu einer Priorisierung, wenn es um Baumaßnahmen des Bundes in Baden-
- 20 Württemberg geht, führen immer wieder in den Städten und Gemeinden zu Verärgerungen, da es keine nachvollziehbaren Kriterien gibt, warum und weshalb eine Maßnahme gebaut wird. Die SPD setzt auf mehr Offenheit und Transparenz in diesen Verfahren.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 69

(Kennnummer: 51)

Ortsverein Mögglingen

(Kreisverband OSTALB)

Filter in Tunnelabgasanlagen

Empfehlung

Antragsempfänger: Landesparteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 5 In den Entwurf des Regierungsprogramms wird unter V.5. folgender Satz aufgenommen:

Die SPD wird darauf hinwirken, dass die Schadstoffbelastung durch die

Ablehnung

10 Einführung von Verkehrstunneln nicht auf umliegende Wohn- und
Erholungsgebiete verteilt wird. Der Einbau von geeigneten Fein- und
Grobfiltersystemen ist zu erforschen und dem jeweiligen
Straßenbauträger gesetzlich vorzuschreiben. Wir werden darauf drängen,
dass in den neuen Tunnel von Schwäbisch Gmünd eine Pilotfilteranlage
eingebaut wird.

15

Antragsbereich R

Antrag 70

(Kennnummer: 53)

SGK Baden-Württemberg

Ländlicher Raum

Empfehlung

Ersetze Kapitel V – 9 (S. 34) durch die Kapitel V – 9, 10, 11

9. Den ländlichen Raum stärken

5 Baden-Württemberg ist nicht nur reich an wundervollen Naturräumen und
historischen Kulturlandschaften. Auch der ländliche Raum zeichnet sich
durch einen wachsenden Industrialisierungsprozess sowie
leistungsfähige Dienstleistungen aus. Daraus ergeben sich für den
ländlichen Raum große Herausforderungen. Einerseits gilt es,
10 landschaftliche Vielfalt zu bewahren. Andererseits gilt es, den
Benachteiligungen aufgrund der geringeren Siedlungsdichte und
angesichts der sich abzeichnenden demographischen Veränderungen
entgegenzuwirken. Deshalb werden wir besondere Anstrengungen
unternehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes im
15 Bereich der Verkehrswege, beim schnellen Internet, und bei der Vielfalt
der Bildungsangebote auch in Zukunft zu erhalten. Die Anstrengungen für
eine flächendeckende Gesundheits- und Ärzteversorgung müssen erhöht
werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die diskriminierende
Bedarfsrichtlinien über die vertragsärztliche Versorgung für den
20 ländlichen Raum aufgehoben und eine Niederlassungsfreiheit geprüft
wird.

10. Landwirtschaft

25 Wir wollen Arbeitsplätze auf dem Land sichern. Das geht nur mit
wettbewerbsfähigen Betrieben. Auch Landwirte müssen von ihrer harten
Arbeit leben können. Wir streben eine Landwirtschaft an, in der die

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

bäuerlichen Betriebe marktorientiert Lebensmittel, Rohstoffe und Energie erzeugen. Wir wollen die Position der Landwirte durch einen möglichst großen Anteil an der Wertschöpfungskette und durch Direktvermarktung oder genossenschaftliche Vertriebsformen stärken, um die Marktdominanz und den Preisdruck der Discounter einzuschränken. Zur Sicherung der Qualität zählen auch der Tierschutz sowie ökologisch verträgliche und nachhaltige Produktionsbedingungen. Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb sind gleiche Standards. Wir treten für eine Harmonisierung der Umwelt- und Tierschutz Standards auf dem hohen deutschen Niveau an.

Wir fördern einen verstärkten Ausbau des ökologischen Landbaus, weil er eine besonders nachhaltige und naturverträgliche Art der Landbewirtschaftung darstellt. Er ist besonders arbeitsintensiv und birgt vielfältige Wertschöpfungspotentiale. Seine Produkte genießen eine hohe Wertschätzung in der Bevölkerung und die Nachfrage übersteigt das heimische Angebot.

Wir unterstützen Bauern und Verbraucher: Wir wollen ein Baden-Württemberg ohne Grüne Gentechnik. Dazu wollen wir, sobald dies rechtlich möglich ist und Berlin den gesetzlichen Rahmen dafür geschaffen hat, die Grüne Gentechnik in Baden-Württemberg verbieten.

50

11. Naturschutz

Wir wollen durch integrativen Naturschutz ein Gleichgewicht zwischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien herstellen. Dazu bedarf es Maßnahmen in allen Landesteilen, nicht nur im klassischen ländlichen Raum, auch in den Städten und Ballungsräumen. Dazu gehören die Ausweitung von Naturschutzgebieten, realisierbare Biotopverbundprogramme, die Ausweitung von Natura 2000-Flächen und ein klares Bekenntnis zur Nachverdichtung statt Neuausweisung von Bauflächen. Bestehende Naturparks wollen wir stärker auf den Naturschutz ausrichten und finanziell entsprechend ausstatten. Zudem muss das Land endlich ein Großschutzgebiet im Schwarzwald entwickeln. Dafür werden wir den Grundstein legen.

65

Antragsbereich R

Antrag 71

(Kennnummer: 63)

Ortsverein Gernsbach

Empfehlung

Ländlicher Raum

Änderungsantrag des SPD Ortsvereins Gernsbach zum Arbeitsentwurf für das Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

In Punkt V.9 „Den ländlichen Raum stärken und unsere Natur schützen“

5

wird auf Seite 34, Zeile 13 nach „die landschaftliche Vielfalt zu schützen“ die Formulierung eingefügt: „und den Flächenverbrauch konsequent zu minimieren.“

10

Auf Seite 34, Zeile 15 werden die folgenden Sätze eingefügt. „Wir bekennen uns zu dem Ziel, den Netto-Flächenverbrauch in den nächsten 12 bis 15 Jahren auf Null zurückzuführen. Wir werden die Instrumente der Regionalplanung nutzen, um verbindliche Mengenziele für die Siedlungsentwicklung gemeindeübergreifend vorzugeben.“

15

Begründung:

20

Der bis heute weitgehend ungehemmt voranschreitende Flächenverbrauch ist nicht nur einer der Hauptgründe für den dramatischen Artenschwund, sondern hat vielfältige weitere negative Folgen für den Erhalt der Kulturlandschaft, den Hochwasser- und Klimaschutz, die Luftqualität und insgesamt die Lebensqualität in unserem Land. Wertvolle Böden gehen nicht nur dem Naturhaushalt, sondern insbesondere auch der Land- und Forstwirtschaft dauerhaft

25

verloren. Der Innenentwicklung den Vorrang gegenüber weiterer Zersiedlung zu geben, hat zudem zahlreiche positive Effekte wie niedrigere Erschließungs- und Infrastrukturkosten, geringere Verkehrsbelastung, eine bessere Grundversorgung insbesondere für Familien und ältere Menschen und eine Stärkung des sozialen

30

Zusammenhalts am Ort. Es gibt hier kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem, die CDU-geführte Landesregierung hat es in der Vergangenheit weitgehend bei Appellen und einzelnen Vorzeigeprojekten ohne breite Wirkung belassen. Es ist demgegenüber notwendig, auch gesetzgeberisch tätig zu werden, wie dies die SPD-Landtagsfraktion

35

wiederholt gefordert hat. Ein wesentlicher Ansatzpunkt ist die konsequente Begrenzung und stufenweise Rückführung des Flächenverbrauchs auf regionaler Ebene, wofür die Regionalverbände mit entsprechenden Kompetenzen auszustatten sind.

Antragsbereich R

Antrag 72

(Kennnummer: 79)

Kreisverband Freiburg

Neubaustrecke Wendlingen - Ulm

Empfehlung

Der Landesparteig möge beschließen:

1. Streichung S.30 Z 9-10

5 Mit der Umsetzung der Neubaustrecke zwischen Wendlingen und Ulm wird eine schnelle Fernverkehrsverbindung geschaffen.

2. Streichung S.33 Z. 30

10 Und auch

Ablehnung

Antragsbereich R

Antrag 73

(Kennnummer: 80)

Kreisverband Freiburg

Verbraucherschutz

Empfehlung

Der Landesparteig möge beschließen:

1.) Ersetzen S.34 Z. 4-5

5 Dazu wollen wir etwa 60 weitere Stellen in den Verbraucherschutzbehörden einrichten.

Durch:

10 Deshalb werden wir mindestens 60 weitere Stellen in den Verbraucherschutzbehörden einrichten.

2.) Ersetze S. 34, Zeile 25 bis 27

15 „Wir streben eine Landwirtschaft an, in der die bäuerlichen Betriebe

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

marktorientiert Lebensmittel, Rohstoffe und Energie erzeugen und sich, wo dies sinnvoll und nötig ist, in den Natur- und Landschaftsschutz einbringen.“

20 Durch:

„Wir streben eine Landwirtschaft an, in der die bäuerlichen Betriebe mit klaren Rahmenbedingungen Lebensmittel, Rohstoffe und Energie erzeugen und sich in den Natur- und Landschaftsschutz einbringen.“

25

Antragsbereich R

Antrag 74

(Kennnummer: 81)

Empfehlung

Kreisverband Freiburg

Umlenkung von Fördermitteln

Der Landesparteig möge beschließen:

Streichung S. 37 Z. 21 – Z.23

5 Ersetzen durch:

Wir werden eine Umlenkung von Fördermitteln vor allem auf kleine und mittlere Landwirtschaftliche Betriebe vornehmen, die den Zielen des integrativen Naturschutzes genügen:

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 75

(Kennnummer: 119)

Empfehlung

Kreisverband Tübingen

Gegen Landschaftsverbrauch und Zersiedelung

Überwiesen vom Landesparteitag Ulm 2010

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Empfänger: Landtagsfraktion

5 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für ein Ende
des ungezügelten Landschaftsverbrauchs ein. Wir fordern ein Gesetz,
das die staatlichen und kommunalen Planungsträger verpflichtet, den
Landschaftsverbrauch entsprechend der Bevölkerungsentwicklung zu
beschränken und landesweit auf Netto Null zurückzuführen. Ziel muss
10 sein, künftig kompakte Siedlungsstrukturen mit kurzen Wegen zu
schaffen. Wir treten für folgende Maßnahmen ein:

1. Die bauliche Entwicklung der Gemeinde ist auf die
Innenentwicklungspotentiale zu lenken. Das sind Baulücken, ehemals
15 bebaute Flächen wie Siedlungsbrachen, Konversions- und
Altlastenflächen, nicht mehr genutzte Industrie- und Wohngebäude sowie
nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Aus
ökologischen Gründen erforderliche Grünflächen sind zu erhalten oder
neu anzulegen.

20 2. Durch die Einführung einer Baulandausweisungsumlage (BLAU)
werden finanzielle Anreize zur Reduzierung des Flächenverbrauchs
gesetzt.

25 3. Die Gemeinden sind nach landeseinheitlichen Vorgaben zu
verpflichten, ihre Innenentwicklungspotenziale zu erfassen, zu beplanen
und bekannt zu machen sowie den Vorrat an baurechtlich
ausgewiesenen und/oder bereits erschlossenen, aber noch nicht
genutzten Bauflächen zu erfassen und bekannt zu machen.

30 4. Die staatliche Förderung von Wohnungsbau, Erschließung von
Gewerbegebieten und den dazu gehörenden Verkehrsanlagen ist
vollständig auf Innenentwicklungsmaßnahmen umzulenken.

35 5. Bei Baumaßnahmen auf der grünen Wiese sind andernorts
gleichwertige Flächen zu entsiegeln und der Natur zurückzugeben.

6. Zur Minimierung des Flächenverbrauchs ist das Bodenrecht, die
Baunutzungsverordnung, das Grundsteuerrecht (Versiegelungsabgabe)
40 und die Wohneigentumsförderung zu reformieren.

7. Die interkommunale Zusammenarbeit ist stärker zu fördern,
insbesondere durch die Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete.

45 8. Neue Wohnmodelle für Ältere sind zu fördern, um den vorhandenen

Wohnraum besser zu nutzen.

- 50 9. Dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ist der Vorrang vor dem weiteren Ausbau des Straßennetzes zu geben.

Antragsbereich R

Antrag 76

(Kennnummer: 59)

Empfehlung

Kreisverband Böblingen

Auflegung eines Fern- und Nahwärmeprogrammes für Baden-Württemberg

Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-Landesparteitag

Betr.: Regierungsprogramm zur Energiepolitik

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

- 5 Der Landesparteitag möge beschließen, dass folgende Punkte in das Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2011 aufgenommen werden.

Wir fordern:

- 10 Die Auflegung eines Fern- und Nahwärmeprogramm für Baden-Württemberg.

- 15 1.) Die Abschaltung von alten ineffizienten Kraftwerken und das in Baden-Württemberg die Technik der Abscheidung von Kohlendioxid weiter forciert wird. Gleichzeitig fordern wir den Auf- und Ausbau von moderner und effizienter Kraftwerkstechnik (z.B. Gas-Dampf, bzw. Gas-Turbinenkraftwerken)

- 20 2.) Der Ausbau von Investitions- und Förderprogrammen für die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden und privaten Wohnhäusern.

- 3.) Die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung- und Biogas-Anlagen

- 25 4.) Die Stärkung der kommunalen Stadtwerke als dezentrale Energieversorgungseinheiten

Begründung:

- 30 Energie ist aus unserem hoch technisierten Leben nicht mehr

wegzudenken. Die Ausrichtung der Energiepolitik gehört zu den Basisentscheidungen für eine Volkswirtschaft und bestimmt in hohem Maße die Entwicklungspotenziale der Zukunft. Sie muss wegen ihrer hohen Investitionskosten langfristig angelegt werden. Für uns als SPD stehen Versorgungssicherheit, Innovationsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz im Mittelpunkt einer modernen Energiepolitik. Einen besonderen Stellenwert nimmt der Ausbau der erneuerbaren Energien. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Verteilungsgerechtigkeit sind für uns grundlegend. Mit Hilfe von effizienten Technologien lässt sich der Einsatz von Energie und Rohstoffen drastisch senken. Längere Laufzeiten von Atomkraftwerken sind ein Investitionshemmnis für unser Land, weil sie den Ausbau der erneuerbaren Energie massiv gefährden und eine Modernisierung von Kraftwerksparks verhindern. Deshalb müssen wir durch Einsparungen den Energiebedarf senken und wo immer es möglich ist, konsequent auf heimische Energien setzen, die die Wertschöpfung bei uns in Baden-Württemberg sichern. Arbeitsplätze entstehen durch eigene Kraftwerke oder die Nutzung von Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse. Wir müssen die Anteile der regenerativen Energien deutlich steigern. Erneuerbare Energien müssen ein zentrales Kompetenzthema in Baden-Württemberg werden. Die vorhandenen Kapazitäten in Forschung, Lehre und Produktion sind dazu weiterzuentwickeln. Wir können den Energieverbrauch insgesamt senken und suchen dazu den Dialog mit Energieversorgern, Städten und Gemeinden, Verbraucherzentralen und Energieagentur. Wir wollen den Menschen beim Energiesparen helfen und dazu alle Möglichkeiten nutzen, z.B. auch neue Finanzierungsmodelle für sparsamere Elektrogeräte wie Kühlschränke oder Waschmaschinen. Es muss ein Fern- und Nahwärmeprogramm für Baden-Württemberg aufgelegt werden, weil heute zu viel Strom in Kraftwerken erzeugt wird, die die Wärme ungenutzt an die Umgebung abgeben. Es besteht bei den Stadtwerken die Möglichkeit das Konzept der dezentralen Energieversorgung umzusetzen und somit die Strukturen von Erzeugung, Verteilung und Verkauf grundsätzlich zu verändern. Es muss in Baden-Württemberg mit einem Investitionsprogramm Anreize geschaffen werden, um öffentliche Gebäude und private Wohnhäuser energetisch zu sanieren.

Antragsbereich R

Antrag 77

(Kennnummer: 29)

AfA Baden-Württemberg
Umsatzsteuerrecht

Empfehlung

Das Regierungsprogramm ist folgendermaßen zu ergänzen:

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Umsatzsteuerrecht

- 5 Jährlich werden in Deutschland und Europa Milliarden an Umsatzsteuer
hinterzogen. Auf europäischer Ebene sind vor allem Karussell-Geschäfte
dafür verantwortlich. Auf nationaler Ebene werden durch
Scheinrechnungen/Abdeckrechnung Milliarden an Umsatzsteuer
hinterzogen. Dem könnte man Abhilfe schaffen, durch Änderung des
10 Umsatzsteuerrechts auf nationaler und europäischer Ebene, in dem die
Vorsteuer erst dann erstattet werden kann, wenn die Umsatzsteuer
nachweislich an das Finanzamt entrichtet wurde. Die jetzige Regelung,
dass allein die Rechnung für die Vorsteuer ausreicht, öffnet der
Umsatzsteuerhinterziehung Tür und Tor.

15 Begründung:

- In Europa und Deutschland werden Milliarden Euro durch
Umsatzsteuerbetrug hinterzogen(geschätzt rund 20 Mrd. €). Mit dem
20 jetzigen Umsatzsteuerrecht ist es durch Schein/Abdeckrechnungen für
Unternehmen jederzeit relativ problemlos möglich Schwarzarbeit in der
Buchführung zu verstecken und zu verschleiern.

- Durch die o.g. Änderung im Umsatzsteuerrecht wird es möglich auf
25 einfache Art und Weise die Steuerhinterziehung zu bekämpfen Dies führt
zu mehr Steuergerechtigkeit und Steuermehreinnahmen, ohne Steuern
zu erhöhen. Die erhöhten Steuereinnahmen könnte für Bildung und der
finanziellen Absicherung der sozialen Systeme genutzt werden, sowie zur
Schuldenreduzierung. Da dies auch die Umsatzsteuer im Europäischen
30 Binnenmarkt beim Bestimmungslandprinzip betrifft, ist hier auch eine
europäische Lösung notwendig.

Antragsbereich R

Antrag 78

(Kennnummer: 47)

*Ortsverein Mögglingen
(Kreisverband OSTALB)*

Daseinsvorsorge und EU-Recht

Empfehlung

Antragsempfänger: Landesparteitag

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 5 Der Satz auf S. 39 in Zeile 9-11 (VI. 6. Keine Privatisierung der
Daseinsvorsorge“) „Wir widersprechen... bei kommunalen öffentlichen
Dienstleistungen führt.“ wird ersetzt durch:

- 10 „Auch wenn Teile der EU die Haltung zu einem hohen
Liberalisierungszwang und Privatisierungsdruck unterstützen, sehen wir
im Lissabon-Vertrag ein klares Bekenntnis zur Daseinsvorsorge bei
kommunalen öffentlichen Dienstleistungen. Das Gemeinschaftsrecht geht
von einer Koexistenz des öffentlichen mit dem privaten Sektor aus,
weshalb wir weiteren Privatisierungen in diesem Sektor deutlich
15 widersprechen.“

Begründung:

- 20 Die Ansicht, dass die gesamte EU auf eine Privatisierung und
Liberalisierung abzielt, ist in der Wissenschaft umstritten. Die SPD sollte
in ihrem Regierungsprogramm nicht einseitig die Ansicht der
„Privatisierer“ aufnehmen, sondern bekräftigen, dass wir mit der breiten
Gegenansicht Sektoren die für das Allgemeinwohl unabdingbar sind in
staatlicher Hand halten wollen.

25

Antragsbereich R

Antrag 79

(Kennnummer: 54)

SGK Baden-Württemberg

Unsere Kommunen stärken

Empfehlung

S. 38 Neufassung des Kapitels VI.5 „Unsere Kommunen stärken“

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Unsere Städte und Gemeinden stärken!

- 5 Die Kommunen sind die Keimzellen unserer Demokratie. Hier erleben die
Bürgerinnen und Bürger unmittelbar die Ergebnisse politischer

Entscheidungen. Und gerade hier spüren sie, welche Lücken die Klientelpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung vor Ort gerissen hat.

10 Der Gemeindefinanzbericht erwartet für 2010 ein Defizit von 2,3 Milliarden Euro. Der Tiefpunkt der kommunalen Finanzsituation im Land wird allerdings erst im Jahr 2011 erwartet. Die Landesregierung verschärft diese Lage durch eine erneute Kürzung im kommunalen Finanzausgleich. Dadurch fehlen den Gemeinden und Städten in Baden-
15 Württemberg auch 2011 erneut rund 40 Euro pro Einwohner, also insgesamt 405 Millionen Euro, bei den Finanzausgleichsleistungen des Landes. Für dieses finanzielle Sonderopfer der Kommunen gibt es keine Begründung.

20 **Kommunale Finanzen sichern!**

Die schwarz-gelbe Landesregierung lässt die Städte und Gemeinden bei den zentralen Aufgaben, die in den nächsten Jahren anstehen, allein, obwohl gerade die Bundesländer eine vorrangige Verantwortung für die
25 Kommunen haben. Das werden wir ändern. Bei der Kinderbetreuung wollen wir die Förderung deutlich aufstocken, damit die Gemeinden und Städte die erforderlichen Betreuungsquoten z.B. für den Rechtsanspruch bei unter-Dreijährigen auch tatsächlich erreichen können. Außerdem werden wir die Kommunen bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit
30 unterstützen, da diese für uns Teil der pädagogischen Arbeit in der Schule und nicht Aufgabe des Schulträgers ist. Handlungs- und Gestaltungsspielräume der Kommunen wollen wir erhalten durch gerechte kommunale Finanzausgleiche, Zins- und Tilgungshilfen für Kommunen in extremer Haushaltslage sowie wirksame
35 Konnexitätsregeln.

Wir werden uns über den Bundesrat dafür einsetzen, die kommunale Finanzausstattung zu sichern. Die Abschaffung der Gewerbesteuer lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir sie durch die Einbeziehung der
40 Freiberufler und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage stärken. Die Grundsteuer soll beispielsweise durch die Orientierung an den Verkehrswerten der Grundstücke weiter entwickelt werden.

Gleichzeitig müssen die Kommunen von den Sozialausgaben entlastet werden durch Maßnahmen wie die quotale Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft auf 40 Prozent oder die vollständige
45 Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund.

50 Die Kooperation zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen wird zukünftig immer wichtiger. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Bund, Länder und Kommunen ressort- und ebenenübergreifend kooperieren können. Gleichzeitig werden wir qualifizierte, rechtlich abgesicherte Anhörungs- und Beteiligungsrechte für die Kommunen bei allen

Antragsbereich R

Antrag 80

(Kennnummer: 55)

SGK Baden-Württemberg

Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamts

Empfehlung

Neues Kapitel VI.6

Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamts

Empfehlung erfolgt mündlich

5 Ehrenamtliche Kommunalpolitik ist der Grundstein unserer repräsentativen Demokratie und unserer Bürgergesellschaft. Sie ist Bestandteil und Garant für die kommunale Verankerung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Um ehrenamtliches Engagement und unsere demokratische Gesellschaft zu sichern und zu fördern, muss
10 die ehrenamtliche Kommunalpolitik als Motor des Ehrenamts und der Demokratie weiterentwickelt und gepflegt werden, damit sie auch zukünftige Herausforderungen bewältigen kann.

Zugleich wird die ehrenamtliche Kommunalpolitik immer komplexer, neue
15 Kenntnisse sind erforderlich (z.B. die Steuerung kommunaler Unternehmen, neue Haushaltsrechnung, EU-Einflüsse). Wer ein Ehrenamt in der Kommune anstrebt oder bereits innehat, muss wissen, welche zeitlichen Ressourcen und welche Kenntnisse eingebracht werden müssen und welche Ansprüche und Rechte sich aus dem
20 Ehrenamt gegenüber der Hauptamtlichkeit ergeben. Auch die Aufwandsentschädigung, die steuerliche Geltendmachung des Mandats, die Freistellung für die Wahrnehmung des Mandats und die Rechte und Pflichten aufgrund einer Fraktionszugehörigkeit müssen offen liegen.

25 Ehrenamtliche Kommunalpolitik ist Schwerpunkt des bürgerschaftlichen Engagements und bietet einen wechselseitigen Austausch zwischen den vom Volk gewählten Mandatsträgern, den hauptamtlichen Mitarbeitern der Verwaltung und den in projektbezogenen Initiativen engagierten Menschen. Wir brauchen eine neue Anerkennungskultur, um
30 Kommunalpolitik als eine wichtige Möglichkeit des Engagements bewusst zu machen und geeignete Bürgerinnen und Bürger – auch und gerade

über Parteigrenzen hinaus – dafür zu gewinnen.

- 35 Teil dieser Anerkennungskultur muss es sein, dass ehrenamtliche Kommunalpolitiker von ihrer beruflichen Tätigkeit für die Ausübung des Mandats freigestellt werden und dies in Betrieben nicht nur „geduldet“, sondern als betrieblicher Beitrag zum Gemeinwohl verstanden und gefördert wird. Auch muss ein kommunales Mandat mit familiären Aufgaben wie Kinderbetreuung oder Pflegearbeit in Einklang zu bringen sein z.B. durch Betreuungsangebote, die Erstattung von Auslagen oder familienfreundliche Sitzungstermine. Diese Maßnahmen sollen auch dazu beitragen, den Anteil von Frauen in baden-württembergischen Kommunalgremien zu erhöhen.
- 40
- 45 Zudem müssen sich ehrenamtliche Kommunalpolitiker die für die Ausübung des Mandats notwendigen Kenntnisse aneignen können. Fort- und Weiterbildung sind jedoch derzeit in der baden-württembergischen Gemeindeordnung nicht geregelt. Dazu soll ein konkreter Anspruch in die baden-württembergische Gemeindeordnung aufgenommen werden. Die Kommunen haben die Pflicht, ihre Fraktionen mit Sach- und Personalkosten - den gewachsenen Aufgaben entsprechend – angemessen auszustatten. Die hierfür erforderlichen Finanzausweisungen sind durch das Land sicher zu stellen.
- 50
- 55 Da die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Kommunalpolitik auch den tatsächlichen Aufwand der Mandatsträger entschädigen soll, müssen diese vollständig steuer- und abgabenfrei gestellt werden. Aufwandsentschädigungen dürfen nicht als Einkommen bei sozialen Transferleistungen angerechnet werden.
- 60

Antragsbereich R

Antrag 81

(Kennnummer: 82)

Kreisverband Freiburg

Kommunale Finanzen

Der Landesparteig möge beschließen:

Ersetze S.38 Z. 25-27

- 5 Wir werden die kommunalen Finanzen sichern. Die Abschaffung der Gewerbesteuer lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir sie zu einer

Empfehlung

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

kommunalen Wirtschaftssteuer unter Einbeziehung der Freiberufler ausbauen.

10 Durch:

Wir werden die kommunalen Finanzen sichern. Neue Belastungen der Kommunen dürfen nicht mehr ohne finanziellen Ausgleich beschlossen werden. Wir werden das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt“ strikt beachten. Die Abschaffung der Gewerbesteuer lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer unter Einbeziehung der Freiberufler ausbauen. Gleichzeitig bekennen wir uns zum Erhalt der Grundsteuer und setzen uns dafür ein diese, nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, unverzüglich im Einvernehmen mit den Kommunen zu reformieren.

Antragsbereich R

Antrag 82

(Kennnummer: 86)

Kreisverband Freiburg

Die Soziale Stadt

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

Einfügung in VII. Für ein soziales Baden-Württemberg - Solidarität statt Spaltung ab Seite 44 neuer Unterpunkt:

5

Antragstext:

Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen um die am 23.11.2010 im Bundestag mit der Mehrheit der Regierungskoalition beschlossene Kürzung des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ für 2011 um 70% von 95 Mio. auf 28,5 Mio. und die Fixierung auf investive Maßnahmen wieder rückgängig zu machen.

15 Wir werden die anteiligen Landesmittel in gleicher Höhe wie in 2010 auch in 2011 und ff zur Verfügung stellen, sowohl für die baulich-infrastrukturellen Maßnahmen wie auch im Bereich der sozial-integrativen Maßnahmen.

20 Damit treten wir den Segregationstendenzen in den Städten und Kommunen entgegen, ermöglichen Partizipation und Teilhabe, die Integration statt sozialer Ausgrenzung, fördern Bildung,

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

25 Gesundheitsprävention, Umweltschutz, die lokale Ökonomie und geben
den Menschen in den Stadtteilen die Chance zur Überwindung sozialer
Grenzen.

Antragsbereich R

Antrag 83

(Kennnummer: 106)

Kreisverband Heidelberg

Finanzpolitik HD 20

Empfehlung

Ersetze aus Kapitel IV, S.36 – S. 39, bis Z16

Finanz- und Haushaltspolitik für Baden-Württemberg Finanzpolitik –
Verantwortung braucht ein solides Fundament

5

Finanzpolitik, ebenso wie Wirtschaftspolitik, ist eine der wichtigsten
Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit, für Sozial-, Umwelt- und
Kulturpolitik. Und dafür, gemeinsam Verantwortung für die öffentlichen
Aufgaben in Baden-Württemberg zu übernehmen. Steuern und Abgaben
bündeln die Möglichkeiten des Einzelnen und schaffen die Grundlagen
für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen, in
innere Sicherheit und gute Bildung. Das Schulangebot, die Polizei, unser
Straßennetz oder die Wasserversorgung zeigen beispielhaft, dass
Gemeinschaftsleistungen mehr sind als die Summe individueller
Fähigkeiten.

10

15

Alle Kräfte mobilisieren

Die Kunst guter Finanzpolitik besteht auch darin, bisher ungenutzte
Ressourcen zu aktivieren. Eine brachliegende Fläche, ein
beschäftigungsfähiger Mensch, der nicht in Arbeit vermittelt wird, eine
nicht entdeckte Motivation für eine öffentliche Dienstleistung, etwa in der
Pflege, bergen große Chancen zur Stärkung der Finanzkraft. Das gilt
ebenso für die vielfältigen Begabungen in unserem Land, für die
Förderung von Bildungschancen und die Möglichkeiten zur
gesellschaftlichen Integration. Eine innovative Finanzpolitik schafft die
Grundlagen für Investitionen in neue Konzepte und Ideen, um dieses
Potential zu aktivieren.

20

25

Gute Finanzpolitik vermeidet unnötige Zusatzkosten. Kurzfristiges Sparen
ist oft teuer. Der klassische „Sanierungsstau“ in unserem Land – etwa bei

30

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

der Sanierung, Renovierung oder Reparatur landeseigener Gebäude wie Hochschulen, Universitätskliniken oder der Verkehrsinfrastruktur – erzeugt mittelfristig hohe zusätzliche Kosten. Wir wollen durch gute Finanzplanung und Auftragssteuerung in den Sanierungszyklen das Vermögen des Landes erhalten und gleichzeitig für eine stetige Auftragsvergabe an klein- und mittelständische Betriebe und Unternehmen in Handwerk, Handel und Industrie sorgen. So stabilisieren wir den Arbeitsmarkt und die Einnahmen des Landes. Kluge Finanz- und Haushaltspolitik geben uns Werkzeuge an die Hand, mit denen wir eine antizyklische Konjunktursteuerung vornehmen und die Mittel in der Regional-, Struktur- und Branchenförderung effizient einsetzen können.

Verantwortung von Landtag und Landesregierung ausbauen

Baden-Württemberg hat sich gesetzlich verpflichtet, nach dem 31.12.2019 keine Neuverschuldung im Landeshaushalt zuzulassen und damit eine der schwierigsten Aufgaben in die Zukunft verlagert: die Einnahmen müssen künftig mindestens so hoch sein wie die notwendigen Ausgaben. Wir nehmen uns dieser Zukunftsaufgabe an, und wollen dabei die verfügbaren Einnahmequellen in sozialer Verantwortung und unter Beachtung der langfristigen ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen nutzen. Die Ausgaben sind zu ordnen und eher zu bündeln, als breit zu streuen.

Finanzpolitik und Haushaltspolitik erfordern stetige Neujustierung und Aufgabenkritik. Verkrustungen sind teuer, etwa die kleinteilige Verwaltungshierarchie in Baden-Württemberg. Neben den kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten, den Landkreisen, den Regional- und Raumordnungsverbänden gibt es noch die Regierungsbezirke mit den Regierungspräsidien und die Landesministerien. Hier streben wir eine Entbürokratisierung, eine deutliche Vereinfachung und Straffung von Verwaltungsverfahren an. Während sehr viele Lehrerstellen fehlen bzw. unbesetzt bleiben, während die Arbeitsbelastung bei der Polizei ihre Grenzen bereits überschritten hat, ist eine dieser Verwaltungsebenen verzichtbar. Die bisherigen Aufgaben der Regierungspräsidien können sehr viel effizienter auf kommunaler und Landesebene erbracht werden. Auf diese Weise lassen sich Personalkosten dort sinnvoll einsetzen, wo sie dringend gebraucht werden: Nicht für unnötige Verwaltungsstrukturen, sondern für Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch für Schülerinnen und Schülern. So wollen wir moderne Verwaltung mit Zukunftsinvestitionen in unsere Kinder kombinieren.

Verantwortung von Bund und Ländern stärken

Die verfassungsrechtlich begrenzten Möglichkeiten der Länder eigene Steuern zu erheben erfordert intensive und kreative Arbeit im Bundesrat. Die geografische Lage und die Wirtschaftspolitische Bedeutung Baden-

- 80 Württembergs helfen uns in Europa Gehör zu finden und die Gestaltung Europas zu unterstützen.

Alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen

- 85 So wie wir Sorge für eine gute Infrastruktur, von der Bildung bis zur inneren Sicherheit, für alle Menschen in unserem Land tragen, so wollen wir, dass alle Bürger und Bürgerinnen unseres Landes nach Können und Vermögen zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben beitragen.
- 90 Zunächst gilt es den Steuervollzug zu verbessern und den Gedanken der gemeinsamen, gemeinschaftlichen Finanzierung öffentlicher Aufgaben stärken: Ungerechtigkeiten können etwa durch Steuerbetrug und -hinterziehung entstehen; aber auch die Tatsache, dass die Höhe der Steuerzahlung davon abhängt, sich einen guten Steuerberater leisten zu können, verletzt das Gerechtigkeitsempfinden vieler steuerehrlicher Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen daher die Steuerfahndung verstärken, die Betriebsprüfung ausweiten und für außensteuerliche Aufgaben eine Bundessteuerverwaltung einrichten.
- 95
- 100 Die bisherigen Versuche des Bundesrates, die strafbefreiende Selbstanzeige abzuschaffen, wollen wir zum Erfolg führen. Die Verharmlosung von Steuerkriminalität und die völlige Straffreiheit ist weder finanzpolitisch noch rechtsstaatlich zu rechtfertigen.
- 105 Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich aus zwei wesentlichen Gründen stetig weiter, einerseits weil die Erträge aus Vermögen exorbitant zunehmen, andererseits weil die Reallöhne seit 20 Jahren tendenziell sinken. Zur Überwindung dieser groben Ungerechtigkeiten wollen wir die Einnahmen aus bestimmten Ländersteuern, deren
- 110 Aufkommen den Ländern zusteht, verstärken. Wir wollen die Vermögensteuer reaktivieren und die Bemessungsgrundlage der Erbschaftsteuer in einer Weise verbreitern, die insbesondere die Verantwortung von Erben großer Vermögen für die Finanzierung des Gemeinwesens betont.
- 115 Die Verbundenheit des Landes wie der Kommunen mit der Wirtschaft und die besondere Bedeutung der Politik für den Wert von Grund und Boden wird in einem angemessenen Anteil der Gewerbesteuer und Grundsteuer an den städtischen Einnahmen sichtbar. Ebenso muss sich die
- 120 Verantwortung unseres Landes für die Infrastruktur und viele Vollzugsaufgaben in Baden-Württemberg in angemessenen Anteilen der Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Zinsabschlagsteuer) von Bund und Ländern widerspiegeln.
- 125 Verantwortung der Unternehmen einfordern Stärkung der Gewerbesteuer

130 Baden-Württemberg stützt sich auf seine Städte und Gemeinden. Als eine Steuer auf den Gewinn, ist die Gewerbesteuer (Objektsteuer) als Beitrag der Unternehmen für eine hervorragende Infrastruktur unserer Städte und Gemeinden von zentraler finanzpolitischer Bedeutung. Sie ist damit auch ein Gradmesser für das Verantwortungsbewusstsein erfolgreicher Unternehmen gegenüber ihrer Stadt.

135 Als eine der wichtigsten selbstbestimmten Einnahmequellen der Kommunen, setzen wir uns – auch durch Gesetzesinitiativen im Bundesrat – für die Stärkung der Gewerbesteuer ein. Zur Überwindung der Spätfolgen der exorbitanten Staatsverschuldung, zunehmender Globalisierung und Fehlentscheidungen im Finanzanlagemarkt, erwarten wir, dass der Bund zu einem modernen Gewerbesteuersystem zurückfindet, das die Einnahmen künftig wieder stabilisiert und insbesondere verstetigt, damit den Städten und Gemeinden eine planbare, verlässliche Finanzpolitik ermöglicht wird. Dazu gehört auch die Abschaffung des am 1. Dezember 1936 willkürlich geschaffenen Privilegs, die Freiberufler von der Gewerbesteuer freizustellen.

Stabilisierung der Körperschaftsteuer

150 Baden-Württemberg stützt sich auf seine kleinen, mittleren und großen Unternehmen. Die Unternehmen dürfen eine starke Infrastruktur und gute Voraussetzungen für ihre wirtschaftliche Tätigkeit erwarten.

155 Die kleinen Unternehmen, fast alle in der Rechtsform der Personengesellschaft, zahlen keine Steuern, ihre Gewinne werden jedoch beim Gesellschafter in der Einkommensteuer veranlagt. Mittlere und große Unternehmen, insbesondere die weltumspannenden Konzerne, zahlen nur auf jenen Gewinnanteil Steuern, Körperschaftsteuer, der in Deutschland zu versteuern ist. Ein unschätzbar hoher Anteil der Konzerngewinne fließt – bevor er versteuert ist – ins Ausland ab, weil in jüngster Zeit leichtfertig alte Schlupflöcher in der Konzernbesteuerung wieder aufgerissen wurden, beispielsweise durch schlechte Regelungen bei der Funktionsverlagerung oder durch die Abschwächung der Zinsschranke.

165 Nicht nur zur Stabilisierung der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer, auch aus Gründen einer gleichmäßigen Besteuerung aller Unternehmen – der kleinen wie der großen –, setzen wir uns auf Bundesebene für die Schließung dieser Schlupflöcher und Steuergestaltungsmöglichkeiten in Folge internationalen Steuerwettbewerbs ein.

175 Damit erhöht sich der Anteil an der Körperschaftsteuer auch für Baden-Württemberg und hilft dabei, das finanzpolitische Hauptziel im Rahmen der Schuldenbremse – Konsolidierung – zu erreichen.

Landesbank neu ausrichten und Finanzmarkt besser überwachen

Mit der Gründung der Europäischen Zentralbank und der Einführung des Euro haben die Landesbanken ihre Hauptaufgaben verloren. In
180 Kooperation mit den öffentlich-rechtlichen Trägern und allen Ländern mit eigenen Landesbanken wollen wir die Anzahl der Landesbanken durch Fusionen auf das notwendige Minimum verringern und ihre Geschäftsmodelle wieder auf die Kernbereiche ihres öffentlichen Auftrags, etwa in der Staats- und Kommunalfinanzierung und in der
185 Mittelstandsorientierung, ausrichten. Die mit enormen Risiken verbundenen Aktivitäten der Landesbank Baden-Württemberg im Investmentbanking wollen wir untersagen.

Sowohl finanziell als auch wirtschaftlich hatte die Finanz- und
190 Wirtschaftskrise ab 2007/2008 große Auswirkungen auf Baden-Württemberg. Direkt oder indirekt belasten die finanziellen Rettungs- und Abschirmungspakete der Bundesregierung bzw. der Europäischen Gemeinschaft, auch den Landeshaushalt. Wir wollen im Zusammenwirken mit anderen Ländern im Bundesrat unseren Einfluss
195 auf die Bundesregierung nutzen und uns für eine deutlich strengere Beaufsichtigung der Finanzmärkte einsetzen. Dazu gehört etwa, mehr Eigenverantwortung der Bankvorstände einzufordern, ihre Vergütung am nachhaltigen Unternehmenserfolg auszurichten, die Geschäftsmodelle beim Umgang mit strukturierten Wertpapieren zu ändern, oder den
200 Einfluss der Ratingagenturen zu verringern.

Die SPD hat Verkehrsregeln für eine neue Balance zwischen Markt und Staat erarbeitet, die wichtige Ansatzpunkte für die Überwachung der internationalen Finanzmärkte geben; dazu gehören etwa folgende
205 Forderungen:

Höhere Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge der Finanzinstitute!

Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften müssen ausgebaut,
210 Liquiditätsrisiken stärker berücksichtigt, Liquiditätspuffer geschaffen, Stresstests optimiert und die Aufsicht besser einbezogen werden. Ebenso müssen die Eigenkapitalanforderungen deutlich steigen: Wir fordern Mindesteigenkapitalquoten. Das gilt nicht zuletzt für Kredite an Hedge-Fonds, für die zukünftig mindestens 40 Prozent Eigenkapital hinterlegt
215 werden sollte.

Anpassung der Anreiz- und Vergütungssysteme!

Wer von Gewinnen profitiert, muss auch Verluste tragen. Über veränderte
220 Anreiz- und Vergütungssysteme im Finanzsektor auf Grundlage eines internationalen Verhaltenskodex' wollen wir dafür sorgen, dass individuelles Fehlverhalten in Zukunft individuelle Sanktionen nach sich

zieht.

225

Persönliche Haftung der Verantwortlichen!

Das Prinzip „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ ist für uns inakzeptabel. Wir brauchen internationale Standards für eine stärkere persönliche Haftung der Finanzmarktakteure. Ihre Verantwortung muss sich auch in der Möglichkeit einer gemeinschaftlichen und individuellen Haftung widerspiegeln.

235

Europäische Aufsicht stärken!

Das europäische Aufsichtssystem muss weiter entwickelt werden. Zwar sind erste Schritte gemacht worden, aber sie reichen bei weitem nicht aus. So muss vor allem die nationale und supranationale Zusammenarbeit aller Aufsichtsbehörden endlich in der EU-Bankenrichtlinie verankert werden. Im nächsten Schritt muss das Kollegium der an einer internationalen Bank beteiligten Aufsichten zu verbindlichen Entscheidungen befugt werden.

245

Steueroasen austrocknen!

Die international existierenden Steueroasen und weitgehend regulierungs- und rechtsfreie Offshore-Finanzzentren müssen trocken gelegt werden. Vor allem Steuerhinterziehung ist entschlossen zu bekämpfen. Dazu sind auch neue Wege erforderlich. Bedauerlicherweise finden sich Steueroasen und „Parkplätze für schwarze Kassen“ auch immer noch in Europa. Daher muss Europa bei deren Bekämpfung auch vorangehen. Wir fordern eine Überarbeitung der EU-Zinsrichtlinie mit diesem Ziel.

255 Gebühren und Entgelte kostendeckend und sozial gerecht ausgestalten

Bei der Festsetzung der Gebühren und Entgelte für Leistungen des Landes wird weitgehende Kostendeckung angestrebt. Im Bereich von Umweltbelastungen muss auch unter diesem Gesichtspunkt das Verursacherprinzip gelten. Wo Kostendeckung als Grundsatz richtig ist, im Einzelfall aber zu sozialen Härten oder anderen unerwünschten Nebenwirkungen führt, ist die Gewährung von offen ausgewiesenen Ausgleichsleistungen sinnvoller und ehrlicher als die allgemeine Herabsetzung des Deckungsgrades.

265

Öko- und Sozialbilanz sinnvoll ombinierenk

Wir streben eine nachhaltige Finanzpolitik an, auch wenn die Einnahmen und Ausgaben stets nur für einen Doppelhaushalt veranschlagt werden. Haushaltspolitik ist mehr als Haushaltsvollzug. Aufmerksame und verantwortungsvolle Sozial- und Umweltpolitik trägt zur Stabilisierung des

Landeshaushalts in Zukunft bei.

Antragsbereich R

Antrag 84

(Kennnummer: 14)

Ortsverein Stuttgart-Giebel

(Kreisverband Stuttgart)

Wiedereinführung der Vermögensteuer

Empfehlung

Antragsteller: SPD Ortsverein Giebel-Bergheim-Hausen

Adressat: SPD-Landesparteitag und

5 SPD-Kreiskonferenz

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

10 Im Regierungsprogramm für die Landtagswahl am 27.03.2011 soll folgende Aussage enthalten sein:

„Wir werden uns für die Wiedereinführung der Vermögensteuer einsetzen, um Zukunftsinvestitionen im Bildungsbereich finanzieren zu können.“

15

Begründung:

1. Die Vermögensteuer basiert auf einem nach wie vor geltendem

20 Gesetz. Der Vollzug ist nur aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1995 außer Kraft

(ab 01.01.1997) gesetzt worden.

25 2. Im Jahre 1995 zahlten 34.296 Steuerpflichtige (natürliche Personen – keine Unternehmen), die ein zu versteuerndes Vermögen von mehr als 2,5 Millionen DEM besaßen, Vermögen-

steuer in Höhe von 2,6 Milliarden DEM(pro Kopf 76.000 DEM).

30

3. Der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer wurde von

53 % im Jahr 1995 auf nunmehr 43 % gesenkt.

35

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

4. Ob arm oder reich, wir leben alle in einem Gemeinwesen.

Jeder hat Rechte und Pflichten. Jeder kann das Angebot

40 an öffentlichen Einrichtungen (Bildung, Kultur, Infra-
struktur) nutzen.

45 Es stellt sich deshalb die Frage, wieso dieser Personen-kreis von ca.
34.000 Steuerpflichtigen nicht zur Finan-zierung von Aufgaben des
Gemeinwesens beitragen kann, wie er dies bis 1995 ohnehin getan hat.

5. Die Vermögensteuer ist kein deutscher Exot. Vermögensteuer

50 wird in anderen Ländern erhoben.

Es spricht deshalb nichts gegen eine verfassungskonforme

55 Gestaltung des Vermögensteuergesetzes.

6. Die Vermögensteuer ist keine Steuer, die das laufende

Einkommen belastet. Sie wirkt nicht negativ auf die

60 Konjunktur. Sie ist eine reine Ländersteuer und kann somit

voll für notwendige Bildungsausgaben der Länder verwendet

werden.

65 7. Unser Spitzenkandidat Nils Schmid hat sich in der innerparteilichen
Mitgliederbefragung klar für die

Wiedereinführung der Vermögensteuer ausgesprochen.

Antragsbereich R

Antrag 85

(Kennnummer: 28)

AfA Baden-Württemberg

Personalausstattung der Justiz

Empfehlung

Das Regierungsprogramm ist folgendermaßen zu ergänzen:

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Justiz:

5

Die Justiz ist mit entsprechend mehr Personal auszustatten.

Wir wollen keine privatisierten Gefängnisse in Baden-Württemberg.

10 Einfügen im Kapitel „Steuerkriminalität bekämpfen“ nach „Betriebsprüfer“:
„... und Steuerfahnder“

Begründung:

15 Justiz ist ein typisches landespolitisches Thema, das leider im Entwurf
des Regierungsprogramms nicht vorkommt. Dabei sind RichterInnen,
StaatsanwältInnen, JustizvollzugsbeamtInnen chronisch überlastet. So
werden z.B. Straftäter zu kürzeren Strafen verurteilt, da Strafverfahren
sich oftmals zu lange hinziehen.

20

Der Justizvollzug ist eine hoheitliche Aufgabe, die durch den Staat
wahrgenommen werden muss. Die Auswüchse im ersten privaten
Gefängnis sind bekannt. So werden z.B. private Sicherheitsbedienstete
zu Dumpinglöhnen beschäftigt. Diesem muss die SPD Baden-

25 Württemberg entgegenwirken.

Antragsbereich R

Antrag 86

(Kennnummer: 49)

Ortsverein Mögglingen

(Kreisverband OSTALB)

Anonymisierte Kennzeichnung für Einsatzfahrzeuge der Polizei

Antragsempfänger: Landesparteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 In den Entwurf des Regierungsprogramms wird unter VII. 1. „Sicherheit
schaffen, Personalabbau stoppen“ folgender Satz aufgenommen: Die
SPD wird bei Demonstrationen und ähnlichen Großveranstaltungen die
Einführung einer individualisierten anonymisierten Kennzeichnung von
Polizisten auf deren Einsatzanzügen einführen. Dies soll durch eine
10 Verankerung im Polizeigesetz Baden-Württemberg geschaffen werden.
Durch eine Initiative im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, dass
dies für alle Einsatzkräfte gilt, die in Baden-Württemberg tätig sind.

Empfehlung

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

Begründung:

15

In Deutschland gibt es keine systematische Polizeigewalt. Dennoch zeigen die Erfahrungen, dass es ein strukturelles Problem existiert, da Vorwürfen gegen die Polizei oft nicht umfassend nachgegangen wird. Verfahren scheiterten teilweise schon daran, dass die Polizisten, die strafbare Handlungen begangen haben, nicht identifiziert werden können. Durch eine individualisierte anonymisierte Kennzeichnung soll eine leichtere Erkennbarkeit der Polizisten im Falle einer Beschwerde sichergestellt und das Vertrauen in die Polizei gestärkt werden. Gerade die Vorfälle um Stuttgart 21 und die Demonstrationen gegen die Atompolitik haben gezeigt, dass es Menschenrechtsverletzungen auch in Deutschland gibt. Die Polizei muss ihrer menschenrechtlichen Verantwortung nachkommen. Es geht nicht darum, die Beamtinnen und Beamten unter Generalverdacht zu stellen, vielmehr geht es darum bei Großeinsätzen der Polizei Verfehlungen und Menschenrechtsverletzungen ahnden zu können.

20

25

30

Antragsbereich R

Antrag 87

(Kennnummer: 58)

Ortsverein Ammerbuch

(Kreisverband Tübingen)

Gemeinsam gegen Rechts

Empfehlung

Seite 43 - Änderung

Ablehnung

7. Gemeinsam gegen Rechts

5

Von Zeile 1 bis Zeile 8 soll folgendes gestrichen werden:

10

Dazu gehört die gemeinsame Vorbereitung eines neuen NPD-Verbotsverfahren. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die NPD von Parteiprivilegien profitiert und ihre menschenfeindliche und menschenverachtende Politik mit Steuergeldern finanziert. Jegliche Form der Verharmlosung oder Gleichsetzung mit anderen Formen des Extremismus lehnen wir ab.

15

Neben einem konsequenten repressiven Vorgehen gegen rechtsextremistische Gruppierungen, wollen wir dem Rechtsextremismus durch Prävention den Nährboden entziehen.

Folgender Text soll dafür eingeschoben werden:

- 20 Dazu gehört die Stärkung der demokratischen Netzwerke in der Zivilgesellschaft und eine attraktivere Gestaltung der demokratischen Parteien – dazu wollen wir als Partei unseren Beitrag leisten.

- 25 Das Erkennen von zentralen Politikfeldern und Entwicklung glaubhafter Antworten auf offene Fragen der Bürger besteht nicht darin, besonders den Parteien diese (manchmal unbequeme) Arbeit abzunehmen, indem unliebsame Konkurrenten wie die NPD verboten werden.

- 30 Neben einem konsequenten Vorgehen gegen rechtsextremistische Straftäter wollen wir dem Rechtsextremismus durch Prävention den Nährboden entziehen.

Begründung:

- 35 Es gibt viele Gründe, die NPD nicht zu verbieten:

Eine Partei zu gründen ist ein wesentliches Recht unserer Bürger. Dieses Recht darf man auch denjenigen nicht entziehen, deren Ziele und Aktivitäten uns nicht gefallen.

- 40 Wenn die NPD Zulauf findet, dann müssen wir das als Alarmzeichen werten. Wir sollten dann eine bessere Politik machen. Skandale wie z.B. das weitere Öffnen der Schere zwischen Arm und Reich müssen effektiver als seither bekämpft werden.

- 45 Taktische Gründe sind zweitrangig, trotzdem sollte man sie nicht außer acht lassen: Es trägt zur Sichtbarkeit der Bemühungen solcher Parteien bei, wenn sie legal existieren und nicht im Untergrund verschwinden.

- 50 Ein weiterer taktischer Grund: Was würde es uns nützen, wenn CDU/CSU ihren rechten Rand stärken könnten, falls die NPD verboten wäre.

- 55 Parteiprivilegien bekommt die NPD nicht vom Staat, sondern legal über den Prozentsatz von Wählern, der sie wählt.

Antragsbereich R

Antrag 88

(Kennnummer: 83)

Kreisverband Freiburg

Empfehlung

Polizeipräsenz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ersetze S.39 Z. 32 bis S.40 Z.1

- 5 Wir werden die Polizeipräsenz in der Fläche durch eine Streife mehr pro 1 Revier verbessern.

Durch:

- 10 Wir werden die Polizeipräsenz in der Fläche verbessern, Postenschließungen wo nötig rückgängig machen und unsere Polizeireviere angemessen mit Personal ausstatten.

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich R

Antrag 89

(Kennnummer: 107)

Kreisverband Heidelberg

Ausbildung Polizeikräfte HD 21

Empfehlung

Füge ein nach S. 40, Z. 1 als neuen Absatz:

- 5 „Mit uns in der Landesregierung schickt Baden-Württemberg keine Polizisten zum Einsatz nach Afghanistan. An einem Krieg beteiligen sich baden-württembergische Polizistinnen und Polizisten nicht.“

Begründung:

- 10 Die Ausbildung von Polizeikräften zu Friedenszeiten ist nicht dasselbe, wie der Einsatz in einem Kriegsgebiet. Nach der Erklärung des Bundesaußenministers Guido Westerwelle vom 9. Februar 2010, wonach die Deutschen in Afghanistan an einem *"bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts"* teilnehmen, ist für uns kein Einsatz baden-württembergischer Polizistinnen und Polizisten tragbar.
- 15 umständliche völkerrechtliche Formel ist nach unserer Auffassung faktisch dasselbe wie Krieg. An einem Krieg beteiligen sich baden-württembergische Polizistinnen und Polizisten nicht und dies macht eine

Ablehnung

Neubewertung des Einsatzes von Polizistinnen und Polizisten in Afghanistan erforderlich.

20

Mit dieser Initiative folgen wir dem Beispiel des SPD-geführten Landes Brandenburg.

Antragsbereich R

Antrag 90

(Kennnummer: 108)

Kreisverband Heidelberg

Versammlungsrecht HD 22

Empfehlung

Die konsequente Anwendung von Versammlungs- und Polizeirecht ermöglichte auch zuvor das Einschreiten gegen Missbrauch. Wir stehen für die Wiederherstellung der grundgesetzlich garantierten Versammlungsfreiheit.

5

Begründung:

Die Verschärfung des Versammlungsrechts stellt einen weiteren Einschnitt in die grundgesetzlich garantierte Versammlungsfreiheit dar.

10

Die Überwachung von Demonstrationen und DemonstrationsteilnehmerInnen und -anmelderInnen durch den Staat wurde von schwarz-gelb nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in mehreren Bundesländern verschärft. Die Hürden zur Anmeldung sind zu hoch, die Überwachung schreckt von der Wahrnehmung der Grundrechte ab.

15

Auch in Heidelberg gab es schon bei den letzten Demonstrationen zum Bildungsstreik aufgrund des rigiden Versammlungsrechtes Probleme überhaupt jemanden zu finden, die/der als VersammlungsleiterIn auftreten mochte. Wir stehen für die Wiederherstellung der grundgesetzlich garantierten Versammlungsfreiheit.

20

Konkret zurückzunehmen sind:

25

- Verlängerung der Anmeldefrist für Versammlungen von 48 auf 72 Stunden.
- Genehmigung der vorsorglichen polizeilichen Videoüberwachung von Versammlungen und

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

- 30 Gesichtsaufnahmen jeder Demonstrantin/jedes Demonstranten.
- Bereits zwei Personen gelten als Versammlung.
 - Bei der Entscheidung über Verbot und Auflagen könnten die „Rechte Dritter“ wie z.B. Verkehrsteilnehmer und Gewerbetreibende eine Rolle spielen. Dies führt zu Nichtgenehmigung von Demo-Routen durch Einkaufsstraßen und Innenstädte.
- 35 • VersammlungsleiterInnen und OrdnerInnen sollen HilfspolizistInnen zur Durchsetzung der Polizeiinteressen sein, anstatt die Interessen der Versammlung zu vertreten
- Versammlungsleitung wird haftbar für Gewalt und Störungen aus der Versammlung heraus.
- 40

Antragsbereich R

Antrag 91

(Kennnummer: 109)

Kreisverband Heidelberg

Kennzeichnungspflicht HD 23

Empfehlung

Füge ein in S. 40, Z. 26 den neuen Absatz:

7. Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen - Vertrauen in Sicherheit

- 5 Das Grundgesetz garantiert in Art. 8 die Versammlungsfreiheit. Trotzdem kommt es auf Demonstrationen immer wieder zu gewalttätigen Eskalationen, bei denen DemonstrantInnen und PolizistInnen teils schwer verletzt werden. Diese Verletzungen beruhen sowohl auf Gesetzes-
- 10 übertretungen von DemonstrantInnen als auch der Polizei. Um das Vertrauen in unsere Polizeikräfte nicht zu beschädigen fordern wir die Einführung einer individuellen Nummerierung der Einsatzkräfte, um bei Verletzungen eine für beide Seiten des Verfahrens faire rechtsstaatliche Kontrolle der staatlich monopolisierten Gewaltausübung zu gewährleisten.

- 15 Begründung:

Grundgesetz der BRD, Artikel 8 lautet:

- 20 (1) *Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder*

Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission

Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

25 (2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

30 Im Falle von Körperverletzungen durch die Polizei ist eine dem/der Verletzten rechtstaatlich zustehende gerichtliche Klärung aber oftmals nicht möglich, da die Einsatzkräfte der Polizei aufgrund ihrer
35 Sicherheitsausrüstung nur schwer zu identifizieren sind. Wir fordern daher die Einführung einer Nummerierung der Einsatzkräfte, um bei Verletzungen eine für beide Seiten des Verfahrens faire rechtsstaatliche Kontrolle der staatlich monopolisierten Gewaltausübung zu gewährleisten. Dies hat zudem den Vorteil, dass einzelne „schwarze
40 Schafe“ innerhalb der Polizei zur Rechenschaft gezogen werden können und damit die sehr gute Arbeit der baden-württembergischen Polizei nicht in der Öffentlichkeit beschädigt wird.

40 Im Bundesland Berlin wird es ab dem 01. Januar 2011 für Berliner PolizistInnen und Polizisten eine Kennzeichnungspflicht geben. Sie können zwischen einem Namens- und Nummernschild frei wählen. Die Forderung nach einer allgemeinen Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten wird auch von Amnesty International unterstützt.

Antragsbereich R

Antrag 92

(Kennnummer: 62)

Empfehlung

Ortsverein Gernsbach

(Kreisverband Rastatt/Baden-Baden)

Mehr Demokratie wagen

Änderungsantrag des SPD Ortsvereins Gernsbach zum Arbeitsentwurf für das Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg

Ablehnung

5 In Punkt II.1 „Mehr Demokratie wagen“

wird auf Seite 7 in Zeile 3-5 der Satz „Bei verfassungsändernden Gesetzen soll ebenfalls die einfache Mehrheit ausreichen, wenn diese zugleich auch 25 % der Stimmberechtigten umfasst“ ersatzlos gestrichen.

10 Begründung:

In Art. 64 der Landesverfassung sind für verfassungsändernde Gesetze qualifizierte Mehrheiten festgesetzt. Der Landtag kann die Verfassung nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit, die zugleich mehr als die Hälfte seiner Mitglieder betragen muss, ändern (Art. 64, 2). Bei Volksabstimmungen ist die Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich (Art. 64, 3). Dies hat gute Gründe. In der Verfassung werden die allgemeinen Grundlagen der politischen Ordnung und des Zusammenlebens der Bürger unseres Landes geregelt. Sie ist auf Konsens angelegt und bedarf auch dieses Konsenses, um ihre friedens- und gemeinschaftsstiftende Funktion erfüllen zu können. Wird bei Volksabstimmungen das Quorum für verfassungsändernde Gesetze auf lediglich 25 % der Stimmberechtigten festgesetzt, sind knappe Mehrheiten und schwere Konflikte absehbar. Wir brauchen keine Verfassungskämpfe, sondern sollten die Verfassung, wo nötig und sinnvoll, mit breiter Mehrheit weiterentwickeln.

Antragsbereich R

Antrag 93

(Kennnummer: 67)

Kreisverband Freiburg

Direkte Demokratie

Empfehlung

Der Landespartei möge beschließen:

Streichung S. 6, Z 14 – 18

Baden-Württemberg ist stolz auf seine Weltmarktführer. Doch in Sachen direkter Demokratie bildet unser Land im nationalen Vergleich am Tabellenende. Wir sind uns mit den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg einig: das modernste Land braucht auch die modernste Demokratie. Wir werden dafür sorgen, dass Baden-Württemberg zum Musterland direkter Demokratie wird.

Ablehnung

Antragsbereich R

Antrag 94

(Kennnummer: 87)

Kreisverband Heidelberg

Empfehlung

Bürgerbegehren HD 1

Seite 7 Zeile 5 füge folgenden Absatz ein:

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

5 Um tatsächliche Partizipation zu ermöglichen, müssen die in Baden-
Württemberg bestehenden Quoren für Bürgerbegehren und
Bürgerentscheid deutlich ... mehr lesen gesenkt werden. Künftig soll je
nach Gemeindegröße für ein Bürgerbegehren Unterschriften von 3% bis
10% der Gemeindebürgerinnen und Bürger genügen. Bei einem
Bürgerentscheid soll das Quorum bei mindestens 20% in Gemeinden bis
zu 50.000 Einwohnern, bei mindestens 15% bis zu 100.000 Einwohnern
10 und bei mindestens 10 % der Stimmberechtigten in Gemeinden mit mehr
als 100.000 Einwohnern, liegen. Auf kommunaler Ebene gilt es,
partizipative Möglichkeiten der Einflussnahme der Bürgerschaft bereits im
laufenden Prozess gerade von großen Bauvorhaben zu schaffen

15 Begründung:

Mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wollen wir tatsächliche
Partizipation von Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Das jeweilige
Quorum darf nicht Ausdruck des Misstrauens sein, sondern muss auch
20 realistisch erreichbar sein. Mit den hier festgelegten Werten übernehmen
wir die in Bayern gültigen Quoren, die sich dort bewährt haben.

Arbeit und Soziales

Antrag 1

(Kennnummer: 2)

Empfehlung

Ortsverein Steinen-Höllstein

(Kreisverband Lörrach)

Arbeitnehmerüberlassung menschlicher gestalten

Arbeitnehmerüberlassung menschlicher gestalten

Überweisung an Bundestagsfraktion

Antragsteller: OV Steinen – Höllstein, SPD Kreisverband Lörrach

5 Empfänger: SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

Die negativen Entwicklungen in der Zeitarbeitsbranche vor der Wirtschaftskrise setzen sich nun mit dem beginnenden Wirtschaftsaufschwung fort. Die Stammbesellschaften werden immer
10 weiter heruntergefahren, das Risiko des unsicheren Aufschwungs wird vollkommen auf die Arbeitnehmerschaft abgewälzt. Teilweise werden entlassene Mitarbeiter über Zeitarbeitsunternehmen zu schlechteren Konditionen und niedrigeren Löhnen wieder beschäftigt. Die Unsicherheit der Zeitarbeitnehmerschaft nimmt immer weiter zu, wohingegen die
15 soziale Absicherung abnimmt. Um diesem Trend entgegenzuwirken soll die Arbeitnehmerüberlassung menschlicher gestaltet werden. Die richtige und wichtige Funktion der Zeitarbeit, Auftragsspitzen abzufangen, kurzfristig und flexibel notwendige Kapazitäten zu schaffen, soll dabei erhalten bleiben. Weiteres Lohndumping und Verschlechterung der
20 Arbeitsbedingungen sollen allerdings ausgeschlossen werden.

Forderungen:

1. Gleichbehandlung der überlassenen ArbeitnehmerInnen mit den
25 festangestellten ArbeitnehmernInnen. Dies betrifft insbesondere:

a. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit gemäß dem Tarifvertrag des Einsatzunternehmens

30 b. Nur bei einer Überlassung in nicht-tarifgebundene Einsatzunternehmen sollen Tarifverträge zwischen DGB-Gewerkschaften und Zeitarbeitsunternehmen oder Zeitarbeitsunternehmensverbänden gelten

c. Gleiche Arbeitszeiten, Urlaubsansprüche und Arbeitsbedingungen
35

d. Gleiche Rechte und Pflichten im Einsatzunternehmen

e. Anspruch auf Schulungen und Weiterbildungen

40 f. Neuregelung des Betriebszugehörigkeitsbegriffs; überlassene ArbeitnehmerInnen sollen bei der Berechnung der Anzahl von Betriebsratsmitgliedern einbezogen werden

45 g. Erzwingbare Mitbestimmung des Betriebsrates / des Personalrates beim Einsatz von Zeitarbeitern

50 2. Die Einsatzdauer von Zeitarbeitern wird auf maximal 12 aufeinanderfolgende Monate bei demselben Einsatzunternehmen begrenzt. Nach einer 6 – monatigen Karenzzeit ist ein weiterer Einsatz im selben Unternehmen möglich.

55 3. Es soll im Einsatzunternehmen eine Höchstgrenze von maximal 10% der Gesamtbelegschaft aus überlassenen ArbeitnehmerInnen bestehen, sowie nur 12 Monate in folge ZeitarbeitnehmerInnen beschäftigt werden.

60 4. Das Synchronisationsverbot wird eingeführt (Synchronisationsverbot besagt, daß ArbeitnehmerInnen bei Zeitarbeitsunternehmen nicht befristet für die Dauer eines Arbeitseinsatzes eingestellt werden dürfen). Ausnahmeregelungen für Projekteinsätze können durch einen erheblichen Gehaltszuschlag geschaffen werden.

5. Das Wiedereinstellungsverbot wird eingeführt (Zeitarbeitsunternehmen dürfen entlassene MitarbeiterInnen nicht wieder einstellen).

65 6. ArbeitnehmerInnen dürfen nach Entlassung oder Aufhebungsvertrag mindestens 5 Jahre nicht mehr im gleichen oder einem verbundenen Unternehmen, bzw. an der selben Betriebsstätte als Zeitarbeitnehmer beschäftigt werden.

70 7. Die zunehmend verbreitete konzerninterne Verleihung durch Leiharbeitsgesellschaften der Unternehmen soll verboten werden.

Antragsbereich A&S

Antrag 2

(Kennnummer: 15)

Ortsverein Stuttgart-Ost

(Kreisverband Stuttgart)

Leiharbeit

Empfehlung

Der Einsatz von Leiharbeit ist ein Mittel, damit Unternehmen in Spitzenzeiten kurzfristig und flexibel den erhöhten Produktionsengpass abfangen können. Der Einsatz von Leiharbeit darf aber mittel- und langfristig nicht auf Kosten der Arbeitnehmer missbraucht werden.

5 Deshalb fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich im Bereich der Leiharbeit für gleichen Lohn (Equal Pay) und gleiche Arbeitsbedingungen (Equal Treatment) der Leiharbeiter einzusetzen. Darüber hinaus fordern wir eine Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungs- und Betriebsverfassungsgesetz. Ferner sollen folgende Maßnahmen geprüft werden:

1. Die Entleihdauer wird auf 6 Monate begrenzt.

15 2. Das Synchronisationsverbot wird eingeführt. Über eine Lockerung des Synchronisationsverbots kann diskutiert werden, wenn der Arbeitnehmer hierfür einen Zuschlag erhält, je kürzer sein Arbeitseinsatz bei einem Entleiher ist.

3. Das Wiedereinstellungsverbot wird eingeführt.

20

4. Leiharbeitsverträge zwischen Verleiher und Arbeitnehmer können nur noch unbefristet abgeschlossen werden.

Begründung:

25

Die Unternehmen sollen auf Auftragsspitzen kurzfristig und flexibel reagieren können. Hierfür ist die Leiharbeit ein hervorragendes Mittel und sorgt dafür, dass die deutsche Wirtschaft in Boomzeiten auch wachsen kann. Die Leiharbeit darf allerdings nicht als Instrument missbraucht werden, um billige Arbeitskräfte nach dem Prinzip „hire und fire“ einzusetzen. Denn in diesem Fall liegen das persönliche Risiko und die Unsicherheit ganz allein beim Arbeitnehmer. Dies kann nicht im Interesse einer sozialdemokratischen Partei sein. Momentan tragen die Leiharbeiter das Risiko ihres Arbeitseinsatzes selbst, da die Zeitarbeitsfirmen kaum noch „Regulierungen“ unterworfen sind. Neben dem Arbeitsplatzrisiko werden dem Leiharbeiter obendrein noch geringere Löhne bezahlt.

30

35

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist das Prinzip von Lohngerechtigkeit in einer sozialen Marktwirtschaft: gleiche Entlohnung für gleichartige Tätigkeit unter gleichen Bedingungen für gleiche Leistung unter Einbeziehung sozialer Komponenten. Mit dem Flexibilisierungsinstrument „Zeitarbeit“ umgehen viele Betriebe dieses Prinzip schamlos und sorgen für eine Zwei-Klassen-Belegschaft unter ihren Beschäftigten mit verheerenden Folgen für das Betriebsklima.

40

45

Obwohl Leiharbeitnehmer gleichartige Tätigkeiten unter gleichen

Bedingungen mit der gleichen Leistung verrichten, erhalten sie im Regelfall ein weit geringeres, nicht der Leistung würdigendes Bruttoarbeitsentgelt je Arbeitsstunde im Vergleich zu einer regulären Festanstellung mit Tarifvertragbindung. Diese Lohnungerechtigkeit widerspricht den Grundsätzen einer sozialen Marktwirtschaft und bedroht, auch nachhaltig den sozialen Frieden in der Gesellschaft.

Ein Eingriff des Gesetzgebers zu Gunsten der Leiharbeitnehmer tut Not. Künftig müssen abgeschlossene Tarifverträge der Entleiherbetriebe (nach dem Grundsatz des equal pay) auch Vergütungsbasis für den Leiharbeiter sein und nicht die Tarifverträge zwischen Zeitarbeitsunternehmen und DGB (Ausnahme, wenn der Entleiher nicht tarifvertraglich gebunden ist). Mit der Festsetzung eines Mindestbruttoarbeitsentgelts im Falle vorhandener Tarifverträge in den Entleiherbetrieben wird dem Missstand Lohnungerechtigkeit bei Leiharbeit künftig Einhalt geboten.

Seit 1972 ist die Leiharbeit über das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz „reguliert“. Die Überlassung des Arbeitnehmers an den Entleiher war anfangs nur auf drei Monate befristet. Diese wurde über mehrere Gesetzesänderungen auf 24 Monate (2002) verlängert. Eine zu lange Verweildauer führt aber dazu, dass reguläre sozialversicherungspflichtige Jobs durch Leiharbeit substituiert werden.

„Um zu vermeiden, dass Zeitarbeitsfirmen das Befristungsverbot umgehen, wurden das Synchronisations- und das Wiedereinstellungsverbot in das Arbeitnehmerüberlassungsrecht aufgenommen. Das Synchronisationsverbot schreibt vor, dass die Dauer des Leiharbeitsverhältnisses die Zeit des ersten Entleiheinsatzes „erheblich“ überdauern muss. Die Rechtsprechung hat als Faustregel hierfür eine Dauer von 25 Prozent des Ersteinsatzes festgelegt. Das Wiedereinstellungsverbot schließt aus, dass der Verleiher Arbeitsverträge durch Kündigung beendet und den Leiharbeitnehmer innerhalb von drei Monaten wiederholt einstellt.“ (IAB-Kurzbericht (Institut der Bundesagentur für Arbeit) vom 19.9.2006) Innerhalb von 6 Monaten kann auch ein Leiharbeitsunternehmen ohne Kündigungsgrund unbefristete Verträge auflösen. Deshalb ist das Wiedereinstellungsverbot auch bei unbefristeten Verträgen zwischen Verleiher und Leiharbeiter wichtig. Alle drei Regelungen schützen den Leiharbeiter vor einem „hire und fire“ durch das Zeitarbeitsunternehmen. Ebenso sichert es den Leiharbeiter vor ständigen Arbeitsplatzwechseln. Über eine Lockerung des Synchronisationsverbots kann nur dann diskutiert werden, wenn der Leiharbeiter hierfür einen Zuschlag erhält, je kürzer sein Arbeitseinsatz bei einem Entleiher ist.

Alle Maßnahmen haben zur Folge, dass das Risiko und die Sicherheit der Arbeitnehmer minimiert wird und damit gleichzeitig auch die Leiharbeit als reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeit attraktiver macht. Die

- 95 substitutive Folge ist aber, dass Leiharbeit für den Entleiher teurer wird. Denn 1. muss der Verleiher einen höheren Lohn (equal pay) zahlen und gleiche Arbeitsbedingungen sicherstellen, sowie 2. die Beschäftigungsrisikokosten aufgrund eines unbefristeten Arbeitsvertrags, des Synchronisation- und Wiedereinstellungsverbots umwälzen. Die
- 100 positive Folge: Leiharbeit ist dann so teuer, dass sie tatsächlich nur in Spitzenzeiten der Wirtschaft eingesetzt wird, weil die Unternehmer es sich aufgrund der Auslastungszahlen leisten können

Antragsbereich A&S

Antrag 3

(Kennnummer: 23)

Ortsverein Stuttgart-Degerloch

(Kreisverband Stuttgart)

Integration im Öffentlichen Dienst

Die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg werden aufgefordert

- 5 1. ein Konzept zu entwickeln, das mehr eingewanderte Mitbürger ermutigt, sich im öffentlichen Dienst um eine Stelle zu bewerben. Dabei muss sichergestellt werden, dass diese Bewerbungen in den Auswahlverfahren auch angemessen Berücksichtigung finden,
- 10 2. darauf hinzuwirken, dass, in möglichst vielen Bereichen, Bewerberinnen und Bewerber mit Mehrsprachigkeit und Erfahrungen im Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft stärker
- 15 berücksichtigt werden.
3. interkulturelle Bildung zum integralen Bestandteil von Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes in Stuttgart bzw. Baden-Württemberg zu machen.
- 20 4. die Ausschreibungsrichtlinien dahingehend geändert werden, dass öffentliche Ausschreibungen zukünftig einen Hinweis enthalten, dass Bewerbungen von eingewanderten Mitbürgern ausdrücklich
- 25 erwünscht sind und begrüßt werden.

Empfehlung

Annahme in folgender Fassung und Überweisung an die Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Fraktionen in den Kommunalparlamenten werden aufgefordert,

1. Konzepte zu entwickeln, die mehr eingewanderte Mitbürger ermutigen, sich im öffentlichen Dienst um eine Stelle zu bewerben. Dabei muss sichergestellt werden, dass diese Bewerbungen in den Auswahlverfahren auch angemessen Berücksichtigung finden,

2. darauf hinzuwirken, dass, in möglichst vielen Bereichen, Bewerberinnen und Bewerber mit Mehrsprachigkeit und Erfahrungen im Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft stärker berücksichtigt werden.

3. interkulturelle Bildung zum integralen Bestandteil von Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes in den Kommunen bzw. im Land zu machen,

4. die Ausschreibungsrichtlinien dahingehend geändert werden, dass öffentliche Ausschreibungen zukünftig einen Hinweis enthalten, dass Bewerbungen von eingewanderten Mitbürgern ausdrücklich erwünscht sind,

5. SPD-Gemeinderatsfraktion und –Landtagsfraktion werden aufgefordert dafür zu sorgen, dass jährlich in ihren Gremien über die Umsetzung dieser 30 Forderungen berichtet wird.

Begründung:

Vielfalt ist die Normalität in der modernen 35 Gesellschaft – auch in Stuttgart und Baden-Württemberg.

die Bevölkerung in Stuttgart und in ganz ,Baden-Württemberg besteht aus Menschen unterschiedlicher 40 Herkunft und mit den unterschiedlichsten Eigenschaften und Voraussetzungen. Ebenso vielfältig sollten daher die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kommunalen Behörden und

45 in den Ämtern, Eigenbetrieben, Gesellschaften und Einrichtungen des Landes sein, da sie sich um die Anliegen der Menschen kümmern, die hier leben und arbeiten. Gute, moderne Verwaltung in diesem Zusammenhang heißt, dass der öffentliche Dienst 50 integrationspolitisch eine Vorreiterrolle einnimmt und mit seiner Einstellungs- und Förderpraxis der interkulturellen Vielfalt in der Gesellschaft Rechnung trägt. Damit dokumentiert der öffentliche Dienst die prinzipielle Wertschätzung der Unterschiedlichkeit der 55 Menschen und den Willen zur Ausschöpfung **aller** Potenziale.

Antragsbereich A&S

Antrag 4

(Kennnummer: 26)

AfA Baden-Württemberg

Befristung der Leiharbeit

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die maximale Verleihzeit an einen Betrieb wird auf 3 Monate begrenzt.

5 Begründung:

5. dafür zu sorgen, dass jährlich in ihren Gremien über die Umsetzung dieser Forderungen berichtet wird.

Empfehlung

Überweisung an Bundestagsfraktion

Begründung:

10 Das Modell Deutschland, das unbefristete, sozial-versicherungspflichtige, tariflich entlohnte Vollzeit-arbeitsverhältnis wird zunehmend durch prekäre Beschäftigung verdrängt.

15 Gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit/Zeitarbeit) spielt hierbei eine zentrale Rolle.

Stark körperlich oder psychische belastende Arbeitsplätze werden fast ausschließlich mit LeiharbeiterInnen besetzt. Die Rückkehr zu kleinteiliger, stark belastender Arbeit mit kurzen Arbeitstakten ist ein Trend der Arbeitsorganisation in den Betrieben der letzten Jahre.

20 Arbeitgeber können sich über dieses Mittel ihrer Fürsorgepflicht durch die Hintertür entziehen.

Antragsbereich A&S

Antrag 5

(Kennnummer: 32)

Empfehlung

Migrationsbeirat

Fachkräftebedarf langfristig absichern

	Den	Fachkräftebedarf	langfristig	abdecken	-
	Bildung	und	Integration	sind	der
					Schlüssel
5	Für den baden-württembergischen Wirtschaftsstandort, mit seinen starken industriellen Kernen und der hohen Dichte an kleinen und mittleren Unternehmen, wird der Zugang zu qualifizierten und hochmotivierten Fachkräften von entscheidender Bedeutung sein in der Wettbewerbssituation dieses Jahrzehnts. Wir müssen unseren Standort weltoffener und attraktiver machen für mehr qualifizierte Zuwanderung				
10	nach Deutschland. Wir benötigen eine neue Aufnahmekultur.				
15	Aktuelle wissenschaftliche Studien und Erhebungen von Branchenverbänden weisen gemeinschaftlich darauf hin, dass bereits ab Mitte dieser Dekade in weiten Gebieten der Bundesrepublik Deutschland eine schmerzhaft Mangelssituation an Fachkräften, Meistern und Technikern, sowie an hochqualifizierten Akademikern entstehen wird. Bereits heute zeigen sich in einigen Branchen Probleme, Arbeitsplätze mit passgenauen Qualifikationen zu besetzen, insbesondere in der Informationstechnologie - mit unmittelbaren				

Überweisung an den nächsten ordentlichen Landesparteitag

20 Auswirkungen auf die Produktivität und Auftragsgenerierung der Unternehmen. Deutliche Auswirkungen wird der Fachkräftemangel aber auch auf die sozialen Berufe und die Pflege haben.

25 Der Wanderungssaldo von Migrantinnen und Migranten (Zuzüge und Fortzüge) betrug im Durchschnitt der Jahre 2004-2008 für Deutschland ca. 67.000 Personen jährlich, bei der deutschen Bevölkerung war er negativ und zwar im Durchschnitt dieser Jahre ca. -33.000 Personen. 2008 wurde der Aufenthalt von ca. 23.700 Drittstaatsangehörigen wegen beruflicher Qualifizierung und Anforderung von Unternehmen
30 genehmigt, im selben Jahr sind aber zum Vergleich ca. 17.100 Drittstaatsangehörige mit Studium oder Hochschulabschluss in ihre Heimatländer China, Indien, Kroatien, Russische Föderation, Türkei und Vereinigte Staaten zurückgekehrt.

35 Mehrere Entwicklungen wirken auf die Fachkräftesituation in Deutschland ein:

40 - Der demografische Wandel, der mit einem überproportional starken Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei gleichzeitig steigendem Anteil älterer Erwerbspersonen verbunden ist. Die OECD weist darauf hin, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland bereits bis 2020 um 6 Prozent sinken wird, und dass Deutschland neben Japan und Italien der einzige OECD-Staat ist, in dem auch heute
45 schon der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung abnimmt. Um diesen Zugang durch Zuwanderung auszugleichen, hätte die Nettozuwanderung bereits bis 2010 auf 150.000 Personen ansteigen müssen.

50 - Der wirtschaftliche Strukturwandel hin zu wissensintensiven Industrien und Dienstleistungen, der in Verbindung mit anhaltenden Globalisierungsprozessen zu steigenden Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten und einem zunehmenden internationalen Wettbewerb um Hochqualifizierte führt.

55 - Die im internationalen Vergleich mangelnde Dynamik des Bildungssystems, die etwa mit Blick auf die Chancengleichheit in der Bildung, die Qualität der schulischen Bildung, die Studienanfänger- und Absolventenquoten sowie den Bereich der Weiterbildung zu erheblichem Nachholbedarf in Deutschland geführt hat. Besonders
60 junge Migrantinnen und Migranten werden durch das deutsche Bildungssystem benachteiligt, daher setzt für uns die Integrationspolitik vor allem an den Mängeln im Bildungsbereich an.

65 Baden-Württemberg hat beim demografiebedingten Fachkräftemangel in den kommenden Jahren, oberflächlich betrachtet, noch keine gravierenden Probleme zu befürchten. Jedoch hat die wirtschaftliche

70 Dynamik im Land im Rückblick der vergangenen 15 Jahre deutlich
nachgelassen. Wenn Baden-Württemberg seine wirtschaftliche und
technologische Spitzenstellung im Sinne eines hohen Lebensstandards
und hervorragender sozialer Infrastruktur halten will, dann bedarf es
eines

75 höheren Wachstums. Nach Berechnungen des IAW Tübingen benötigt
das Land dazu eine zusätzliche Mobilisierung von rund 400.000 bis
600.000 gut ausgebildeten Fachkräften.

80 Kontrastierend zum prognostizierten und zum Teil heute schon
bestehenden Fachkräftemangel ist die Zahl der Akademiker ohne Job
2009 um über 11 Prozent auf 167.000 gestiegen, auch bedingt durch
die Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosenquote der Migrantinnen und
Migranten mit akademischem Abschluss ist doppelt so hoch wie der
deutschen Absolventen, da ausländische Abschlüsse bislang oft nicht
anerkannt wurden.

85 Es müssen erhebliche Anstrengungen mit dem Schwerpunkt Bildung
und Integration einsetzen, mit denen wir auf den Fachkräftebedarf
wirksam reagieren. Wir wollen die Potenziale im Inland nutzen und
gleichzeitig für mehr qualifizierte Zuwanderung werben. Wir fordern
90 konkret:

95 1.) Ein systematisches Fachkräfte-Monitoring zu etablieren, um die
Entwicklung des Fachkräftebedarfs auf einer wissenschaftlichen
Grundlage kontinuierlich zu erheben. Das führt zu einer Früherkennung
von Branchenentwicklungen und des entsprechenden
Qualifizierungsbedarfs.

100 2.) Die Finanzierungsgrundlagen und Rahmenbedingungen des
Bildungssystems zu stärken und die privaten und öffentlichen
Bildungsinvestitionen bis 2015 auf 7 Prozent des
Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen. Demographiebedingte finanzielle
Entlastungseffekte müssen zur Verbesserung der Qualität des
Bildungswesens genutzt werden. Wir wollen das dreigliedrige
Schulsystem abschaffen.

105 3.) Die Schulabbrecherquoten systematisch zu senken. Gerade Baden-
Württemberg mit seinem hohen Anteil an ungelernten Arbeitskräften
muss dies als strategische Herausforderung sehen. Dazu schlagen wir
die Einsetzung einer direkt beim Ministerpräsidenten angesiedelten und
ihm berichtenden Organisationseinheit vor, die mit den lokalen
110 Schulbehörden individuelle Ziele und Kennzahlen zur Hebung des
Bildungsniveaus für die Schulen vor Ort vereinbart und nachhält. Die
Behörden sollen, wenn Ziele wiederholt deutlich nicht erreicht werden,
auf Basis dieses engen Informationsaustauschs in letzter Instanz dazu
115 berechtigt sein, direkt mit geeigneten Maßnahmen in die

Schulautonomie einzugreifen. Vorbilder aus anderen Ländern zeigen, dass diese Struktur in kurzer Zeit zu messbaren Erfolgen führen kann.

120 4.) Das Fachkräftepotenzial durch gezielte Integrationspolitik
auszuschöpfen. Die Maßnahmen dazu müssen in einem neu zu
schaffenden Bundesministerium für Bildung und Integration und einem
entsprechenden Landesministerium in Baden-Württemberg gebündelt
werden. Wir wollen mehr Berufsberater mit eigenem
125 Migrationshintergrund und die verpflichtende Fort- und Weiterbildung
des Beratungspersonals hinsichtlich interkultureller Kompetenzen. Um
die Ausbildungschancen junger Migrantinnen und Migranten zu stärken,
wollen wir Qualifizierungsangebote für betriebliches
Ausbildungspersonal zur spezifischen Förderung von Auszubildenden
130 mit Migrationshintergrund, Sprachförderung für Auszubildende, Nutzung
des Ausbildungsbonus für förderungsbedürftige Altbewerber und des
Instruments für Berufseinstiegsbegleitung zur individuellen
Übergangsbegleitung von Schülerinnen und Schülern mit
Migrationshintergrund (Ausbildungspatenschaften), Einwerben von
135 Ausbildungsplätzen für Migrantinnen und Migranten, auch bei
Unternehmen mit Migrationshintergrund, im Rahmen einer
Ausbildungskampagne.

140 5.) Ein Anerkennungsgesetz, das einen Rechtsanspruch auf ein
bundeseinheitliches Anerkennungsverfahren für alle ausländischen
Aus- und Fortbildungsberufe sowie akademischen Abschlüsse schafft.
Wenn ausländische Zertifikate vorliegen, sollen die Antragsteller durch
Anerkennung bei Gleichwertigkeit des Abschlusses oder
Teilanerkennung möglichst eine Tätigkeit im erlernten Beruf ausüben
145 können. Wird der im Ausland erlangte Abschluss nur teilweise
anerkannt, soll zur Erlangung der vollen Anerkennung zwischen einer
Kompetenzprüfung und einer zusätzlichen Qualifizierung gewählt
werden können. Die Qualifizierungsmaßnahmen sollen nicht mehr als
zwei Jahre dauern. Auch, wenn keine Zertifikate vorliegen, soll nach
150 Feststellung der Fähigkeiten und Kenntnisse die Möglichkeit zum
Erwerb eines Berufsabschlusses gegeben sein. Neben einem
verbesserten Anerkennungsverfahren kommt es entscheidend darauf
an, dass fehlende Qualifikationen nachträglich erworben werden
können.

155 6.) Die Studienkapazitäten bis 2015 auf 200.000 zusätzliche
Studienplätze auszubauen. Die Abschaffung von Studiengebühren ist
dafür eine unerlässliche Voraussetzung. Der Hochschulzugang für
beruflich Qualifizierte muss deutlich ausgeweitet werden mit dem Ziel,
160 die Zahl der Studierenden ohne Abitur bis 2015 auf 30.000 zu
verdreifachen.

7.) Den Wissenschaftsstandort noch attraktiver zu machen. Wir wollen

165 junge, talentierte Akademikerinnen und Akademiker durch den Ausbau
Juniorprofessuren, 200 neue Professuren in den Bereichen
Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik initiieren
(MINT) und die Gründung einer Software-Hochschule gemeinsam mit
der Wirtschaft auf den Weg bringen, um mehr Programmierer und
Software-Ingenieure auszubilden und im internationalen Wettbewerb zu
170 den Vereinigten Staaten aufzuschließen.

8.) Das Arbeitsvolumen von Frauen im Arbeitsmarkt zu erhöhen. Die
Betreuungsquote bei Kindern korreliert dabei mit dem Anteil der voll-
und teilzeitbeschäftigten Frauen in internationalen Vergleichsstudien.
175 Gerade Baden-Württemberg muss seine politischen Prioritäten dabei
anders setzen. Dies zeigt der im bundesweiten Vergleich
unterdurchschnittliche Wert bei der Beschäftigungsquote von Frauen
parallel zu einer schlechten Ganztagesbetreuungsquote bei 0-3
jährigen und 3-6 jährigen Kindern. Daher muss Baden-Württemberg
180 seine Investitionen in den Ausbau von Ganztagesbetreuung in Krippen,
Kindergärten, Horten und Ganztageseschulen massiv erhöhen.

9.) Den Weiterbildungsbereich systematisch zur 4. Säule des
Bildungssystems auszubauen. Dazu muss die
185 Weiterbildungsbeteiligung von Fachkräften und Geringqualifizierten
signifikant erhöht werden. Die Rahmenbedingungen für Weiterbildung
wollen wir wesentlich verbessern durch die Weiterentwicklung der
Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung, die Weiterbildung in
allen Lebensphasen finanzieren soll. Wir wollen einen bundesweit
190 einheitlichen und umfassenden gesetzlichen Anspruch auf
Weiterbildung erreichen. Die Ausbildungsförderung muss auf neue
Bildungsbiographien umgestellt werden durch Herstellung der
Förderfähigkeit von berufsbegleitendem Studium und
Aufbaustudiengängen.

195 10.) Den steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften im Sozial- und
Gesundheitswesen mittel- und langfristig zu decken. Allein in Baden-
Württemberg wird die Zahl der Pflegebedürftigen nach Berechnungen
des Statistischen Landesamtes bis 2020 um weitere 75.000 auf
200 300.000 ansteigen. Dazu muss die gesellschaftliche Anerkennung und
Attraktivität der Sozial- und Gesundheitsberufe gesteigert werden. Dazu
wollen wir eine Imagekampagne in Baden-Württemberg durchführen
und für die Erweiterung der Kompetenzfelder in diesen Berufen sorgen,
beispielsweise durch bessere Verbindung von ambulanter und
205 stationärer Versorgung. Außerdem können gezielte Investitionen in den
Ausbau der technikgestützten Pflege die knappen Ressourcen im
Pflegefachkräftemarkt entlasten.

11.) Bei der Steuerung der Arbeitsmigration nach Deutschland den
210 Wechsel hin zu einem modernen und kohärenten System zu vollziehen.
Daher streben wir die Einführung eines Punktesystems für die

Anwerbung von Hochqualifizierten und eine Engpasszuwanderung für andere Fachkräfte an. Wir wollen beim Punktesystem auf die Vorrangprüfung verzichten. Beim Engpassverfahren soll keine
215 individuelle, sondern eine globale Vorrangprüfung unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktentwicklung einzelner Wirtschaftssektoren stattfinden. Das Punktesystem ist ein wesentlich besseres Instrument zur gezielten Zuwanderungssteuerung als die von CDU und Grünen geforderte Absenkung der Mindestgehaltsgrenzen.
220 Mit dem Werben um hochqualifizierte Fachkräfte muss auch die Erleichterung des Zuzugs von Ehegatten und Kindern einhergehen. Der Familienzuzug soll auf Wunsch der Betroffenen stattfinden können und mit verpflichtenden Sprachkursen in Deutschland verbunden werden. Die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung können durch
225 Zuwanderung nicht verhindert werden. Gleichwohl kann eine gezielte Zuwanderungspolitik, die für eine dauerhafte Einwanderung junger und gut qualifizierter Menschen sorgt, zur Milderung der Folgen des demographischen Wandels beitragen.

230 Wir wissen, dass die Migration aus Entwicklungs- und Schwellenländern nach Deutschland weit reichende Auswirkungen auf die Herkunftsländer hat, ihre Wirkung ist ambivalent. Viele ärmere Länder haben ein Interesse daran, dass ihre Staatsbürger für eine bestimmte Zeit im Ausland arbeiten können, um später vom
235 Wissenstransfer der Rückkehrer zu profitieren. Es gibt aber auch andere Beispiele, bei denen gezielte Auswanderung zum „Brain Drain“ in Entwicklungsländern geführt, zum Beispiel die massive Auswanderung von Ärzten aus afrikanischen Staaten. Daher muss aus unserer Sicht Migrationspolitik auch immer mit Entwicklungspolitik
240 verbunden werden, damit die Ursachen für starke Abwanderung von qualifizierten Kräften aus Entwicklungsländern verringert werden. Erstrebenswert ist die „Brain Circulation“, ein reger Austausch, von dem sowohl Herkunfts- als auch Zielländer profitieren.

Antragsbereich A&S

Antrag 6

(Kennnummer: 38)

AGS Baden-Württemberg

Fachkräfte - Wirtschaftsfaktor der Zukunft

Empfehlung

Antragsteller: AGS Baden-Württemberg

Überweisung an den nächsten
ordentlichen Landesparteitag

Empfänger: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

5 Betr.: Fachkräfte – Wirtschaftsfaktor der Zukunft

Gute Arbeit zu fördern und den Menschen den sozialen Aufstieg in Eigenverantwortung zu ermöglichen, ist für uns ein zentraler Gedanke sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Für uns leisten gute Arbeit nicht nur Menschen mit Arbeitsvertrag, sondern auch Selbständige und Unternehmer, indem sie Arbeit für sich und Arbeitsplätze für andere in unserem Land schaffen – sowohl mit ihrer eigenen Schaffenskraft wie auch als Arbeitgeber und Ausbilder. Wir werben für eine Kultur der Selbständigkeit in Verantwortung für gute Arbeit.

15 Gute Arbeit bedeutet für uns aber auch Arbeit, die dem Menschen gerecht wird. Die Veränderung der Lebens- und Arbeitswelt ist heute zu einem festen Bestandteil unseres Alltags geworden. Hierbei zeigt insbesondere der demographische Wandel die Chancen und Risiken der Zukunft unserer Wirtschaftswelt auf: Wir leben in einer alternden und von Geburtenrückgängen gezeichneten Gesellschaft. Immer weniger Erwerbstätige müssen für die Finanzierung unserer gesellschaftlichen Leistungen aufkommen. Wir werden die Erwerbstätigenquote erhöhen, länger arbeiten und den Wert unserer Arbeit steigern müssen. Dies ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft wie auch der sozialen und der Generationengerechtigkeit.

20 Ansatzpunkte zur Steigerung des Fachkräfteangebots in Baden-Württemberg sehen wir in der Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus, der Erhöhung des Arbeitsvolumens von Frauen und der Förderung der Zuwanderung nach Baden-Württemberg.

Aus- und Weiterbildung

35 Die jungen Menschen tragen immer mehr Lasten, ohne dass ihnen eine ausreichende Zukunftsperspektive in der Wirtschaft geboten wird. Verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik hat die Rahmenbedingungen zu setzen, um jungen Menschen ein dauerhafter Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Hiervon profitieren Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen. Denn Produktivitätsgewinne werden wir in Zukunft mehr als heute über gesteigerte Innovationen erzielen müssen. Dafür braucht es besser gebildete und höher qualifizierte Mitarbeiter. Hier hat die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren zu wenig investiert und damit ebenso zu ihrer Innovationsschwäche beigetragen wie der Reformstau in unserem Bildungswesen. Der Abstand zu anderen Ländern hat sich besonders bei den akademisch Qualifizierten vergrößert und damit eine Fachkräftelücke entstehen lassen.

45 Es sind nicht nur tiefgreifende Strukturveränderungen der globalisierten Arbeitswelt und die Knappheit an Erwerbstätigen, die nach Erhöhung

des gesellschaftlichen Bildungskapitals verlangen, um wettbewerbsfähig und innovationsfreudig bleiben zu können. Auch dem Einzelnen wird eine stetige Höher- und Weiterqualifizierung abverlangt, damit er berufsfähig wird und bleibt und mit der dynamischen Entwicklung einer zunehmend wissensbasierten Wirklichkeit Schritt halten kann.

Gegenwärtig erreichen zu viele Jugendliche kaum die für gesellschaftliche Teilhabe nötigen sprachlichen und mathematischen Basiskompetenzen und bleiben damit ohne Aussicht auf eine berufliche Zukunft, die ihnen Arbeit und Einkommen sichert. Das belastet den Sozialstaat, vergeudet Steuerausgaben und entzieht dem Arbeitsmarkt den qualifizierten Nachwuchs. Die Zahl an Bildungsverlierern ist zu hoch.

Wir wollen das Bildungssystem individualisieren, um keinen durch mangelnde Förderung zurückzulassen. Zugunsten von Bildungsmobilität werden wir es durchlässiger und vor allem gebührenfrei gestalten. Es ist für uns selbstverständlich, auch das Personal an unseren Bildungseinrichtungen den neuen Aufgaben entsprechend zu professionalisieren.

Bildung darf nicht erst in der Schule beginnen. Kindergärten und Kindertagesstätten sehen wir nicht als Betreuungseinrichtungen, sondern gehören nach unserem Verständnis zur Bildungslaufbahn. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Einführung eines pädagogischen Konzepts, überprüfbarer Bildungsstandards und eines Evaluationsverfahren zur Bewertung der Entwicklungsfortschritte der Kinder, welches über die bestehenden Bildungspläne hinausgeht. Weil wir niemanden als Bildungsverlierer zurücklassen wollen, setzen wir uns für eine Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zum qualifizierten Berufsabschluss ein. Gleichmaßen fordern wir aber auch die verpflichtende Teilnahme insbesondere im vorschulischen Bereich.

Nur durch die Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus und einer deutlichen Steigerung der Zahl der Schulabgänger mit einem möglichst hohen Bildungsabschluss, lässt sich die Grundlage für eine gute Facharbeiterausbildung legen.

Wir setzen uns für eine verstärkte Förderung von Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen ein. Projekte, wie das Bündnis für Ausbildung und das Projekt Jugendberufshelfer, sind weiter zu verbessern und landesweit auszubauen.

Um die Ausbildungsquote unter den Betrieben zu steigern, ist das eingeführte externe Ausbildungsmanagement zu intensivieren. Ziel des externen Ausbildungsmanagement ist es, insbesondere kleineren Unternehmen im Bereich der Ausbildung Entlastung anzubieten. Das

Ausbildungsmanagement soll die Unternehmen bei der
100 Bewerberauswahl, der Erledigung administrativer Aufgaben, der
Erarbeitung von Ausbildungsplänen und beim Coaching von Ausbildern
unterstützen. Außerdem soll es eng mit den Berufsschulen
zusammenarbeiten, die Auszubildenden in der Prüfungsvorbereitung
unterstützen und Zusatzqualifikationen im Hinblick auf die speziellen
105 Anforderungen des ausbildenden Betriebes vermitteln.

Die duale Ausbildung hat sich bewährt, aber dem Mangel an
Lehrkräften an den beruflichen Schulen ist entgegenzuwirken. Die
Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen ist sinnvoll, sofern den
110 Beschäftigten entsprechende weiterführende
Qualifikationsmöglichkeiten eröffnet werden.

Ohne ein steigendes Potenzial an Akademikern und Facharbeitern
werden wir auf den Zukunftsmärkten nicht bestehen. Eine Erhöhung der
115 Studierendenquote lässt sich hier am wirksamsten durch eine stärkere
Durchlässigkeit zum gebührenfreien Hochschulstudium erzielen. Es gilt,
insbesondere auch den Zugang zu den Hochschulen zu vereinfachen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

120 Die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben liegt in Deutschland
traditionell unter der von Vergleichsländern. Zur Sicherung eines
ausreichenden Angebots an Fachkräften in Baden-Württemberg wird
die Erhöhung des Arbeitsvolumens insbesondere von Frauen essentiell
125 sein. Die im europäischen Vergleich gute Erwerbstätigenquote von
Frauen mit 78 Prozent täuscht über die wahre Beteiligung von Frauen
am Erwerbsleben hinweg. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von
Frauen in Baden-Württemberg liegt lediglich bei 29,4 Stunden. Um eine
Erhöhung der Arbeitszeit zu erreichen, ist auf eine gezielte Förderung
130 der ganztägigen Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Schule
und auf den Abbau von Negativanreizen hinzuwirken. Dass wir
qualifizierte Frauen, die eine höhere Ausbildung hinter sich haben, für
den Arbeitsmarkt verlieren oder Jahre später nur unter Wert, häufig auf
Teilzeitbasis unzulänglich in die Erwerbstätigkeit integrieren, ist eine
135 volkswirtschaftliche Verschwendung.

Für Baden-Württemberg ist die Ganztagesbetreuung ein wichtiger
Ansatzpunkt, um die Teilzeitquote von Frauen zu verringern. Der
Mangel an flexiblen Einrichtungen der Kinderbetreuung ist
140 mitverantwortlich dafür, dass Frauen hierzulande Familie und Beruf
eher nach- statt nebeneinander vereinbaren. Dabei ist die
Ganztagesbetreuung auf die Realitäten in der Arbeitswelt abzustimmen.
Eine Betreuung bis 15 Uhr ist nicht ausreichend, um einer
durchschnittlichen Vollerwerbstätigkeit nachzukommen.

145 Auch bei der Ganztagesbetreuung im vorschulischen Bereich hat

Baden-Württemberg einen Nachholbedarf. Vor dem Hintergrund der Erhöhung der Erwerbstätigenquote sollten Kinderbetreuungsplätze zunächst bevorzugt an Eltern vergeben werden, die beide berufstätig sind oder eine Arbeit aufzunehmen planen.

Konsequenterweise ist von dem geplanten Betreuungsgeld in Höhe von monatlich 150 Euro für Eltern, die keinen Betreuungsplatz für ihr Kind in Anspruch nehmen wollen, Abstand zu nehmen. Ein solches Instrument verhindert die Erwerbstätigkeit von Müttern und führt dazu, dass besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten zu Hause bleiben.

Unser veraltetes Steuersystem fördert durch das Ehegattensplitting den Rückzug von Frauen aus dem Erwerbsleben und benachteiligt Familien, in denen beide Elternteile arbeiten. Das Ehegattensplitting wie auch die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung sind unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten falsche Anreize. Statt der gemeinsamen Besteuerung von Ehepartnern ist ein System der Individualbesteuerung einzuführen. Durch einen solchen Paradigmenwechsel ergeben sich auch beschäftigungspolitische Effekte. Anreize können motivieren, bis sie Einstellungsmuster und Verhaltensweisen ändern, dauert es aber. Die zusätzlichen Steuereinnahmen aus dem wegfallenden Splittingvorteil müssten der Allgemeinheit über eine Senkung des Steuertarifs wieder zurückgegeben werden.

Einwanderung und Integration

Darüber hinaus kann und muss der Bedarf an Fachkräften über die Anwerbung hochqualifizierter Zuwanderer gedeckt werden. Deutschland gehört zu jenen Ländern, die die höchste Nettozuwanderung brauchen, um den Bestand der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter konstant zu halten. Dennoch tun wir uns traditionell schwer mit Zuwanderern. Dies zeigt sich deutlich an jenen, die schon hier sind. Obwohl kein anderes europäisches Land so viele Zuwanderer beherbergt wie wir, gelingt es uns bisher nicht, ihre Kinder über eine qualifizierte Bildungsbeteiligung zu integrieren.

Es gilt, die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft als Chance zu begreifen. In einer globalisierten Welt eröffnen Mehrsprachlichkeit und das Verständnis für kultureller Zusammenhänge Marktchancen gerade auch für kleinere und mittelständische Unternehmen. Neben der gezielten Förderung von Fremdsprachen und Austauschprogrammen auch für Menschen ohne Migrationshintergrund ist die Sicherstellung der Beherrschung der deutschen Sprache für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft essentiell.

Wenn wir ein ernst zu nehmender Mitbewerber um hochqualifizierte Migranten werden wollen, dann müssen wir die rechtlichen Hürden des

195 Zugangs modifizieren und dürfen uns einer ehrlichen, gesellschaftlichen
Debatte über Zuwanderung und Integration nicht weiter verschließen.
Im Wettbewerb um qualifizierte Migranten sind wir aufgrund starrer
Vorschriften für dauerhafte Aufenthaltsbewilligungen und einer
rückwärtsgewandten Zuwanderungsdebatte der internationalen
200 Konkurrenz hoffnungslos unterlegen.

Antragsbereich A&S

Antrag 7

(Kennnummer: 39)

Empfehlung

AGS Baden-Württemberg

Erwerbsversicherung - Arbeit versichern

Antragsteller: AGS Baden-Württemberg

Überweisung an den nächsten
ordentlichen Landesparteitag

Empfänger: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

5 Betr.: Erwerbsversicherung - Arbeit versichern

Wir werden die bisher bestehende, freiwillige Weiterversicherung in der
Arbeitslosenversicherung zu einer freiwilligen Erwerbsversicherung
weiterentwickeln. Ein Eintritt in die Versicherung soll beruflich
10 Selbständigen ohne Fristbindung ermöglicht werden.

Nachdem beruflich Selbständige Beiträge innerhalb einer Rahmenfrist
in die Versicherung eingezahlt haben, sollen sie zukünftig im Falle der
Beendigung der selbständigen Tätigkeit – entsprechend der bisherigen
15 Arbeitslosenversicherung – Zahlungen und Leistungen der Agentur für
Arbeit erhalten.

Während der Zeit der Gründungsförderung wird lediglich der hälftige
Beitrag aus der für die Existenzgründer festgelegten Bezugsgröße
20 veranschlagt. Nach Ablauf der Gründungsförderung ist hieraus
mindestens der volle Beitrag zu entrichten.

Begründung:

25 Bisher konnten sich beruflich Selbständige, deren Tätigkeit 15 Stunden
wöchentlich umfasst, in der Arbeitslosenversicherung freiwillig (weiter)-
versichern. Voraussetzung dafür ist u.a., dass der Antragsteller
innerhalb der letzten 24 Monate vor Aufnahme der selbständigen

30 Tätigkeit mindestens 12 Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt
war. Der Antrag musste innerhalb eines Monats nach Aufnahme der
selbstständigen Tätigkeit bei der Agentur für Arbeit gestellt werden. Für
das Jahr 2010 belief sich der Beitrag für die freiwillige
Arbeitslosenversicherung für Selbständige in Westdeutschland auf
35 17,89 Euro monatlich und für Selbständige in Ostdeutschland auf 15,19
Euro.

Aus der bisherigen "freiwilligen Weiterversicherung" in der
Arbeitslosenversicherung wird durch eine neue gesetzliche Regelung
der schwarz-gelben Bundesregierung "ein
40 Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag", bei dem die
Voraussetzungen für die Beantragung der Arbeitslosenversicherung
weitgehend unverändert bleiben. Neben einer Verlängerung der
Antragsfrist von einem auf drei Monate wird jedoch in den Jahren 2011
und 2012 auch jeweils eine Verdoppelung der Beiträge erfolgen.

45 Wir werden den beruflich Selbständigen zukünftig die Möglichkeit
eröffnen, sich freiwillig und unabhängig von der Frage der
Existenzgründung gegen Zeiten der Erwerbslosigkeit zu versichern. Ein
Eintritt in die Versicherung soll ohne Fristbindung ermöglicht werden.
50 Wir wollen den Übergang von der Arbeitnehmerwelt in die
Selbstständigkeit ebnen und eine zusätzliche Möglichkeit der
wirtschaftlichen Absicherung schaffen, die der Lebensrealität der
Soloselbständigen auch gerecht wird.

Antragsbereich A&S

Antrag 8

(Kennnummer: 46)

Kreisverband Mannheim

Sozialversicherungspflicht für praxisintegrierte und duale Studiengänge

Empfänger: Landesparteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Der SPD Landesvorstand stellt folgenden Antrag auf dem
Bundesparteitag:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird damit beauftragt, die
Bundesregierung aufzufordern, das Sozialversicherungsgesetz
10 abzuändern. Künftig sollen alle TeilnehmerInnen der praxisintegrierten

Empfehlung

Annahme in folgender Fassung:

SPD-Bundestagsfraktion und Landtags-
fraktion werden aufgefordert initiativ zu
werden, um die Sozialversicherungs-

dualen Studiengänge in die Sozialversicherungspflicht aufgenommen werden.“

Begründung:

15

Mit Urteil des Bundessozialgerichtes vom 01.12.2009 (B12 R 4/08) wurde festgestellt, dass Studierende, die in Praktikumsphasen eine Praktikumsvergütung bzw. ein Stipendium erhalten, nicht sozialversicherungspflichtig sind. Diese Vergütung sei kein Arbeitsentgelt und die Studierenden auch keine zur Berufsausbildung Beschäftigte. Dass hiervon u.a. auch die Studierenden der Dualen Hochschule betroffen sind, wurde erst mit Rundschreiben des Spitzenverbandes der Sozialversicherungen vom Juli 2010 bekannt. Bis zum Wintersemester 2010/2011 wurden für Studierende der Dualen Hochschule Sozialversicherungsbeiträge von den Betrieben abgeführt. Die Studierenden erhalten nun ein höheres Nettogehalt, aber die negativen Auswirkungen sind weitreichend:

20

30 - Das höhere Nettoentgelt kann dazu führen, dass die Einkommensgrenze für Kindergeld überschritten wird.

- Es besteht kein Anspruch mehr auf Riesterförderung.

35

- Der Anspruch auf Arbeitslosengeld und Krankengeld nach dem Studium entfällt.

40

Von den rd. 30.000 Studierenden der Dualen Hochschule studieren rd. 25.000 in Baden Württemberg. Dies ist einer der Standortvorteile unseres Bundeslandes. Gewerkschaften ebenso wie zahlreiche Arbeitgeber befürworten die Sozialversicherungspflicht für die Studierenden der dualen Hochschule.

pfl icht für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der praxisintegrierten dualen Studiengänge wieder einzuführen.

Antragsbereich A&S

Antrag 9

(Kennnummer: 52)

Kreisverband Biberach

Rente mit 67, sichere Rente und Rentengerechtigkeit

Empfehlung

An den

SPD-Landesparteitag

Überweisung an die Arbeitsgruppe Rente des Parteivorstands

5 mit der Bitte um Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion

Auf der Kreismitgliederversammlung des Kreisverbands Biberach am 11.12.2010 wurde folgender Antrag beschlossen:

10 Rente mit 67, sichere Rente und Rentengerechtigkeit

1. Die SPD fordert die Angleichung der unterschiedlichen Berechnungsarten von Renten und Pensionen sowie die Beteiligung aller bei der Einzahlung in die Rentenversicherung, einschließlich
15 Freiberuflern, Selbstständigen und Beamten sowie auch die Heranziehung der Einnahmen aus allen Einkommensarten unter Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze, um die Voraussetzung für stabile, sichere und vor allem auch gerechtere Renten zu schaffen.

20 2. Die Rente mit 67 muss deshalb mindestens solange ausgesetzt werden, bis mindestens 50% der über 60jährigen in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis stehen und die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, d.h.:

25 die Politik muss Regelungen schaffen, die es den Menschen ermöglichen, länger im Erwerbsleben bleiben zu können und damit die Zwangsverrentung von langjährig Versicherten, Arbeitslosen bzw. Hartz 4-Empfängern abgeschafft wird.

30 es muss ein flexibler Übergang insbesondere auch für bereits gesundheitlich angeschlagene Beschäftigte möglich sein (wie Altersteilzeit), ohne dass dadurch Abschlüsse an der Rente zu erwarten sind.

35 Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sind unumgänglich, wenn man bedenkt, dass die durchschnittliche Erwerbsminderungsrente 650 Euro beträgt, also unter dem Sozialhilfeniveau liegt.

40 Abschaffung des Ausgleichsfaktors bzw. Nachhaltigkeitsfaktors und Beibehaltung der Rentenschutzklausel.

es müssen tarifvertragliche Regelungen geschaffen werden, dass zugunsten der Arbeitnehmer auch die Arbeitgeber die zur Sicherung
45 des Lebensstandards immer mehr notwendig werdenden privaten Alterszusatzversicherungen mitfinanzieren.

Schaffung von Vollarbeitsplätzen, steigende Löhne und Gehälter und der gesetzliche Mindestlohn sind Voraussetzung dafür, dass die
50 wachsende Wirtschaftsleistung auch bei den Arbeitnehmern ankommt und zur Finanzierung der Renten zur Verfügung steht.

Begründung:

55 Da einerseits nicht ausreichend sozialversicherungspflichtige
Arbeitsplätze für über 60-jährige vorhanden sind und andererseits viele
über 60-jährige (derzeit nur noch 35 %) überhaupt noch berufsfähig
sind, bedeutet die Rente mit 67 faktisch eine Rentenkürzung für alle,
die früher in Rente gehen bzw. gehen müssen, da sie aus
60 gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage sind, ihrer Arbeit
nachzugehen. (Abschläge von 7,2 % bis 14,4%).

Da darüber hinaus derzeit die sozialversicherungspflichtigen
Vollzeitarbeitsplätze rückläufig sind, die prekären
65 Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs und Teilzeitarbeitsplätze
jedoch zunehmen, sind dementsprechend auch die erworbenen
Rentenansprüche später im Alter gering und es muss noch viel Geld in
private Zusatzversorgungen gezahlt werden, ohne dass sich die
Arbeitgeber finanziell daran beteiligen. Die Folge davon ist drohende
70 Altersarmut und Abstieg im Lebensstandard. Und davon sind vor allem
auch Frauen betroffen.

Aus dem gleichen Grund steht auch die Rentenversicherung unter
Finanzierungsdruck: immer weniger sozialversicherungspflichtig
75 Beschäftigte finanzieren über ihre Sozialabgaben die Rente für eine
steigende Anzahl von Rentnern bedingt durch eine höhere
durchschnittliche Lebenserwartung.

Bildungspolitik

Antrag 1

(Kennnummer: 16)

Empfehlung

ASJ Baden-Württemberg

Ausbildung für Juristen und Juristinnen reformieren

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ablehnung

Juristenausbildung reformieren - Früher die Eignung oder Nicht-Eignung feststellen!

5

Der klassische juristische Studiengang, wie er an deutschen Universitäten angeboten wird, gilt als einer der schwierigsten überhaupt. Unter den Examenskandidaten bestehen regelmäßig ca. 30% die anspruchsvolle Prüfung nicht. Viele der Kandidaten, die nach zweimaliger Teilnahme das erste juristische Staatsexamen endgültig nicht bestanden haben, studierten zuvor 10 Semester oder länger. Dies lässt sich schon aus einer HIS-Studie von 2008 ersehen, wonach in keinem anderen Studiengang vor dem Studienabbruch im Durchschnitt so lange studiert wird (8,4 Semester – zum Vergleich etwa bei den Naturwissenschaften nur 4,1 Semester) und in keinem Studiengang so häufig die nicht-bestandene Prüfung der Grund für die Beendigung ohne Abschluss ist (27% gegenüber z.B. nur 8% bei den Lehramtsstudiengängen). Regelmäßig sind diese spät-gescheiterten „fast Juristen“ im Zeitpunkt der letzten Prüfung bereits über 25 Jahre alt. Daraus ergibt sich eine soziale Problematik, vor der sozialdemokratische Rechtspolitik nicht die Augen verschließen darf.

10

15

20

25

Für sog. „Spätabbrecher“ ist es oft schwierig, noch einen Ausbildungsbetrieb zu finden oder ein anderes Studium aufzunehmen. Nicht selten stehen finanzielle oder familiäre Gründe in dieser Lebenssituation entgegen. Werden die Betroffenen nun aber ohne weitere Qualifizierung in ungelernte Tätigkeiten vermittelt, verschenkt die Gesellschaft erhebliches Potential.

30

Um diese Situation schon in der Entstehung so weit wie möglich zu verhindern und gleichzeitig die Regelstudienzeit zu senken, wollen wir eine frühere Auswahl der für den juristischen Studiengang geeigneten und weniger geeigneten Kandidaten erreichen. Zu diesem Zwecke soll – vorbehaltlich einer möglicherweise späteren Umstellung nach dem Bologna-Prozess auf die standardisierten Bachelor- und Masterabschlüsse – im bestehenden System die vorgesehene

35

Zwischenprüfung im Anforderungsniveau verschärft werden. Dazu ist es nötig, mehr Regelung verbindlich durch das Landesrecht zu treffen, statt diese den einzelnen Universitäten zu sehr zur freien Disposition zu überlassen.

Dazu fordern wir:

1.) Die Zwischenprüfung muss früher als bisher erfolgen. Sie muss bis zum dritten Semester erstmalig abgelegt werden. Eine Wiederholung kann nur einmalig im unmittelbar darauf folgenden Semester stattfinden.

2.) Das Ergebnis der Zwischenprüfung soll einen Aussagegehalt darüber haben, ob der Kandidat bei ordnungsgemäßigem weiteren Studienverlauf der Voraussicht nach geeignet sein wird, die spätere Examensprüfung zu bestehen. Daher ist die Prüfung auch in der Art ihrer Rahmenbedingungen und ihrer Durchführung so nah wie möglich an der Examensprüfung zu orientieren, ohne dass dadurch eine Überforderung der Studierenden entsteht. Es wird in jedem Prüfungsteil nach einheitlicher Festlegung nur eine Aufsichtsarbeit angeboten. Die Stoffmenge bleibt zwar inhaltlich auf die Vorlesungen des Grundstudiums beschränkt, die vorgelegte Aufgabenstellung ist aber entsprechend der Bearbeitungszeit zu konzipieren.

3.) Die Ausbildung in Grundlagenfächern und Schlüsselqualifikationen soll gestärkt werden. Als Zulassungsvoraussetzung für die Zwischenprüfung wird daher die erfolgreiche Teilnahme an einer Lehrveranstaltung für juristische Methodenlehre, welche auch Elemente der Rhetorik und Mediation einbinden soll, ebenso verbindlich vorgeschrieben wie auch die erfolgreiche Teilnahme an einer der Lehrveranstaltungen zu einem der Grundlagenfächer Rechtsgeschichte, Rechtsphilosophie oder Rechtssoziologie. Zudem wird die erfolgreiche Anfertigung einer Hausarbeit für Anfänger vor die Prüfung gezogen. Insofern entsteht eine Ähnlichkeit zu dem an bayerischen Universitäten gebräuchlichen System, welches bereits heute deutlich höhere Anforderungen an die Kandidaten stellt und wonach keine Hausarbeit Bestandteil der Zwischenprüfung ist (keine „Notenkosmetik“).

Zur Umsetzung schlägt der ASJ-Landesvorstand Baden-Württemberg die folgende Änderung in der Justizausbildungs- und Prüfungsverordnung des Landes Baden-Württemberg (JAPrO) vor:

Neufassung des bisherigen § 4 (Zwischenprüfung) der JAPrO:

Bisherige Fassung:

Die Zwischenprüfung ist bis zum Ende des vierten Semesters

85 abzulegen. Sie umfasst einen bürgerlich-rechtlichen, einen
strafrechtlichen und einen öffentlich-rechtlichen Prüfungsteil. In jedem
Prüfungsteil muss mindestens eine Aufsichtsarbeit mit Erfolg gefertigt
werden, andernfalls ist die Zwischenprüfung nicht bestanden. Die
Aufsichtsarbeiten können nach dem Ende des vierten Semesters nur
90 jeweils einmal wiederholt werden. Das Nähere regeln die Universitäten
durch Satzung mit Zustimmung des Vorstandsvorsitzenden, die dieser
im Einvernehmen mit dem Justizministerium erteilt.

Neue Fassung:

95 (1) Die Zwischenprüfung ist bis zum Ende des dritten Semesters
erstmalig abzulegen. Sie umfasst einen bürgerlich-rechtlichen, einen
strafrechtlichen und einen öffentlich-rechtlichen Prüfungsteil. In jedem
Prüfungsteil wird eine Aufsichtsarbeit gestellt, die mit Erfolg gefertigt
100 werden muss, andernfalls ist die Zwischenprüfung nicht bestanden.

(2) Zur Zwischenprüfung wird auf Antrag zugelassen, wer

a) an einer Lehrveranstaltung in juristischer Methodenlehre
105 (Grundlagenfach nach § 3 Abs. 1) im Umfang von mindestens zwei
Semesterwochenstunden erfolgreich teilgenommen hat und

b) an einer Lehrveranstaltung aus dem Gebiet der Rechtsgeschichte,
der Rechtsphilosophie oder der Rechtssoziologie (Grundlagenfächer
110 nach § 3 Abs. 1) im Umfang von mindestens zwei
Semesterwochenstunden erfolgreich teilgenommen hat und

c) eine studienbegleitende Semester-Hausarbeit für Anfänger mit Erfolg
115 gefertigt hat.

(3) Die Zwischenprüfung kann, wenn sie nicht bestanden ist, einmal
wiederholt werden. Erfolgreiche Prüfungsteilleistungen werden
angerechnet. Die Wiederholung muss bis spätestens zum Ende des
vierten Semesters erfolgt sein. Das Nähere regeln die Universitäten
120 durch Satzung mit Zustimmung des Vorstandsvorsitzenden, die dieser
im Einvernehmen mit dem Justizministerium erteilt.

Antragsbereich B

Antrag 2

(Kennnummer: 21)

Empfehlung

Kreisverband Ravensburg

Orientierungsplan verbindlich einführen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Erledigt durch Regierungsprogramm in
der Fassung der Antragskommission

5 Der SPD-Landesverband und die SPD-Landtagsfraktion werden
aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der „Orientierungsplan für
Bildung und Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten“
[http://www.plattform-educare.org/OrientierungsplanBawue_No
Printversion.pdf] verbindlich eingeführt wird und das Land den
Kommunen die notwendigen Mittel zum bedarfsgerechten Ausbau und
zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Verfügung
10 stellt. Dabei ist ein besonderes Gewicht auf die Sprachförderung
unserer Vorschulkinder zu legen.

Begründung:

15 Zahlreiche Studien der letzten Jahre, auch aus der Hirnforschung,
belegen welche Chancen

die frühkindliche Bildung den Kindern und Familien eröffnet.

20 In den ersten Lebensjahren wird das Fundament einer erfolgreichen
Bildungsbiografie gelegt. Kinder sind neugierige, kompetente und
eigenständige Entdecker der Welt. Jedes Kind lernt dabei anders und
auf unterschiedlichen Lernwegen. Entscheidend für eine erfolgreiche
frühe Förderung sind eine gute Qualität der Bildungsangebote und der
25 Zugang aller Kinder zu vielfältigen Lerngelegenheiten.

Der Bildungsauftrag von Kindertagesstätten gewinnt damit an
Bedeutung. Vergessen darf man dabei nicht, dass diese andere
Bedürfnisse haben als die etwas älteren Kinder. Hier sind Träger wie
30 pädagogische Fachkräfte gesetzlich aufgefordert, im Hinblick auf die
Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarfsgerecht, unterstützend
mitzuwirken und die individuelle Betreuung und Förderung in den ersten
Lebensjahren zu sichern. Um dieser umfangreichen Aufgabe
nachkommen zu können, müssen die Rahmenbedingungen der Kitas

35 hinsichtlich der finanziellen, sachlichen und personellen Ausstattung verbessert werden.

40 Damit Kinder nicht bereits zu Beginn ihrer Schullaufbahn in ihren Lernfortschritten und ihrem Leistungsvermögen eingeschränkt sind, bedarf es insbesondere einer frühzeitigen Sprachförderung, die familienbedingte Nachteile ausgleicht. Jedes Kind muss zu Beginn seiner Schulzeit über die sprachliche Kompetenz verfügen, um dem Unterricht folgen zu können.

45 Die Gemeinden sind die Lebens- und Lernorte unserer Kinder. Bei den Kommunen liegt die besondere Verantwortung für bedarfsgerechte Angebote, der sie auch nachkommen wollen. Denn durch ihre dezentrale Verantwortung, sorgen sie für Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft.

50 Dieser Erkenntnis trägt der unter der Federführung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport erarbeitete Orientierungsplan Rechnung. Dieser ist nicht nur für Eltern, sondern auch für Träger und Fachkräfte ein qualitativ hochwertiges Instrument und sorgt für eine nachhaltige und zukunftsweisende Bildungsarbeit.

60 Der Plan sollte nach einer Pilotphase für alle Kindertagesstätten des Landes verbindlich werden. Dies ist bis heute nicht geschehen, weil das Land die damit verbundenen Kosten scheut. Die aktuelle Verankerung des Orientierungsplan im Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) drängt weiterhin die Kommunen, Träger, Fachkräfte und Eltern auf Umwegen in die finanzielle und strukturelle Verantwortung und verschiebt so die verantwortlichen Zuständigkeiten. Die Qualität der einzelnen Einrichtungen wäre somit weiterhin vom finanziellen Status der jeweiligen Kommunen abhängig.

70 Dabei zeigt ein Blick auf den aktuellen Ländervergleich: Das Land Baden-Württemberg hat Nachholbedarf. Die Bildungsbeteiligung liegt in Deutschland laut dem aktuellen Ländervergleich bei 1-Jährigen bei 12,1 %, bei 2-Jährigen bei 33,8% und bei 3-6-Jährigen bei 93,1% - denn ab dem 3.Lebensjahr gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Baden Württemberg gilt als eines der reichsten Bundesländer in Deutschland und investiert derzeit nur 2,341 € pro Kind unter 6 Jahren in der Bevölkerung.

75 Laut aktuellem Ländermonitor - Stand 2010 - rangiert Baden - Württemberg damit weiterhin im Vergleich mit anderen Westländern in der unteren Hälfte der Skala, während beispielsweise Sachsen Anhalt, 186 € pro Kind oder Berlin, 158 € unter 6 Jahren ausgibt."

80 Der Orientierungsplan muss als pädagogisches verbindliches Instrument,

in seiner ganzheitlichen Ausrichtung die gesamte frühkindliche Bildung und Förderung stärken.

85

Das Geld das heute aus Spargründen nicht in die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft investiert wird, kostet unser Land später Millionen von Euro.

Antragsbereich B

Antrag 3

(Kennnummer: 40)

AG 60 plus Baden-Württemberg

Jugendoffiziere

Empfehlung

Antragsteller: SPD 60 plus Baden-Württemberg

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion

Überweisung an die Landtagsfraktion

5

Betr.: Jugendoffiziere

10

Die SPD –Fraktion des Landes Baden-Württemberg wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg aufgekündigt und stattdessen an den Schulen des Landes im Themenbereich „Sicherheitspolitik“ im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts der Vermittlung von friedenspolitischen Optionen Vorrang eingeräumt wird.

15

Begründung:

20

Im Dezember 2009 hat das Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg mit der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung getroffen, mit der die Kooperation

25

Zwischen Schulen und Jugendoffizieren gekräftigt werden soll. Im Rahmen dieser Vereinbarung werden die Jugendoffiziere der Bundeswehr in die Aus-und Fortbildung von Referendaren und Lehrkräften eingebunden. Außerdem bietet die Bundeswehr Lehrerinnen und Lehrern sowie Vertretern der Schulaufsicht Besuche in ihren Einrichtungen und Seminare zur Sicherheitspolitik an. Es ist vorgesehen, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr im Politikunterricht

im Themenbereich „Sicherheitspolitik“ eingesetzt werden, um den Schülern die Haltung der Bundeswehr zu weltweiten militärischen Interventionen zu vermitteln.

Eine militärkritische Einstellung kann von den Jugendoffizieren der Bundeswehr nicht erwartet werden. Es muss, im Gegenteil, davon ausgegangen werden, dass der Kooperationsvertrag in seiner jetzigen Form einer schleichenden Militarisierung des Politikunterrichtes Vorschub leistet, zumal Einladungen an die Schüler und Lehrer zum Besuch militärischer Einrichtungen am Ende des von den Jugendoffizieren erteilten sicherheitspolitischen Unterrichtes obligatorisch sind. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass die Bundeswehr ihre Präsenz an den Oberstufen von Gymnasien und beruflichen Gymnasien nutzt, um unter den Schülern für die Offizierslaufbahn zu werben.

Die SPD setzt sich aus ihrem Selbstverständnis heraus dafür ein, dass für die im Rahmen des Politikunterrichtes vermittelten sicherheitspolitischen Informationen

keine Offiziere der Bundeswehr heranzuziehen sind. Die politische Bildung-auch in Fragen der Sicherheitspolitik-gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren.

Nichtmilitärische Strategien der Konfliktprävention und Konfliktüberwindung sind vorrangig zu behandeln, die verheerende Wirkung von Militäreinsätzen auf alle Lebensbereiche ist ausführlich darzulegen.

Gleichstellungspolitik

Antragsbereich G

Antrag 1

(Kennnummer: 6)

Empfehlung

Landesverband Baden-Württemberg

AG Lesben und Schwule

Gleichbehandlung von Lebensgemeinschaften

Die SPD-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Überweisung an Bundestagsfraktion
und Landtagsfraktion

5 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für eine Gleichbehandlung aller
Lebensgemeinschaften in Gesetzen und Verordnungen ein.
Beamtenrecht, Adoptionsrecht, Rentenrecht, freie Standesamtswahl
etc. muss geändert werden.

10 Diese Forderung wird im Wahlprogramm der Landtagswahl 2011
aufgenommen.

Begründung:

15 Die Lesben, Schwule, Bi- und Transgender sind fester Bestandteil
dieser Gesellschaft. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen auf
Grund ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden. Gleiche
Rechte und Pflichten für alle Menschen in Baden-Württemberg.

20 Gerade im Beamten- und Adoptionsrecht besteht noch keine volle
Gleichstellung mit der Ehe. Dies gilt insbesondere für die
Hinterbliebenenversorgung, Familienzuschlag, Trennungsgeld und das
Steuerrecht. Noch immer ist es gleichgeschlechtlichen Paaren nicht
erlaubt, landesweit das Standesamt auszuwählen. Auch die Gebühren
sind für eine „normale Eheschließung“ in der Regel günstiger. Eine
Eheschließung auf einer „Kfz-Zulassungsstelle“ ist menschenunwürdig.

Innenpolitik und Wahlrecht

Antrag 1

(Kennnummer: 33)

Empfehlung

Migrationsbeirat

Bestattungsgesetz ändern

	Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, folgende Gesetzesänderung im Landtag zu	Annahme
	beantragen:	
5	In § 39 Abs.1 Satz 2 des Gesetzes über das Friedhofs – und Leichenwesen (Bestattungsge	
	setz)	
10	In den Fällen, in denen die Religionszugehörigkeit eine Bestattung ohne Sarg vorsieht, kann der Deckel des Sarges bei der Bestattung abgenommen und neben den Sarg in das Grab gelegt werden, solange keine gesundheitlichen Gefahren zu befürchten sind.	
15	wird der dortige Satz 2 ergänzt (Ergänzung ist unterstrichen):	
	In den Fällen,in denen die Religionszugehörigkeit eine Bestattung ohne Sarg vorsieht, kann entweder der Deckel des Sarges bei der Bestattung abgenommen und neben den Sarg in das Grab gelegt werden oder die	
20	Bestattung sarglos erfolgen, wobei in diesem Falle der Leichnam bis zur Grabstätte in einem verschlossenen Sarg zu transportieren ist,solange keine gesundheitlichen Gefahren zu befürchten sind.	
25	Begründung:	
	Gemäß islamischer Tradition kommt für den Toten nur eine sarglose Erdbestattung in Frage, d.h. der Tote wird in Tücher gehüllt der Erde übergeben. Die seit 28.3.2009 in Kraft getretene	
30	Neuregelung des vorgenannten §39 beachtet nicht in genügendem Umfang diese Tradition.	
35	Erst die angestrebte Ergänzung des Gesetzes wird den berechtigten Interessen eines nicht	

unerheblichen Teils der Bevölkerung gerecht. Damit wird ein weiteres Mal die Integration und der Respekt vor Angehörigen nichtchristlicher und nichtjüdischer Glaubensüberzeugungen – ein wichtiges Anliegen der SPD - konkret in die Tat umgesetzt. Es gibt zwar Angehörige, die ihre Toten im Hinblick auf die bestehende Sargpflicht nicht auf dem Friedhof ihres Wohnorts bestatten, sondern in ein Land – z.B. die Türkei - überführen, das die sarglose Bestattung erlaubt. Das ist jedoch mit erheblichen Kosten verbunden. Viele Angehörige verfügen nicht über die dazu erforderlichen finanziellen Mittel und sind daher gezwungen ,in Baden-Württemberg unter Missachtung ihrer religiösen Überzeugungen die Bestattung vorzunehmen. Das ist diesen Angehörigen umso weniger verständlich, als in Bundesländern wie etwa Nordrhein – Westfalen und dem Saarland schon seit Jahren eine sarglose Bestattung in deren Bestattungsgesetzen ermöglicht wird.

Antragsbereich I&W

Antrag 2

(Kennnummer: 27)

Empfehlung

Kreisverband Heidelberg

Migration und Integration - hin zu einer multikulturellen Gesellschaft

Als Einwanderungsland gleichwohl wie Geburtsort zahlreicher EmmigrantInnen und Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaft ist Deutschland dem Anspruch verpflichtet, ein multikultureller und weltoffener Staat zu sein, beziehungsweise zu diesem zu werden.

Überweisung an den nächsten ordentlichen Parteitag

Dabei verstehen wir „Multikulturalismus“ als positive, aktive Form des Zusammenlebens und gegenseitigen Lernens von Menschen unterschiedlicher kultureller Hintergründe. Wir stehen für eine Gesellschaft ein, die kulturelle Unterschiede als Bereicherung und Spiegelbild einer globalisierten Welt ansieht und lehnen den von rechtskonservativen Kräften propagierten, anachronistischen Leitkulturbegriff entschieden ab.

Das Thema Migration und Integration muss ein zentraler Bestandteil der Entscheidungen aller gesellschaftlicher und politischer Akteure sein. Insbesondere fühlen wir Jusos uns verpflichtet, für a) eine multikulturelle Gesellschaft, b) Integration an Stelle von Assimilation

20 und c) Freiheit und Gleichheit aller Menschen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht, einzutreten. Dabei lehnen wir explizit selbsternannte „kulturelle“ Strömungen ab, welche die unveräußerlichen Rechte eines jeden Menschen, nämlich das Recht auf Leben, Unversehrtheit, Freiheit und Gleichheit in Frage stellen oder abschaffen wollen.

25 Neben Migration und Integration müssen unbedingt die Rechte von Asylsuchenden gestärkt werden. Dies kann zum Teil auf nationaler Ebene erfolgen, ist jedoch vor allem als europäische Aufgabe zu verstehen. Aus diesem Grund wird der Themenkomplex „Asylrecht“ in diesem Antrag ausgeklammert.

30

Im Folgenden stellen wir Forderungen zu Migration und Integration:

Integration durch Bildung: für ein inklusives Bildungssystem

35 Das deutsche Bildungssystem ist hochselektiv. Menschen mit Migrationshintergrund, Kinder aus sozial schwachen Haushalten, wie auch Menschen mit Beeinträchtigungen werden im großen Stil, über die verschiedenen Selektionsmechanismen, von der Grundschulempfehlung bis zu Abitur und darüber hinaus, aus dem
40 Bildungssystem ausgesiebt. Jedes Jahr verlassen über 80.000 Jugendliche das Bildungssystem ohne Abschluss, viele von ihnen haben einen Migrationshintergrund.

45 Wenn auch der Begriff "Integration" für die gesamtgesellschaftliche Debatte der sicherlich treffende ist, so sollte im Bereich der Bildung der Begriff der "Inklusion" zentral sein. Erfolgreich kann eine Politik hier nur sein, wenn der Bildungserfolg der SchülerInnen unabhängig von der ethnischen, religiösen und sozialen Herkunft garantiert werden kann. Auch SchülerInnen mit Beeinträchtigungen dürfen nicht länger vom
50 Besuch der Regelschulen abgehalten werden. Wie auch Menschen, deren einziger Nachteil es ist, dass sie Deutsch nicht als ihre Muttersprache sprechen, nichts auf Sonderschulen zu suchen haben.

Deshalb fordern wir:

55

- bilinguale Sprachförderung bereits in der frühkindlichen Bildung:

Die bilinguale Sprachförderung muss bereits bei den Kleinsten beginnen. Dabei sollen alle Kinder mit Sprachdefiziten, was nicht nur
60 Kinder mit Migrationshintergrund betrifft, gefördert werden. Die individuelle Förderung muss hier im Zentrum stehen. Die Bilingualität soll durch die Möglichkeit, die Sprache der MigrantInnen als Wahlfach zu wählen, aufgewertet werden.

65 - **Verpflichtender Kindergarten und mehr kostenfreie**

Kindertagesstättenplätze:

- 70 Wir wollen ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr einführen. Um mehr benachteiligten Kindern - mit und ohne Migrationshintergrund - den Besuch einer Betreuungseinrichtung zu ermöglichen müssen kostenlose Angebote endlich die Regel werden.

Mehr LehrerInnen mit Migrationshintergrund einstellen

- 75 Wir fordern mehr LehrerInnen mit Migrationshintergrund einzustellen. Sie können eine Vorbildfunktion für SchülerInnen mit Migrationshintergrund übernehmen und verfügen über die interkulturellen Kompetenzen, um Integration fördern zu können.
- 80 Zudem sollen solche Kompetenzen bereits im Lehramtsstudium stärker gefördert werden.

- Längeres gemeinsames Lernen ermöglichen:

- 85 Ziel sollte es sein, gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse zu gewährleisten.

- Separate Übergangsklassen:

- 90 Kinder von MigrantenInnen soll der Einstieg in den Regelschulbetrieb erleichtert werden, indem sie in Deutschland zunächst vorbereitende Übergangsklassen in ihrer Muttersprache (Beispiel Dänemark/Schweden) besuchen, anstatt direkt in Unterricht in einer ihnen fremden Sprache geschickt zu werden oder individuelle
- 95 Förderung erhalten, die ihnen erlauben, den Regelschulbetrieb zu besuchen.

Integration in den Arbeitsmarkt

- 100 Integration findet nicht nur über das Bildungssystem, sondern auch über den Arbeitsmarkt statt. Wir müssen daher sicherstellen, dass Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Zugangschancen zu einem Arbeitsplatz haben. Laut Statistischem Bundesamt lag die Arbeitslosenquote unter BildungsausländerInnen im Jahr 2008 bei 14,6
- 105 %, während sie bei Deutschen mit deutschem Abschluss 3,0% und bei in Deutschland lebenden MigrantInnen mit deutschem Abschluss 6,9% betrug. Ein Grund für die höhere Arbeitslosigkeit besteht in der Tatsache, dass ausländische Abschlüsse und Berufsausbildungen häufig nicht in Deutschland anerkannt werden.
- 110 Der Vergleich mit unseren Nachbarstaaten zeigt uns mögliche Herangehensweisen zur Integration in den Arbeitsmarkt auf. So werden MigrantInnen in Dänemark beispielsweise mittels eines 4-Stufen-Modells gefördert. Dieses umfasst Sprachkurse, staatlich bezahlte

115 Praktika im früheren Berufsfeld, teils durch den Staat geförderte
Arbeitsverträge und ein Mentoringprogramm am Arbeitsplatz. In
Frankreich und den Niederlanden gibt es umfassende und erfolgreiche
staatliche Programme zur Eingliederung von SchulabgängerInnen
mittels Mentoringprogrammen.

120

Deshalb fordern wir:

- Ausländische Abschlüsse anerkennen:

125 Die Nichtanerkennung ausländischer Schulabschlüsse und
Qualifikationen führt für die Betroffenen häufig zu Arbeitslosigkeit oder
zur Annahme von Arbeitsplätzen weit unter ihrer Qualifikation.
Grundsätzlich muss die Anerkennungspraxis transparenter und offener
werden. Fehlende Qualifikationen müssen durch
130 Weiterbildungsmaßnahmen ausgeglichen werden, ohne die gesamte
Ausbildung wiederholen zu müssen.

- Mehrsprachigkeit fördern und nutzen:

135 Gerade im öffentlichen Dienst können mehrsprachige MitarbeiterInnen
Kommunikationshürden mit MigrantInnen überwinden helfen. Der
Migrationshintergrund von Beschäftigten ist hier eine Bereicherung für
alle Beteiligten und kein Nachteil.

140 **- Quote im öffentlichen Dienst:**

Der Staat steht in der Verantwortung, die Gesellschaft auch unter
seinen Beschäftigten im öffentlichen Dienst abzubilden. Vielfach findet,
ebenso wie in der Privatwirtschaft, eine versteckte Diskriminierung statt.

145 Der Staat muss mit gutem Beispiel voran gehen und dieser
Einstellungspraxis eine klare Absage erteilen. Deshalb fordern wir,
MigrantInnen entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung innerhalb
der jeweiligen Gebietskörperschaft einzustellen.[1]

150 **- Anonymisierte Bewerbungen im öffentlichen Dienst:**

Mehrfach haben Studien belegt, dass bei Bewerbungsverfahren allein
schon Name, Bild oder Geschlecht - bei gleicher Qualifikation - eine
Diskriminierung zur Folge haben. Wie in Belgien könnte hier die
gesetzliche Verpflichtung, Bewerbungen für öffentliche Stellen zu
anonymisieren, diese Diskriminierungen vermeiden. Eine solche
gesetzliche Verpflichtung sollte in Deutschland für alle ArbeitgeberInnen
für eine bestimmte Zeit eingeführt werden, um zu überprüfen, ob
dadurch mehr MigrantInnen, Frauen, ältere Menschen, etc. zu

160 Vorstellungsgespräche eingeladen und eingestellt werden.

Rechtliche Voraussetzungen schaffen

165 Seit langem leben in der Bundesrepublik und speziell in Baden-
Württemberg Menschen ausländischer Herkunft, die von den
staatsbürgerlichen Rechten ausgeschlossen sind. Viele dieser
Menschen sind hier auch geboren worden. Im Verlauf der letzten Jahre
ist zudem die Zahl der Einbürgerungen kontinuierlich gesunken.

170

So kann es nicht weiter gehen!

Deshalb fordern wir:

175

- Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft vereinfachen:

Wir fordern eine Umkehr von der bestehenden Ausgrenzungspolitik und
machen uns stark für eine Einbürgerung, die unabhängig vom sozialen
180 Status oder dem Einkommen der Einwanderer ist! Zudem treten wir
dafür ein, dass Einbürgerungswillige ihre alte Staatsbürgerschaft
behalten dürfen (vgl. Doppelte Staatsbürgerschaft).

Des Weiteren verlangen wir die Einbürgerung, von in den kommenden
185 Jahren nach Deutschland ziehenden Menschen, bereits nach fünf
Jahren zu ermöglichen.

- Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen:

190 In diesem Zusammenhang erscheint uns auch die Thematik der
doppelten Staatsbürgerschaft als äußerst wichtig. Viele ausländische
MitbürgerInnen in Deutschland identifizieren sich nicht nur mit ihrer
neuen, sondern auch mit ihrer alten Heimat. Integration bedeutet nicht,
dass die Herkunft abgelegt werden muss. Im Gegenteil: Es sollte
195 selbstverständlich sein, dass sie ihre Kultur mit in ihre neue Umwelt
einbringen können. Die SPD fordert daher bereits seit mehreren Jahren
einen Ausbau der Möglichkeiten zum Erwerb der Zweistaatlichkeit. In
anderen EU-Nachbarländern, beispielsweise Ungarn, dem Vereinigten
Königreich oder Zypern ist die doppelte Staatsbürgerschaft schon heute
200 gängige Praxis.

Wir fordern nun endlich auch in Deutschland Taten folgen zu lassen!
Ein generelles Einführen des Rechts auf doppelte oder mehrfache
Staatsbürgerschaft hat nicht nur positive Effekte auf den
205 Integrationswillen von Einwanderern zur Folge - es ermöglicht ihnen
auch, sich weiterhin mit ihrem Herkunftsland zu identifizieren.

- Ein ganzheitliches ius soli ohne Optionspflicht:

210 Ein wichtiger Meilenstein bei der Reform des

Staatsangehörigkeitenrechts war die von der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 durchgesetzte Staatsangehörigkeitsreform. Mit dem Gesetz war auch die Einführung einer sogenannten „Optionspflicht“ verbunden. Nach dieser Regelung müssen sich in Deutschland geborene Kinder von AusländerInnen, mit Erreichen der Volljährigkeit zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden. Das Optionsmodell ist jedoch in höchstem Maße integrationshemmend, da Jugendliche, welche seit ihrer Geburt in der Bundesrepublik leben, mit Eintritt in die Volljährigkeit eine Entscheidung treffen müssen, die ihre Zugehörigkeit in Frage stellt. Gleichermaßen ist es auch noch mit immensen Problemen für die Verwaltungsbehörden verbunden. Ferner ist unklar, was mit denjenigen der jährlich ca. 40 000 betroffenen Jugendlichen geschehen soll, die für ihre ausländische Staatsbürgerschaft votieren.

Wir finden, dass dieser Zustand nicht weiter tragbar ist! Die Reform von 2000 war ein wichtiger Schritt - doch muss es unser Ziel sein, das 1914 eingeführte und noch heute größtenteils geltende „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ weiter zu reformieren und endlich das Geburtsortsprinzip (ius soli) für alle hier geborenen Kinder einzuführen. Hiermit verbinden wir beifolgend die Forderung nach einer Streichung der Optionspflicht.

- EhepartnerInnennachzug nach Deutschland erleichtern:

Der Nachzug eines ausländischen Ehepartners, oder einer ausländischen Ehepartnerin, zum, beziehungsweise zur, in Deutschland lebenden PartnerIn ist noch immer mit hohen Hürden verbunden. So dürfen beispielsweise Ehegatten aus sogenannten Nicht-EU-Staaten nur dann in die Bundesrepublik nachziehen, wenn sie über „einfache Deutschkenntnisse“ verfügen. Diese Regelung des Gesetzgebers macht ein geregeltes Familienleben oft nicht mehr möglich und verhindert eine freie Ausübung der Partnerwahl. Hierdurch erfolgt eine Verletzung von Artikel 6 des Grundgesetzes. Ferner stellt die Koppelung an „einfache Deutschkenntnisse“ ein weiteres Hindernis dar, da es vielen Einwanderungswilligen oft nicht möglich ist, Sprachkurse im Ausland zu besuchen. Denn um diese belegen zu können, müssen die Betroffenen oftmals ihren Wohnort verlassen, in einen anderen Landesteil ziehen, sich dort eine neue Unterkunft suchen, etc. Gleichzeitig sind die Deutschkurse unter anderem an den Goetheinstituten mit hohen Kosten verbunden. Vielen Menschen in Afrika, Südamerika und Asien ist dies mit Verweis auf die dortige politische und ökonomische Situation schlichtweg nicht möglich.

Wir fordern daher, dass dieser familienfeindliche Missstand behoben und der Nachzug des/der EhepartnerIn nicht nur erleichtert, sondern auch unabhängig vom Nachweis deutscher Sprachkenntnisse gemacht

wird.

260

Partizipation/Partei

Partizipation ausbauen – Beteiligungsmöglichkeiten erweitern

265 Wir fordern:

- Repräsentation stärken – notfalls mit Quote

270 Die SPD darf sich beim Thema Integration nicht auf bloßen Absichtserklärungen, die Integration in der eigenen Partei voranzutreiben, ausruhen, sondern muss aktiv werden. Personen mit Migrationshintergrund müssen auf kommunalen Wahllisten, Wahllisten allgemein, in Vorständen und sonstigen parteilichen Gremien angemessen vertreten und repräsentiert sein. Die Einführung einer

275 Quote soll diskutiert werden, um zu zeigen, dass die SPD wirklich die Partei der Integration ist und bleibt.

- Ausländische Vereine einbinden

280 Die SPD muss demokratische ausländische und deutsch-ausländische Vereinigungen/ Vereine unterstützen und den Kontakt mit ihnen suchen, um deren Belange mit in ihre Politik einfließen zu lassen und damit Partizipation offen in der Partei zu leben.

285 - Stimmrecht auf der kommunalern Ebene ausbauen

Migrationsräte/Ausländerräte sollen nicht nur beratende Funktionen haben, sondern müssen Mitspracherecht/Stimmrecht in allen sie direkt betreffenden Gremien auf kommunale Ebene haben. Solange Nicht-

290 EU-Bürger kein Stimmrecht auf kommunale Ebene haben, muss ihnen diese Option über die Migrationsräte/ Ausländerräte gegeben sein. Wir fordern deswegen das Stimmrecht der Migrationsräte/Ausländerräte in allen Kommunen.

295 - AG Migration

Die SPD muss die Bildung und Ausarbeitung einer Arbeitsgemeinschaft für Migration/ Integration vorantreiben, um BürgerInnen mit Migrationshintergrund ein breites Forum in der SPD zu geben. Wir

300 brauchen ein Forum innerhalb der SPD, welches nicht nur einzelne Nationalitäten auffängt, sondern für alle da ist, welches nicht nur mobilisiert, politisiert und wirbt, sondern eine inhaltlich stärkere und fundierte Vertretung für die Interessen von MigrantInnen darstellt.

305 Koordinierung der Integrationspolitik

Oftmals scheitern Integrationsprogramme an der großen Unübersichtlichkeit der zuständigen Behörden und Ämter. Eine Ministeriumsabteilung, die verschiedenen Ansätze und Akteure zusammenbringt und koordiniert, ist daher unumgänglich. In anderen europäischen Ländern wie Schweden, Dänemark, Portugal und Frankreich gibt es bereits eigene Integrationsministerien. Mit Hilfe eines Ministeriums kann die Koordinierung wichtiger Integrationsvorhaben effektiv durchgeführt werden. Auf lange Sicht soll die Zentralisierung zu einem einheitlichen Programm auf allen Ebenen führen. Zudem führt ein Integrationsministerium zu einer Aufwertung der Integrationspolitik und der Anerkennung, dass die Integration eine der wichtigsten politischen Fragen unserer Zeit ist.

Deshalb fordern wir:

- Integration ins Integrationsministerium

Bisher ist der Bereich Integration im Land Baden-Württemberg, wie auch im Bund, beim Innenministerium angesiedelt. Zusammen mit „Glücksspielfragen“ ist die Integration im Referat 43 in der „Abteilung 4: Ausländer; Aussiedler; Ordnungsrecht und Verfassungsschutz“ angesiedelt. Dies zeigt uns den Stellenwert, den Integration derzeit von Seiten der Landesregierung zugemessen bekommt, sowie den Blick auf das Thema als rein rechtliche Angelegenheit. Die Verlegung der Zuständigkeit für Integration in ein eigenes Ministerium würde der Wichtigkeit der Integrationsbemühungen Rechnung tragen und wäre darüber hinaus ein erster Schritt, um Integration aus dem Umfeld der rein rechtlichen Behandlung im Innenministerium in den Zusammenhang mit Bildung, Ausbildung, Arbeit und Sozialem zu bringen. Schließlich sind dies die Politikbereiche, die für Integration in Anspruch genommen werden müssen und nicht nur die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis.

[1] Folgende Definition des Begriffs „Migrationshintergrund“ des Statistischen Bundesamtes erscheint uns als sinnvoll: „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“.

Steuern und Finanzen

Antrag 1

(Kennnummer: 12)

Kreisverband Ludwigsburg

Resolution Kommunalfinanzen

Empfehlung

Gewerbesteuer

Das derzeitige Gemeindesteuersystem mit dem insgesamt etwa gleichgewichtigen
5 Nebeneinander von wirtschaftsbezogenen und einwohner- bzw. wohnsitzbezogenen Elementen, ergänzt durch die Grundsteuer als drittem Element, hat sich trotz einzelner Schwächen grundsätzlich bewährt. Das
10 derzeitige Gemeindesteuersystem hat einen engen Bezug zur Wirtschaft und entspricht damit auch den Anforderungen des Artikel 28 Abs. 2 GG: „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die
15 Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.“ Die
20 Gewerbebesteuer ist diese wirtschaftskraftbezogene, mit Hebesatzrecht ausgestattete kommunale Steuer, die mit einem dem Äquivalenzprinzip angemessenen Beitrag zur kommunalen Steuerbasis beiträgt
25 und daher nicht zur Disposition gestellt werden darf.

Die Kreis-SPD unterstützt daher nachdrücklich das von den Kommunalen
30 Spitzenverbänden vorgeschlagene Kommunalmodell, wonach die Gewerbebesteuer durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und die Einbeziehung von Selbstständigen und
35 Freiberuflern gestärkt werden soll. Durch diese Maßnahmen kann die Abhängigkeit von

Annahme in folgender Fassung

Die SPD unterstützt daher nachdrücklich das von den Kommunalen Spitzenverbänden vorgeschlagene Kommunalmodell, ...

den versteuerten Gewinnen nur weniger Steuerzahler vor Ort verringert, das Steuersubstrat vor Gewinnverlagerungen gesichert und zur Verbreiterung der kommunalen Steuerbasis auch wirtschaftlich schwächeren Kommunen beigetragen werden.

Die als Alternative zum Kommunalmodell in der Gemeindefinanzkommission diskutierten Vorschläge entsprechen nicht den Anforderungen an ein sachgerechtes Gemeindesteuersystem. Daher lehnt die Kreis-SPD weiterhin den Ersatz der Gewerbesteuer nach den Modellen der FDP und der Stiftung Marktwirtschaft entschieden ab. Wesentliche Elemente dieser Modelle, wie z.B. der Ersatz der Gewerbesteuer durch einen Hebesatz auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer, sind bereits in der Gemeindefinanzkommission 2002/2003 umfassend geprüft und für unzulänglich befunden worden. Die Umsetzung dieser Elemente hätte eine erhebliche Verlagerung von Steuerlasten von Unternehmen auf die Bürgerinnen und Bürger zur Folge, würde zu einer Verschärfung der Stadt-Umland-Problematik und zu erheblichen Verwerfungen in der kommunalen Steuerbasis führen. Insbesondere würde das über die Gewerbesteuer bestehende enge Band zwischen Wirtschaft und Kommunen fast vollständig gekappt, weshalb erhebliche Zweifel bestehen, dass das FDP-Modell und vergleichbar angelegte Modelle den Vorgaben des Grundgesetzes nach einer „wirtschaftskraftbezogenen Steuerquelle“ entsprechen.

Sozialausgaben / Konnexitätsprinzip

Der regelmäßig hohe Anstieg der Sozialausgaben der Kommunen im Kreis ist einerseits auf immer höhere Anforderungen der Bundes- und Landesgesetzgeber an die Erfüllung von Pflichtaufgaben im Sozialbereich zurückzuführen. Zugleich wächst der Personenkreis, der auf eine

Daher lehnt die SPD weiterhin den Ersatz der Gewerbesteuer nach den Modellen der FDP und der Stiftung Marktwirtschaft entschieden ab.

85 qualitativ gute soziale Unterstützung und /
oder materielle Hilfe angewiesen ist. Den
Kommunen ist es nur in einem begrenzten
Umfang möglich, auf die Entwicklung der
Kosten einzuwirken.

90 Das wichtigste Instrument zur Verbesserung
der Finanzsituation der Kommunen bleibt die
Stärkung vor gelagerter sozialer
Sicherungssysteme und Veränderungen in
95 der Struktur der Mitfinanzierung sozialer
Sicherungssysteme durch die Kommunen.
Daher fordert die Kreis-SPD, die derzeitigen
Finanzierungsregelungen im SGB XII,
angefangen von der Struktur der materiellen
100 Versorgung von Menschen mit
Behinderungen bis hin zu den Kosten für die
Grundsicherung im Alter und bei
Erwerbsminderung, in der
Gemeindefinanzkommission einer
105 eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Damit die Kommunen im Kreis ab 2013 den
sinnvollen Rechtsanspruch auf einen
Kindergartenplatz für Kinder zwischen ein
110 und drei Jahren (U3-Betreuung) erfüllen
können, muss die derzeitige Mitfinanzierung
des Ausbaus der frühkindlichen Erziehung
und Kinderbetreuung durch Bund und Länder
ausgeweitet werden. Die dem Bund-Länder-
115 Kompromiss zugrunde gelegten
Rahmendaten entsprechen nicht mehr der
Realität; die Kosten für den Ausbau der U3-
Betreuung sind höher und der Bedarf an
frühkindlicher Betreuung geht weit über die
120 35%-Quote hinaus.

Das ursprüngliche Ziel der Entlastung der
Kommunen von Kosten der
Langzeitarbeitslosigkeit muss endlich erreicht
125 werden. Daher muss nicht nur eine rasche
Erhöhung der quotalen Beteiligung des
Bundes an den Kosten der Unterkunft
sondern auch eine Veränderung der Struktur
der Mitfinanzierung der Leistungen nach dem
130 SGB II durch die Kommunen erfolgen. Bei
der Beschlussfassung über die
Finanzierungsregelungen im Jahr 2004 ist

135 nicht damit gerechnet worden, dass eine sehr
große Zahl von Personen trotz
Erwerbstätigkeit Leistungen nach dem SGB II
in Anspruch nehmen wird. Diese große Zahl
so genannter Aufstocker erhält vorrangig
Leistungen zu den Kosten der Unterkunft, die
140 von den Kommunen getragen werden.

Antragsbereich S&F

Antrag 2

(Kennnummer: 24)

Empfehlung

Kreisverband Mannheim

Einführung einer Kulturförderabgabe

Der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an die Landtagsfraktion

5 Die SPD-Landtagsfraktion wird damit beauftragt, die Landesregierung
in Baden-Württemberg aufzufordern, die rechtlichen Voraussetzung für
die Einführung einer Kulturförderabgabe zu schaffen.

Begründung:

10 In Nordrhein-Westfalen wird durch die rot-grüne Landesregierung eine
Kulturförderabgabe – im Volksmund Bettensteuer genannt – eingeführt.
Das Wirtschafts- und Finanzministerium in NRW hat grünes Licht für
eine Ausweitung des Kölner Steuerentwurfs gegeben. Der Kölner
Stadtrat hatte auf Initiative des damaligen Stadtkämmerers und
15 heutigen NRW-Finanzministers Norbert Walter-Borjans (SPD) schon im
Frühjahr die Genehmigung für eine solche Steuer beantragt. Demnach
sollen Touristen, die in Köln übernachten, künftig eine fünfprozentige
Zusatz-Abgabe auf ihren Zimmerpreis zahlen. Das Geld soll in Köln als
Förderabgabe in den Kulturhaushalt der Stadt fließen. Köln verspricht
20 sich von der neuen Abgabe jährliche Mehreinnahmen in Höhe von 21,5
Millionen Euro. Sie reagiert damit auf die Mehrwertsteuersenkung für
Hotels, die unter massiven Protesten von der schwarz-gelben
Bundesregierung beschlossen worden ist. Sie greift ab dem
kommenden Jahr.

25 In Baden-Württemberg steht der Einführung einer Hotelsteuer das
bisherige Landesrecht entgegen. Im Rahmen des sog.
Steuerfindungsrechts können die Gemeinden nach § 9 Abs. 4 KAG
Baden-Württemberg i. V. mit Art. 105 Abs. 2a GG örtliche Verbrauch-
und Aufwandsteuern erheben, solange und soweit sie nicht

30 bundesgesetzlich geregelten Steuern entsprechen. Definiert ist, dass
sogenannte Aufwandsteuern den besonderen über die Befriedigung
des allgemeinen Lebensbedarfs hinausgehenden Aufwand für die
persönliche Lebensführung befriedigen und damit die in der
Einkommensverwendung zum Ausdruck kommende wirtschaftliche
35 Leistungsfähigkeit. An Aufwandsteuern i. S. von Art. 105 Abs. 2 a GG
werden von der Rechtsprechung enge Maßstäbe angelegt. Das
Vorliegen eines besonderen Aufwands bei entgeltlichen
Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben ist derzeit nicht gegeben.
Deshalb ist die Rechtslage der neuen gesellschaftlichen Realität
40 anzupassen. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, eine
entsprechende Steuer zur Abführung dieser Branchensubvention
einzuführen.

Umwelt- und Verkehrspolitik

Antrag 1

(Kennnummer: 17)

Empfehlung

Kreisverband Waldshut

Kommunale Energieversorgung stärken

5 Sollte die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke nicht über den Klageweg vor dem Bundesverfassungsgericht gestoppt werden, so ist die Stärkung der kommunalen Energieversorger durch Ausgleichszahlungen und der weitere Ausbau regenerativer Energien sicher zu stellen.

Begründung:

10 Durch die Laufzeitverlängerung stehen den vier großen Energieversorgern EON, RWE, EnBW und Vattenfall zusätzliche Milliarden Gewinne zur Verfügung, die sie zum Ausbau ihrer Monopolstellung durch aggressive Preispolitik nutzen können. Der Stromhandel ist die wichtigste Einnahmequelle der Stadtwerke.

15 *Es gilt die kommunalen Energieversorger zu erhalten. Sie sind Teil der Daseinsvorsorge und tragen auch zur Versorgungssicherheit bei. Ihre Eigenständigkeit garantiert, dass die Wertschöpfung vor Ort, in den regionalen Wirtschaftskreisläufen verbleibt.*

20 Der Verband kommunaler Unternehmen e.V., dem rund 1400 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser und Abfallwirtschaft angehören, wurde bei dieser Entscheidung der Schwarz-Gelben Bundesregierung nicht gehört.

25 Durch die längeren Laufzeiten wird die Auslastung der Städtischen Kraftwerke erheblich sinken. Bis 2030 ist eine so große Erzeugerkapazität vorhanden, dass es keine neuen Bauvorhaben geben wird. Der Beschluss des Bundestages, Steuernachlässe für Fernwärme zu streichen, schwächt die Stadtwerke zusätzlich. Kraft-
30 Wärme-Kopplungsanlagen sind die effizienteste und nachhaltigste Art der Stromgewinnung, deren weiterer Ausbau wird so behindert.

Überweisung an die Bundestagsfraktion

Antrag 2

(Kennnummer: 18)

Empfehlung

Kreisverband Waldshut

Landwirtschaft und Kulturlandschaft im ländlichen Raum

Der Kreisvorstand beantragt,

Annahme

der Landesverband möge beschließen

- | | |
|----|--|
| 5 | 1. Die Landesregierung muss im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Förderung der Landwirtschaft im Ländlichen Raum dahingehend ausrichten, dass Familienbetriebe zukunftsfähig bleiben und im Wettbewerb bestehen können. |
| 10 | 1. Die besonders schwierigen Produktionsbedingungen landwirtschaftlicher Betriebe in Mittel- und Höhenlagen so zu fördern und zu unterstützen, dass eine flächendeckende Bewirtschaftung und Offenhaltung der Landwirtschaft nachhaltig gesichert sind. |
| 15 | 1. Ökolandbaubetriebe und konventionelle Betriebe, die auf Ökolandbau umstellen wollen, besonders zu fördern. |
| 20 | 1. Die Landwirtschaftspolitik danach auszurichten, dass die gesellschaftlichen Aufgaben der Landwirtschaft, wie z.B. ökologisch wichtige Güter, natürliche Landschaften, Schutz der natürlichen Ressourcen, Klimaschutz und nachhaltige Bewirtschaftung, als kollektive Dienstleistung für die Gemeinschaft Existenz sichernd entlohnt werden. |
| 25 | 1. Dass die Landesregierung sich für Obergrenzen für Direktzahlungen an Großlandwirte einsetzt. |
| 30 | 1. Dass die Mittel der ersten Säule (Direktzahlungen) als wichtige Einkommensquelle für die Landwirtschaft möglichst erhalten bleiben. |
| 35 | 1. Dass die Mittel in der zweiten Säule für Programme wie Landwirtschaftspflege, Naturschonende Bewirtschaftung und ökologischen Landbau ausgebaut werden. |

Begründung:

40 Nach wie vor besteht die Hauptaufgabe der Landwirtschaft in der
Erzeugung von Nahrungsmittel zur Sicherung der Versorgung der
Bevölkerung mit Lebensmittel. Dies nicht nur national und nicht nur auf
der europäischen Ebene, sondern mittlerweile auch global. Dabei ist
45 unsere Landwirtschaft nicht nur dem globalen Wettbewerb ausgesetzt,
sie nimmt mit steigendem Exportanteil an der weltweiten Erzeugung
von Nahrungsmitteln teil. Unsere Landwirtschaft produziert die
Grundstoffe für die Lebensmittelindustrie und trägt zur sieben- bis
achtfachen Wertschöpfung in den nachfolgenden verarbeitenden
Branchen sowie im Handel und Dienstleistungssektor bei. In den letzten
50 15 Jahren hat sich die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe von
über 60.0000 auf 45.000 Betriebe in Baden-Württemberg verringert.
Mittlerweile arbeiten in Baden-Württemberg rund 2,1 % der
sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Landwirtschaft, aber
über 10 % in der gesamten Nahrungsmittelindustrie sowie im Hotel- und
55 Gaststättengewerbe. Damit ist die Landwirtschaft eine wichtige Branche
in unserem Land. Sie hat aber auch regionale Aufgaben, dazu gehört
die flächendeckende Bewirtschaftung und Erhalt unserer
Kulturlandschaft und Tourismus ist ohne Landwirtschaft in Baden-
Württemberg nicht denkbar. Immer mehr übernehmen unsere
60 bäuerlichen Betriebe auch Aufgaben im Bereich Natur- und
Umweltschutz. Diese Arbeit gilt es gesellschaftlich anzuerkennen und
finanziell zu honorieren. Das Funktionieren der Gemeinschaft in den
ländlichen Regionen, die Lebensqualität in unseren Dörfern und
Städten und die hohe Qualität unserer Lebensmittel sind ohne
65 Landwirtschaft nicht denkbar. Deshalb sind wir alle als Verbraucher und
Konsumenten von Lebensmitteln aber auch von Natur und Landschaft
besonders gefordert, die Landwirtschaft zu unterstützen.

Partei und Organisation

Antragsbereich P&O

Antrag 1

(Kennnummer: 13)

Empfehlung

Ortsverein Stuttgart-Giebel

(Kreisverband Stuttgart)

Mitgliederentscheid über mögliche Koalitionen nach der Landtagswahl vom 27. März 2011

Antragsteller: SPD Ortsverein Giebel-Bergheim-Hausen

Adressat: SPD-Landesparteitag und

Erledigt durch Entscheidung des Landesparteitages am 16. Oktober 2010

5 SPD-Kreiskonferenz

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

10 Nach der Landtagswahl am 27. März 2011 sollen die Mitglieder des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg über mögliche Koalitionen durch einen Mitgliederentscheid entscheiden.

15 Begründung:

Die Aussage unseres Spitzenkandidaten Nils Schmid, dass nach der Landtagswahl keine Koalition mit einer Partei eingegangen wird, die sich gegen eine Volksabstimmung ausspricht, ist für uns verbindliche Richtschnur. Wir werden uns im bevorstehenden Landtagswahlkampf für ein optimales Ergebnis der SPD einsetzen und brauchen hierfür die Unterstützung jedes Mitglieds.

20 Wir möchten jedoch auch nach dem 27. März 2011 in der Landespolitik als Mitglieder mitentscheiden und fordern einen Mitgliederentscheid über mögliche Koalitionen im neugewählten Landesparlament.

In der SPD muss die Basis mitentscheiden können. Wir sind die klassische „Mitgliederpartei“. Dies ist unsere Stärke gegenüber anderen Parteien und nur durch die Achtung unserer Mitglieder kann die SPD bei Wahlen erfolgreich sein.

Antragsbereich P&O

Antrag 2

(Kennnummer: 22)

Empfehlung

Mitgliederbefragung zum Projekt Stuttgart 21

Die SPD Baden-Württemberg soll zum Projekt Stuttgart 21 eine Mitgliederbefragung durchführen

Ablehnung

Begründung:

5

Das Projekt Stuttgart 21 spaltet unsere Gesellschaft. Um diese gesellschaftliche Spaltung zu überwinden, fordert die SPD Baden-Württemberg zu Recht die Durchführung einer Volksabstimmung über Stuttgart 21.

10

Stuttgart 21 spaltet aber auch unsere Partei. Wir erleben wie ein Riss durch unsere Ortsvereine geht. Eine Mitgliederbefragung wird hier eine befriedende Wirkung für unsere Partei entfalten.

15

Der Karlsruher Parteitagebeschluss zu Stuttgart 21 ist stets davon ausgegangen, dass durch den Bau des Tiefbahnhofs ein noch leistungsfähiger Bahnknoten in Stuttgart entsteht.

20

Spätestens seit der Faktenschlichtung zu Stuttgart 21 müssen wir erkennen, dass dies nicht der Fall ist.

25

Die geplante Infrastruktur von Stuttgart 21 wird sich auf dem Leistungsniveau des jetzigen Kopfbahnhofes bewegen, bei erhöhter Störanfälligkeit und Verschlechterungen für Alte und gehandicapte Bahnreisende.

30

Stuttgart 21 kann ohne Nachbesserungen nicht mehr leisten als der jetzige Kopfbahnhof.

Er wird damit weit mehr kosten als bisher angegeben. Sein Kosten/Nutzen-Verhältnis wird entsprechend schlechter.

Für den Karlsruher Beschluss ist damit die Grundlage entfallen. Eine Mitgliederbefragung schafft hier wieder eine gemeinsame Grundlage.

Antrag 3

(Kennnummer: 57)

Empfehlung

Ortsverein Ammerbuch

(Kreisverband Tübingen)

Für ein demokratisches Baden-Württemberg

Antrag 2

Überweisung an den Landesvorstand

Seite 48 – Einschub

5 Der Hauptabschnitt „IX. Für ein demokratisches Baden-Württemberg – Das modernste Land braucht die modernste Demokratie“ soll noch ein zusätzlicher Abschnitt eingeschoben werden (nach Zeile 16):

10 **3.** Die moderne SPD geht mit gutem Beispiel voran: Sie verbessert ihre innerparteiliche Demokratie.

Wir werden in unserem SPD-Landesverband eine neue Kultur der Mitglieder-Mitwirkung entwickeln.

15 Die traditionellen Methoden für Parteitage und Delegiertenkonferenzen werden wir erweitern.

20 Erweiterung 1: Jedes Mitglied wird die Möglichkeit haben, Thesen oder Aussagen auch außerhalb von Versammlungen zur Diskussion und Abstimmung zu stellen. Eine These die genug Unterstützung durch andere Mitglieder des Landesverbandes findet, kann dann vom Initiator als Antrag an den jeweiligen Parteitag geschickt werden.

25 Erweiterung 2: Jedes Mitglied kann für jeden Antrag ein Votum abgeben (Zustimmung oder Ablehnung). Das Ergebnis dieses Mitgliedervotums wird dann gleichberechtigt neben der Empfehlung der Antragskommission dem Antrag zugeordnet.

30 Eine Arbeitsgruppe wird Einzelheiten dieser neuen Wege definieren und zur Diskussion stellen.

35 Beide Methoden werden sowohl mit Internet-Unterstützung – aber auch ohne diese – möglich sein. Moderne Technik wird neben organisatorischen Maßnahmen herangezogen um dies zu erleichtern

und Manipulationen zu verhindern.

Begründung:

40 Begründung:

Gerade für die Landtagswahl braucht unsere Partei mehr Attraktivität – deshalb soll dies auch im Regierungsprogramm als Ziel gezeigt werden.

45

Wir wollen Wege eröffnen, damit unsere Mitglieder mehr Demokratie auch in der Partei praktisch ausüben können. Auch das Internet soll dazu herangezogen werden.

50

Das Internet soll von uns nicht nur zur Verbreitung von Informationen, Terminen, Berichten oder für Foren, Facebook, Twitter etc. genutzt werden. Man soll darüber auch in unserer Partei mitentscheiden können. Wer aber kein Internet hat soll genauso mitwirken können.

Antragsbereich P&O

Antrag 4

(Kennnummer: 120)

Kreisverband Tübingen

Koalitionsaussage vor der Wahl

Empfehlung

Überwiesener Antrag vom LPT Ulm 2010

Im Vorfeld der Wahl erfolgt keine Festlegung auf mögliche Koalitionen.

Ablehnung

5

Antragsbereich P&O

Antrag 5

(Kennnummer: 118)

Empfehlung

Kreisverband Heidelberg

Sondierungsgespräche und Koalitionsfrage

Überwiesener Antrag vom LPT Ulm 2010

Erledigt durch Beschlusslage

5

Nach der Landtagswahl am 27. März 2011 wird die SPD Sondierungsgespräche mit allen Parteien unter Berücksichtigung der Parteiprogramme und Wahlaussagen führen, außer mit RechtsextremistInnen.

Notizen

Notizen

Notizen

Notizen

Notizen